



# Der Beutelsbacher Konsens und die neuen Bildungspläne Band 2

Unterrichtsmodelle für Gemeinschaftskunde und WBS  
in Baden-Württemberg in der Sekundarstufe I  
für die Klassenstufen 9 und 10

lpb

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

## Die Landeszentrale für politische Bildung

- ist eine überparteiliche Einrichtung des Landes BadenWürttemberg
- will für die Demokratie begeistern
- hilft zur eigenen Meinung
- befähigt zur Mitwirkung
- veranstaltet Seminare, Tagungen, Vorträge, Studienreisen, Symposien, Ausstellungen, Politische Tage
- veröffentlicht Bücher, Broschüren und Zeitschriften und bietet didaktischmethodische Arbeitshilfen und Spiele an
- betreibt als Tagungszentrum das »Haus auf der Alb« in Bad Urach und LpB-Shops in Stuttgart und in den Außenstellen Freiburg und Heidelberg

# lpb

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20  
70173 Stuttgart  
Telefon: 07 11/16 40 990  
Fax: 07 11/16 40 9977  
E-Mail: [lpb@lpb.bwl.de](mailto:lpb@lpb.bwl.de)  
[www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de)

### Impressum

Die handlungsorientierten Module für den Unterricht in der Reihe BAUSTEINE werden von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

### Herausgeber

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

### Autoren / Autorinnen

Georg Arnold, Simone Bub-Kalb, Ralf Engel, Jürgen Kalb, Eva Leistner

### Redaktion

Jürgen Kalb, [Juergen.Kalb@lpb.bwl.de](mailto:Juergen.Kalb@lpb.bwl.de)

### Redaktionsassistentz

Verena Richter-Demel, [Verena.Demel@lpb.bwl.de](mailto:Verena.Demel@lpb.bwl.de)

Druckausgaben neuerer Bausteine können Sie im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop) bestellen

### Layout

LpB, Jürgen Kalb

### Umschlagfoto

Jürgen Kalb

### Druck

Neue Süddeutsche Verlagsdruckerei Ulm  
89079 Ulm

### Redaktionsschluss

27. September 2018, Auflage: 16.000 Exemplare

# Der Beutelsbacher Konsens in den Fächern Gemeinschaftskunde und WBS (Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung) in den Klassen 9 und 10 der Bildungspläne 2016 in Baden-Württemberg. Band 2

Vorwort des Herausgebers .....	2
1. Der Beutelsbacher Konsens und seine Bedeutung für die Bildungspläne 2016 in Baden-Württemberg (Jürgen Kalb) .....	3
2. GK: Ist die politische Beteiligung von jungen Menschen in der Krise? (Eva Leistner) .....	6
3. GK: Kann die EU den Kampf gegen den Plastikmüll gewinnen? (Simone Bub-Kalb) .....	18
4. GK: Große Koalition - Gift für die Demokratie? (Eva Leistner) .....	36
5. WBS: Soll der Staat in die Lohnbildung eingreifen? (Ralf Engel) .....	50
6. WBS: Handel im Wandel - Hat der stationäre Handel eine Überlebenschance? (Simone Bub-Kalb) ...	68
7. WBS: Kann Staatsverschuldung sinnvoll sein? (Georg Arnold) .....	86
8. Autorinnen und Autoren .....	104
9. Literaturliste .....	104

# VORWORT DES HERAUSGEBERS

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach am 3. Oktober 2017, dem Tag der deutschen Einheit, in einer Rede davon, dass trotz des Falls der Mauer inzwischen »andere Mauern (...), weniger sichtbare, ohne Stacheldraht und Todesstreifen« entstanden seien, die »unserem gemeinsamen Wir im Wege stehen«. Er meinte damit Mauern »zwischen Stadt und Land, online und offline, Arm und Reich, Alt und Jung - Mauern, hinter denen der eine vom anderen kaum noch etwas mitbekommt.«

Gleichzeitig appellierte er an die Jugend, aber auch an die versammelten Abgeordneten aus verschiedenen Parlamenten in der Bundesrepublik, dafür Sorge zu tragen, dass aus Differenzen keine Feindschaften würden. Er plädierte eindrücklich für eine sachliche, aber auch kontroverse Diskussion.

Die Bildungspläne des Bundeslandes Baden-Württemberg bekennen sich eindeutig zur Austragung sachlicher Auseinandersetzungen im Unterricht und berufen sich dabei ausdrücklich auf den Beutelsbacher Konsens, der seit seiner Formulierung auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im Jahre 1976 geradezu einen Siegeszug in die Bildungspläne in der Bundesrepublik Deutschland angetreten hat.

Was in Politik und Wissenschaft strittig ist, soll, so seine wesentliche Aussage, auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden. Dies fußt auf der Überzeugung, dass die »Überwältigung« der Lernenden durch Lehrende der Herausbildung eines selbstständigen Urteils entgegensteht. Und die Förderung eigenständiger Urteile kann gar nicht früh genug beginnen. Für die politische Bildung haben deshalb die Schulen eine zentrale Bedeutung.

Die vorliegende Publikation »Der Beutelsbacher Konsens und die neuen Bildungspläne« in Baden-Württemberg möchte Impulse dafür geben, auch schon in frühen Klassenstufen, hier den Klassenstufen 9 und 10, im Unterricht politisch strittige Themen in ihrer Kontroversität zu untersuchen. Dahinter steckt die Überzeugung, dass politische Bildung das demokratische Bewusstsein auch und gerade bei Jugendlichen schärft und letztlich für starkes Interesse der Menschen an der Politik sorgt. Die Vermittlung grundlegender Werte und scheinbar schwieriger Zusammenhänge stärken auf Dauer das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Und dies gilt auch und besonders in für manche wirtschaftlich und sozial schwierigen Zeiten.

In sechs ausgewählten Unterrichtsmodellen sollen hier Impulse für einen an der Kontroverse orientierten Gemeinschaftskunde- und Wirtschaftsunterricht entwickelt werden. Die erste Ausgabe (Band 1) richtete sich an die Klassen 7 und 8. Für die Klassen 9 und 10 liegt nun dieser Band 2 vor.

Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Handeln zu befähigen und zu ermutigen, ist dabei die wichtigste Aufgabe der politischen Bildung, aber auch der Schule insgesamt. Sie sollen in die Lage versetzt werden, politische und wirtschaftliche Prozesse und Entscheidungen zu analysieren sowie diese kriterienorientiert zu beurteilen.

Dabei gilt es, mit den Schülerinnen und Schülern die Fähigkeit einzuüben, eigenständig politische Meinungen zu vertreten, aber auch Kritik an den eigenen Urteilen zu tolerieren. Toleranz ist eine zentrale Haltung, auf die Unterricht zielen soll. Daraus kann und soll sich letztlich ein Interesse der Schülerinnen und Schüler entwickeln, sich politisch für das demokratische Gemeinwesen zu engagieren und undemokratisch-extremistischem Gedankengut zu widerstehen. Nur so können auch die »weniger sichtbaren Mauern« überwunden werden.



**Lothar Frick**  
Direktor der Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg



**Jürgen Kalb,**  
Studiendirektor, Fachreferent LpB,  
Chefredakteur von D&E,  
Fachberater am RP Stuttgart für  
Geschichte, Gemeinschaftskunde  
und Wirtschaft, Elly-Heuss-  
Knapp-Gymnasium Stuttgart-  
Bad Cannstatt

# 1. Der Beutelsbacher Konsens und die Bildungspläne 2016 in den Fächern WBS und Gemeinschaftskunde

Seit dem Schuljahr 2017/18 wird in den Werkreal-/ Haupt-, den Real- und den Gemeinschaftsschulen in den Fächern »Gemeinschaftskunde« sowie dem neu strukturierten Fach »WBS« (Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung) in Baden-Württemberg in den siebten Klassen nach dem neuen »Bildungsplan 2016« unterrichtet. Die Gymnasien folgen im Schuljahr 2018/19 mit der Klassenstufe 8. Erstmals wurden dabei die Bildungspläne aller Schularten eng koordiniert, um den Übergang und die Durchlässigkeit des gesamten Schulsystems zu erleichtern. Eine der wesentlichen Neuerungen des Bildungsplans ist dabei ein eigenständiges Fach »WBS«, das in besonderem Maße die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler im Bereich »Ökonomie« fördern soll. Um die Umsetzung der Bildungspläne nachhaltig zu gestalten, sind seit längerem umfangreiche Fortbildungsinitiativen für die Lehrerinnen und Lehrer im Gange. Auch in der fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Ausbildung werden dazu gerade große Anstrengungen unternommen. Die vorliegende Publikation will mit Hilfe von sechs exemplarischen Unterrichtsmodellen für die Fächer Gemeinschaftskunde und WBS einen weiteren Impuls geben und sich vor allem jenen Themen widmen, in denen der Beutelsbacher Konsens von besonderer Bedeutung ist, d.h. Unterrichtsmodelle vorstellen, in denen politisch und ökonomisch umstrittene Sachverhalte in ihrer Kontroversität thematisiert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf unterrichtlichen Strategien zur Herausbildung einer eigenständigen Urteilsbildung bei Schülerinnen und Schülern

Das Kultusministerium Baden-Württemberg hat mit der Herausgabe der »Bildungspläne 2016« und dem dazu veröffentlichten »Lehrkräftebegleitheft« erneut betont, welche zentrale Bedeutung die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses für die Bildungspläne besitzen.

1976 hatten sich führende Politikdidaktiker der Bundesrepublik Deutschland in einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg unter Leitung des damaligen Direktors Siegfried Schiele auf folgende Punkte geeinigt. Der LpB-Referent Hans-Georg Wehling hatte die Prinzipien dann in einer Publikation formuliert:



Abb 1 Arbeitsteilige Gruppenarbeit im WBS-Unterricht, Klasse 9a, Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Stuttgart - Bad Cannstatt © Jürgen Kalb

## Grundsätze des »Beutelsbacher Konsenses«

1. **Überwältigungsverbot.** Es ist nicht erlaubt, den Schüler bzw. die Schülerin – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der »Gewinnung eines selbstständigen Urteils« zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers bzw. der Lehrerin in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers und der Schülerin.

2. **Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.** Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs Engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. (...)

3. Die Schülerin bzw. der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine **eigene Interessenlage** zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. (...)

(Vgl. [www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de))

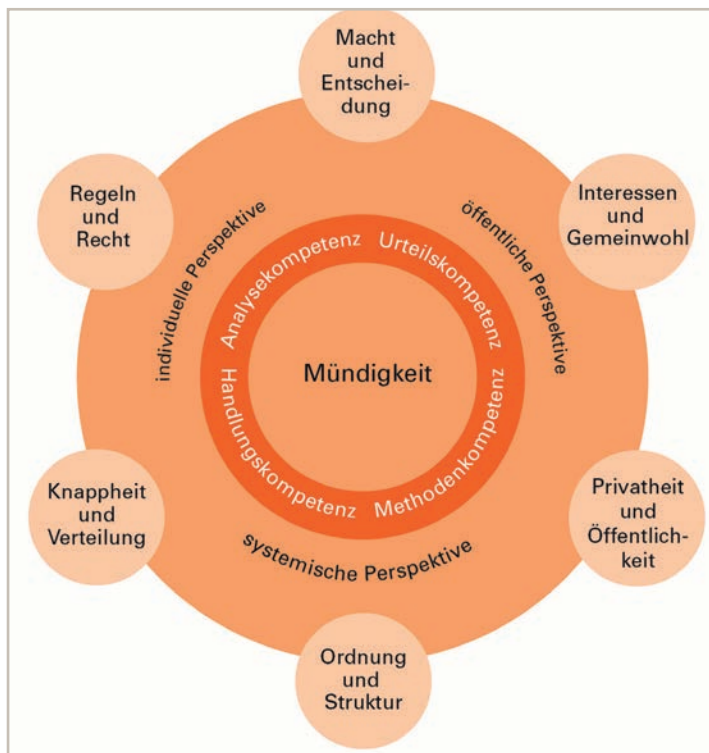


Abb 2 »Analyseraster im Gemeinschaftskundeunterricht«  
© KM, Landesinstitut für Schulentwicklung

Dies bedeutet, dass das »Pluralismusgebot« auch dem Staat bzw. seinen gewählten Politikerinnen und Politikern verbietet, im Schulwesen einseitige Sichtweisen und Standpunkte bei politisch oder gesellschaftlich kontroversen Fragen zu propagieren. Diesen Grundsätzen weiß sich die LpB Baden-Württemberg bei ihren Publikationen und Veranstaltungen seit langem verpflichtet. Sie haben inzwischen auch in den »EPAs«, den »Einheitlichen Prüfungsanforderungen der Kultusministerkonferenz« für das Abitur in allen sozialwissenschaftlichen Fächern Eingang gefunden.

Für die in dieser Publikation vorgestellten Unterrichtsmodelle für die Fächer Gemeinschaftskunde und WBS heißt das insbesondere, dass stets die oberste Maxime die Perspektivenvielfalt ist, ja dass Schule und Unterricht jene Orte sind, »wo das Aushalten solcher Perspektivenvielfalt eingeübt werden kann und muss« (Lehrkräftebeilage, S. 9). Dabei ist Perspektivenvielfalt keineswegs »gleichzusetzen mit Wertneutralität; sie erfordert vielmehr einen klaren und ausdrücklichen Rückbezug auf die in der Verfassung und im Schulgesetz festgeschriebenen Bildungsziele« (ebenda). Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Werten bildet sozusagen die Essenz unterrichtlicher Auseinandersetzung, sei es um z.B. weltanschaulich-religiösem Fundamentalismus oder anderen doktrinären Wertsetzungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

## Inhalts- und prozessbezogene Kompetenzen

Wertebildung und die Kompetenzentwicklung des mündigen Bürgers bzw. der mündigen Bürgerin kann nicht allein darin bestehen, Fachwissen und Fachbegriffe zu erwerben und dann mit einer Vielzahl von W-Fragen in Klassenarbeiten abzufragen. Leider ist das trotz aller Bemühungen der Bildungsplanreform 2004 stellenweise im Unterricht auch in Baden-Württemberg immer wieder zu beobachten. Mit anderen Worten: Der sogenannte Paradigmenwechsel zur Kompetenzorientierung hat noch längst nicht jedes Klassenzimmer erreicht. Die vorliegende Publikation versucht, in diese Richtung hilfreiche Impulse zu setzen.

Neben der wichtigen Analysekompetenz, die insbesondere in den inhaltsbezogenen Standards ihren Niederschlag finden, sind nämlich die in den prozessbezogenen Kompetenzen explizit geforderten Methoden-, Urteils- und Handlungskompetenzen von entscheidender Bedeutung für die Herausbildung eines selbstständigen Urteils eines mündigen (Wirtschafts-) Bürgers bzw. einer mündigen Bürgerin. Die Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, ihre persönliche Perspektive zu erweitern und systematisch neben individuellen auch öffentlich-politische sowie systemische Perspektiven zu entwickeln. Zentral ist dabei die Herausbildung der Urteilskompetenz, die auf Urteilkriterien basiert, ohne dass damit natürlich das persönliche Urteil in irgendeiner Form präjudiziert würde.

Neben dem persönlich-individuellen Bewerten sollen die Schülerinnen und Schüler dabei die Kompetenz erwerben, Bewertungskriterien kennen zu lernen und anzuwenden, wie sie z.B. im sprechenden Analyseraster (Abb. 2) des Bildungsplans Gemeinschaftskunde anschaulich abgebildet sind.

Oftmals kommt bislang noch immer im alltäglichen Unterricht die systemische Ebene zu kurz. Allzu oft wird nur im gerade aktuellen Geschehen verharret. Dabei erweitert doch erst die Ebene des Systemischen, d.h. z.B. die demokratietheoretische, wirtschaftspolitische oder die globale Sicht den Sinn für generalisierende Schlüsse in der Urteilsbildung. Auch jüngere Jahrgänge von Schülerinnen und Schülern urteilen bereits beständig. Ihre Voreinstellungen bzw. Präkonzepte bilden sogar einen wertvollen Teil der politischen Bildung. Es gilt, deren Urteile, und seien sie scheinbar auch noch so naiv, ernst zu nehmen und damit eine Grundlage für eine prozessorientierte Kompetenzentwicklung zu legen. An ihnen anzuknüpfen heißt dann auch, die Ziele des Beutelsbacher Konsenses einzulösen, um mit Hilfe des Unterrichts und der Schule mündige Bürgerinnen und Bürger zu erziehen, denen Toleranz und Multiperspektivität für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft selbstverständlich sind und für die sie sich im Konfliktfall auch engagiert einsetzen werden.

### »Ökonomische Bildung« als Sonderfall?

Der Lehrerbegleitband zu den Bildungsplänen äußert sich deutlich zur Frage, ob die ökonomische Bildung eine Sonderrolle einnehmen soll: »Das Selbstverständnis des Faches »Wirtschaft / Berufs- und Studienorientierung« wird in den prozessbezogenen Kompetenzen zugrunde gelegt. Die Schülerinnen und Schüler sollen wirtschaftliche Wirkungszusammenhänge und Funktionsweisen analysieren und beurteilen können, um daraus Handlungsoptionen abzuleiten. Ihre eigenen Fähigkeiten, Potenziale und Interessen zu erkennen, stellt dabei die Basis für ihre Handlungsoptionen als Berufswähler dar. Ausgangspunkt des Wirtschaftens sind knappe Güter; bei ihnen übersteigen die Bedürfnisse der Menschen, die zwar individuell verschieden, aber aggregiert prinzipiell unbegrenzt sind, die Möglichkeiten der Produktion. Individuell führt das Knappheitsproblem zu Entscheidungs- und Zielkonflikten, gesellschaftlich zu Verteilungskonflikten und nicht selten zu Ungleichheit. Verschiedene ökonomische Modelle versuchen, den Umgang mit dieser Knappheitsproblematik zu erklären. Die Theorie der rationalen Entscheidung geht davon aus, dass Akteure auf der Basis ihrer Präferenzen rational entscheiden, um ihren Nutzen zu maximieren. Dabei beeinflussen Anreize (Belohnungen beziehungsweise Restriktionen) die Kosten-Nutzen-Abwägung. Andere Modelle hinterfragen diese Rationalitätsprämisse. Ausgehend von empirischen Studien und Experimenten gehen insbesondere an Sozialwissenschaften orientierte Ökonomen davon aus, dass sich Menschen und Organisationen insbesondere von sozialen Normen, Gewohnheiten, moralischen Präferenzen und ihrer Intuition leiten lassen. Diese Erkenntnisse spielen inzwischen auch in der Ökonomik eine zunehmend größere Rolle. Insofern ist es bedeutsam, den Schülerinnen und Schülern den Pluralismus von Modellen, aber auch die Leistungen und Grenzen von Modellen bewusst zu machen.« (Lehrerbegleitband zu den Bildungsplänen)

### Bezug zu den Leitgedanken des Bildungsplans

Der gesamte Bildungsplan verweist auf Leitperspektiven und ist dementsprechend vernetzt. Unter allgemeinen Leitperspektiven wird z.B. die »Bildung für nachhaltige Entwicklung«, die »Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt« sowie die »Prävention und Gesundheitsförderung« verstanden. Themenspezifische Leitgedanken sind die »berufliche Orientierung«, die »Medien- sowie die Verbraucherbildung«. Diesen Leitgedanken weiß sich diese Publikation besonders verpflichtet. Zeitgemäße Bildungspläne sind außerdem dadurch gekennzeichnet, dass sie sowohl fachliche als auch überfachliche Kompetenzen berücksichtigen. Demzufolge umfassen fachliche Kompetenzen fachspezifisches Wissen und die damit verbundenen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Überfachliche Kompetenzen bezeichnen dabei jenes Wissen und Können, das über die Einzelfächer hinaus auch für Lernprozesse außerhalb der Schule von Bedeutung ist.

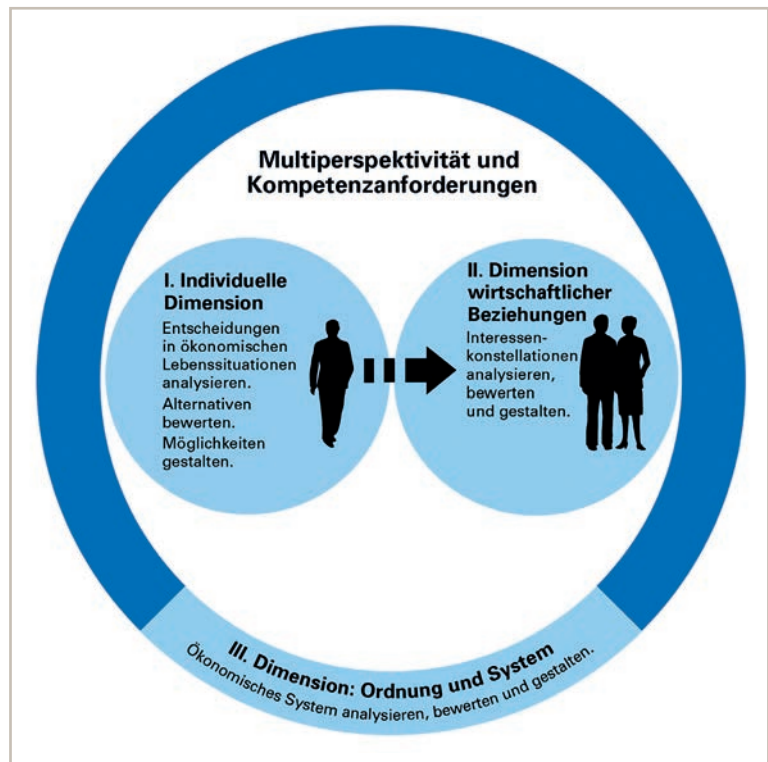


Abb 3 »WBS-Modell«, multiperspektivischer und mehrdimensionaler Wirtschaftsunterricht © KM Landesinstitut für Schulentwicklung

Dazu zählen methodische, personale und soziale Kompetenzen. Der Bildungsplan 2016 ist also angelegt auf vernetztes und nachhaltiges Lernen insbesondere in den Feldern »Demokratieerziehung, Friedensbildung und kulturelle Bildung«. Dabei sollen sich schulisches und außerschulisches Lernen verbinden.

### Literaturhinweise

- Buchstein, Hubertus, u.a. (2017): Beutelsbacher Konsens und politische Kultur. Schwalbach / Ts. Wochenschau-Verlag
- Frech, Siegfried / Richter, Dagmar (Hrsg.) (2017): Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen. Schwalbach / Ts. Wochenschau-Verlag
- Klieme, E. & Hartig, J. (2007): Kompetenzkonzepte in den Sozialwissenschaften und im erziehungswissenschaftlichen Diskurs. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 10 (Sonderheft 8), 11–29.
- Sander, W. (2005): Anstiftung zur Freiheit. Aufgaben und Ziele politischer Bildung in einer Welt der Differenz. ZEP: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, 28(2), 8–13.
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2009): Stärkung der Demokratieerziehung. (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009)
- Wehling, H. G. (1977): Konsens à la Beutelsbach. In: S. Schiele & H. Schneider (Hrsg.), Das Konsensproblem in der politischen Bildung (S.173–184). Stuttgart: Klett.

## 2. Ist die politische Beteiligung von jungen Menschen in der Krise?

Demokratie schafft ihre Grundlagen nicht von selbst. In Deutschland wird das abnehmende Engagement insbesondere in politischen Parteien oft als eine mögliche Ursache für den erstarrenden Populismus und die brüchigen Verbindungen zwischen Politik und Gesellschaft ins Spiel gebracht. Neben den Parteien prägen inzwischen viele andere Akteure wie Bürgerinitiativen und Verbände die politische Debatte und Parteipartizipation wirkt für viel erschreckend unattraktiv. Das Durchschnittsalter von Parteimitgliedern in Deutschland beträgt inzwischen 60 Jahre, nur noch 8% sind unter 30. (vgl. z.B. Julian Zuber in seiner Einleitung für seinen Workshop-Bericht (2017) *#partypeople – Junges Engagement in politischen Parteien, Entwicklungsmöglichkeiten und alternative Formen der Mitbestimmung* - [www.hertie-school.org/en/partypeople](http://www.hertie-school.org/en/partypeople)), In der Tat haben alle Parteien große Probleme, junge Menschen an die Wahlurne zu bringen oder sie gar als Neumitglieder zu rekrutieren. Die Rekrutierungskampagne des Jusos-Chefs Kevin Künert im Jahr 2018 im Zusammenhang mit dem vehementen Protest gegen eine Neuauflage der Großen Koalition sowie die zahlreichen Anti-Trump-Proteste hatten zwar zu einem leichten Anstieg der Neumitgliedschaften bei den Jungsozialisten, der Jugendorganisation der SPD, geführt. Und auch die Flüchtlingskrise seit dem Jahr 2015 hat zu Parteieintritten vor allem am rechten Rand des Parteienspektrums geführt. Der Politikwissenschaftler Jan van Deth von der Universität Mannheim meint aber, »die momentane Politisierung der Gesellschaft sei ein ‚typisches Strohfeuer‘. Langfristig werde der aktuelle Anstieg von jungen Parteimitgliedern kaum anhalten.« (vgl. [www.stuttgarter-nachrichten.de](http://www.stuttgarter-nachrichten.de)) Van Deth erhält Unterstützung von dem renommierten Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer von der Freien Universität Berlin: »Das goldene Zeitalter der Parteien ist vorbei und kommt auch nicht wieder.« (Niedermayer, [www.sueddeutsche.de/politik/parteien-in-deutschland-jung-politisch-aber-wenig-lust-auf-parteien-1.3265593-2](http://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-in-deutschland-jung-politisch-aber-wenig-lust-auf-parteien-1.3265593-2)) Diese Prognose wiegt umso so schwerer als Parteien im demokratischen Prozess der Bundesrepublik Deutschland wesentliche Funktionen bei der politischen Willensbildung und beim gegenwärtigen Wahlrecht zum Deutschen Bundestag (»personalisiertes Verhältniswahlrecht«) übernehmen und so zu einer lebendigen Demokratie und einer starken Zivilgesellschaft beitragen sol-

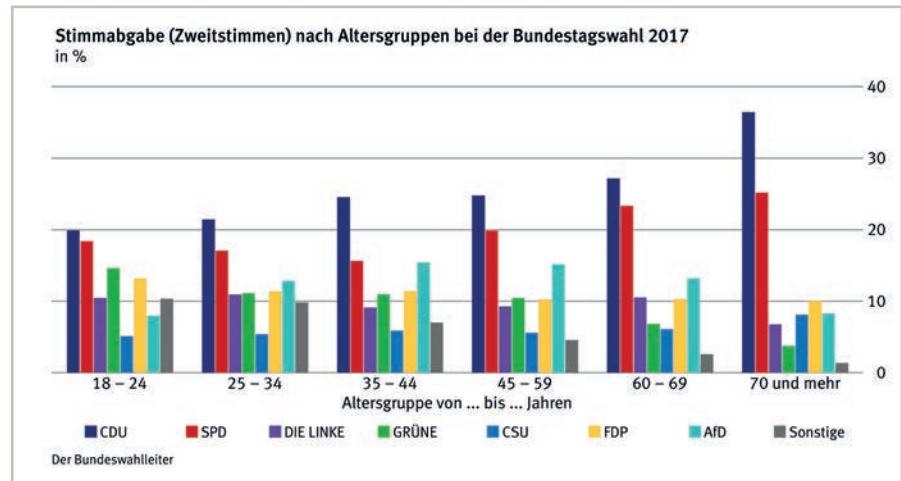


Abb 1 »Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2017 nach Altersgruppen«

© Der Bundeswahlleiter

len. Als gesellschaftliche Organisation finden Parteien in Artikel 21 des Grundgesetzes explizit Erwähnung. Die Mitwirkung »bei der politischen Willensbildung des Volkes« ist dort als die zentrale Aufgabe der Parteien festgelegt. Die Funktionsfähigkeit des politischen Systems der Bundesrepublik basiert also auf einer vitalen und responsiven Verbindung zwischen den Bürgern und seinen politischen Parteien. Droht das politische System also mangels Nachwuchs bald nicht mehr zu funktionieren? Immerhin: Kurzfristig sei das jedenfalls nicht zu befürchten, sagt Niedermayer. Um wichtige politische Ämter zu besetzen, reiche die Zahl der Parteimitglieder aktuell allemal. Das Problem sieht er woanders: »Die Parteien verlieren immer mehr ihre gesellschaftliche Verwurzelung. Das macht es auch schwieriger, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu transportieren.« (vgl. ebenda) Fehlte also ihre gesellschaftliche Verwurzelung in der Gesellschaft, stünde nicht zuletzt die Legitimation politischer Herrschaft auf dem Spiel. Umfragen belegen seit geraumer Zeit, dass insbesondere die jungen Menschen wenig Vertrauen in die Parteien haben. Die Ergebnisse der aktuellsten Jugend-Shell-Studie aus dem Jahre 2015 unterstreichen dies überdeutlich für die 12- bis 25-Jährigen. Sie werden häufig als »gut geschmierte Apparate« wahrgenommen, auf die man von außen keinen Einfluss nehmen könne. Von Politikerinnen und Politikern fühlen sich die Jungen zumeist vernachlässigt. »Politiker kümmern sich nicht darum, wie ich denke«, diesen Satz unterschreiben laut einer Umfrage sogar 69 Prozent der jungen Leute. ([www.spiegel.de/politik/deutschland/politik-warum-jugendliche-sich-nicht-an-parteien-binden-a-1127968.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/politik-warum-jugendliche-sich-nicht-an-parteien-binden-a-1127968.html)). Die europäische Jugendstudie »Generation What« kommt zu dem Ergebnis, dass knapp 2/3 der befragten jungen Menschen zwischen 18 und 34 Jahren kein Vertrauen in



die Politik hätten ([www.generation-what.de/portrait/video/they-re-all-corrupt](http://www.generation-what.de/portrait/video/they-re-all-corrupt)). Dieses mangelnde Vertrauen spiegelt sich in einer weit verbreiteten Skepsis gegenüber Parteien wider. Dabei liegen die Ursachen für diese Parteienskepsis in erster Linie in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen begründet. Der Politikwissenschaftler Wiesendahl diagnostizierte bereits im Jahre 2001 in seinem Beitrag »Keine Lust mehr auf Parteien« ([www.bpb.de/apuz/26416/keine-lust-mehr-auf-parteien-zur-abwendung-jugendlicher-von-den-parteien?p=al](http://www.bpb.de/apuz/26416/keine-lust-mehr-auf-parteien-zur-abwendung-jugendlicher-von-den-parteien?p=al)) eine zunehmend konsumtive Haltung junger Menschen politisch-gesellschaftlichen Bereichen. Wiesendahl nimmt in seinem Beitrag eine sehr nüchterne Analyse vor: »Ein wesentlicher Grund hierfür liegt darin, dass dauerhafte Mit-Arbeit nicht mit Freizeit assoziiert, sondern als verpflichtend, lästig und einengend empfunden wird. Für Jugendliche muss Freizeit geopfert werden. Der Trend der politischen Partizipation geht zur Schonhaltung und leichten Kost, während man sich die schweren Brocken des ernsthaften, längerfristigen Auseinandersetzens mit Politik nicht mehr antun möchte.« (ebenda, S. 16)

Fragt man junge Menschen nach den Gründen für ihre Parteienskepsis, so tauchen immer wieder dieselben Argumente auf wie z.B.: Die Themen der Politiker seien doch gestrig, wenn nicht folkloristisch. Statt die Klimakatastrophe zu bekämpfen, setze man erst mal eine Kommission ein. Statt eine generationengerechte Rentenreform durchzusetzen, schreibe man ein veraltetes Modell weiter fest. Statt die Digitalisierung zu gestalten, vertage man lieber alles auf das Jahr 2025. Über Fragen zu Maut, Mütterrente und Milchpreise sei die deutsche Politik zum Debattenfriedhof verkommen. (vgl. [www.zeit.de/2018/08/junge-politiker-deutschland-veraenderung](http://www.zeit.de/2018/08/junge-politiker-deutschland-veraenderung)).

Zwischen den Jungen und Alten knirscht es: Nicht nur scheint man sich nicht einig über die wesentlichen Zukunftsthemen zu sein, auch ist die Kommunikation zwischen den Generationen störanfällig: Die »Generation Y« (Klaus Hurrelmann) sei eine Generation der »digital natives«. Hier könnte man nun ansetzen, sagen einige Didaktiker der politischen Bildung, um das Rekrutierungs-, Repräsentations- und Partizipationsdilemma abzuschwächen: Durch den verstärkten Einsatz digitaler Medien wie z.B. den »Join-O-Mat« könnten möglicherweise mehr junge Menschen ins Boot geholt und für politische Beteiligung in Parteien gewonnen werden. Der Einsatz von »social media« wie z.B. Facebook, Youtube, Whatsapp oder Instagram bzw. snapchat scheint dabei trotz aller datenschutzrechtlicher Bedenken zentral zu sein. Allerdings sollte man auch deutlich weitergehenden Vorschlägen Beachtung schenken: Sie reichen von der Forderung nach Schnupper- und Probemitgliedschaften, über projektbezogene, d.h. thematisch gebundene Mitarbeit ohne Mit-

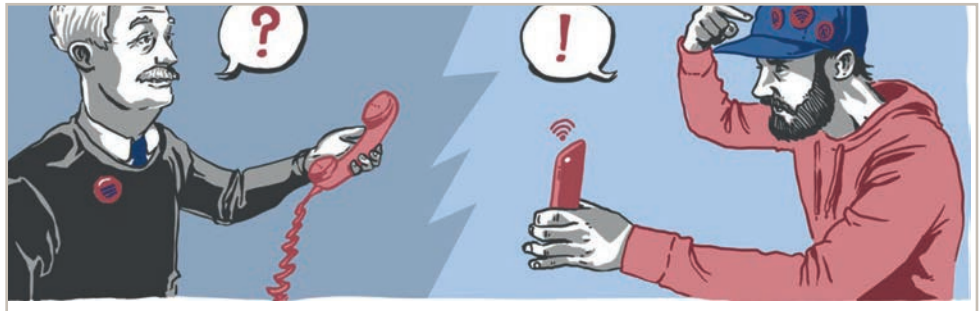


Abb 2 Julian Zuber: »Party people«

© [www.hertie-school.org/partypeople](http://www.hertie-school.org/partypeople)

gliedschaft und Praktika bis hin zu der Forderung nach der Einführung einer Jugendquote in Parteien.

Der Leiter der Shell-Jugendstudie Professor Hurrelmann sieht dabei vornehmlich die Parteien in der Pflicht, sich deutlicher als bisher als Bildungsinstitution zu begreifen, um eine kultivierte Debattenkultur im politischen System langfristig zu befördern: »Wenn sie diesen Anspruch erfüllen wollen, dann müssen sie sich öffnen und sorgfältig auf Transparenz ihrer Entscheidungsprozesse achten. Sie sollten sich auch stärker als Lernstätten und Bildungsinstitutionen verstehen, strukturierte Weiterbildung anbieten und jungen Leuten zeigen, wie ein regelgeleitetes Streitgespräch abläuft, wie man Diskussionen leitet, Veranstaltungen moderiert und managt. Ob all die eben erwähnten Maßnahmen effektiv sind und langfristig zu mehr Interesse an bzw. Mitgliedschaften in Parteien führen werden, kann und muss diskutiert werden.« (Hurrelmann)

Die Parteien sollten mit Blick auf ihre Bedeutung im politischen System jedenfalls nicht nachlassen, sich um junge Mitglieder zu bemühen. Auch sie könnten davon profitieren, was junge Menschen als politisches Interesse und Beteiligungspotential mitbringen: denn junge Menschen sind, wie verschiedene Shell-Jugendstudien ergaben, durchaus politisch interessiert. Sie engagieren sich allerdings vornehmlich in überschaubaren Projekten, deren Ziele schnell erreicht werden können - frei nach dem Motto »small and soon« - und sie sind immer stärker auf neue Medien fixiert. (vgl. Lothar Probst, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)) (...)  
das-abenteuer-fehlt-parteien-geht-der-nachwuchs-aus) Ganz ohne langatmige Satzungsdiskussionen und ideologisches Korsett engagiere sich heute bereits ein großer Teil der Jugend in den unterschiedlichsten Foren, Organisationen und Bewegungen und nutze dabei das Netz als Kommunikationsform.

Parteien seien gut beraten, dieses Potenzial zu nutzen, wollten sie auch in Zukunft potenzielle Neu-Mitglieder und Jungwähler erreichen und überzeugen. Und dennoch bleibt den zukünftigen Mitgliedern nicht erspart, sich in einen anstrengenden Diskussionsprozess einzubinden. Mit-Arbeit ist nun eben ein wesentlicher Bestandteil der Parteilarbeit - im Unterschied zur eher kurzfristigen und spontanen Meinungsäußerung per Klick.

# Didaktisch-methodische Hinweise

Der vorgeschlagene Unterrichtsgang orientiert sich an den Basiskonzepten »Macht und Entscheidung« sowie »Regeln und Recht«. Dabei können die Schülerinnen und Schüler Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten sie haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Diese Möglichkeiten gilt es dann zu bewerten.

In der ersten Doppelstunde wird geklärt, ob Jugendliche (un)politisch sind. Der Einstieg in den Unterrichtsgang erfolgt über eine Lernausgangsdiagnose. Mit Hilfe eines Fragebogens sollen zunächst die Präkonzepte der Schülerinnen und Schüler erhoben werden. Der Schwerpunkt der Stunde liegt auf der Analyse von Schaubildern und Statistiken. Anhand des Materialpools lässt sich erkennen, dass das Interesse an Politik in den letzten Jahren bei jungen Menschen zwar gestiegen ist, dass dieses politische Interesse aber bei der Mehrheit der jungen Menschen nicht in politisches Engagement - vor allem nicht in Parteien - mündet. Die Schülerinnen und Schüler sollen eine Matrix erstellen, um die Ausgangsfrage der Stunde systematisch untersuchen und überprüfen zu können. Abschließend sollen sie im Sinne einer Metaplanung Fragen notieren, die es im Verlaufe der Einheit zu klären gilt. Die Fragen sollen in Form einer Mind-Map verschriftlicht werden.

Weshalb engagieren sich nur wenige junge Menschen in Parteien? (Anhand der Materialien soll zunächst die Frage geklärt werden, ob Parteien überhaupt noch ihren Aufgaben gerecht werden (zweite Doppelstunde). Anschließend erfolgt die Betrachtung der Ursachen. In einer Gruppenarbeitsphase soll dazu ein Maßnahmenkatalog erstellt werden. Nach einer Analyse der Faktenlage sowie der Ursachen für die Parteienskepsis (Was ist?) sollen sich die Schülerinnen und Schüler in der dritten Doppelstunde mit einem konkreten Vorschlag zur Verjüngung von Parteien auseinandersetzen (Was ist möglich?). Im Zentrum der Stunde steht die Forderung von Hurrelmann nach einer Einführung einer »Jugendquote für Parteien«. Der Lehrkraft stehen zwei methodische Zugänge zur Bearbeitung der Leitfrage »Brauchen wir eine Jugendquote in Parteien« zur Verfügung. Die schriftliche Bearbeitung des Themas kann im Rahmen einer 90-minütigen Unterrichtsstunde erfolgen. Damit die Schülerinnen und Schüler bei der selbstständigen Auswahl des Arbeitsschrittes bzw. der Arbeitsmaterialien nicht sofort auf den Argumentenpool zurückgreifen, sollte die Lehrkraft sie dazu ermuntern, zunächst eigene Argumente zu sammeln und nicht auf die vorformulierten Aussagen zurückzugreifen. In der sich anschließenden Diskussion sollen von den Schülerinnen und Schülern die noch fehlenden Argumente ergänzt werden, sodass alle auf demselben inhaltlichen Stand sind. Ein begründetes Ergebnis wird sowohl bei der schriftlichen Bearbeitung als auch bei der Pro-Kontra-Debatte eingefordert (Was soll sein?).

In der vierten Doppelstunde sollen weitere Maßnahmen bewertet werden, die noch stärker die systemische Perspektive in den Blick nehmen. Um diese anspruchsvol-

le Aufgabe bewältigen zu können, erhalten die Schüler ein Arbeitsblatt mit einer Übersicht über die Kriterien, die mit Leitfragen zur Problemstellung operationalisiert sind. Es bietet sich an, diese Aufgabe auch schriftlich anfertigen zu lassen, um dieses anspruchsvolle Aufgabenformat zu trainieren. Die Lehrkraft sollte darauf achten, dass aus jeweils unterschiedlichen Perspektiven zu urteilen ist (politisch interessierte Jugendliche, politisch nicht interessierte Jugendliche, Parteien - evtl. differenzieren, ältere bzw. jüngere Politiker, politisches System).

Eine Rede zum Thema »Junge Menschen und Parteien - gibt es (k)einen Ausweg aus der Krise?« ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, ihr in den letzten vier Doppelstunden erworbenes Wissen anzuwenden.

## Bildungsplanverortung

**Leitperspektive:** Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE): Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung, Demokratiefähigkeit

## Prozessbezogene Kompetenzen (Auswahl)

Die Schülerinnen und Schüler können

- bei der Untersuchung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sach-, Konflikt- und Problemlagen unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen (individuelle, öffentliche, systemische) (Analysekompetenz)
- zu einer vorgegebenen Problemstellung eigenständig und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven durch Abwägen von Pro- und Kontra-Argumenten ein begründetes Fazit ziehen (Urteilskompetenz)
- unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen (Urteilskompetenz)
- eigene Interessen, Urteile und Entscheidungen – auch aus Minderheitenpositionen heraus sachlich und überzeugend vertreten (Handlungskompetenz)
- die Positionen und Begründungen von Andersdenkenden mit eigenen Argumenten sachlich und kritisch in Frage stellen (Handlungskompetenz)
- lineare und nichtlineare Texte (zum Beispiel Karikatur, Diagramm) auswerten (Methodenkompetenz)

## Inhaltsbezogene Kompetenzen

3.1. Klassenstufen (8)/9/10

3.1.3.3 Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland / Die Schülerinnen und Schüler können ...

(1) Partizipationsmöglichkeiten beschreiben (GG Art. 5, 8, 9, 20, 21, 38 GG)

(5) Aufgaben der Parteien erläutern (Beteiligung an Wahlen, Besetzung politischer Ämter, Bündelung gesellschaftlicher Interessen, Einflussnahme auf die öffentliche Meinung, Einflussnahme auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung)

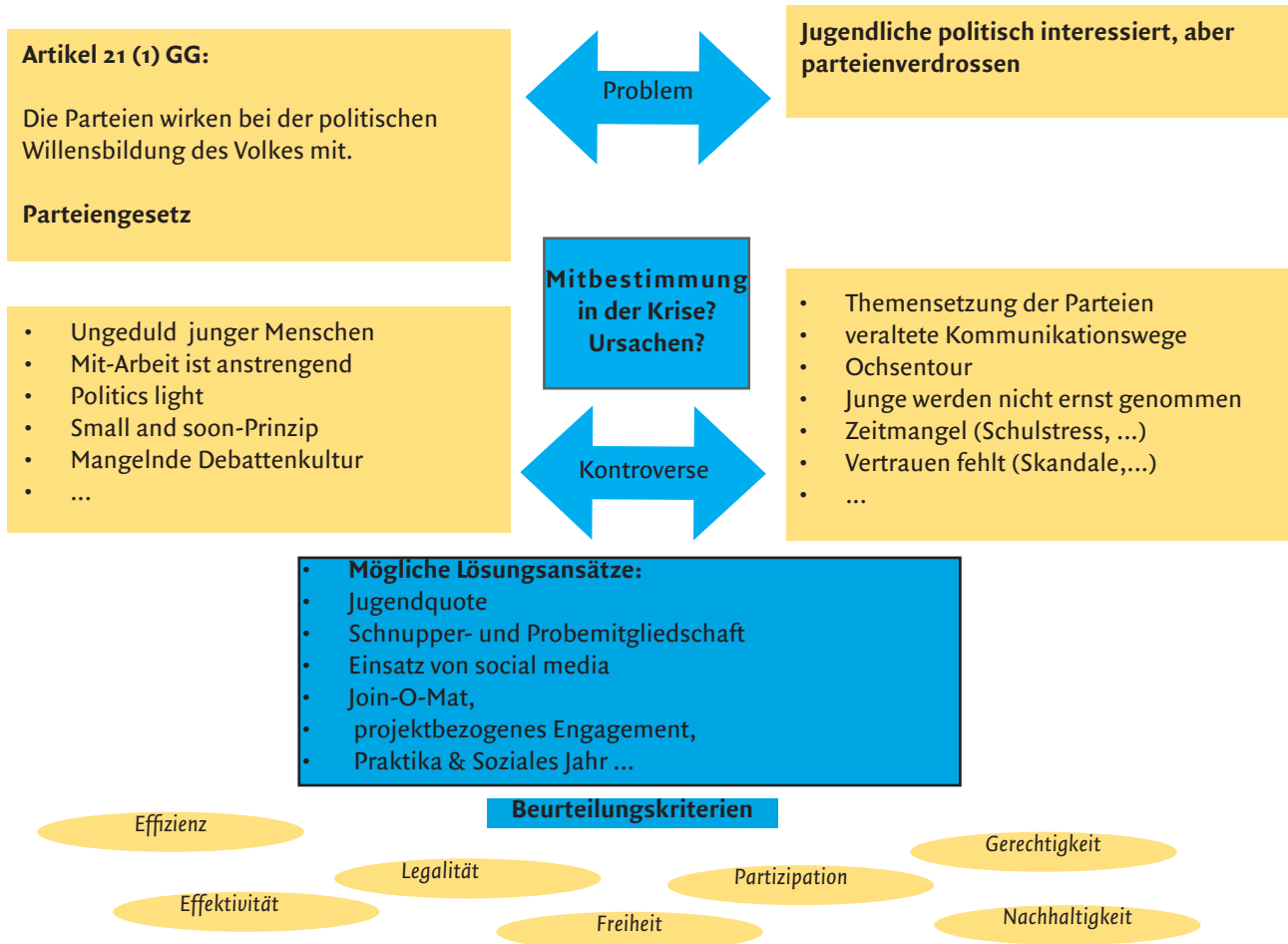
(11) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten

**Abb. 3 IST DIE POLITISCHE BETEILIGUNG VON JUNGEN MENSCHEN IN DER KRISE?**

Schritte	Inhalte	Methode / Material / Kompetenzen
1. Doppelstunde: Was ist? Junge Menschen in Deutschland-(un)politisch?	- Formen politischer Beteiligung von Jugendlichen	- Präkonzepte zur Beteiligung Jugendlicher - Analyse von Schaubildern und Statistiken - Matrix erstellen - Differenzierung: Youtube-Beitrag erstellen - Differenzierung: Umfrage in Schule durchführen
2. Doppelstunde: Was ist? Junge Menschen und Parteien - zwei getrennte Welten?! Eine Ursachenanalyse	Entwicklung von Mitgliedschaften in Jugendorganisationen Aufgaben von Parteien Ursachen für mangelndes Engagement in Parteien	- Analyse einer Karikatur - Analyse von Ursachen für mangelndes Engagement in Parteien (multiperspektivisch) - Rede verfassen / Rollenspiel - Strategie entwickeln: Maßnahmenkatalog
3. Doppelstunde: Was ist möglich? Was soll sein? Brauchen wir eine Jugendquote für Parteien? Eine Maßnahme unter der Lupe	Jugendquote in Parteien	- Erörterung: drei verschiedene Varianten der Bearbeitung - Alternativvorschlag: Pro-Contra-Debatte - Argumentepool - Methodenblätter (Schwerpunkt Klasse 9)
4. Doppelstunde: Was ist möglich? Was soll sein? (K)eine Zukunft für Parteien und Mitbestimmung? Wir bewerten Maßnahmen	Join-O-Mat / Einsatz von social media, bundesweite Mitgliedschaft, projektorientierte Mitarbeit, Schnupper- und Probemitgliedschaft Praktika & freiwilliges soziales Jahr	- Bewertung von Vorschlägen / Urteilskriterien - Arbeitsblatt: schrittweises Heranführen an den Erwerb der Urteilskompetenz - Vergleich der Vorschläge mit Maßnahmenkatalog - Rede: Leitfrage der Einheit beantworten - Differenzierung: - Brief an BT-Abgeordneten verfassen - Einladung des BT-Abgeordnete: Diskussion vor Ort zum Thema / Zusammenarbeit mit der SMV (Schwerpunkt: Klasse 10)

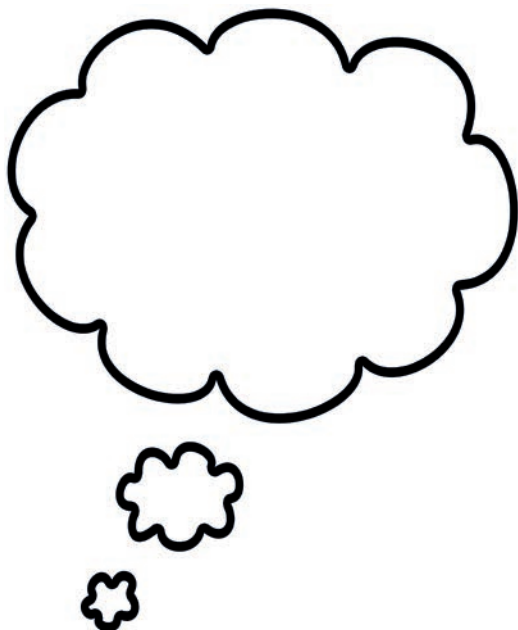
Kompetenzen: Analyse-, Methoden-, Handlungs- und Urteilskompetenzen

**Abb. 4 Junge Menschen und Parteien- Gibt es (k)einen Ausweg aus der Krise?**

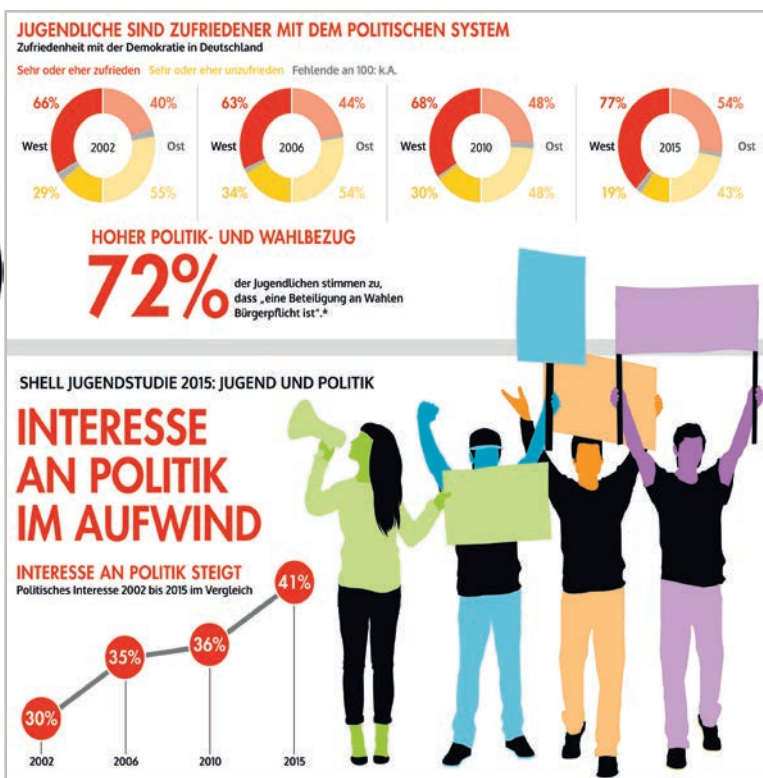


# Junge Menschen in Deutschland: (un)politisch?

## M 1 »Sind junge Menschen unpolitisch?«

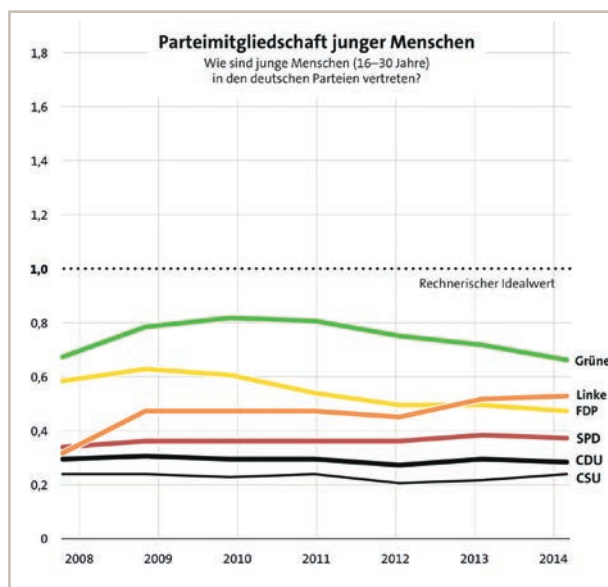


»Meine Meinung dazu ist ... «



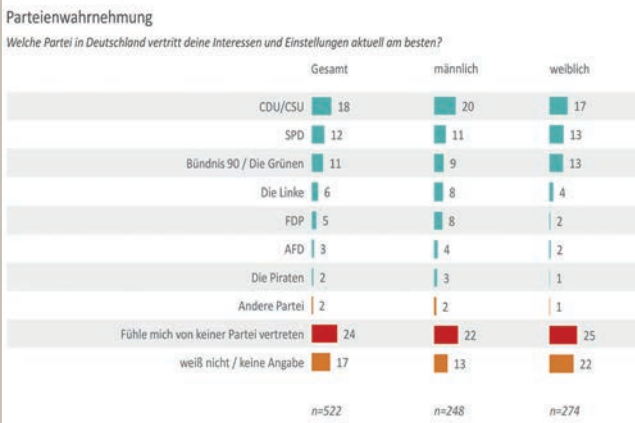
M 2 Politische Beteiligung von Jugendlichen:			
Umfrage			
Aussage	ja	nein	Begründung
Politik interessiert mich generell nicht.			
Ich war bereits politisch aktiv.			
Eine Mitgliedschaft in der Jugendorganisation einer Partei kommt für mich nicht in Frage.			
Die Mitarbeit in einer Partei stelle ich mir langweilig vor.			
Ich weiß, an wen ich mich wenden und wie ich vorgehen muss, wenn ich mich für die Mitarbeit in einer Partei interessiere.			
Mir sind einige Mitmach-Aktionen der Jugendorganisationen von Parteien bekannt.			
Parteien gehen zu wenig auf die speziellen Interessen der Jugendlichen ein.			
Ältere Politiker können für junge Menschen keine Politik gestalten.			
Die Parteien müssten eine verpflichtende Jugendquote einführen, damit mehr die Meinung der Jugendlichen stärker zum Tragen kommt.			
Ich habe einen Vorschlag, wie die Parteien für die Jugendlichen attraktiver werden können.			

## M 3 Shell-Jugendstudie 2015: Politisches Interesse Jugendlicher (15-25 Jahre) © www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie

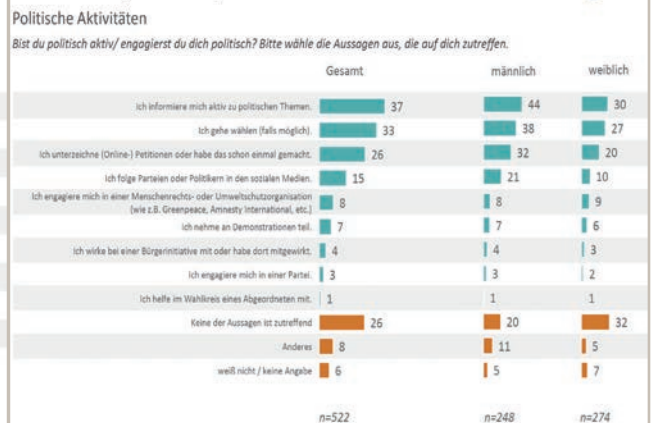


## M 4 Parteimitgliedschaft junger Menschen, Parteiquotient junger Menschen in Parteien: 1 = Anteil der Gruppe ist so groß wie in der Bevölkerung © www.hertie-school.org/en/partypeople/, Niedermayer 2016, Tabelle 21

**Ein Viertel der Jugendlichen in Deutschland fühlt sich von keiner Partei vertreten**



**Ein gutes Viertel der Jugendlichen nutzt die Möglichkeit, sich über (Online-)Petitionen in Debatten einzubringen**



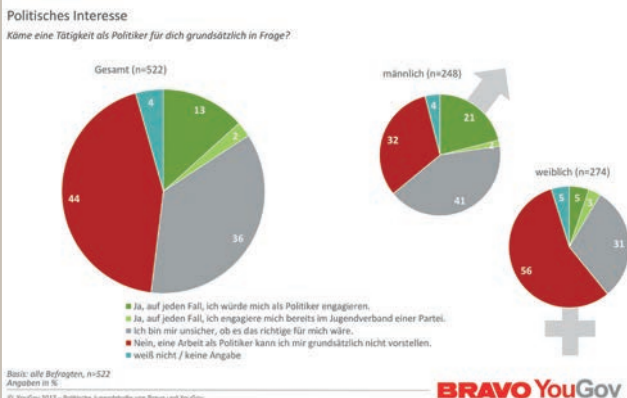
**M 5 Jugendliche und Parteien**

© Bravo Jugendstudie You GOV, 2017, S. 27

**M 7 Jugendliche und Onlinepetitionen**

© Bravo Jugendstudie You GOV, 2017, S. 10

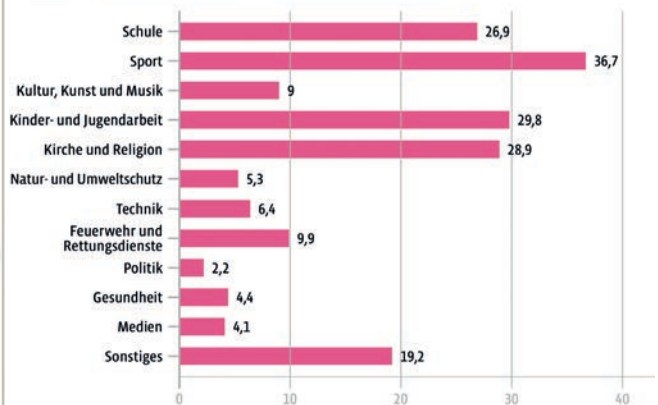
**Nur 15 Prozent der Jugendlichen, darunter überdurchschnittlich viele Jungen, können sich eine Arbeit als Politiker vorstellen**



**M 6 Jugendliche und Karriere als Politiker**

© Bravo Jugendstudie You GOV, 2017, S. 15

N = 856 Alle Angaben in Prozent Mehrfachnennungen möglich



**M 8 »In welchem Bereich hilfts du?«, Jugendstudie Baden-Württemberg 2015** © www.jugendstiftung.de/fileadmin/Dateien/Jugendstudie/2015/Jugendstudie-2015\_06.07.2015.pdf

**Aufgaben**

1. Diskutiert, ob junge Menschen unpolitisch sind? (M1).
2. Füllt anonym den Fragebogen M3 aus und stellt anschließend die Ergebnisse der Klassenbefragung vor. Beurteilt euer Ergebnis.
3. Charakterisiere anhand der Materialien M3 bis M8 wesentliche Aspekte zu den Themenfeldern politisches Interesse und politische Beteiligung von jungen Menschen. Lege dir dazu eine Matrix an wie zum Beispiel:

M	Beschreibung der Materialien (Basissatz)	Inhalt
M 3	- Kreisdiagramme, Shell-Studie 2015, - Zufriedenheit mit dem politischen System in den Jahren 2002/2006/2010/2015 - Unterscheidung West-Ost-Deutschland	- überwältigende Zustimmung zum politischen System - Zunahme der zufriedenen Jugendlichen sowohl in Ost- und Westdeutschland - deutlicher Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen
M 4	(...)	(...)
M 5	(...)	(...)

4. Überprüfe anhand der Materialien M3 bis M8 die Aussage: »Junge Menschen interessieren sich nicht für Politik«.

5. Erstellt eine Mindmap für die noch zu klärenden Fragen, ob Jugendliche politisch sind. (»Untersuchungsfragen«).

**Für Interessierte:**

6. Führt die Umfrage (M2) in der Schule durch. Arbeitet mit der SMV zusammen und veröffentlicht die Ergebnisse der Umfrage online und/ oder in der Schülerzeitung.

7. Erstellt einen Youtube-Beitrag zu dem Thema: »Sind Jugendliche unpolitisch?«. Schaut euch dazu vorher z.B. Clips der Youtuber LeFlويد und MrWissen2go an.

# Junge Menschen und Parteien - zwei getrennte Welten?



M 9 »Werden Sie Mitglied ... « © Gerhard Mester 3. 10. 2010

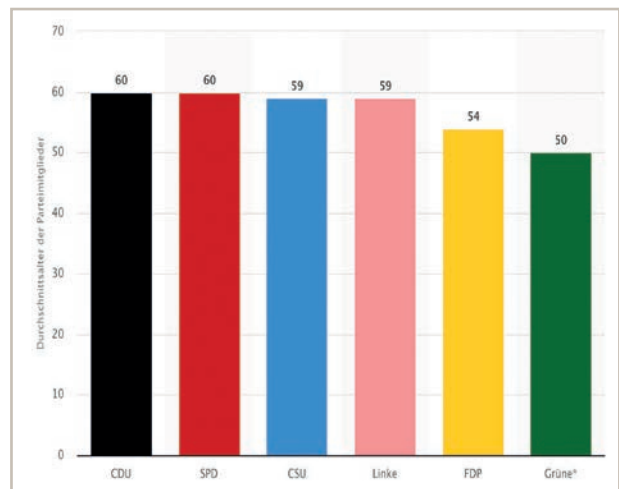
## M 10 Sebastian Jannasch: Jung, politisch - aber wenig Lust auf Parteien, SZ, 25.11.2016

Die Parteien in Deutschland haben mit einem Schwund an Mitgliedern zu kämpfen: Seit der Wiedervereinigung haben außer den Grünen alle etablierten Parteien massiv Mitglieder eingebüßt. Bei der Linken steht ein Minus von 80 Prozent, bei der SPD und CDU ist die Basis um etwa die Hälfte eingebrochen. Die Älteren sterben oder treten aus, Jüngere kommen kaum nach. (...) »Dramatische politische Ereignisse können einen gewissen Schub auslösen. Im allerbesten Fall könnte es gelingen, den Schwund aufzuhalten, einen Stillstand zu erreichen«, sagt er. Auch die Gründung der AfD bedeute keinen neuen Boom für Mitgliederparteien. »Parteien, die eine Lücke füllen, seien es die Piraten vor ein paar Jahren oder jetzt die AfD, bekommen immer etwas Zulauf.« Angesichts von gut 16 000 AfD-Mitgliedern im Vergleich zu mehr als 444 000 bei der CDU könne aber nicht von einer Trendumkehr gesprochen werden. (...) »Das goldene Zeitalter der Parteien ist vorbei und kommt auch nicht wieder.« Das, so scheint es, ändert nicht einmal ein Trump.

© [www.sueddeutsche.de/politik/parteien-in-deutschland-jung-politisch-aber-wenig-lust-auf-parteien-1.3265593-2](http://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-in-deutschland-jung-politisch-aber-wenig-lust-auf-parteien-1.3265593-2)

## M 11 Julian Zuber: »Party people«

Auffallend ist das besonders schlechte Image von Parteien, das junge Menschen von einer Mitgliedschaft oder Engagement zurückschrecken lässt. (...) Parteien werden als »gut geschmierte Apparate« wahrgenommen, die sich von Jungen kaum beeinflussen lassen. Viele junge Menschen denken bei Parteien auch an unehrliche, intransparente Altherrenvereine, in denen Veränderung nicht möglich ist. Oft assoziieren junge Menschen mit Parteien auch eine verklausulierte Ausdrucksweise mit



M 12 Durchschnittsalter der Mitglieder der politischen Parteien in Deutschland, 31.12. 2016 © Statista 2018

vielen Worthülsen oder denken an das Bild eines geschlossenen Clubs, dem man auf Lebenszeit angehört. Diese Wahrnehmungen verschulden nicht nur Parteien selbst, sondern sie hängen auch damit zusammen, dass Medien nur dann über Parteien berichten, wenn es um Machtkämpfe oder Probleme geht.

© Zuber, Julian, #partypeople – Junges Engagement in politischen Parteien, hg. v. Hertie School of Governance, Berlin 2017.

## M 13 Lothar Probst: »Das Abenteuer fehlt«, 2013

Glaubt man dem Bremer Politikwissenschaftler Lothar Probst, dann fehlt vielen Jugendlichen der Bedarf an den ideologischen Grundsatzdebatten, wie sie in Parteien geführt werden. »Junge Leute binden sich heute lieber an Organisationen, die von ihnen weniger starke ideologische Bekenntnisse zu einer kompletten Programmatik erwarten. Das Motto lautet für viele ‚small and soon‘ - sie engagieren sich in überschaubaren Projekten, deren Ziele schnell erreicht werden können.« Politik müsse vor allem »aktionsorientiert sein und einen Hauch von Abenteuer« vermitteln, hält Probst fest. [...] »Ganz ohne langatmige Satzungsdiskussionen und hierfür liegt darin, dass dauerhafte Mit-Arbeit nicht mit Freizeit assoziiert, sondern als verpflichtend, lästig und einengend empfunden wird. Für Jugendliche muss Freizeit geopfert werden. Der Trend der politischen Partizipation geht zur Schonhaltung und leichten Kost, während man sich die schweren Brocken des ernsthaften, längerfristigen Auseinandersetzens mit Politik nicht mehr antun möchte. (...) Politisches Engagement reduziert sich auf die Fortsetzung des Fast-Food-Konsums (...).

© [www.bpb.de/lernen/grafstat/grafstat-bundestagswahl-2013/145257/mj-01-12-das-abenteuer-fehlt-parteien-geht-der-nachwuchs-aus](http://www.bpb.de/lernen/grafstat/grafstat-bundestagswahl-2013/145257/mj-01-12-das-abenteuer-fehlt-parteien-geht-der-nachwuchs-aus)

## M 14 Das Parteiengesetz

§ 1 Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien

(1) Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.

(2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.

© [www.bpb.de/nachschlagen/gesetz/](http://www.bpb.de/nachschlagen/gesetz/)

## M 15 Elmar Wiesendahl: Keine Lust mehr auf Parteien

Nur sprechen die erfragten tatsächlichen Mitarbeiterfahrungen insofern eine andere Sprache, weil sie verdeutlichen, dass Jugendliche sich nur noch sehr selektiv auf Beteiligungsmöglichkeiten einlassen. Solche Formen wie Unterschriften leisten und an einer Demonstration teilnehmen, die persönlich anspruchslos sind und sich mit einem Minimum an Aufwand und Zeit erledigen lassen, werden vergleichsweise häufiger genutzt. Dagegen steht organisierte Mit-Arbeit, und da sind Bürgerinitiativen und Basisgruppen der neuen sozialen Bewegungen eingeschlossen, für rund 90% der Jugendlichen außerhalb ihres tatsächlich aktivierten Handlungsrepertoires. Dies spricht dafür, dass die Scheidelinie heute nicht mehr

### Entwicklung der Jugendorganisationen seit 2013

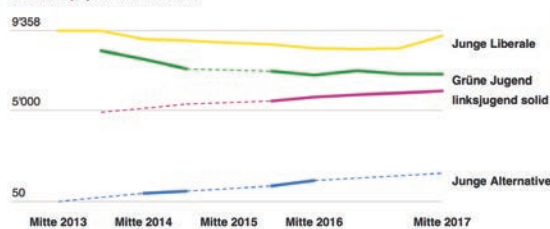
Mitgliedszahlen der Jungen Union und der Jungen Sozialisten im zeitlichen Verlauf



Die Jusos haben genaue Quartals-/Halbjahresentwicklungen nicht offengelegt. Die dargestellte Entwicklungskurve basiert auf den zur Verfügung gestellten Daten und wurde durch eigene Recherchen ergänzt.

### Entwicklung der Jugendorganisationen seit 2013

Mitgliedszahlen der Jungen Liberalen (JuLis), Grünen Jugend (GJ), linksjugend solid (LJ) und Jungen Alternative (JA) im zeitlichen Verlauf



Die Junge Alternative hat eigenen Angaben zufolge keine vollständigen Daten zu den Mitgliedszahlen seit 2013. Die dargestellte Entwicklungskurve basiert auf den zur Verfügung gestellten Daten und wurde durch eigene Recherchen ergänzt.

Source: Angaben der Jugendorganisationen auf Anfrage von SWR und Stuttgarter Zeitung/Nachrichten • Created with Datawrapper

## M 16 Entwicklung der Jugendorganisationen der Parteien

© [www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.viele-neueinritte-seit-2016-wieder-mehr-juengere-in-parteien.d7b12fco-fe82-4cab-9a7d-af4f9cc72021.html](http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.viele-neueinritte-seit-2016-wieder-mehr-juengere-in-parteien.d7b12fco-fe82-4cab-9a7d-af4f9cc72021.html)

zwischen unkonventioneller oder konventioneller, sondern zwischen anstrengender und nicht anstrengender Partizipation gezogen wird. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt darin, dass dauerhafte Mit-Arbeit nicht mit Freizeit assoziiert, sondern als verpflichtend, lästig und einengend empfunden wird. Für Jugendliche muss Freizeit geopfert werden. Der Trend der politischen Partizipation geht zur Schonhaltung und leichten Kost.

© [www.bpb.de/apuz/26416/keine-lust-mehr-auf-parteien-zur-abwendung-jugendlicher-von-den-parteien?p=all](http://www.bpb.de/apuz/26416/keine-lust-mehr-auf-parteien-zur-abwendung-jugendlicher-von-den-parteien?p=all)

## AUFGABEN

1. Erläutere die Aussage der Karikatur (M9).
2. Überprüfe anhand von M10 - M16, ob die Parteien ihren Aufgaben (M14) gerecht werden.
3. Du bist als Experte der »Kommission für die Zukunft der Demokratie« zu einer Anhörung eingeladen worden. Die Kommission will wissen, weshalb sich junge Menschen nur ungern in Parteien engagieren wollen. Gestalte auf der Grundlage der hier dokumentierten Materialien eine Rede, in der du die Gründe darlegst, weshalb sich junge Menschen nur selten in Parteien engagieren.

4. Die »Kommission für die Zukunft der Demokratie« erarbeitet auf der Grundlage der Anhörungsergebnisse einen Maßnahmenkatalog, wie mehr junge Menschen zur Mitarbeit in Parteien bewegt werden können. Geht in Gruppen zusammen und erstellt dazu euren Maßnahmenkatalog.

5. Präsentiert eure Ergebnisse im Plenum.

6. Vergleicht und bewertet anschließend eure Ergebnisse in der Klasse.

# Brauchen wir eine Jugendquote für Parteien?

**M 17**  
 »Nur 31 der 631 Abgeordneten sind unter 35 Jahren alt. Das sind 4,9 Prozent, ihr Anteil an der Bevölkerung beträgt aber 35 Prozent. Die Altersgruppe der 45- bis 65-Jährigen stellt mit 488 Mitgliedern hingegen 66 Prozent aller Abgeordneten, aber nur 31 Prozent der Bevölkerung. Das bedeutet also ... «  
 V.-E. Herr/ M. Speer, Botschafter der »Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen« zur Zusammensetzung des Bundestags 2013-2017

**M 18**  
 »Die Parteien brauchen Druck, um sich auf die jungen Leute zuzubewegen. Man sollte daher überlegen, ob es nach der erfolgreichen Selbstverpflichtung zu einer Frauenquote nicht auch eine Jugendquote geben muss – für Amtsträger in der Partei ebenso wie für Listenplätze. Warum etwa sollen nicht 30 Prozent aller Kandidaten unter 35 Jahren sein?«  
 Klaus Hurrelmann



M 20 »Für Neumitglieder bieten wir an ...« © Gerhard Mester, 2016

**M 21**  
 »Seit 1990 haben die Parteien die Hälfte ihrer Basis verloren. Wie können sie gegensteuern?«  
 (A. Berg)

## M 19 Brauchen wir eine Jugendquote in Parteien?

### Einleitung / Hinführung zur Abwägung der Argumente/ Problemstellung verdeutlichen

Daher ergibt sich die Frage, ob ...  
 Ich möchte untersuchen, ob ...  
 Es geht dabei um folgendes politisches Problem ...  
 Das Thema ist politisch bedeutsam, weil ...

### Pro-Argumente

Dafür spricht, dass ...  
 Außerdem kommt hinzu, dass ...  
 Das Hauptargument dafür ist ...  
 Hinzu kommt, dass ...  
 vor allem / hauptsächlich / insbesondere / besonders / meistens / ich möchte betonen, hervorheben, dass ...  
 besonders wichtig erscheint

### Contra-Argumente

Gegen ... spricht ...  
 Ein weiteres Argument dagegen ist ...  
 Dagegen spricht, dass ...  
 Man darf auch nicht übersehen, dass...  
 entscheidend ist jedoch ...  
 Außerdem spielt noch ... eine wichtige Rolle,  
 Allerdings muss man auch sehen, dass ...  
 Weitaus wichtiger ist aber noch ...,  
 außerdem, darüber hinaus, sowie, ferner, zusätzlich, ergänzend,  
 auch, weiterhin, ebenfalls, schließlich, nicht zuletzt  
 nicht nur, sondern auch ...

### Abschluss: begründetes Ergebnis formulieren

Mich überzeugen am stärksten die Gründe ...  
 Ich vertrete den Standpunkt, dass ...  
 Meiner Einschätzung nach sollte ...  
 Bewertung: z.B. effektiv, gerecht, nachhaltig, umsetzbar, stabil, etc...

© Sprachhilfen nach einer Idee von Erik Müller, Tübingen



M 21 Argumentenpool zur »Jugendquote«

Eine Quote führt dazu, dass Parteien um Junge werben müssen.	Die Quote verhindert, dass sich die Interessiertesten und Fähigsten engagieren.	Wie bei der Frauenquote auch läuft man Gefahr, als »Quoten-Mitglied« abgestempelt zu werden.
Die Tatsache jung zu sein, bedeutet nicht gleichzeitig auch gute Ideen zu haben.	Das Problem des mangelnden Interesses junger Menschen an Parteien wird nicht nachhaltig gelöst.	Die Jugendquote kann Anreizwirkung für weitere Interessenten haben.
Junge Menschen lassen sich nicht aus Überzeugung, sondern aus karrieretaktischen Gründen auf die Liste setzen.	Zunehmend ältere Politiker entscheiden über die Zukunft junger Menschen.	Junge Menschen bringen frischen Wind in die Parteien.
Jugendliche wollen sich nicht langfristig in starre Parteistrukturen einbinden.	Junge Menschen wollen sich spontan und punktuell, projektorientiert engagieren.	Die Jugendquote führt zu einem gedanklichen Austausch zwischen den Generationen und fördert unkonventionelle Ideen.
Es werden Themen besprochen, von denen die älteren Parteimitglieder bisher keine Ahnung haben. Aber alle können davon profitieren.	Die Jugendquote hat eine Signal- und Anreizwirkung und macht Jugendliche womöglich neugierig auf politische Beteiligung.	Die Jugendquote ändert nichts an den veralteten Kommunikationsstrukturen, die unattraktiv für die Jugendlichen sind.
Die Kommunikationswege müssen digitaler werden, ansonsten läuft der Ansatz ins Leere.	Die Jugendquote wird zu mehr politischer Bildung in den Schulen führen.	Man braucht strukturelle Reformen (z.B. BT-Wahlen ab 16, E-Voting), wenn man will, das sich junge Menschen an politischen Prozessen beteiligen.
Die Jugendquote ist doch keine »echte« Jugendquote: Ist ein 34-Jähriger nicht näher an einem 50-Jährigen?	Junge Menschen denken, handeln und arbeiten so vernetzt und flexibel, wie die Welt es erfordert.	Die aktuelle Politik und ihre Akteure legen derzeit den Fokus auf kurzfristige Themen, da man wiedergewählt werden will.
Die Einführung einer Quote bedeutet nicht, dass junge Menschen auch früher in wichtige Führungspositionen der Parteien kommen.	Nichts schadet einem jungen Menschen mehr als das Gefühl, keinen Platz zu finden, nicht gebraucht zu werden und von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein.	Das Thema Quote genießt in den Medien und bei Entscheidern einen negativen Ruf.

<p><b>AUFGABEN:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Ergänzt den Satz (M17).</li> <li>Führt in der Klasse eine Abfrage zu der Frage durch, ob Parteien eine Jugendquote einführen sollten.</li> <li>Erörtere die Forderung von Klaus Hurrelmann (M18) mithilfe von M19.</li> <li>Wenn du weitere Hilfe benötigst, ordne die Argumente aus M 21 jeweils der Pro- bzw. Contra-Seite zu.</li> <li>3. Formuliere ein begründetes Ergebnis: Welches Argument hat dich am meisten überzeugt? Diskutiert anschließend in der Klasse. Führt eine zweite Abfrage zur Leitfrage durch.</li> </ol>	<p><b>ALTERNATIVES VORGEHEN:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>3. Erörtere die Forderung von Hurrelmann (M18) anhand des Argumentepools (M21).</li> <li>- Geht arbeitsteilig vor: Legt eine Tabelle an und ordnet die Argumente eurer jeweiligen Position zu. Gruppe A: Pro-Argumente / Gruppe B: Contra-Argumente).</li> <li>- Führt eine Pro-Contra-Debatte durch. Die Zuhörer notieren jeweils Argumente der Gegenposition</li> <li>- Formuliere ein begründetes Ergebnis: Welches Argument hat dich am meisten überzeugt? Diskutiert anschließend in der Klasse. Führt eine zweite Abfrage zur Leitfrage durch.</li> </ol>
---	---

# (K)eine Zukunft für Parteien und Mitbestimmung? Maßnahmen bewerten

**#Partypeople?! Was tun für mehr junges Engagement in politischen Parteien?**  
27. April 2017 | 12:00 - 13:30 Uhr | Hertie School of Governance | Forum



Nur 8 Prozent der Parteimitglieder in Deutschland sind unter 30. Geht unsere Demokratie bald am Stock? Was tun für mehr junges Engagement in politischen Parteien? Studierende der Hertie School of Governance und der Think-Tank Polis180 sind dieser Frage in einem gemeinsamen Workshop mit Vertretern mehrerer im Bundestag verteilter Parteien nachgegangen.

M 22 »Was tun für mehr junges Engagement in politischen Parteien?

© Hertie School of Governance, 2017

## M 23 Julian Zuber: »#partypeople – Junges Engagement in politischen Parteien Entwicklungsmöglichkeiten und alternative Formen der Mitbestimmung«

Beim Erstkontakt zwischen potenziellem Parteimitglied und Partei kann in drei Phasen etwas schiefgehen: Entweder der Interessierte findet gar nicht den Weg zum zielführenden Erstkontakt, die erste Kontaktaufnahme verläuft nicht wie erwünscht oder die ersten Schritte zur oder während der Mitgliedschaft entsprechen nicht den Erwartungen. Im ersten Fall bestehen aus unserer Sicht zu wenige Anreize, damit Parteiinteresse auch zu einer Mitgliedschaft führt. Hier könnte ein Join-O-Mat, angelehnt an den Wahl-O-Mat, einen wichtigen Beitrag leisten. Beim Join-O-Mat sollen (partei)politisch interessierte Menschen Fragen beantworten, um Übereinstimmungswerte mit bestehenden Parteien zu ermitteln. Am Ende der Umfrage wird dem Teilnehmer die Auswertung angezeigt sowie beispielsweise Links zu den entsprechenden Beitrittsseiten der in Frage kommenden Partei(en). Eine weitere konkrete Idee ist eine Facebook Peer Group App, die bei entsprechender Affinität, beispielsweise auf Basis der Ergebnisse des Join-O-Mats, Freunde und Bekannte vorschlägt, die bei der jeweiligen Partei engagiert sind. So könnten sich parteipolitisch Interessierte zunächst an Gleichgesinnte wenden, um Informationen aus erster Hand über Parteien zu erhalten. Da gerade bei Jugendlichen das soziale Umfeld und der Bekanntenkreis eine besonders große Rolle spielen, könnte eine individuelle Ansprache durch Gleichaltrige einen großen Unterschied machen. Die per App vorgeschlagenen Personen sollten in ihrer Rolle als Ansprechpartner von der jeweiligen Partei mit Informationen unterstützt werden. Auffallend ist zudem, dass die Anzahl der bundesweiten

»Onlinebeitritte« zunimmt. Faktisch existiert ein solcher Beitritt allerdings nicht, da immer erst Bezirks- oder Kreisverbände über Aufnahmeanträge entscheiden. Junge Menschen sind jedoch viel stärker daran gewöhnt, unmittelbar nach dem Ausfüllen eines Onlineformulars in einer Organisation aktiv werden zu können. (...) Es bedarf einer besseren Kommunikation über den Parteiantrag, beispielsweise in Form eines Erklärvideos.

Ein zweiter Ansatz besteht in einer automatischen Aufnahme, wenn der Aufnahmeprozess einen bestimmten Zeitraum von vier bis sechs Wochen überschreitet. Auch die parteirechtliche Verankerung einer Probezeit für Mitglieder, die im Gegenzug zu einer verkürzten Aufnahmezeit führt, könnte sinnvoll sein. Bestimmte Einschränkungen etwa in Bezug auf aktives und passives Wahlrecht für parteiinterne Angelegenheiten müssten dabei nach wie vor gelten, um der Möglichkeit einer Unterwanderung von Parteien durch Massenbeitritte vorzubeugen. (...)

Bereitschaft und Engagement sind zu Beginn einer Mitgliedschaft oft am höchsten. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen. (...) Junge Menschen, die seit Geburt am selben Wohnort leben, sind mit Abstand am häufigsten freiwillig engagiert. Das Engagement bei länger Sesshaften hat sogar zugenommen (Picot 2011). Gleichzeitig nimmt Mobilität bei jüngeren Menschen über alle Milieus hinweg zu, Parteiengagement fordert jedoch meist Ortsbindung. Daher müssen Parteien dieses Spannungsfeld adressieren. Neben der Einführung von ortsunabhängigen Fachforen können sich auch jetzt schon in einigen Parteien Mitglieder dezentral einbringen. Ortsunabhängige Partizipation ist vor allem für junge Menschen entscheidend, die zeitweise im Ausland sind. Viele parteipolitisch aktive Studenten beenden ihr Engagement mit einem Auslandssemester oder -studium und verlieren damit viel zu oft den Anschluss. Eine Gegenmaßnahme, die manche Parteien schon umgesetzt haben, besteht in der Schaffung von Ortsverbänden im Ausland. Digitale Angebote könnten vor allem auch für parteipolitisch Aktive in ländlichen Regionen eine noch wichtigere Rolle spielen, orientiertes, selbstwirksames Engagement. (...)

Parteien könnten ihre Mitglieder zudem viel stärker als Experten für verschiedene berufliche oder methodische Wissensbereiche begreifen und das Wissen ihrer Mitglieder proaktiv für Parteiengagement nutzbar machen. (...)

© Zuber, Julian, #partypeople – Junges Engagement in politischen Parteien, hg. v. Hertie School of Governance, Berlin 2017

**M 24 Yannick Haan, Diana Kinnert, Terry Reintke, Ria Schröder und Shaked Spier: »Jetzt sind wir dran! Fünf junge Politiker aus fünf Parteien wollen gemeinsam die Republik verändern. Ein Aufruf «**

»Es brauchte spezielle Mitgliederbeauftragte als Ansprechpartner für Neueinsteiger. Die Antragsrechte in den Parteien müssten deutlich ausgeweitet werden, damit auch Menschen ohne Parteiamt zu Wort kommen. Wir wollen weg von überkommenen Stammtischtraditionen im Politikalltag. Es muss möglich sein, dass ein Student, der gerade ein Auslandssemester in Amsterdam verbringt, trotzdem per Skype an der Sitzung seines Ortsvereins teilnimmt. Für neue Formen der digitalen Parteilarbeit wären sicher auch der Fließbandarbeiter im Schichtbetrieb und die alleinerziehende Mutter von drei Kindern dankbar.«

© [www.zeit.de/2018/08/junge-politiker-deutschland-veraenderung](http://www.zeit.de/2018/08/junge-politiker-deutschland-veraenderung)

**M 25 Klaus Hurrelmann: »Warum Parteien die Generation Y brauchen«**

Parteien sollten auch mehr Praktika anbieten. Und warum nicht ein freiwilliges soziales Jahr in den Organisationen von Parteien und parteinahen Stiftungen? Die Mitwirkung »bei der politischen Willensbildung des Volkes« ist im Grundgesetz als die zentrale Aufgabe der Parteien festgelegt. Wenn sie diesen Anspruch weiterhin erfüllen wollen, dann müssen sie sich öffnen und sorgfältig auf Transparenz ihrer Entscheidungsprozesse achten. Sie sollten sich auch stärker als Lernstätten und Bildungsinstitutionen verstehen, strukturierte Weiterbildung anbieten und jungen Leuten zeigen, wie ein regelgeleitetes Streitgespräch abläuft, wie man Diskussionen leitet, Veranstaltungen moderiert und managt. (...) Ein finanzieller Anreiz im Rahmen der Parteienfinanzierung? Klar ist, dass unsere Demokratie Schaden nehmen wird, wenn die Parteien so untätig bleiben wie bisher.

[www.spiegel.de/politik/deutschland/politik-warum-jugendliche-sich-nicht-an-parteien-bindet-a-1127068.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/politik-warum-jugendliche-sich-nicht-an-parteien-bindet-a-1127068.html)

**M 26 Reformvorschläge in der Bewertung: Hilfsmittel zur Bewertung**

Bewertungskriterium	Leitfrage	Beispiel
Effektivität	Ist die Maßnahme geeignet, um das angestrebte Ziel zu erreichen?	Führt die Bereitstellung von sozialen Netzwerken und digitaler Kommunikationskanäle zu mehr Interesse an Parteien bzw. zu mehr Parteieintritten? (...)
Effizienz	Ist das Ziel mit wenig Aufwand erreichbar?	Wie hoch ist der Aufwand für die Parteien, die Maßnahmen durchzuführen (z.B. Erklärvideos, Join-O-Mat usw. erstellen) (...)
Legalität	Sind die Maßnahmen mit dem GG, dem Parteiengesetz vereinbar?	Ist die Einführung einer Jugendquote mit dem GG und dem Parteiengesetz vereinbar? (...)
Partizipation	Reichen die Chancen zur Beteiligung bzw. zur Teilhabe aus?	Ist durch diese Maßnahmen (z.B. Schnuppermitgliedschaften, Praktika, digitale Angebote) die Chance auf mehr Beteiligung im politischen System gegeben? (...)
Repräsentation	Werden die Interessen aller gesellschaftlicher Gruppen ausreichend repräsentiert?	Sorgen die Vorschläge dafür, dass die Themen wie Digitalisierung stärker in den Fokus der Diskussionen gestellt werden? (...)
Stabilität (des pol. Systems)	Führt die Maßnahme zu mehr Stabilität im politischen System?	Kann durch diese Maßnahmen (z.B. Fortbildungen zu Streitgesprächen, usw.) das politische System insgesamt profitieren? (...)
Legitimität / Gerechtigkeit	Sind die Vorschläge (generationen-)gerecht? Sind die Vorschläge angemessen?	Führt die Jugendquote bzw. die Möglichkeit des punktuellen Engagements zu mehr (Generationen-)gerechtigkeit? (...)

**AUFGABEN:**

1. In den Materialien M23 bis M25 werden Vorschläge gemacht, wie sich das Engagement junger Menschen in Parteien womöglich steigern lässt. Arbeite diese Vorschläge stichwortartig heraus.
2. Bewerte die Vorschläge nach den Kriterien in M 26.
3. Unterscheidet dabei in Gruppen die unterschiedlichen Perspektiven wie z.B. a) die Perspektive der Partei, b) Perspektive politisch interessierter Jugendlicher, die nicht vorhaben, in eine Partei einzutreten, c) interessierte Jugendliche, die Parteimitglied werden wollen, d) Perspektive politisches System bzw. politische Bildung.

**FÜR INTERESSIERTE:**

4. Situation: Du bist von der »Kommission für die Zukunft der Demokratie« eingeladen worden. Du darfst den Abschlussvortrag zum Thema »Junge Menschen und Parteien - gibt es (k)einen Ausweg aus der Krise? «halten. Gestalte eine Rede zu diese Leitfrage.
5. Verfasse einen Brief oder eine Mail an den Direktkandidaten/-in deines Wahlkreises und bittet ihn/sie freundlich um eine Stellungnahme.
6. Ladet den/die Abgeordnete/n zu diesem Thema in den Unterricht ein und bereitet eine Diskussionrunde vor.

### 3. Kann die EU den Kampf gegen den Plastikmüll gewinnen?

Weltweit werden enorme Mengen an Kunststoffen produziert, genutzt und anschließend weggeworfen. Allein in der Europäischen Union fallen jährlich 26 Mio. Tonnen an Kunststoffabfällen an. Über zwei Drittel davon landen auf Müllkippen, in Verbrennungsanlagen oder in den Weltmeeren. Bis 2050 wird es in den Weltmeeren mehr Plastik als Fische geben, wenn der Plastikmüll weiterhin in die Umwelt gelangt. Derzeit finden sich ca. 142 Mio. Tonnen Plastikmüll in den Weltmeeren. Nachdem China 2018 den Import von Plastikmüll verboten hat, verschärft sich das Problem für die EU zusätzlich, da sie bisher fast 90 Prozent ihres Plastikmülls nach China exportiert hatte. Somit ist die EU nun zum Handeln gezwungen. Nach der Plastiktüten-Richtlinie von 2015 ist insbesondere die EU-Kommission dabei, neue Lösungswege zu diskutieren.

Das Thema Plastikmüll eignet sich in besonderem Maße, um die im Bildungsplan geforderte „länderübergreifende Herausforderung innerhalb der EU [...] zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten [zu] erörtern.“ Die vorgeschlagene Unterrichtssequenz macht es sich zum Ziel, zum einen exemplarisch Lösungsmöglichkeiten zu dieser Problemstellung zu bewerten und zum anderen hierbei auch generell das Zusammenwirken der Organe der EU im Entscheidungsfindungsprozess nach den Statuten und in der Realität zu analysieren und zu bewerten. Somit stellt sich neben der Frage nach den Lösungsmöglichkeiten beim Problem des Plastikmülls auch jene nach der Funktionalität des Gesetzgebungsprozesses in der EU bzw. nach ihrer Handlungsfähigkeit.



Abb 1 »Plastikmüll am Mittelmeer - Südfrankreich«  
© Bub-Kalb, Gruissan, 2018



Abb 2 »Warum sind die gelben Säcke nicht mehr gelb?«  
© picture alliance, dieKLEINERT.de / Markus Grolik

Sowohl beim Themenbereich Nachhaltigkeit als auch beim Thema Europa besteht die Gefahr der Überwältigung durch eine - wenn auch gut gemeinte - eindimensional bestimmte Problemlösungsoption. Beide Themenaspekte sind als Ziele im Grundgesetz festgeschrieben und somit vorgegeben. Die Kontroversität ergibt sich in der Sequenz einerseits durch das Erarbeiten von Problemdimensionen und verschiedenen Lösungsoptionen. Um dem Beutelsbacher Konsens gerecht zu werden erlangt Satz 3 eine besondere Bedeutung: „Die SuS müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer jeweiligen Interessen zu beeinflussen“. Andererseits werden durchgehend unterschiedliche Perspektiven und Interessen zur Analyse und Bewertung eingenommen. Eine eindimensionale Betrachtung lediglich der individuellen Perspektive verbietet sich. Nicht zuletzt um dem Kontroversitätsgebot gerecht zu werden, sollten stets auch die öffentliche und systemische Perspektive im Fokus des Unterrichts sein. Eine Unterstützung sowohl für die Lehrkraft bei der Unterrichtsplanung als auch für die Arbeit der Schülerinnen und Schüler bietet das im Bildungsplan vorgegebene Modell des Politikzyklus. Es gliedert politische Prozesse und bietet eine Form der Auseinandersetzung mit Politik, die sich von einem rein kategorialen oder institutionellen Zugang unterscheidet. Der Politikzyklus beschreibt vier Phasen, die aufeinander folgen: die Problemstellung, die Auseinandersetzung über mögliche Lösungen, die Entscheidung für eine Lösung, die Beurteilung der Lösung, die unter Umständen zu einem neuen Problem führen kann. Die Beurteilung führt nicht zum selben, sondern kann zu einem neuen Problem führen.

In der vorliegenden Unterrichtssequenz kann der Politikzyklus also angewendet werden, um inhaltliche Lösungsprozesse zur Plastikmüllproblematik zu analysieren und zu bewerten. Zugleich bietet er aber auch die Möglichkeit der Analyse und Bewertung der Funktionalität und Legitimität des Entscheidungsfindungsprozesses in der EU.

**Bildungsplanverortung**

**Leitperspektiven**

- BNE Friedensstrategien; Komplexität und Dynamik nachhaltiger Entwicklung
- VB Alltagskonsum; Verbraucherrechte
- BTV Wertorientiertes Handeln
- BTV Konfliktbewältigung und Interessenausgleich

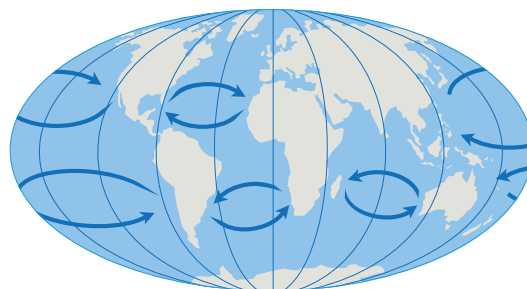
**Prozessbezogene Kompetenzen (Auswahl)**

Die Schülerinnen und Schüler können

- politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen unter Verwendung der gängigen Fachsprache strukturiert wiedergeben (Analysekompetenz)
- politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand des Politikzyklus untersuchen (Problem, Auseinandersetzung, Entscheidung, Bewertung der Entscheidung und Reaktionen) (Analysekompetenz)
- bei der Untersuchung von Sach-, Konflikt- und Problemlagen unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen (individuelle, öffentliche, systemische) (Analysekompetenz)
- vorliegende Urteile und Entscheidungen in Bezug auf Interessen- und Wertgebundenheit untersuchen (Analysekompetenz)
- unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren [...] und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offen legen (Urteilskompetenz)
- eigene Urteile nach kritischer Überprüfung und Kenntnisnahme neuer Sachverhalte dekonstruieren (Urteilskompetenz)
- begründete Vorschläge zur Bewältigung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen formulieren (Urteilskompetenz)
- in politischen Kontroversen konfliktfähig sein, aber auch Kompromisse schließen (Handlungskompetenz)
- die gewonnenen Informationen quellenkritisch hinterfragen und dabei die Zuverlässigkeit der unterschiedlichen Medien einschätzen (Methodenkompetenz)
- produkt-, rollen-, bzw. adressatenorientierte Texte verfassen (Methodenkompetenz)- politisches Handeln simulieren (Methodenkompetenz)- Fallstudien erstellen und die Ergebnisse präsentieren (Methodenkompetenz)

**Plastik in den Ozeanen**

Ein Großteil des Plastiks gelangt z. B. über Flüsse, durch Wind oder Abwässer ins Meer.



Wind, Wellen und Strömungen verteilen den Plastikmüll.

**Mikroplastik entsteht**

Durch Wellen, Salzwasser und Sonnenstrahlung zersetzt sich das Plastik langsam und wird zu Mikroplastik. Dieses kommt aber auch etwa in Kosmetik vor und kann z. B. durch Abrieb von Autoreifen entstehen.



dpa•28225

Quelle: NOAA Marine Debris Program, World Ocean Review, AWI

Abb 3 Plastik in den Ozeanen

© dpa-Infografik / picture alliance, 2018

**Inhaltsbezogene Kompetenzen**

3.1 Klassen (7/8)/9/10

3.1.4.2 Die Europäische Union

Die Schülerinnen und Schüler können

- Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten die Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess in der EU einzubringen, und wie die Macht zwischen den Organen der EU verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Institutionen innerhalb der EU zusammenwirken (Ordnung und Struktur) [...].

Die Schülerinnen und Schüler können

- erläutern, wie Entscheidungen der EU das tägliche Leben der EU-Bürger beeinflussen.
- die Organe der EU [...] hinsichtlich ihres Zusammenwirkens beim Entscheidungsprozess darstellen (Initiative, Entscheidung, Ausführung, Kontrolle) und hinsichtlich ihrer Legitimation vergleichen.
- an einem vorgegebenen Fallbeispiel eine länderübergreifende Herausforderung innerhalb der EU anhand des Politikzyklus analysieren und Lösungsmöglichkeiten erörtern [...].

# Didaktisch-methodische Hinweise

In einem ersten Schritt (1. Doppelstunde: DS) wird die Problematik des Plastikmülls als länderübergreifende Herausforderung für die EU erarbeitet und zugleich gemeinsam auf der Metaebene (Hypothesenbildung) reflektiert, wie Lösungen erarbeitet werden können. In einem szenischen Spiel sollen die Schülerinnen und Schüler im Folgenden Politikberatung betreiben und sich dazu in »Think Tanks« zusammen schließen. Sie erhalten von der EU-Kommission den Auftrag, eine Strategie zur Lösung des Plastikmüll-Problems zu erstellen. Bei der Vorstellung der Strategien sollen sowohl inhaltliche als auch systemisch-institutionelle Lösungen erarbeitet werden. Mithilfe des Modells des Politikzyklus wird in der 2. DS analysiert, welche Lösungsschritte die EU bereits getätigt hat. So werden exemplarisch anhand der Anti-Plastiktüten-Richtlinie unterschiedliche Perspektiven und Akteure und ihr Agieren im Entscheidungsprozess bewertet. In der 3./4. DS werden Lösungen erarbeitet im Sinne der Politikberatung. Methodisch angelegt ist dies in Form eines Gruppenpuzzles, wobei die »Think Tanks« zunächst die Stammgruppen bilden. Zur arbeitsteiligen Vorgehensweise ergeben sich dann Expertengruppen, die jeweils eine Handlungsoption erarbeiten, bewerten und schließ-

lich in der 5. DS vorstellen. Aufgrund der Komplexität des Unterrichtsgegenstands werden den Schülerinnen und Schülern im Sinne einer Differenzierung verschiedene Hilfestellungen bereit gestellt: z.B. Materialien zur Textanalyse, zur Perspektivanalyse und zur Bewertung haben dabei unterstützenden Charakter und können binnendifferenzierend herangezogen werden.

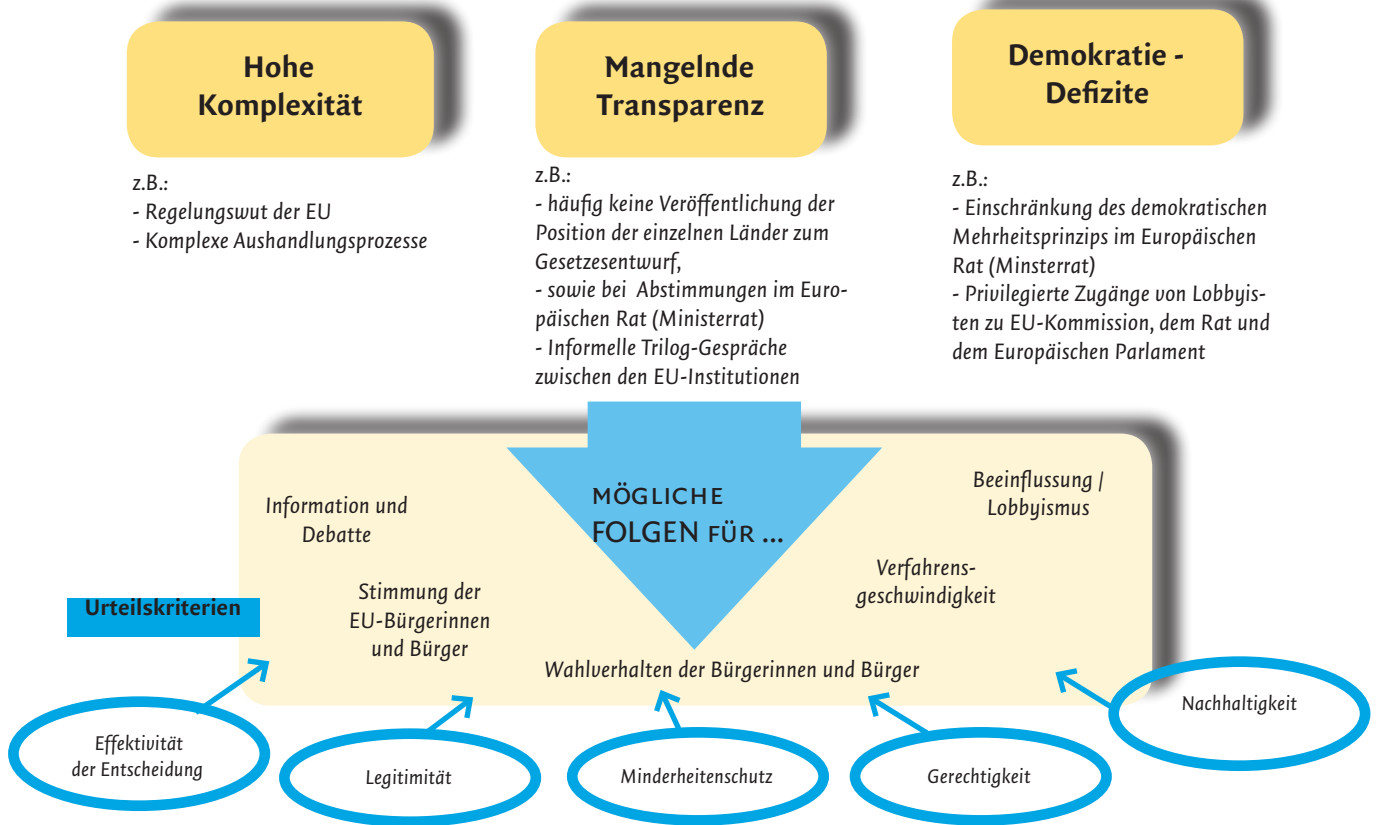
Insbesondere in heterogenen Klassen sollte dabei im Sinne eines sprachsensiblen Politikunterrichts dafür gesorgt werden, dass die in der politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzung Sprechakte von den Schülerinnen und Schülern auch verstanden werden. Es sollte intensiv analysiert werden, was z.B. von den jeweiligen Beteiligten (wie z.B. Verbandsvertreter) verlautbart wird und in welcher Redeabsicht und mit welcher Strategie dies erfolgt. Das so genannte »Zwischen-den-Zeilen-Lesen/Hören« spielt hier eine besondere Rolle. Durch die Simulation werden die erworbenen Kompetenzen zudem angewandt. Dem Anspruch, einer Bewertung der Entscheidungsprozesse in der EU gerecht zu werden, dient der abschließende Schritt (6. DS), in welchem unterschiedliche Kritikpunkte (Komplexität, mangelnde Transparenz und Demokratiedefizit) erarbeitet, überprüft und bewertet werden.

Abb. 4 Unterrichtsmodell: Kann die EU den Kampf gegen den Plastikmüll gewinnen?

Schritte	Inhalte	Methode / Material / Kompetenzen
1. Doppelstunde: <b>Was ist?</b> Plastikmüll – Kann die EU diesen Kampf gewinnen?	- Plastikmüll als länderübergreifendes Problem (Ausmaß und Folgen) - Das Problem als Herausforderung für die EU	Auftrag der EU an Think Tanks: Prüfung/Erarbeitung eines Lösungsansatzes. Gemeinsame Metareflexion: Wie gehen Think Tanks vor? Erarbeitung von Fragestellungen (2 Ebenen): 1) Inhaltlich: Ursachen und Arten der Vermüllung durch Plastik (M 1-5) 2) Systemisch: Entscheidungsfindung in der EU, d.h. Akteure, Interessen (M 6-8)
2. Doppelstunde: <b>Was ist?</b> Anti-Plastiktüten-Richtlinie – Die Lösung?	- Lösungsansatz Anti-Plastiktüten-Richtlinie der EU von 2015 - Wie ist der Ansatz zu bewerten? - Zusammenwirken der EU-Organe beim Entscheidungsprozess	- Einführung des Modells des Politikzyklus als Analyseinstrument (M 14) - Differenzierung unterschiedlicher Akteure, deren Interessen und Positionen zur Anti-Plastiktüten-Richtlinie (M 9 -15) Analysekompetenz
3./4. Doppelstunde: <b>Was ist möglich?</b> Handlungsoptionen der EU unter der Lupe	Lösungsansätze 1) <i>Inhaltliche Reflexion</i> : - Recycling/Bioplastik - Anreize und Verbote - Freiwillige Selbstverpflichtungen 2) <i>Systemische Reflexion</i> : - Rolle der EU - Marktversagen / Grenzen des Staates	<b>Gruppenpuzzle</b> (M 39): - Stammgruppen (Think Tanks) erarbeiten einen Vorschlag für die EU-Kommission (Präsentation). - Expertengruppen: Analyse eines Lösungsansatzes und dessen Durchsetzungschancen in der EU (M 16 – 35) Analyse unterschiedlicher Interessen und Positionen der Akteure unter Anwendung des Politikzyklus Analyse-, Urteils- und Gestaltungskompetenz
5. Doppelstunde: <b>Was soll geschehen?</b> Plastikmüll – Kann die EU diesen Kampf gewinnen?	- Bewertung der Lösungsoptionen	<b>Szenisches Spiel</b> : Sitzung der Beratergremien mit der EU-Kommission/ Think Tanks präsentieren ihren Handlungsansatz Anwendung von Urteilkriterien (M 37) (z.B. Effektivität, Effizienz, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Durchsetzungsfähigkeit) Gesamtreflexion / Urteilkompetenz
6. Doppelstunde: <b>Was soll geschehen?</b> Der Entscheidungsprozess der EU in der Diskussion	Kritische Analyse des Entscheidungsprozesses in der EU - Ansatzpunkte der Kritik - Urheber der Kritik - Art der Kritik	Reflexion und Bewertung des Entscheidungsprozesses in der EU (M 40-44) Urteilkompetenz

Abb 5 Akteure	Akteure	Position: »Plastikmüllver- schmutzung«	Allgemeine Interes- sen	Urteilskriterien
Unternehmen / Wirtschaftsverbände	<b>Hersteller:</b> Industrievereinigung Kunststoffverpackungen (M 12)	+Kunststofftragetasche +Recycling -Verbot von Plastiktüten	Umsatz/Gewinn	Effizienz (Nachhaltigkeit)
	<b>Hersteller:</b> Kunststoffindustrie, PlasticsEurope, Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (M 29)	+ressourcenschonende Kunststoffverpackungen -Plastikverzicht	Umsatz/ Gewinn/ Marketing	Effizienz (Nachhaltigkeit)
	<b>Handel:</b> Handel/Supermärkte (M 23)	+freiwillige Selbstverpflichtungen	Umsatz/ Gewinn/ Marketing	Effizienz (Nachhaltigkeit)
	<b>Entsorger:</b> Müllentsorgungsunternehmen (M 17)	Biokunststoff -Recycling	Umsatz/ Gewinn	Effizienz
Umweltverbände	<b>Umweltverbände:</b> Deutsche Umwelthilfe: (M11/ M22)	+ Abgabe auf Plastiktüten +Verbote - Bioplastik - freiwillige Selbstverpflichtung	Umweltschutz	Nachhaltigkeit Effektivität
	<b>Umweltverbände:</b> BUND (M28)	+ Gesetzgebung Recycling + Herstellerverantwortung + Verzicht auf Plastik	Umweltschutz	Nachhaltigkeit Effektivität
Konsumenten	<b>Verbraucher:</b> »Zero Waste«-Bewegung (M25)	+freiwillige Selbstverpflichtung	Umweltschutz	Nachhaltigkeit Effektivität
	<b>Verbraucherzentrale:</b> Bundesverband (vzbv) (M 26)	+Plastikmüllvermeidung +Produktionseinschränkung +Verbote	Verbraucherschutz	Nachhaltigkeit Effektivität
Politik	<b>EU / Bundesumweltministerium</b> (M30)	+EU-weite Lösung/Verbote/Anreize - nationale Alleingänge	Umweltschutz Verbraucherschutz Wirtschaftswachstum	Gemeinwohl

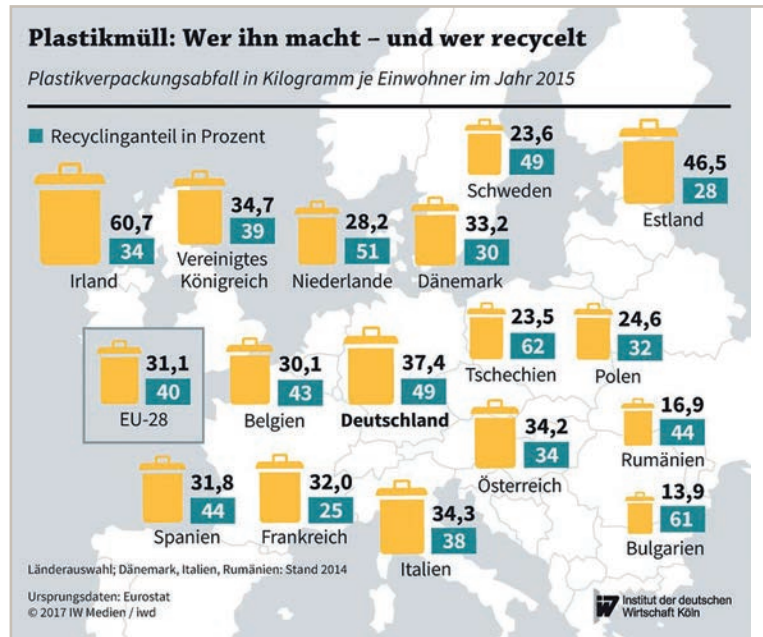
Abb. 6 Beurteilungskriterien: »Berechtigte Kritik am EU - Gesetzgebungsverfahren?«



# Plastikmüll - Kann die EU diesen Kampf gewinnen?

M 1 Dagmar Dehmer, 1.4.2016: »Kommt nicht in die Tüte«

Die durchschnittliche Nutzungsdauer einer Plastiktüte beträgt etwa 25 Minuten. Zwar sagen drei Viertel der Deutschen, dass sie Plastiktüten drei bis fünf Mal wiederverwenden. Dennoch ist der Materialeinsatz – Rohöl – und der Kohlendioxid-Ausstoß bei der Produktion ein Umweltproblem. (...) In der Europäischen Union liegt der Pro-Kopf-Verbrauch von Plastiktüten im Jahr bei 198. (...) In Deutschland haben Tüten nur einen geringen Anteil am insgesamt verbrauchten Plastik. Von insgesamt 9,65 Millionen Tonnen Plastik pro Jahr werden 68.000 Tonnen zu Tüten verarbeitet. Die Tüten stehen für ein viel beachtetes, aber schwer zu lösendes Problem: Plastikmüll im Meer. Auf ein Planktonteilchen, beispielsweise kleine Krebse, von denen sich Fische und Wale ernähren, kommen inzwischen 68 Teilchen Mikroplastik, also zerfallenes Plastikmaterial, das zwar immer kleiner wird, sich aber



M 4 Institut der Deutschen Wirtschaft: »Plastikmüll«

© [www.iwd.de/datei/plastikmuell-wer-ihn-macht-und-wer-recycelt-370131/](http://www.iwd.de/datei/plastikmuell-wer-ihn-macht-und-wer-recycelt-370131/)

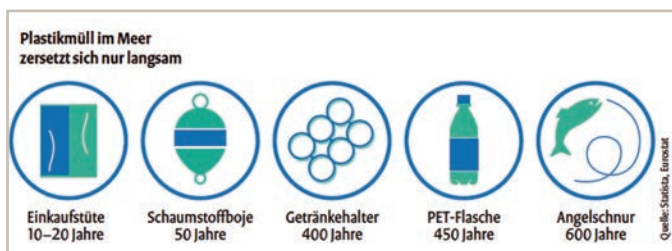
im schlechtesten Fall gar nicht zersetzt. Sind die kleinen Tüten, in die in Deutschland Obst und Gemüse verpackt werden, noch halbwegs intakt, wenn sie ins Meer gespült werden, werden sie von Meeresschildkröten mit Quallen verwechselt und gefressen. Sie verhungern mit vollem Magen, weil sie das Plastik nicht verdauen können. In im Meer schwimmenden Geisternetzen, die Fischern verloren gegangen sind oder von ihnen im Meer entsorgt worden sind, verfangen sich neben Meeresschildkröten auch Seehunde, Delfine oder Vögel.

© [www.tagesspiegel.de/wirtschaft/plastiktueten-kommt-nicht-in-die-tuete/13389000.html](http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/plastiktueten-kommt-nicht-in-die-tuete/13389000.html)



M 2 »Earth to go«

© Jürgen Tomicek, 28.5.2018



M 3 »Dauer der Zersetzung von Plastikmüll«

© Esslinger Zeitung, 29.5.2018

M 5 Tagesschau, Andreas Meyer-Feist, 18.4.2018: »China will Europas Müll nicht mehr«

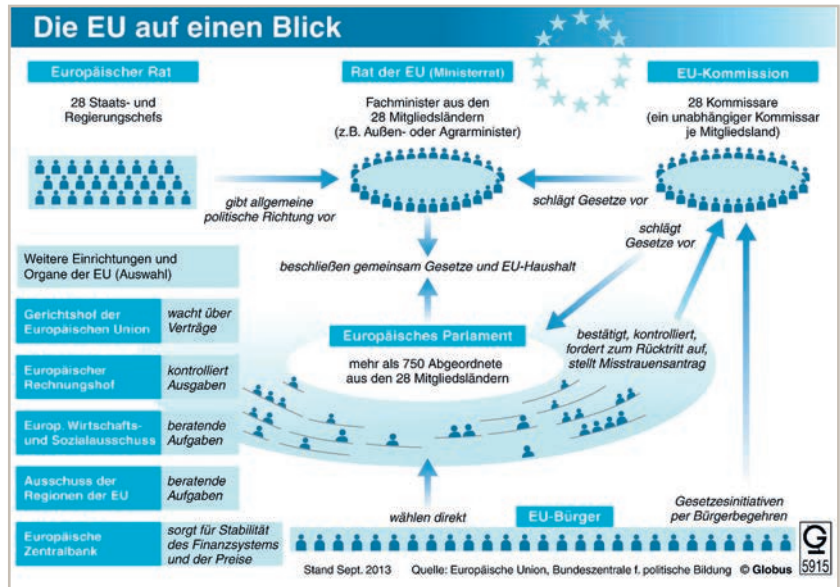
37 Kilo Plastikmüll produziert laut einer Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft im Durchschnitt jeder Bundesbürger im Jahr. Allein in den vergangenen zehn Jahren stieg der Pro-Kopf-Verbrauch an Plastik um sage und schreibe 30 Prozent, und nur knapp die Hälfte des Plastiks wird recycelt. Der Rest wird verbrannt oder eben auch exportiert. Bisher jedenfalls. Das Exportgeschäft war ein gutes Geschäft. Es entlastete die Recyclinganlagen, und aus dem Material wurden dann, zum Beispiel in China, neue Fensterrahmen gebaut, die wieder nach Europa exportiert und hier eingesetzt wurden. Das war sozusagen ein globaler Plastikmüll-Kreislauf - doch der ist jetzt nachhaltig gestört. China will Europa keinen Plastik-



müll mehr abkaufen. Das ist für die EU, gelinde gesagt, eine Entsorgungskatastrophe.

Mehr als die Hälfte des weltweiten Mülls wurde bislang nach China verkauft. Damit ist nun Schluss: Die Regierung in Peking hat einen Importstopp verhängt. (...) Es fehlen hier in Europa Lagerplätze. Es fehlen Recyclinganlagen. Es gibt viel zu viel Plastik, das nicht vernünftig wiederverwertet werden kann. China stoppte den Ankauf schon zu Jahresbeginn, um eigene Recyclingstrukturen aufzubauen. Man will also auf europäischen Müll verzichten. Das bedeutet: Deutschland wird in diesem Jahr auf Millionen Tonnen Plastikmüll sitzen bleiben. Denn die Bundesrepublik exportierte bisher ein Viertel ihres Mülls, unter anderem nach China. Und das ist jetzt ein Riesen-Entsorgungsproblem. Eine Lösung wäre, ganz einfach weniger Plastikmüll entstehen lassen. In Brüssel gehen zum Beispiel schon die Kontrolleure der EU-Kommission auf die Märkte, damit weniger Obst und Gemüse in Plastik verpackt wird. (...) Aber das reicht natürlich nicht. (...) Und das müsste sich eben schnell ändern - schneller als geplant. Sonst ersticken wir wirklich im Plastikmüll.

©www.tagesschau.de/ausland/muell-china-103~\_origin-d166ef5c-875c-4582-8027-26ab1d84a097.html



M 7 »EU-Organe auf einen Blick«

© Globus-Infografik, dpa

EUROPÄISCHE UNION		
Ausschließliche Zuständigkeiten der EU	Gemischte Zuständigkeiten zwischen EU (Festlegung von Mindeststandards) und Mitgliedstaaten (nationale Umsetzung)	Nationale Zuständigkeiten unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung
<ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-Binnenmarkt</li> <li>• Zollunion</li> <li>• Außenhandelspolitik</li> <li>• Wettbewerbsrecht</li> <li>• Währungspolitik (Mitglieder der Eurozone)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landwirtschaft und Fischerei</li> <li>• Energiepolitik</li> <li>• Verkehrspolitik</li> <li>• Umweltpolitik</li> <li>• Verbraucherschutz</li> <li>• Forschung und Entwicklung</li> <li>• Sozialpolitik</li> <li>• Sicherheits- und Verteidigungspolitik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bildung</li> <li>• Kultur</li> <li>• Familie und Jugend</li> <li>• Sport</li> <li>• Zivilschutz</li> </ul>

M 8 »Zuständigkeiten in der Europäischen Union«

© bpb

M 6 EU - Gesetzgebung

EU - Gesetzgebungsorgane:

- (1) EU-Kommission (Gesetzesinitiative)
- (2) Europäisches Parlament und (3) Rat der Europäischen Union (Ministerrat): Beschluss

EU - Verordnungen

- unmittelbar verbindlich für alle Mitgliedstaaten

EU - Richtlinien

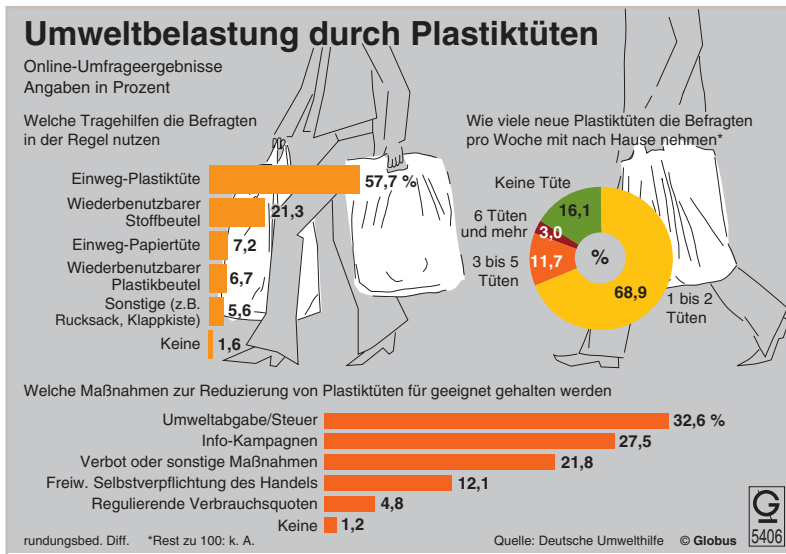
- sind nicht unmittelbar wirksam und verbindlich, sondern müssen durch nationale Gesetzgebungsprozesse umgesetzt werden, um wirksam zu werden. Es bleibt den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen, wie sie die Richtlinien umsetzen.

AUFGABEN:

1. Erläutere den Titel der Karikatur »Earth to go« (M2).
2. Stelle in einer Präsentation das Problem der Vermüllung durch Plastik (M1 - M5) dar. Berücksichtige dabei Ursachen, Folgen und Akteure.
3. Ihr seid als Denkfabrik (Think Tank) in der Politikberatung tätig und erhaltet von der Europäischen Union den Auftrag, einen Vorschlag zur Lösung des Plastik-

4. Arbeitet aus M6- M8 heraus, in welche Zuständigkeitsbereiche der EU das Problem fällt und welche Entscheidungsträger innerhalb der EU ihr berücksichtigen müsst.
5. Nennt Akteure, die aufgrund eigener Interessen euren Beratungsvorschlag kritisch beäugen könnten.

# Anti-Plastiktütenrichtlinie - die Lösung?



## M 9 Umweltbelastung durch Plastiktüten

© Globus-Infografik, picture alliance

## M 10 Nakissa Salavati (7.11.2013): »Tod den Tüten«

Der EU-Umweltkommissar Potocnik will die europäische Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle in zwei Punkten ändern, um langfristig den Verbrauch der besonders dünnen Einweg-Tüten zu senken und Müll zu vermeiden. So soll in Artikel vier der Richtlinie künftig das Ziel festgeschrieben werden, Schritte gegen den Verbrauch von Einkaufstüten mit einer Dicke von weniger als 0,05 Millimetern zu ergreifen. Bisher dürfen die EU-Staaten Plastiktüten nicht verbieten - auch das will Potocnik ändern. In Artikel 18 heißt es bislang: »Die Mitgliedstaaten dürfen in ihrem Hoheitsgebiet das Inverkehrbringen von Verpackungen, die dieser Richtlinie entsprechen, nicht verbieten.« Für eine solche Gesetzesänderung bräuchte Potocnik aber die Zustimmung der EU-Staaten und des Europaparlaments. Die Gesetze der Länder müssten entsprechend angepasst werden.

© [www.sueddeutsche.de/wirtschaft/vorstoss-der-eu-kommission-tod-den-tueten-1.1809958](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/vorstoss-der-eu-kommission-tod-den-tueten-1.1809958)

## M 11 Thomas Fischer (21.2.2013): »Sollten Kunststofftragetaschen EU-weit gesetzlich verboten werden?«, Deutsche Umwelthilfe

In Deutschland werden pro Minute mehr als zehntausend Plastiktüten verbraucht. (...) Jedoch gelangt hierzulande nur ein Bruchteil der verwendeten Plastiktüten über die Wertstoffsammlung in ein Recycling. Viele Plastiktüten landen im Hausmüll und werden verbrannt. (...) Die Produktion von Plastiktüten verschlingt in Deutschland jährlich über einhunderttausend Tonnen Kunststoff. Denn der Einzelhandel bietet sie wie selbstverständlich und oft kostenlos an. Als Kunde kann man sich der Tütenflut nur durch aktive Verweigerung entziehen. Auch vermeintlich

umweltfreundliche Alternativen wie Einwegtüten, die als biologisch abbaubar beworben werden, oder solche aus nachwachsenden Rohstoffen entpuppen sich bei genauerer Betrachtung als ähnlich umweltschädlich. (...) Eine Abgabe auf Plastiktüten ist die geeignetere Maßnahme.

© [www.k-zeitung.de/sollten-kunststofftragetaschen-eu-weit-gesetzlich-verboden-werden/](http://www.k-zeitung.de/sollten-kunststofftragetaschen-eu-weit-gesetzlich-verboden-werden/)

## M 12 Ulf Kelterborn (28.4.2015): »Sollten Kunststofftragetaschen EU-weit gesetzlich verboten werden?«, Industrievereinigung Kunststoffverpackung

Die Kunststofftragetasche ist nicht nur verbraucherfreundlich, sie ist auch (...) robust, hygienisch und wasserabweisend, also bes-

tens geeignet, Waren jeglicher Art aus dem Supermarkt bei jedem Wetter sicher nach Hause zu tragen. Das macht sie so beliebt. Mit einem Gewicht von gerade mal zehn Gramm und einer Tragkraft von circa 15 Kilogramm ist sie jedem anderen Material weit überlegen. Ihre Leichtigkeit schont deshalb auch die Ressourcen. Für die Produktion einer Tragetasche werden wenige Gramm Erdöl benötigt. Der jährliche Bedarf für Kunststofftragetaschen in Deutschland beträgt gerade mal 0,02 Prozent des insgesamt benötigten Erdöls. Sie schont damit nicht nur Ressourcen, sondern ist auch ökologisch vorbildlich. Das beweisen Ökobilanzen eindrucksvoll insbesondere gegenüber Papiertaschen. (...) Nach ihrem Gebrauch ist sie kein Abfall, sondern wertvoller Rohstoff. Sie besteht nämlich aus dem hochwertigen Kunststoff Polyethylen, der sich besonders gut recyceln lässt. 95 Prozent der Kunststofftragetaschen werden in Deutschland mittlerweile gesammelt und recycelt. Die Forderung nach einem Verbot von Tragetaschen aus Kunststoff ist damit reiner Ökopolitimus und eine Bevormundung des Verbrauchers.

© [www.k-zeitung.de/sollten-kunststofftragetaschen-eu-weit-gesetzlich-verboden-werden/150/1191/60714/](http://www.k-zeitung.de/sollten-kunststofftragetaschen-eu-weit-gesetzlich-verboden-werden/150/1191/60714/)

## M 13 Christopher Ziedler / Elisa Simantke (20.10.2014): »Sauber eingetütet«, Tagesspiegel

Morbach ist ein kleines Städtchen im Hunsrück, hat aber einen Weltmarktführer zu bieten, der momentan sogar die europäische Politik beschäftigt. Der weltgrößte Plastiktütenhersteller, der ausgerechnet Papier-Mettler heißt, taucht im laufenden EU-Gesetzgebungsverfahren immer wieder auf. Am 21. Oktober wird eine weitere Etappe im Streit um die Tüte genommen, und die deutsche Lobby hat dabei offensichtlich sehr erfolgreich gearbeitet. Nach drei Jahren Verhandlung ist vom ursprünglich

angekündigten »Plastiktütenverbot« kaum noch etwas übrig. Am Anfang stand die umweltpolitisch desaströse Erkenntnis, dass von den 98,6 Milliarden Plastiktüten, die jedes Jahr in Europa verwendet werden, mindestens acht Milliarden Stück an allen Mülltrennungssystemen vorbei einfach weggeworfen werden. (...) EU-Umweltkommissar Janez Potocnik versprach seinerzeit, gesetzgeberisch aktiv zu werden: »Wir schauen alle Optionen an – auch ein europaweites Verbot von Kunststofftragetaschen.« Das war im Frühjahr 2011. Dann begann die Lobbyarbeit. Zweieinhalb Jahre später, Anfang November 2013, präsentierte der Slowene Potocnik dann seine Gesetzesinitiative. Von einem Verbot aller Arten von Plastiktüten ist da allerdings schon nicht mehr die Rede – was unter anderem mit Papier-Mettler zu tun gehabt haben dürfte. Die EU-Kommission hörte schon im Vorfeld, als sie die Erfolgchancen ihres Vorschlags testete, aus Deutschland eindeutige Signale. (...) Im Namen von Papier-Mettler, wo vor allem dickere Plastiktüten hergestellt werden, wurde auch der aus Stuttgart stammende Andreas Geiger von der Lobbyagentur Alber & Geiger mit Sitz in Berlin und Brüssel bei der Kommission vorstellig. Und überzeugte offensichtlich. Am Ende jedenfalls schlug die Kommission lediglich vor, dass die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen ergreifen müssen, um den Plastikmüll zu reduzieren – ob nun über eine Verteuerung der Tüten oder ein Verbot wird ihnen überlassen. (...) Und die Kommission kam auch Deutschland entgegen: Gar nicht mehr betroffen sind von Potocniks Gesetzesvorschlag nun Tüten mit einer Stärke von mehr als einem halben Millimeter, wie sie Papier-Mettler herstellt. Es trifft vor allem dünne Tüten, die hauptsächlich in Asien produziert werden. Offiziell wird dies damit begründet, dass dickere Tüten potenziell vom Verbraucher öfter verwendet und wiederverwertet werden können. Inoffiziell mag sich jeder seinen Teil denken. (...) Und so sind die größten Sorgen in Morbach schon vorab ausgeräumt. (...) Nun folgt der nächste Schritt. Das EU-Parlament hat seine Position zum Kommissionsvorschlag mittlerweile abgestimmt. Die 28 Mitgliedstaaten wollen ihren Kompromiss bei einem Treffen der Umweltminister finden, um dann in die abschließenden sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament zu gehen.

© [www.tagesspiegel.de/themen/agenda/lobby-hoehlt-eu-plastiktuetenverbot-aus-sauber-eingetuetet/10832820.html](http://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/lobby-hoehlt-eu-plastiktuetenverbot-aus-sauber-eingetuetet/10832820.html)  
20.10.2014



M 14 »Politikzyklus«, Organisation des Unterrichts«

© Peter Massing, (OSA) - FU Berlin

**M 15 dpa-Meldung (28.4.2015): EU-Parlament beschließt Anti-Plastiktüten-Richtlinie**

Das Europäische Parlament hat eine Richtlinie verabschiedet, die den Verbrauch von dünnen Plastiktüten in der Europäischen Union reduzieren soll. Der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von derzeit etwa 200 dünnen Kunststofftüten soll bis 2019 auf 90 sinken. 2025 soll der Verbrauch dann nur noch bei durchschnittlich 40 Tüten pro Jahr und Bürger liegen. Die 28 Mitgliedstaaten können selbst wählen, mit welchen Anreizen sie das Ziel erreichen wollen. Denkbar ist etwa, dass die Regierungen bis Ende 2018 Gebühren oder ein Pfand für Plastiktüten einführen. Aber auch ein grundsätzliches Verbot ist möglich. Ausgenommen von den neuen Vorschriften sind dicke Plastiktüten, die in der Regel mehrfach verwendet werden. Das Gleiche gilt für sehr dünne Tüten, in denen in Supermärkten Obst oder Wurstwaren verpackt werden. Mit dieser Einschränkung soll verhindert werden, dass auf noch umweltschädlichere Verpackungen – etwa geschäumte Kunststoffschalen – ausgewichen wird.

© vgl. dpa-Meldung, 2015

**AUFGABEN:**

1. Erläutere die unterschiedlichen Positionen und Interessen der dargestellten Akteure (M9 - M15)
2. Analysiere den Prozess der Anti-Plastiktüten- Richtlinie mit Hilfe des Politikzyklus (M10 - M15). Ordne auf einem Plakat das Vorgehen der Akteure den einzelnen Phasen des Modells zu.

3. Erörtere Möglichkeiten und Grenzen, die sich aus der Richtlinie ergeben.
4. »Anti-Plastiktüten-Richtlinie - Die Lösung!?!« Bewerte die Aussage mithilfe der Kriterien Effektivität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

# Handlungsoptionen der EU unter der Lupe

## M 16 Umweltbundesamt (2016): »Müll im Meer«

Dreiviertel des Meeressmülls bestehen aus Kunststoff. Mehr Kunststoffrecycling in der Europäischen Union ist ein Schlüssel zur Lösung des Problems. Welche Maßnahmen die EU in ihre geplante „Strategie für Kunststoffabfälle in der Umwelt“ übernehmen sollte, hat das UBA auf Basis neuer Studien zusammengestellt und in Brüssel präsentiert.

In Europa landen immer noch mehr als 30 Prozent des Plastikabfalls auf Deponien, statt recycelt zu werden. Das Plastik geht so dem Kreislauf verloren und kann bei unsachgemäßer Deponierung in Flüsse und Meere gelangen. Etwa 800 Tierarten sind nach derzeitigem Kenntnisstand betroffen: Sie verwechseln etwa kleine Plastikteile mit Nahrung und verhungern mit vollem Magen.

Eine bessere Erfassung der Kunststoffabfälle und mehr Kunststoffrecycling könnten den Meeressmüll verringern und wertvolle Ressourcen schonen. Um dieses Ziel zu erreichen, empfiehlt das Umweltbundesamt (UBA) der Politik unter anderem folgende Maßnahmen:

- Plastikabfälle sollten getrennt von anderen Abfällen gesammelt werden. Dies sollte als Pflicht in die EU-Abfallrahmenrichtlinie aufgenommen werden.
- Auch für Kunststoffprodukte, die nicht Verpackung sind, sollten Recyclingquoten festgelegt werden, etwa für Haushaltsgegenstände.
- Vorgaben für Produkte sollen generell garantieren, dass sie langlebig und gut zu recyceln sind.

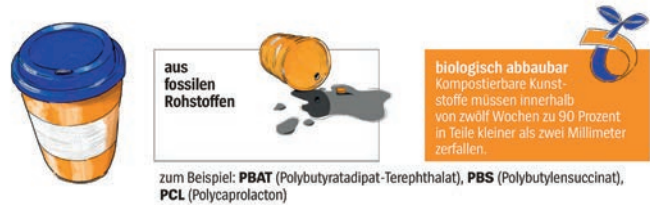
© [www.umweltbundesamt.de/themen/fuer-saubere-meere-kunststoffrecycling-in-der-eu](http://www.umweltbundesamt.de/themen/fuer-saubere-meere-kunststoffrecycling-in-der-eu)

## M 17 Cornelia Baumermann / Ferdinand Kuchlmayr: »Unser Müllproblem, Bioplastik - die Lösung?«. Der Spiegel, 2017

»Kompostierbar« - das Umweltbundesamt findet, dieses Prädikat führe die Verbraucher in die Irre. Denn viele Biokunststoffe zerfallen nur unter Laborbedingungen optimal. Und was passiert nach der in der Norm geforderten Abbaubarkeit von zwölf Wochen? Bislang ist das noch nicht erforscht - genauso wenig, wie sich das Bioplastik im Wasser verhält. Zerfällt es komplett oder wird es zu Mikroplastik, das in den Mägen der Fische landet? Die Entsorger fürchten deshalb um die Reinheit ihres Komposts. Sie dulden in ihren Anlagen keine Biokunststoffe. Deren einziger Vorteil liege darin, dass sie teilweise oder ganz aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt wurden, so die Bundesgütegemeinschaft Kompost. [...] Die Recycler sehen den Biokunststoff deshalb genauso ungern wie die Kollegen im Kompostwerk. Damit sie das Plastik als Wertstoff verkaufen können, muss es möglichst rein sein. »Das Bioplastik ist da ein Albtraum, es macht

## M 18 Die Lösung: Biokunststoffe?

In die **erste Kategorie** fallen Kunststoffe, die zwar aus fossilen Rohstoffen bestehen, aber dennoch biologisch abbaubar sind:



In der **zweiten Kategorie** finden sich die sogenannten biobasierten Kunststoffe, die mindestens zum Teil aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt sind. Dazu zählt Bio-PET, das etwa zu 30 Prozent aus Zuckerrohr und zu 70 Prozent aus fossilen Rohstoffen besteht:



Die **dritte Kategorie** bilden Biokunststoffe, die sowohl zum Teil auf nachwachsenden Rohstoffen basieren, als auch biologisch abbaubar sind:



© Cornelia Baumermann / Ferdinand Kuchlmayr: »Unser Müllproblem«, [www.spiegel.de/wirtschaft/muell-wieviel-plastik-abfall-erzeugt-jeder-deutsche-und-geht-es-auch-ohne-a-1207303.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/muell-wieviel-plastik-abfall-erzeugt-jeder-deutsche-und-geht-es-auch-ohne-a-1207303.html)

die Qualität kaputt«, so Reinhard Fiedler von der Stadtreinigung Hamburg. Und so wird die Plaste vom Feld auch hier aussortiert und landet im Feuer. Anders sieht es bei den sogenannten Drop-in-Biokunststoffen wie Bio-PET aus. Sie ahmen den molekularen Aufbau von herkömmlichen Kunststoffen nach und können mit ihnen zusammen recycelt werden. Allerdings kommen sie selten ohne einen fossilen Anteil aus, sind in der Regel nicht biologisch abbaubar und deutlich teurer als ihre Konkurrenten aus Öl.

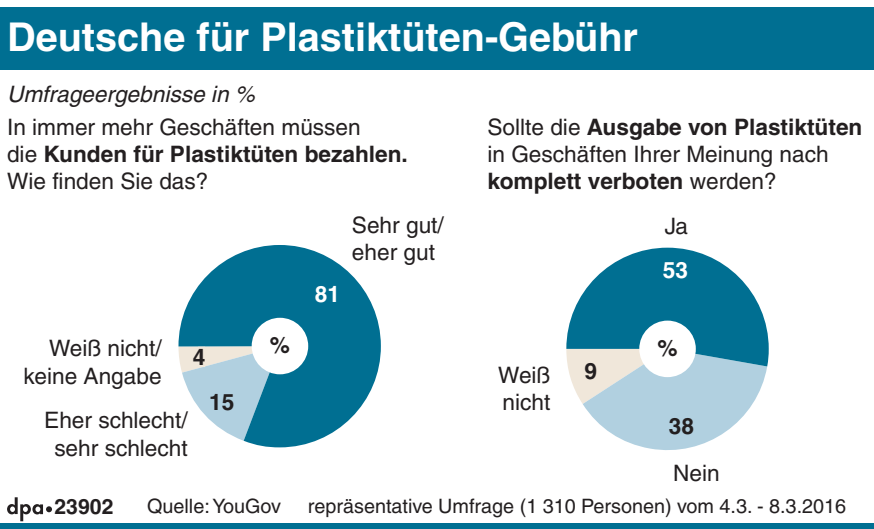
Deutschland verbrauchte im Jahr 2015 rund 10,1 Millionen Tonnen Kunststoffe. Würde man für eine solche Menge an Biokunststoffen Pflanzen anbauen, stände man vor einem ähnlichen Problem wie beim Biokraftstoff: Der Flächenverbrauch wäre enorm.

© [www.spiegel.de/wirtschaft/muell-wieviel-plastik-abfall-erzeugt-jeder-deutsche-und-geht-es-auch-ohne-a-1207303.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/muell-wieviel-plastik-abfall-erzeugt-jeder-deutsche-und-geht-es-auch-ohne-a-1207303.html)

**M 19 Europäische Kommission (28.5.2018): »Maßnahmenvorschlägen gegen Plastikmüllverschmutzung«**

Nachdem 2015 das Problem der Plastiktüten in Angriff genommen worden war, gaben 72 Prozent der Europäer an, die Verwendung von Plastiktüten eingeschränkt zu haben (Eurobarometer). Nun richtet die EU ihre Aufmerksamkeit auf die 10 häufigsten Einwegkunststoffprodukte und auf Fischfanggeräte, die in Europa zusammen 70 Prozent der Abfälle im Meer ausmachen. Die neuen Vorschriften sehen Folgendes vor

- Verbot von Kunststoff in bestimmten Produkten: Wenn erswingliche Alternativen zur Verfügung stehen, werden die Einwegkunststoffprodukte vom Markt genommen. Das Vermarktungsverbot soll für Wattestäbchen, Besteck, Teller, Trinkhalme, Rührstäbchen und Luftballonstäbe aus Kunststoff gelten, die vollständig aus umweltfreundlicheren Materialien hergestellt werden müssen. Einweggetränkebehälter, die Kunststoff enthalten, werden nur dann zugelassen, wenn ihre Deckel und Verschlüsse an ihnen befestigt sind.
- Zielvorgaben für die Verbrauchsminderung: Die Mitgliedstaaten müssen dafür sorgen, dass weniger Lebensmittelverpackungen und Getränkebecher aus Kunststoff verwendet werden. Dies können sie erreichen, indem sie nationale Ziele für die Verbrauchsminderung festsetzen, die Verfügbarkeit alternativer Produkte in den Geschäften verbessern oder sicherstellen, dass Einwegkunststoffprodukte nicht kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- Verpflichtungen für die Hersteller: Die Hersteller werden zur Deckung der Kosten für die Abfallbewirtschaftung und die Säuberung der Umwelt sowie für Sensibilisierungsmaßnahmen herangezogen. Dies gilt für die folgenden Kunststoffprodukte: Behälter, Tüten und Folienverpackungen für Lebensmittel (z. B. für Chips und Süßigkeiten), Getränkeflaschen und -becher, Tabakerzeugnisse mit Filtern (z. B. Zigarettenstummel), Feuchttücher, Luftballons und leichte Kunststofftragetaschen. Die Industrie wird auch Anreize erhalten, für diese Produkte weniger umweltschädliche Alternativen zu entwickeln.
- Zielvorgaben für die Sammlung: Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, bei Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff bis zum Jahr 2025 eine Sammelquote von 90 Prozent zu erreichen, zum Beispiel durch Pfandsysteme.
- Kennzeichnungsvorschriften: Auf bestimmten Produkten muss in klarer, standardisierter Weise angegeben werden, wie sie zu entsorgen sind, welches die negativen Umweltauswirkungen des Produkts sind und dass das Produkt Kunststoff enthält. Dies wird für Hygieneeinlagen, Feuchttücher und Luftballons gelten.



M 20 »Deutsche für Plastiktüten-Gebühr«

© dpa-Grafik, 2016, picture alliance

- Sensibilisierungsmaßnahmen: Die Mitgliedstaaten werden dazu verpflichtet, die Verbraucher für die negativen Auswirkungen einer unsachgemäßen Entsorgung von Einwegkunststoffprodukten und Fischfanggeräten sowie für die verfügbaren Wiederverwendungssysteme und Abfallbewirtschaftungsmöglichkeiten für alle diese Produkte zu sensibilisieren.

© [https://ec.europa.eu/germany/news/20180528-einwegplastik\\_de/28/05/2018](https://ec.europa.eu/germany/news/20180528-einwegplastik_de/28/05/2018)

**M 21 Euractiv, 9.2.2018: Interview mit EU-Kommissar Jyrki Katainen: »Wir müssen den Plastikmarkt verändern«**

»Die Europäische Kommission denkt über finanzielle Anreize zur Steigerung der Nachfrage nach recyceltem Plastik nach«, sagt Jyrki Katainen im Interview mit EURACTIV. Jyrki Katainen ist als Vizepräsident der EU-Kommission zuständig für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit. »Wir denken über unterschiedliche finanzielle Anreize nach. Ich kann noch nicht versprechen, dass wir gut funktionierende Anreize finden werden. Einige Leute bringen zum Beispiel eine Plastiksteuer ins Spiel. Aber es gibt noch viele Punkte, die geklärt werden müssen, allen voran die Frage: Wer muss diese Steuer zahlen – der Kunststoffhersteller, der Verbraucher oder beide? Man könnte auch fragen, ob es nicht sinnvoller wäre, eine EU-weite Ölsteuer einzuführen, dann wäre die Steuerbasis sogar noch breiter.«

© [www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/interview/katainen-wir-muessen-den-plastikmarkt-veraendern/?\\_ga=2.141918002.1674979920.1523257943-556699340.1517906012](http://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/interview/katainen-wir-muessen-den-plastikmarkt-veraendern/?_ga=2.141918002.1674979920.1523257943-556699340.1517906012)

**M 22 Heike Holdinghausen, 22.5.2018: »EU-Kommission plant Plastikreduzierung - Einweggeschirr soll verboten werden«, taz**

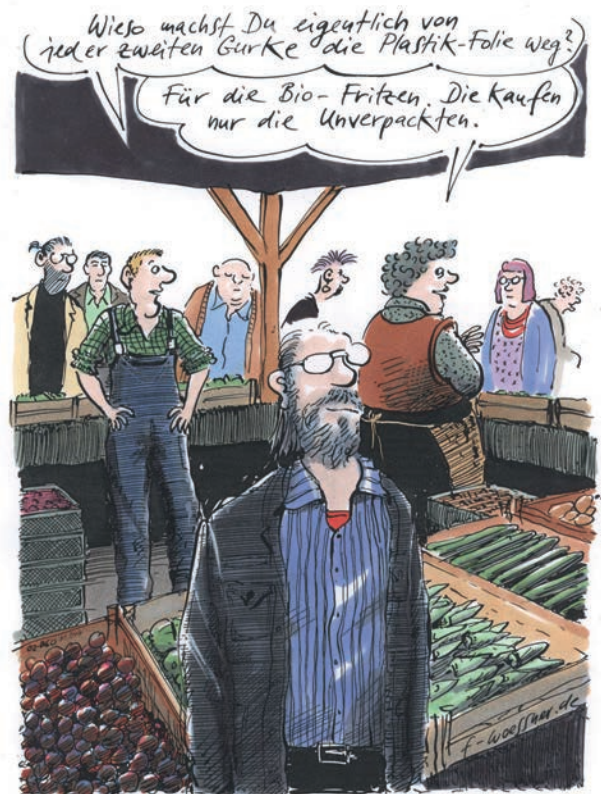
Verbieten, ersetzen, recyceln – das sind die wesentlichen Vorschläge der EU-Kommission, um Plastikmüll vor allem im Meer zu verringern. Sie gehen aus einem Entwurf hervor, den die Brüsseler Behörde am kommenden Montag vorstellen will. Demnach sollen die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit bekommen, Einweggeschirr, Strohhalme und Ballonstäbe aus Plastik zu verbieten. Die Menge an Wegwerf-Getränkebechern oder Verpackungen für Fast-food soll in den nächsten sechs Jahren deutlich sinken – etwa, indem die Mitgliedsstaaten nationale Minderungsziele beschließen oder die kostenlose Abgabe dieser Verpackungen verbieten. Für andere Einwegartikel (...) schlägt die Kommission eine erweiterte Produktverantwortung der Produzenten vor. Sie sollen die Sammlung und den Transport des Abfalls bezahlen; Plastikflaschen sollen laut dem Entwurf zu 90 Prozent recycelt werden. Auch ein Schritt in Richtung Öko-Design ist in dem Vorschlag der Europäischen Kommission enthalten: So sollen die Deckel und Verschlüsse von Einweg-Getränkebehältern so angebracht werden, dass sie auch während der Nutzung an der Packung haften bleiben.(...)

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) lobt den Vorschlag der Kommission als »starkes politisches Signal«. Verbote seien eine wirksame Maßnahme im Kampf gegen Plastikmüll, sagt DUH-Kreislaufwirtschaftsexperte Thomas Fischer. Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) in Brüssel ist »ziemlich glücklich« über den Vorschlag und hofft, dass er nun »rasch ohne wesentliche Änderungen in nationales Recht« umgesetzt werde, sagt EEB-Sprecher Mauro Anastasio. »Wir erwarten, dass diese Vorschriften den Markt für wiederverwendbare und langlebige Kunststoffe ankurbeln«, so Anastasio. »Die gibt es schließlich längst, aber sie sind noch nicht in den Mainstream vorgedrungen.« Der Umwelt helfe es allerdings nichts, wenn Wegwerfartikel aus Plastik »eins zu eins durch Wegwerfartikel aus Biokunststoff ersetzt werden«, sagt DUH-Experte Fischer. »Bioplastik verbraucht durch den Anbau von Nutzpflanzen viele Ressourcen und baut sich auch unter natürlichen Bedingungen nur sehr langsam ab.« Ein Gesetz zur verstärkten Nutzung von Bioplastik, das gerade in Frankreich diskutiert werde, sieht Fischer daher kritisch. Die EU-Kommission formuliert in ihrem Vorschlag zur Plastikstrategie nur vage: »Wenn möglich, sollten Einwegartikel aus Plastik durch nachhaltige Alternativen ersetzt werden.«

© [www.taz.de/EU-Kommission-plant-Plastikreduzierung/!504439/](http://www.taz.de/EU-Kommission-plant-Plastikreduzierung/!504439/)

**M 23 dpa-Meldung vom 9.7.2018: »Starbucks will Plastik-Trinkhalme bis 2020 abschaffen«**

Um weniger umweltschädlichen Müll zu produzieren, will die Café-Kette Starbucks Einweg-Trinkhalme aus Plastik in ihren weltweit rund 28.000 Filialen bis zum Jahr 2020 abschaffen. Durch den Schritt dürften in den Läden pro Jahr mehr als eine Milliarde Plastik-Trinkhalme wegfallen, teilte Starbucks am Montag mit. Als Ersatz



**M 24 »Für die Bio-Fritzen«**

© [www.freimut-woessner.de/taxonomy/term/31](http://www.freimut-woessner.de/taxonomy/term/31)

kämen etwa alternative Materialien und ein spezieller Deckel zum Einsatz, aus dem direkt getrunken werden solle. Diese Lösung gebe es bereits in über 8000 Filialen in den USA und in Kanada. Allerdings nimmt auch der regulatorische Druck zu. Sowohl in den USA als auch in der EU laufen groß angelegte Kampagnen zur Reduzierung von Plastikmüll. Dabei stehen Wegwerfprodukte wie Trinkhalme besonders im Fokus von Umweltschützern. Nach Angaben der Organisation »Seas at Risk« landen jährlich rund 100.000 Tonnen Plastik - alleine aus der EU - im Meer. In Deutschland hatten zuletzt die großen Supermärkte Rewe, Lidl und Edeka mit Maßnahmen gegen Einweg-Plastikartikel wie Besteck oder Trinkhalme Schlagzeilen gemacht. Gratis-Plastiktüten sind aus dem deutschen Einzelhandel bereits weitgehend verschwunden - der Tüten-Verbrauch geht seit Jahren deutlich zurück.

**M 25 Carla Neuhaus (30.09.2017): »Verbraucher verabschieden sich vom Plastik«, Tagesspiegel**

Der Kunststoff begleitet uns von früh bis spät. Die Zahnbürste ist aus ihm geformt ebenso wie die Flaschen für Shampoo und Duschgel. Im Kühlschrank stehen Plastikbehälter mit Butter, Käse und Joghurt. Als Polyester, Polyamid oder Viskose steckt Plastik in unserer Kleidung, als Polyurethan in Matratzen oder Küchenschwämmen. Ohne Kunststoffe auszukommen, scheint also kaum möglich. Und doch gibt es immer mehr Verbraucher, die sich bemühen, ein möglichst plastikarmes Leben zu führen. Manche gehen sogar soweit, dass sie so gut

wie keinen Müll mehr produzieren wollen. »Zero Waste« nennt sich die Bewegung. Möglichst auf Plastik zu verzichten, wird so gesellschaftsfähig. Und zwar auch, weil es immer mehr Anbieter gibt, die das ermöglichen. Angefangen hat das mit den ersten Geschäften, in denen man Waren unverpackt einkaufen kann. Nudeln, Müsli, Öl oder Gewürze füllen die Kunden dort in Dosen oder Gläser.

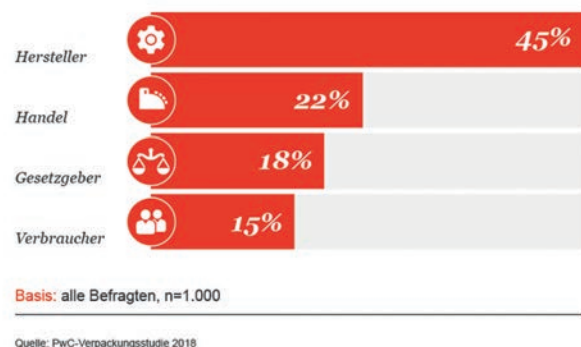
© [www.tagesspiegel.de/wirtschaft/konsum-und-kunststoff-verbraucher-verabschieden-sich-vom-plastik/20368258.html](http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/konsum-und-kunststoff-verbraucher-verabschieden-sich-vom-plastik/20368258.html)

**M 26 Verbraucherzentrale (23.7.2018): »EU will Einweg-Plastik verbieten«**

Die Pläne der EU-Kommission, Plastikmüll zu verringern, gehen in die richtige Richtung. Die Bundesregierung sollte engagiert vorgehen, meint Klaus Müller, der Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv): Statt Müll teuer beseitigen zu müssen, ist es besser, den Müll gar nicht erst zu produzieren. Die Mehrheit der Verbraucher wünscht sich weniger und umweltfreundlichere Verpackungen. Deshalb ist es richtig, über Verbote bestimmter Einwegplastik-Produkte zu sprechen, wenn es gute und preiswerte Alternativen gibt. Sie müssen aber in eine Strategie eingebunden sein, die einen Systemwandel zur Kreislaufwirtschaft ermöglicht. Die Bundesregierung muss die Initiative gegen Einwegplastik unterstützen. Denn nur wenn alle an einem Strang ziehen, lassen sich die Müllberge verkleinern.

© [www.verbraucherzentrale.de/leben-ohne-plastik-antworten-auf-haeufige-fragen-26549](http://www.verbraucherzentrale.de/leben-ohne-plastik-antworten-auf-haeufige-fragen-26549)

**Wer ist hauptverantwortlich, Verpackungsmüll zu reduzieren?**



**M 27 »Wer ist hauptverantwortlich für den Plastikmüll?«**  
© [www.pwc.de/de/handel-und-konsumguter/deutsche-verbraucher-legen-wert-auf-nachhaltige-verpackungen.html](http://www.pwc.de/de/handel-und-konsumguter/deutsche-verbraucher-legen-wert-auf-nachhaltige-verpackungen.html)

**Müll Manifest**

**für die europäischen Meere**

**NO PLACE FOR WASTE**

**50% Reduktion bis 2020**  
**Action on Marine Litter Now**

**Wir fordern die EU-Kommission und die Minister auf:**

- Das Problem Müll im Meer innerhalb einer Generation zu lösen (bis 2035).
- Die Reduktion von Müll im Meer in allen europäischen Ländern mit oberster Priorität zu behandeln.
- Ein Reduktionsziel von 50% für den Eintrag von Müll im Meer festzulegen, als ersten Schritt zur Erreichung des Guten Umweltzustandes im Sinne der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie.
- Die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen für das Erreichen des 50% Reduktionszieles zu forcieren.
- Die Problematik von Müll im Meer bei den verantwortlichen Regierungsstellen aktiv zu thematisieren und so richtungweisend für eine europäische und internationale Verminderung des Mülls im Meer einzutreten.

**Wir fordern die EU-Kommission und die Minister auf zur Unterstützung für eine:**

- Strengere Gesetzgebung bei den derzeitigen minimalen Vorgaben für Recycling und Wiederverbenutzung von Plastik- und anderen Produkten.
- Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung zur Förderung eines nachhaltigen Produktdesigns und der Schaffung von Anreizen für die Wiederverbenutzung und das Recycling von Plastik.
- Umsetzung von Maßnahmen, die den Verbrauch von Einweg-Plastikprodukten reduzieren.

**M 28 Müll Manifest für die europäischen Meere**  
© [www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/\\_migrated/publications/130411\\_bund-meeresschutz\\_muell\\_manifest.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/_migrated/publications/130411_bund-meeresschutz_muell_manifest.pdf)

**M 29 PlasticsEurope Deutschland, Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) (15.2.2018): »Kunststoffindustrie kritisiert Plastikfasten«**

PlasticsEurope Deutschland und der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) halten den Aufruf des BUND, so weit wie möglich auf Plastik zu verzichten, für falsch und umweltschädlich. [...] Der BUND erkläre, in Deutschland würden jährlich rund zwölf Millionen Tonnen Plastik verbraucht. Damit liege unser Land europaweit an der Spitze derjenigen, die am meisten Plastikmüll produzierten. Diese Gleichsetzung von Kunststoffeinsatz und »Plastikmüll« sei jedoch falsch und irreführend. [...] Konsumentinnen und Konsumenten sollten, wenn es nach dem BUND gehe, wenn möglich zu Produkten ohne Verpackungen, in Mehrwegverpackungen aus Glas oder zu Verpackungen aus Papier und Karton zu greifen. Das jedoch wäre ein schwerer, umweltschädlicher Fehler. Studien belegten: Würden Verpackungen aus Kunststoff durch solche aus anderen Materialien ersetzt, wäre der Energieverbrauch in Europa 2,2 mal höher und es würden 2,7 mal so viel Treibhausgas ausgestoßen. Und noch immer würden zu viele Lebensmittel verderben, auch weil sie unzureichend geschützt sind. Nach Schätzungen gingen in den Industrieländern bis zu 30 Prozent der Lebensmittel verloren. Mit Verpackungen aus Kunststoff könne die Haltbarkeit von Lebensmitteln deutlich besser gewährleistet werden als durch die meisten Materialalternativen.

© [www.recyclingmagazin.de/2018/02/15/kunststoffindustrie-kritisiert-plastikfasten/](http://www.recyclingmagazin.de/2018/02/15/kunststoffindustrie-kritisiert-plastikfasten/)

**M 30 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Nuklearsicherheit, 22.5.2018: »Schulze wirbt für enge Zusammenarbeit beim Umwelt- und Klimaschutz«**

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: »Für eine erfolgreiche Umwelt- und Klimapolitik brauchen wir europaweite Ansätze. Unser gemeinsames Ziel ist nichts Geringeres als der Schutz unserer Lebensgrundlagen: ein stabiles Klima, saubere Luft, sauberes Wasser und eine intakte Natur. Wir können die vielfältigen Herausforderungen in diesen Bereichen nur bewältigen, wenn wir Europäer an einem Strang ziehen. Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit in der EU hat für mich höchste Priorität.«

© [www.bmu.de/pressemitteilung/bundesumweltministerin-svenja-schulze-zum-antrittsbesuch-in-bruessel/](http://www.bmu.de/pressemitteilung/bundesumweltministerin-svenja-schulze-zum-antrittsbesuch-in-bruessel/)



M 32 »Blöde EU!«

© Martin Erl, picture alliance / dieKLEINERT.de

**M 31 Georg Ehring, 2.6.2018: »Ein klassischer Fall von Marktversagen«, Deutschlandfunk**

An Plastiktüten erstickte Hunde. Seevögel und Wale mit unfassbaren Mengen Kunststoff im Magen. Schildkröten mit Panzern, die durch Plastikschnüre grotesk fehlgebildet sind. Es gibt kaum ein Umweltproblem, das mit so eindringlichen Bildern sichtbar gemacht wird wie die Allgegenwart von Plastikmüll. Er verbreitet sich in Wäldern, in Parks, im Meer und selbst in abgelegenen Naturgebieten – also dort, wo nur selten ein Mensch seinen Fuß hinsetzt. Und das ist nur die eine, die sichtbare Seite des Problems: Plastik bleibt Plastik, auch wenn er zerfallen und zerrieben ist – Millimeter kleine Fetzen und mikroskopisch kleine Kügelchen belasten letztlich den Boden, ein Teil kommt in die Nahrungskette zurück. Die Folgen sind im Wesentlichen noch unbekannt. Kein Wunder, dass der Kampf gegen Plastik so populär ist – bei einer Umfrage gab es für die Pläne der EU-Kommission fast eine Dreiviertel-Mehrheit. Dabei zeigt ein Blick auf das tägliche Leben: Noch beliebter als Plastik-Verbote ist der gedankenlose Gebrauch von Plastik. Der Widerspruch zwischen Wollen und Handeln ist oft riesig. Wir sind abhängig geworden von Plastik – und das nicht nur aus Gedankenlosigkeit. Viele Verpackungen sorgen auch für Transportsicherheit und Hygiene, die Flasche aus Glas anstatt Plastik hat schon wegen ihres Gewichts nicht in jedem Fall eine bessere Umweltbilanz. Trotzdem: Oft, wenn auch nicht immer ist die Alternative zum Kunststoff ein Fortschritt und viele Produkte aus Kunststoff sind schlicht überflüssig. Plastik ist überall – auch wegen des Preises. Kunststoff aus Erdöl herzustellen ist unvergleichlich billig, kein Wunder, dass er Papier, Pappe, Glas, Jute oder Metall verdrängt. Doch billig ist Kunststoff nur, weil die Kosten der Entsorgung nicht einbezogen werden – der Müll belastet die Natur, er belastet kommende Generationen und Menschen, die die Vorzüge des Produkts nie genossen haben. Ein klassischer Fall von Marktversagen also und damit ein Grund für die Politik, einzugreifen. Weil das komplette Einsammeln des Mülls nicht funkti-

oniert, muss Europa an der Quelle ansetzen und es ist gut, dass die Europäische Kommission damit jetzt ernst macht. Sie will Produkte aus dem Verkehr ziehen, die niemand braucht – das Rührstäbchen aus Plastik für den Kaffee ist ein Beispiel. Einweg-Produkte sollen verschwinden oder aus anderen Materialien gefertigt werden – für Strohhalme etwa könnte dies Stroh sein. Wo Kunststoff nur aus Kostengründen eingesetzt wird, sollen Steuern umweltverträglichere Rohstoffe begünstigen. Bessere Recycling-Systeme sollen dafür sorgen, dass weniger Abfall in die Umwelt gelangt.

© [www.deutschlandfunk.de/plastikmuell-ein-klassischer-fall-von-marktversagen-und-ein.720.de.html?dram:article\\_id=419407](http://www.deutschlandfunk.de/plastikmuell-ein-klassischer-fall-von-marktversagen-und-ein.720.de.html?dram:article_id=419407)

**M 33 StZ (AFP), 3.5.2018: »Ökonomen gegen Verbot«**

Umweltschützer und Ökonomen sprechen sich gegen ein Verbot von Einweggeschirr aus Plastik aus. »Verbote werden wegen mangelnder Akzeptanz in der Breite nicht umzusetzen sein«, sagte der Leiter der Abteilung Kreislaufwirtschaft bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Thomas Fischer. Um Plastikmüll einzudämmen, seien finanzielle Anreize für wiederverwertbare Produkte besser – dazu gehören etwa Abgaben oder eine Ausweitung des Pfandsystems. Die EU-Kommission will im Kampf gegen Plastikmüll einem Bericht zufolge Geschirr und Besteck aus Plastik verbieten. Der Verkauf von Gabeln, Messern, Löffeln, Strohhalmen und Essstäbchen aus Plastik solle untersagt werden, hatte die »Wirtschaftswoche« unter Berufung auf einen Richtlinienentwurf berichtet. (...) Das marktliberale Centrum für Europäische Politik (cep) warnte am Mittwoch, die Kommissionspläne könnten »erheblich in die produktgestalterische Freiheit der Unternehmen eingreifen«. Regelungen, dass etwa eine bestimmte Menge recycelter Kunststoff in Produkten verwendet werden muss, könnten die Qualität verschlechtern. Zudem würde ein Verbot die Wahlfreiheit der Verbraucher eingeschränkt. Deshalb plädierte auch das cep für finanzielle Anreizsysteme:



Wer auf Plastik bestehe, müsse eben mehr zahlen. DUH-Experte Fischer forderte, die Herstellung von Einwegverpackungen deutlich zu verteuern. Dafür könnten die Grüne-Punkt-Gebühren für schwer recycelbare Produkte deutlich angehoben werden. Diese Gebühren müssen Hersteller zahlen, wenn sie am dualen Entsorgungssystem teilnehmen wollen. Die Gebühren befänden sich derzeit sowieso in einer Abwärtsspirale, weil sich die verschiedenen Anbieter zu viel Konkurrenz machten, sagte Fischer. Auch eine Abgabe auf Einwegverpackungen ist denkbar, die Einnahmen würden dann für eine bessere Entsorgung und Wiederverwertung des Abfalls genutzt. Rolf Buschmann vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert, eine solche Abgabe nicht nur auf Plastik, sondern auf alle Einwegverpackungen zu erheben – Aludosen beispielsweise.

© StZ: Ökonomen gegen Verbot, Stuttgarter Zeitung 3.5.2018, S. 11

#### **M 34 René Höltzsch, 28.5.2018: »Was gehen die EU-Kommission die Trinkhalme an?«, NZZ**

Groß in großen Fragen wolle sie sein, klein in kleinen, wird die EU-Kommission unter Präsident Juncker nicht müde zu betonen. Und nun das: Im Kampf gegen den Plastikmüll schlägt sie ein Verbot einzelner Einwegprodukte vor, darunter Essteller und Trinkhalme aus Plastik. Auf den ersten Blick löst der Vorstoß aus liberaler Sicht gleich zweifach Abwehr aus. Warum muss, erstens, dieses Problem auf europäischer statt auf nationaler Ebene angegangen werden? Und braucht es, zweitens, tatsächlich Verbote? Gibt es keine marktwirtschaftlichen Instrumente wie zum Beispiel Abgaben, die die Umweltkosten den Verursachern aufbürden würden?

Auf den zweiten Blick ist die Antwort auf beide Fragen nicht ganz so einfach. Trinkhalme und Plastikteller mögen klein sein, aber sie tragen zu einem Problem bei, das, glaubt man wissenschaftlichen Berichten, gigantisch zu werden droht: die Vermüllung der Meere mit kleinen und kleinsten Plastikteilchen, die erst über Hunderte von Jahren abgebaut werden und die Umwelt und Gesundheit massiv gefährden. So gesehen geht es sogar um ein globales Problem, das global angegangen werden müsste. Solange dies nicht geschieht, ist ein Vorgehen der Europäer noch immer besser als Nichtstun. Doch braucht es dazu die EU, oder macht das besser jeder Staat selbst? Auf diese Frage gibt der Kommissionsvorschlag eine differenzierte Antwort. Viele seiner Elemente, darunter die angepeilte Sammelquote für Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff, geben nur einen Rahmen vor. Es wird Sache der Mitgliedstaaten sein, den besten Weg zur Umsetzung der Ziele zu finden. EU-weit einheitlich geregelt werden soll hingegen insbesondere das Verbot bestimmter Produkte, darunter eben Trinkhalme und Essteller aus Plastik. Hier lässt sich mit dem Binnenmarkt argumentieren: Ein Flickenteppich unterschiedlicher nationaler Verbote wäre für die Wirtschaft keine bessere Lösung. Es ist für sie rentabler, umweltfreundlichere Strohhalme zu entwickeln, wenn diese in einem Markt mit über 500

Millionen Einwohnern statt nur in einzelnen nationalen Märkten zur Pflicht werden. (...) Das beantwortet aber noch nicht die Frage, ob ein Verbot überhaupt sinnvoll ist. Marktwirtschaftliche Instrumente wie Lenkungsabgaben oder der Emissionshandel sind in der Umweltpolitik meist vorzuziehen, weil sie es dem Markt überlassen, den besten Weg zur Zielerreichung zu finden. Im konkreten Fall gibt es allerdings pragmatische Argumente für ein Verbot. Es geht wohlbemerkt nur um eine geringe Zahl von Produkten, für die es umweltfreundlichere und zugleich erschwingliche Alternativen gibt.

© [www.nzz.ch/meinung/was-gehen-die-eu-kommission-die-trinkhalme-an-ld.1389584](http://www.nzz.ch/meinung/was-gehen-die-eu-kommission-die-trinkhalme-an-ld.1389584)

#### **M 35 Hans-Jürgen Schlösser (5.7.2007): »Grenzen des Staates«**

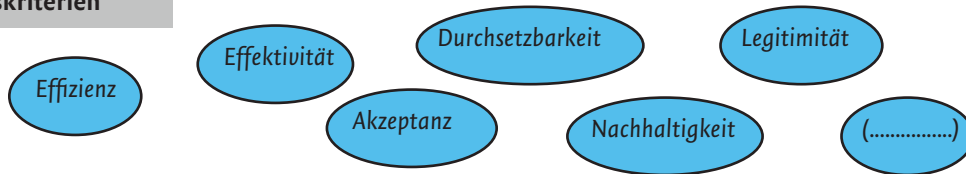
Auch der Staat ist nicht perfekt. Regierung und Verwaltung machen Fehler, sie leiden unter Informationsdefiziten, und Politik und Beamtenschaft haben ebenfalls persönliche Interessen und Ideale, Ideologien, Interesse an Macht, Prestige, Einkommen. Wenn der Markt ein Problem nur unbefriedigend lösen kann, bedeutet das somit nicht automatisch, dass der Staat dafür besser geeignet ist. Ein wesentliches Problem entsteht dadurch, dass die Wirtschaftspolitik unter Wirkungsverzögerungen leidet (time lags), die schwer zu kalkulieren sind. Probleme werden oft erst erkannt, wenn sie schon längere Zeit bestehen, und es vergeht dann noch einmal Zeit, bis die staatlichen Akteure zu einer Entscheidung kommen. Wenn schließlich Maßnahmen ergriffen werden, wirken auch diese nur mit einer zeitlichen Verzögerung, die oft nicht kalkulierbar ist. Am Ende wird die Wirtschaftspolitik häufig erst wirksam, wenn sich die Lage schon längst wieder verändert hat, und die angestrebten Ziele werden deshalb verfehlt.

Weitere Grenzen des Staates ergeben sich dadurch, dass auch Politiker und Politikerinnen sowie Entscheidungsträger in der öffentlichen Verwaltung eigene Ziele anstreben, wobei sie auf die Unterstützung der Wählerschaft angewiesen sind, um im Amt zu bleiben beziehungsweise ins Amt zu kommen. Im politischen Bereich erfüllen Wahlen die Funktion, die das Preissystem auf dem Markt erfüllt: die Durchsetzung individueller Vorstellungen und die Koordination der Handlungen. Wahlen und Märkte sind demnach Verfahren, die dazu führen, dass die Wünsche und Werthaltungen der einzelnen Bürgerinnen und Bürger im politisch-ökonomischen System berücksichtigt werden. In der ökonomischen Theorie der Demokratie geht es darum, dass politische Parteien Programme aufstellen, um Wahlen zu gewinnen. Um wiedergewählt zu werden, müssen die Regierungspolitiker auf die Wählerwünsche eingehen. Entsprechendes gilt für die Opposition. Nach dieser Theorie entscheiden sich die Parteien für das politische Programm, das den größten Wahlerfolg verspricht.

© [www.bpb.de/jzpb/8455/aufgaben-und-grenzen-von-markt-und-staat?p=all](http://www.bpb.de/jzpb/8455/aufgaben-und-grenzen-von-markt-und-staat?p=all)

M 36 Akteure	Akteure	Position: »Plastikmüllverschmutzung«	Interessen	Urteilkriterien
Unternehmen / Wirtschaftsverbände	Hersteller			
	Kunststoffindustrie			
	Handel			
	Entsorger			
Umweltverbände	Deutsche Umwelthilfe			
	BUND			
Konsumenten	Verbraucher			
	Verbraucherzentrale			
Politik	EU / Bundesumweltministerium			

**M 37 Urteilkriterien**



**M 38 Diskussion in einer Schule zum Thema »Plastikmüllverschmutzung«**

**(1) Anna (15)**

»Na ja, das ist eben nur eine Alibi-Lösung. Würde man die Umweltbelastung wirklich bekämpfen wollen, müsste man auf einiges Gewohnte verzichten: Milchtüten, beschichtetes Einwickelpapier beim Metzger. Zucker, Mehl, Salz und Bonbons müssten wieder abgewogen und in Papier verpackt werden. Und vor allem: Keine Bestellungen mehr bei Amazon.«

**(4) Marcel (16)**

» Ich freue mich, dass die EU das Problem aufgreift, halte aber das Vorgehen nicht für ausreichend und effektiv. Wenn man bedenkt, wie viel Plastikmüll produziert wird und wie viel davon vermutlich hierzulande auf Einwegprodukte zurückzuführen ist, sollte man die Verpackungsindustrie stärker zur Verantwortung ziehen, z.B. bei der Beseitigung des Plastikmülls in den Meeren.«

**(2) Hiba (15)**

»Jeder einzelne sollte sein tägliches Konsumverhalten hinterfragen, denn jeder einzelne kann viel beitragen. Ich wünsche mir mehr Aufklärung in Bezug auf große Unternehmen.«

**(5) Naomi (15)**

» Ich halte nichts von Verboten und bin der Meinung, dass man Alternativen schaffen sollte und man diese den Leuten überzeugter rüber bringen muss.

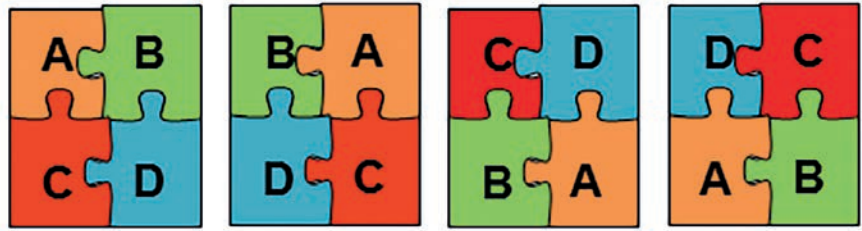
**(3) Alex (16)**

» Das ist immer noch besser als nichts und eigentlich dringend nötig. Ich bin mir aber nicht sicher, ob die Geschwindigkeit, in der solche Beschlüsse umgesetzt werden, ausreichend ist. Die EU ist einfach zu langsam.«

Zudem sollte man bedenken, dass Einwegverpackungen ja durchaus sinnvoll sein können. Ich war dieses Jahr schon auf Schüleraustausch in England, wo wir ein großes Besichtigungsprogramm absolviert haben. Da ist man froh, wenn man sich kurz bei McDonald's verpflegen und etwas »to go« mitnehmen kann.«

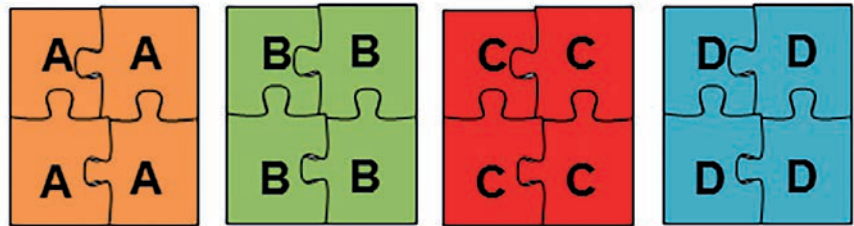
M 39 Gruppenpuzzle

Stammgruppen  
(Phase 1)



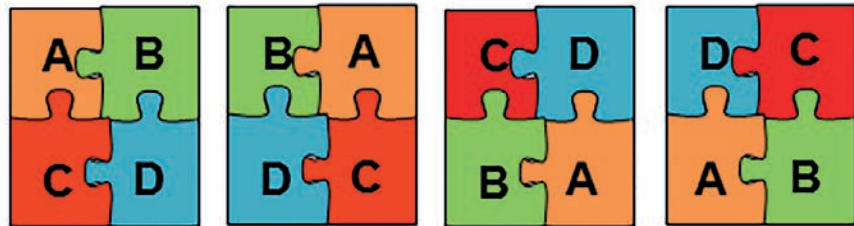
(1) Jede Stammgruppe erhält die Materialien und wählt die Experten für die drei Expertengruppen und erarbeitet sich Untersuchungsfragen.

Expertengruppen  
(Phase 2)



(2) Jede Expertengruppe erarbeitet sich eine Stellungnahme zu den vorgegebenen Lösungen.

Stammgruppen  
(Phase 3)



(3) Die Experten kehren in ihre Stammgruppe zurück und unterrichten die Mitglieder der Stammgruppe. Die Stammgruppe entscheidet sich für eine Lösung und bewertet diese.

**AUFGABEN:**

Der EU bieten sich verschiedene Lösungsoptionen: (a) Recycling (M16 - M18), (b) Anreize und Verbote (M19 - M22), (c) freiwillige Selbstverpflichtungen (M23 - M25).

1. Legt in eurem »Think Tank« (Stammgruppe) (M39) fest, wer für welchen Lösungsansatz Experte sein soll. Überlegt gemeinsam für jeden Experten Untersuchungsfragen.
2. Expertengruppen: Analysiert den jeweiligen Lösungsansatz und erarbeitet unter Einbezug von M26 - M35 Vor- und Nachteile für den Bericht in eurer Stammgruppe.
3. Bewertet nach den Berichten der Experten die Lösungsoptionen und entscheidet euch für euren Vorschlag an die EU-Kommission.
4. Analysiert mit Hilfe des Modells des Politikzyklus (M14), mit welchen Reaktionen von welchen Akteuren ihr bei eurem Vorschlag rechnen müsst. Die Tabelle (M 36) kann hier eine wichtige Hilfestellung sein.

5. Analysiert die Beiträge aus der Diskussion in der Schule (M38) und benennt Kriterien für eine aussagekräftige Bewertung.

6. Erarbeitet eine Präsentation, mit welcher ihr die EU-Kommission von eurem Vorschlag überzeugen wollt. Berücksichtigt hierbei nicht nur inhaltliche Aspekte, sondern achtet auch auf die Anwendung von Urteilkriterien (M37) sowie auf grundlegende Aspekte der Zuständigkeit (M31, M35).

7. »Plastikmüll - Kann die EU diesen Kampf gewinnen?« Gestalte eine eigene Stellungnahme für die Diskussion in der Schule (M38).

8. Wenn ihr bei der Analyse der Materialien Schwierigkeiten habt, kann euch die Fünf-Schritte-Lese-Methode der Textanalyse eine Hilfestellung sein.  
vgl. z.B. [www.bpb.de/lernen/formate/methoden/46808/fuenf-schritt-lesemethode](http://www.bpb.de/lernen/formate/methoden/46808/fuenf-schritt-lesemethode)

## Der Gesetzgebungsprozess der EU in der Diskussion

### M 40 **afp**, 13.2.2018: »Bürgerbeauftragte kritisiert undurchsichtige Entscheidungsprozesse im EU-Rat«

Die europäische Bürgerbeauftragte hat undurchsichtige Entscheidungsprozesse der EU-Mitgliedstaaten kritisiert. Für Bürger sei es »praktisch unmöglich«, die meist »hinter verschlossenen Türen« stattfindende Beschlussfassung im EU-Rat nachzuverfolgen, erklärte EU-Ombudsfrau Emily O'Reilly in Brüssel. Dies untergrabe das Recht der Bürger, ihre gewählten nationalen Vertreter zur Rechenschaft zu ziehen und drohe, eine »negative Stimmung« gegenüber der EU zu fördern. O'Reilly kritisierte insbesondere, dass der EU-Rat es regelmäßig unterlässt, die Positionen der Mitgliedstaaten zu Gesetzgebungsentwürfen zu veröffentlichen. Hinzu komme »die weit verbreitete Praxis«, Ratsdokumente unverhältnismäßig oft mit dem Zusatz »limité« (»beschränkt«) zu versehen, wodurch sie nicht für die Öffentlichkeit zugänglich seien. Der Rat müsse Dokumente zu Gesetzgebungsprozessen künftig »proaktiv« und zeitnah veröffentlichen und für den Fall von Zugangsbeschränkung »klare Kriterien« festlegen, verlangte O'Reilly. Nur so könnten die Bürger das Verhalten ihrer Vertreter auf EU-Ebene nachvollziehen. Dies sei auch wichtig, um »die Kultur der Schuldzuweisung an Brüssel« – also die Versuche nationaler Regierungen, ihre Verantwortung auf die EU abschieben – zu beenden.

© vgl. auch [www.epochtimes.de/politik/europa/buergerbeauftragte-kritisiert-undurchsichtige-entscheidungsprozesse-im-eu-rat-a2347573.html](http://www.epochtimes.de/politik/europa/buergerbeauftragte-kritisiert-undurchsichtige-entscheidungsprozesse-im-eu-rat-a2347573.html)

### M 41 **Zeit online**, 22.3.2018: »EU-Gericht kritisiert europäische Gesetzgebungsverfahren«

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat in einem Urteil die Gemeinschaft aufgefordert, für einen freien Zugang zu Verhandlungszwischenständen bei Gesetzgebungsverfahren zu sorgen. Konkret ging es bei dem Fall Emilio de Capitani gegen das Europäische Parlament (EP) um die Frage, wie transparent EU-Richtlinien und Verordnungen, also Gesetze, die innerhalb der Europäischen Union gelten, entstehen müssen. Das Gericht entschied, dass das Europäische Parlament auf konkreten Antrag grundsätzlich Zugang zu den Dokumenten eines Gesetzgebungsverfahrens gewähren muss. In der Urteilsbegründung heißt es, die Arbeiten bei diesen Verfahren bilden eine entscheidende Phase des Gesetzgebungsverfahrens. [...] Bisher ist es so, dass in sogenannten informellen Trilog-Gesprächen zwischen den EU-Institutionen viele neue Gesetze entstehen. Die Idee dahinter ist, rasch Einvernehmen über ein Bündel von Änderungen zu erzielen. Dabei kürzen das EU-Parlament, der Rat, in dem die Mitgliedstaaten vertreten sind, und die EU-Kommission das ordentliche Gesetzgebungsverfahren regelmäßig ab. Der Trilog führt dadurch zu schnelleren Gesetzgebungsverfahren. Gleichzeitig steht das Verfahren seit langem in der Kritik, da es die Entstehung eines neuen Gesetzes

undurchsichtiger macht. Ursprünglich nur als Ausnahme in dringenden Fällen gedacht, werden mittlerweile 70 bis 80 Prozent der EU-Gesetze in der informellen Abkürzung des Trilog-Verfahrens verhandelt.

Der Europäische Gerichtshof gab nun dem Kläger Emilio de Capitani Recht. In der Begründung heißt es, fehlende Information und Debatte seien geeignet, nicht nur hinsichtlich einzelner Rechtsakte, sondern auch hinsichtlich der Legitimität des gesamten Entscheidungsprozesses bei den EU-Bürgern Zweifel zu nähren. Das soll durch das Urteil vermieden werden.

© [www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/europaeische-union-gesetzgebungsverfahren-eugh-gekippt-trilog-transparenz](http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/europaeische-union-gesetzgebungsverfahren-eugh-gekippt-trilog-transparenz)

### M 42 **Lobbypedia** (2018): »Lobbyismus in der EU«

Bei (der Europäischen Kommission: d.Verf.) nehmen (...) Richtlinien und Verordnungen normalerweise ihren Ausgang. Daher ist sie der erste Anlaufpunkt für Lobbyakteure. Transparenz-Initiativen beobachten vor allem die privilegierten Zugänge kritisch, die Vertreter und Lobbyisten der Großunternehmen und der Wirtschaftsverbände zur Kommission genießen. [...] Einen weiteren privilegierten Zugang haben Unternehmen und Wirtschaftsverbände über die Expertengruppen der EU-Kommission. Die Kommission, als bürokratisches Monster verschrien, hat selber bei weitem nicht ausreichend Experten für all ihre speziellen Gesetzesanliegen. [...] Zur Lösung dieses Problems setzt sie so genannte Expertengruppen ein, um Expertise für ein bestimmtes Vorhaben zu erhalten. Es gibt etwa 1.000 davon bei der Europäischen Kommission. Sie haben großen Einfluss auf die Formulierung von Vorschriften und Richtlinien. Daher ist es so relevant, wie sie besetzt sind. Hier können Lobbyakteure zum frühesten Zeitpunkt Pflöcke einschlagen, die so leicht nicht wieder umzuwerfen sind. Die Unternehmen und Wirtschaftsverbände, gut ausgestattet mit Personal, geben ihre Expertise gerne. Denn sie wissen, dass man neue Gesetze am effektivsten beeinflusst, bevor sie entstehen. [...]

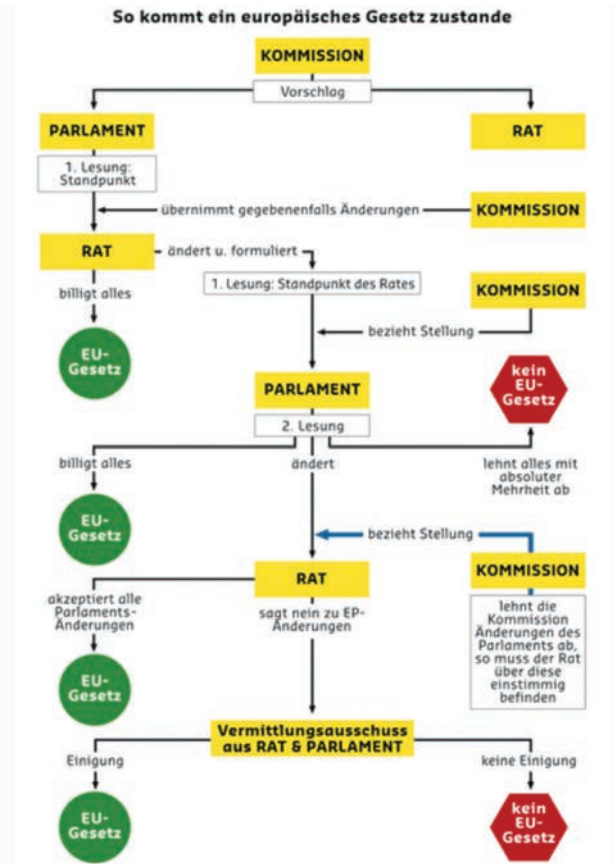
Das Europäische Parlament hat seit dem Vertrag von Lissabon sehr viel an Macht hinzugewonnen, in den allermeisten Bereichen entscheidet es jetzt mit. Es kann Vorschläge der EU-Kommission genehmigen, ändern und in manchen Fällen sogar blockieren. Dadurch ist es zu einem wichtigen Adressaten für LobbyistInnen geworden. [...] Lobbyagenturen [...] helfen den Abgeordneten gerne, die Komplexitäten von Richtlinien und die Bedürfnisse ihrer Auftraggeber zu verstehen. Dabei ist die Darstellung natürlich geprägt von den eigenen Interessen. [...] Zusätzlich zu den ungleichen Machtverhältnissen und den privilegierten Zugängen sind es vor allem die großen Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die sich das Beauftragen professioneller Lobbyagenturen leisten können.

© [https://lobbypedia.de/wiki/Lobbyismus\\_in\\_der\\_EU](https://lobbypedia.de/wiki/Lobbyismus_in_der_EU)

**M 43 Daniel Göler, Universität Passau (9.7.2016): »Die EU ist kompliziert - und muss es auch bleiben!« *causa*, tagesspiegel**

In den Analysen [...] findet sich immer wieder das Argument, die EU sei zu kompliziert, undemokratisch und würde zu viele Detailfragen regeln. Und in der Tat wirft die EU in ihrer Komplexität viele Fragen auf. Diese sind aber zu einem Großteil den Besonderheiten eines politischen Systems geschuldet, das 28 Nationalstaaten in einem Integrationsverbund miteinander verbindet. [...] Ja, Europa ist kompliziert, muss es aber auch sein. Denn es geht darum, die Interessen von 28 Staaten aufeinander abzustimmen. Und dabei handelt es sich nicht um »böse Interessen« egoistischer Regierungen. Nein, es handelt sich um legitime Wünsche der Gesellschaften, die sich häufig aber sehr stark unterscheiden. So gibt es zwischen den europäischen Gesellschaften etwa unterschiedliche Traditionen bei der Abwägung von individueller Eigenverantwortung und Solidarität oder der Werte von Freiheit und Sicherheit.

Aus dieser Diversität bei sehr grundlegenden Fragen ergibt sich zwangsläufig, dass Entscheidungsprozesse dem Primat des Minderheitenschutzes und Interessenausgleiches folgen müssen und dem demokratischen Mehrheitsprinzip Grenzen gesetzt sind. [...] Dass die hiermit einhergehenden Aushandlungsprozesse als kompliziert angesehen werden, ist nachvollziehbar. [...] Ebenfalls verkürzt, wenn auch in anderer Weise, ist das Argument, Brüssel würde zu viele Detailfragen regeln und solle sich besser auf die großen Dinge konzentrieren. Zunächst einmal regelt die EU nichts, was die Mitgliedstaaten von ihr nicht geregelt haben wollen. Alle Kompetenzen, welche die EU besitzt, wurden ihr einstimmig von den Mitgliedstaaten übertragen. Und auch jede einzelne Richtlinie und Verordnung, sei sie noch so technisch und unbedeutend, bedarf der Zustimmung des Ministerrates und damit der nationalen Regierungen. Die Kritik vieler nationaler Regierungen an Überregulierung fällt somit unmittelbar auf die Kritiker selbst zurück. Davon abgesehen ist die Forderung, sich auf das Große zu konzentrieren, im Fall der EU nicht so einfach. Denn viele große Dinge ziehen in ihrer Umsetzung Detailregelungen nach sich. [...] Es ist zwar richtig, dass EU-Regelungen nicht selten kompliziert wirken. Dies hängt aber eben auch damit zusammen, dass sie das Ergebnis von Kompromissen und langen Verhandlungsprozessen sind, die aus den genannten Gründen ihre Berechtigung haben. Bei alledem sollte man zudem nicht vergessen, dass die Alternative zur europäischen Regelung 28 nationale Standards wären. Natürlich ist in der EU nicht alles ideal. Jedes System ist optimierbar. Auch die EU hat viele Baustellen, die sie



**M 44 »Europäisches Gesetzgebungsverfahren«.**  
 © Peter Diehl, Europäisches Parlament, Verbindungsbüro München, [www.europarl.europa.eu/germany/de/die-eu-und-ihre-stimme/ordentliches-gesetzgebungsverfahren](http://www.europarl.europa.eu/germany/de/die-eu-und-ihre-stimme/ordentliches-gesetzgebungsverfahren)

angehen sollte. Vorsicht ist allerdings geboten bei Forderungen nach einem grundlegenden Neustart der Integration. Denn die Kompliziertheit und die Einschränkungen des demokratischen Mehrheitsprinzips sind eben nicht ein ungewollter Konstruktionsfehler. Sie sind das Ergebnis der besonderen Herausforderung, Entscheidungen in einem System treffen zu wollen, das aus 28 (bald 27) Mitgliedstaaten mit ihren spezifischen gesellschaftlichen und kulturellen Traditionen besteht. Die hierzu erforderlichen Verhandlungs- und Kompromisslogiken, welche die EU erst zu dem gemacht haben, was sie ist, sind somit nur eingeschränkt Vereinfachungs- und Demokratisierungsbestrebungen zugänglich. Europa ist aus gutem Grund kompliziert – und muss es auch bleiben!

© <https://causa.tagesspiegel.de/politik/europa-nach-dem-brexit-wie-geht-es-weiter/die-eu-ist-kompliziert-und-muss-es-auch-bleiben.html>

**AUFGABEN:**

1. Arbeitet aus den Texten (M40 - M43) Kritikpunkte am Entscheidungsprozess in der EU heraus und kennzeichnet in der Grafik (M44) die Stellen, an denen die Kritik jeweils ansetzt.

2. Bewertet den Entscheidungsprozess in der EU. Die Kriterien *Effektivität*, *Legitimität* und *Nachhaltigkeit* können hierbei eine Hilfe sein.

## 4. Große Koalition - Gift für die Demokratie?

Jugendliche und junge Erwachsene, die derzeit ihre politische Sozialisation erfahren, kennen seit 2005 nur eine Regierungschefin der Bundesrepublik Deutschland: Angela Merkel, gleichzeitig Vorsitzende der CDU. Es werden bereits Parallelen zu der Ära Kohl gezogen. Helmut Kohl regierte 16 Jahre lang die Bundesrepublik Deutschland, war allerdings nie Regierungschef einer großen Koalition. Mit Ausnahme der Legislaturperiode 2009 bis 2013, in der die CDU/CSU zusammen mit der FDP als Juniorpartner regierte, ist Angela Merkel Regierungschefin einer sogenannten Großen Koalition (GroKo) aus CDU/CSU und SPD.

Die Parteivorsitzenden von CDU, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Parteivorsitzende der CSU, der damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, sowie der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, der damalige Hamburger Erste Bürgermeister Olaf Scholz, unterzeichneten am 12. März 2018 den Koalitionsvertrag für die 19. Wahlperiode. Der Vertrag mit dem Titel »Ein neuer Aufbruch für Europa - Eine neue Dynamik für Deutschland - Ein neuer Zusammenhalt für unser Land« ([www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw11-koalitionsvertrag/546976](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw11-koalitionsvertrag/546976)) ist die Grundlage der Regierungsarbeit der GroKo. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete rückblickend die Koalitionsverhandlungen als harte und zähe Arbeit. Die Wähler hätten den Auftrag gegeben, eine stabile Mehrheit zu finden. Merkel: »Heute können wir sagen, wir werden diesem Auftrag gerecht.«

Die erneute Auflage der Großen Koalition nach dem Scheitern der Jamaika-Koalitionsverhandlungen wird allerdings nicht von allen Beobachtern als Aufbruch verstanden. Der holprige und langwierige Weg zur erneuten Auflage der Großen Koalition spricht dafür Bände.

Der Wahlforscher Nico Siegel von Infratest dimap spricht schon von einer sogenannten »Koalition der beiden großen Wahlverlierer«, die langfristig Folgen für das politische System zeitigen könne. In einem Interview mit tageschau 24 äußerte er sich zur Großen Koalition: »Es ist auf alle Fälle faktisch eine Koalition der beiden großen Wahlverlierer, die ja auch im Vorfeld der Bundestagswahl gesagt hatten, sie möchten diese Koalition nicht weiter fortführen. Und das ist natürlich bei der ganzen Frage der Glaubwürdigkeit - Wie lange planen eigentlich diese Parteien, diese Regierung aufrechtzuerhalten? - eigentlich schon mit eingepreist, dass es sich um eine Art Totgeburt handelt. Alles, was beim Wähler dafür sorgt, dass nicht wirklich die Lösung sachpolitischer Themen im Vordergrund steht, sondern dass es vor allem um machtpolitische, parteipolitische Auseinandersetzungen geht, wirkt sich negativ auf die Glaubwürdigkeit und auf das Vertrauen in die etablierten

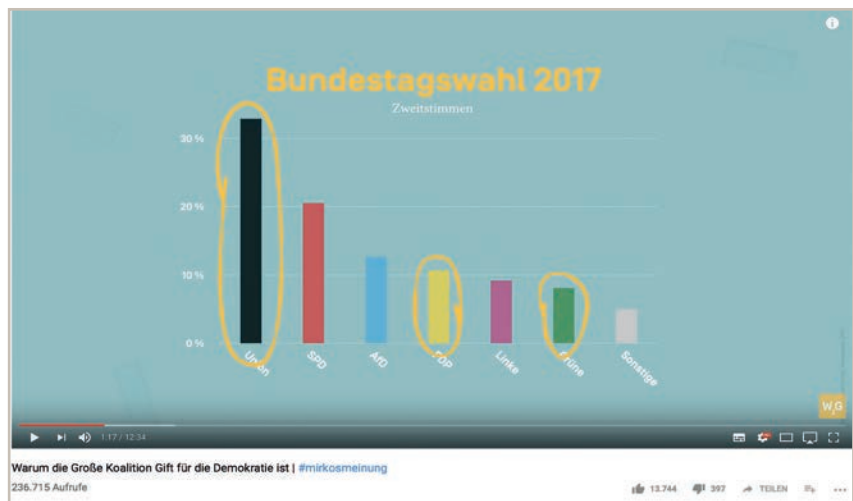


Abb 1 »Politischer Kommentar des Youtubers MrWissen2go zur GroKo. Nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen einer Jamaika-Koalition (CDU/CSU, FDP, Bündnis90/Die Grünen) kam es zur Bildung der vierten GroKo in der Bundesrepublik Deutschland.« © youtube.com

Großparteien aus. Den Preis haben Sie ja zum Teil auch schon bei der Bundestagswahl an den Wahlurnen bezahlt.« (vgl. [www.tagesschau.de/inland/groko-bilanz-union-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/groko-bilanz-union-101.html))

In der sogenannten 100-Tage-Bilanz im Juni 2018 gingen die Oppositionsführer und Parteivorsitzenden im 19. deutschen Bundestag mit der neuen Regierung hart ins Gericht. Die Spitzen der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften äußerten ebenso ihren Unmut über die aktuelle Regierungspolitik. Vor allem wird der Unionsstreit in der Asylpolitik bemängelt, der von den tatsächlichen Problemen der Bürger ablenke. AfD-Fraktionschefin Alice Weidel wertete die ersten hundert Tage der Koalition gar als »hundert schwarze Tage für Deutschland«.

FDP-Chef Christian Lindner stellte der schwarz-roten Regierung nach 100 Tagen im Amt ein verheerendes Zeugnis aus. Er habe ein »Weiter so« der GroKo erwartet, also vier ambitionsfreie Jahre. Es sei jedoch ein »Schlimmer so« geworden. Aus Sicht von Fraktionschef der Linken Dietmar Bartsch hätten Union und SPD »einen Stotterstart mit Ansage« hingelegt. In der GroKo gebe es »viel Gekeife und Gezeter - aber inhaltlich hat sie fast nichts bewegt«. Für Grünen-Parteichef Robert Habeck ist die GroKo nach hundert Tagen bereits am Ende. Mit so einer »miserablen Performance« habe wohl niemand gerechnet, sagte Habeck im ZDF bezogen auf den Krach um die Flüchtlingspolitik. Besserung sei nicht in Sicht.

Industriepräsident Dieter Kempf forderte die Bundesregierung zu mehr Teamgeist auf. DGB-Chef Reiner Hoffmann warf ihr vor, bei zentralen Themen für die Bürger bisher viel zu wenig unternommen zu haben. Der Präsident des Deutschen Städtetags, Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe (CDU), kritisierte ebenfalls den Streit zwischen CDU und CSU in der Flüchtlingspolitik und warnte: »Wir können uns keine Konflikte leisten, die uns lähmen.« Auch die Bürger scheinen die Regierungspolitik kritisch zu verfolgen. Ein Vergleich der Ergebnisse der so-

genannten Sonntagsfrage der Forschungsinstitute mit dem Ergebnis der Bundestagswahl im September 2017 zeigt, dass die Zustimmung zur Koalition »der beiden großen Wahlverlierer« weiter abgenommen hat. Welche Auswirkungen hat also diese Dauer-GroKo? Führt sie womöglich zu zunehmender Polarisierung und Fragmentierung des Parteiensystems (vgl. Frank Decker). Nehmen populistische, ja sogar extremistische Tendenzen auch deshalb zu? Führt die Tendenz zur Großen Koalition zu noch mehr Politik- und Parteienverdrossenheit innerhalb der Bevölkerung? Nimmt der »politische Sprech« in sozialen Netzwerken an politischer Schärfe weiter zu? Auch innerhalb der jungen politischen Youtuber-Gemeinde nimmt man sich des Themas an. Der Youtuber MrWissen2go stellt z.B. in einem Beitrag die These auf, dass die Große Koalition Gift für die Demokratie sei. ([www.youtube.com/watch?v=MyuC5kYqRTk](http://www.youtube.com/watch?v=MyuC5kYqRTk)). Und welche Rolle spielen dabei die parlamentarischen Oppositionsparteien? Dieses Thematik eignet sich im Unterricht ganz besonders dazu, unterschiedliche Demokratievorstellungen und deren Bewertung einander gegenüber zu stellen. Was ist die Große Koalition also: »Gift für die Demokratie«, »Fortschrittskiller« oder doch »Stabilitätsanker in politisch unruhigen Zeiten und Ausdruck der Mehrheit des Volkes?«

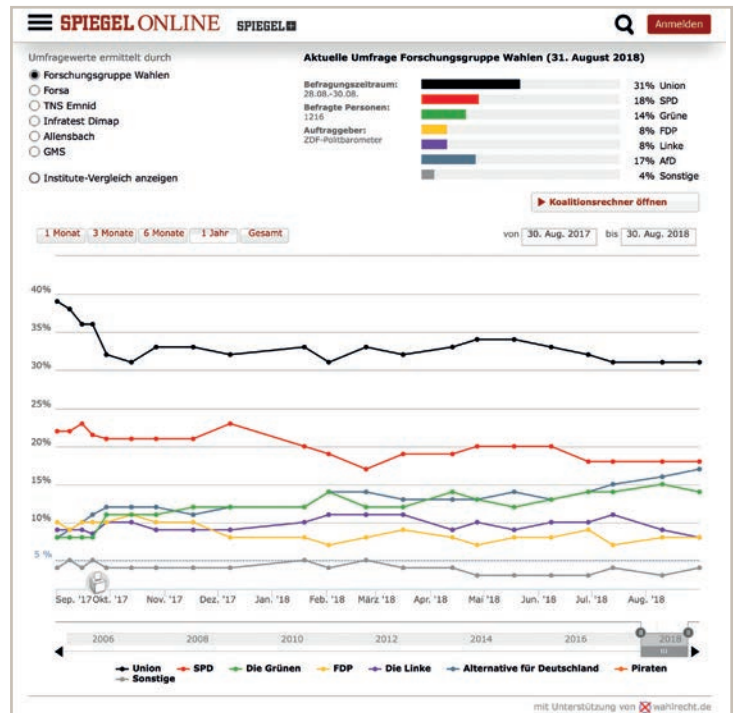


Abb 2 »Die Entwicklung der Sonntagsfrage: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?«

© [www.spiegel.de/politik/deutschland/sonntagsfrage-umfragen-zu-bundestagswahl-landtagswahl-europawahl-a-944816.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sonntagsfrage-umfragen-zu-bundestagswahl-landtagswahl-europawahl-a-944816.html)

## Bildungsplanverortung

### Prozessbezogene Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler können

- zu einer vorgegebenen Problemstellung eigenständig und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven durch Abwägen von Pro- und Kontra-Argumenten ein begründetes Fazit ziehen (Urteilskompetenz)
- unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen (Urteilskompetenz)
- eigene Urteile nach kritischer Überprüfung und Kenntnisnahme neuer Sachverhalte dekonstruieren (Urteilskompetenz)
- begründete Vorschläge zur Bewältigung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen formulieren (Urteilskompetenz)
- eigene Interessen, Urteile und Entscheidungen – auch aus Minderheitenpositionen heraus sachlich und überzeugend vertreten (Handlungskompetenz)
- die Positionen und Begründungen von Andersdenkenden mit eigenen Argumenten sachlich und kritisch in Frage stellen (Handlungskompetenz)
- lineare (...) und nichtlineare Texte (zum Beispiel Karikatur, Diagramm, ...) auswerten (Methodenkompetenz)
- Informationen aus Rechtstexten entnehmen (zum Beispiel ... Grundgesetz ...) (Methodenkompetenz)

- politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen unter Verwendung der gängigen Fachsprache strukturiert wiedergeben (Methodenkompetenz)
- Diagramme, auch Vernetzungsdiagramme (zum Beispiel Mind-Map), zur Visualisierung und Strukturierung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sach-, Konflikt- und Problemlagen erarbeiten (Methodenkompetenz)

### Inhaltsbezogene Kompetenzen

#### 3.1. Klassenstufen (8)/9/10

##### 3.1.3.4 Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland Die Schülerinnen und Schüler können

- (1) Aufgaben des Bundestags beschreiben (Wahl, Kontrolle, Gesetzgebung, Repräsentation, Artikulation)
- (3) Formen von Gewaltenteilung in der parlamentarischen Demokratie Deutschlands erklären (Opposition im Deutschen Bundestag als Kontrollinstanz, personelle Verschmelzung von Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag mit der Regierung)
- (6) die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers im Spannungsverhältnis von Verfassungsnorm (Art. 65 GG) und Verfassungsrealität (Parlamentsmehrheit, Koalitionskonstellation, Bundesratsmehrheiten, Interessenverbände) erläutern

##### 3.1.3.5 Kontrolle politischer Herrschaft in Deutschland

- (1) die Kontrolle politischer Herrschaft durch Medien erläutern (zum Beispiel investigativer Journalismus)

# Didaktisch-methodische Hinweise

Im Zentrum des Unterrichtsmodells steht die Frage, ob die Neuaufgabe der seit März 2018 bestehenden Großen Koalition - mittlerweile die dritte unter der Kanzlerin Angela Merkel - ein Problem für ein funktionstüchtiges parlamentarisches System und damit für die Demokratie allgemein darstellt. Die Unterrichtseinheit greift damit ein Thema auf, das die Schlagzeilen der Medien und die politische Diskussion monatelang beherrscht und die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt hat. Diese Thematik kann den Basiskonzepten »Macht und Entscheidung« sowie »Ordnung und Struktur« des Bildungsplans 2016 zugeordnet werden. Letztlich wirft die Frage nach den Folgen einer dauerhaft bestehenden Großen Koalition im weitesten Sinne die Frage nach dem friedlichen Zusammenleben der Menschen auf (Basiskonzept »Interessen und Gemeinwohl«). Anhand des Themas sollen schwerpunktmäßig prozessbezogene Kompetenzen geschult werden. Die fünf Doppelstunden sind so angelegt, dass die Analyse einer Karikatur bzw. die Bewertung schriftlich im Unterricht erfolgen sollen, da diese Aufgabentypen auch in den Klassenarbeiten bzw. in den Klausuren der Kursstufe zum Einsatz kommen.

In der ersten Doppelstunde sollen sich die Schülerinnen und Schüler exemplarisch mit einer Karikatur auseinandersetzen. Karikaturen werden im Unterricht gerne als Einstieg, dann aber eher mündlich verwendet. In dieser Stunde soll die Analyse schriftlich erfolgen, um nicht zuletzt auch die sprachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu schärfen. Je nach inhaltlichem Kenntnisstand und sprachlicher Kompetenz könnten die Schülerinnen und Schüler zwischen unterschiedlichen Methodenblättern auswählen, die entweder sprachliche Hilfen für die Beschreibung bzw. für die Analyse oder eine inhaltliche Entlastung für die Analyse einer Karikatur anbieten. Alle Schülerinnen und Schüler bearbeiten nach diesem Differenzierungsansatz dabei dieselbe Aufgabe, können aber auf unterschiedliche Hilfsangebote zurückgreifen. Nach der Verschriftlichung sollen die Schülerinnen und Schüler ihre Ergebnisse austauschen und dem Partner mit Hilfe des Feedbackbogens eine Rückmeldung geben. Die nochmalige Überarbeitung der Analyse können noch in dieser Stunde oder in häuslicher Arbeit erfolgen. Nachdem der Weg der Koalitionsbildung thematisiert wurde, soll abschließend in dieser Stunde noch die Regierungsbildung in den Blick genommen werden: Die Schülerinnen und Schüler sollen die Artikel 63 und 64 GG in eigenen Worten erklären und anschließend in Form eines Diagramms darstellen.

In der zweiten Doppelstunde sollen die Schülerinnen und Schüler in Partnerarbeit eine Karika-Tour durchführen, in deren Zentrum der langwierige und schwierige Weg der Koalitionsbildung steht. Mit der Karika-Tour können dabei die Präkonzepte der Schülerinnen und Schüler erhoben werden. Hierbei gilt es auch, sich der unterschiedlichen Akteure und deren Interessen gewahr zu werden und die einzelnen Karikaturen zu sortieren. In Partnerarbeit sollen die Schülerinnen und Schüler die Tour ab-



Abb 3 »Das GroKo-Theater«, Gerhard Mester © 21.9.2018

laufen und auf Zettel stichwortartig das Problem notieren, das in der Karikatur dargestellt wird. Anschließend sollen die Karikaturen in die richtige zeitliche Abfolge gebracht und mit einer Überschrift versehen werden. Abschließend könnten die Schülerinnen und Schüler eine Kurzpräsentation zur langwierigen und schwierigen Koalitionsbildung erstellen. Engagierte und interessierte Schülerinnen und Schüler könnten hierzu einen Zeitstrahl anfertigen und ggfs. weitere Informationen ergänzen. In der dritten Doppelstunde werden anhand eines längeren Textes die politischen und gesellschaftlichen Ursachen der Erosion der Volksparteien analysiert.

In der vierten Doppelstunde soll besonders die Rolle der Opposition in Zeiten einer großen Koalition beleuchtet und beurteilt werden. Zunächst wird die Frage aufgeworfen, ob die Opposition angesichts einer Großen Koalition überhaupt ihrer Rolle gerecht werden kann. Mittels der »good-bad-angel-Methode«, die besonders schüleraktivierend ist, soll die Thematik erörtert werden.

In der fünften Doppelstunde wird abschließend die Leitfrage des Moduls aufgegriffen. Es soll mit Hilfe von vorgegebenen Argumenten die These bewertet werden, ob die Große Koalition als »Dauereinrichtung« ein Problem für die Demokratie darstellen kann. Den Schülerinnen und Schülern fällt es unterschiedlich schwer, ein Urteil zu fällen. Deshalb sollte im Unterricht dieser Heterogenität Rechnung getragen werden, indem eine Graduierung des Operators »bewerten« vorgenommen wird. Es sind dabei unterschiedliche Differenzierungen denkbar: (1) Hier müssen lediglich die Argumente den Kriterien zugeordnet werden. (2) Kompetentere Schülerinnen und Schüler könnten auch ohne diese Vorgaben bewerten. (3) Der Beitrag des Youtubers MrWissen2go, der die These aufstellt, dass eine Koalition Gift für die Demokratie sei, kann zudem hilfreich für die eigene Urteilsfindung sein. Die Bewertung sollte schriftlich erfolgen und sich an den vorgegebenen Bewertungskriterien orientieren.

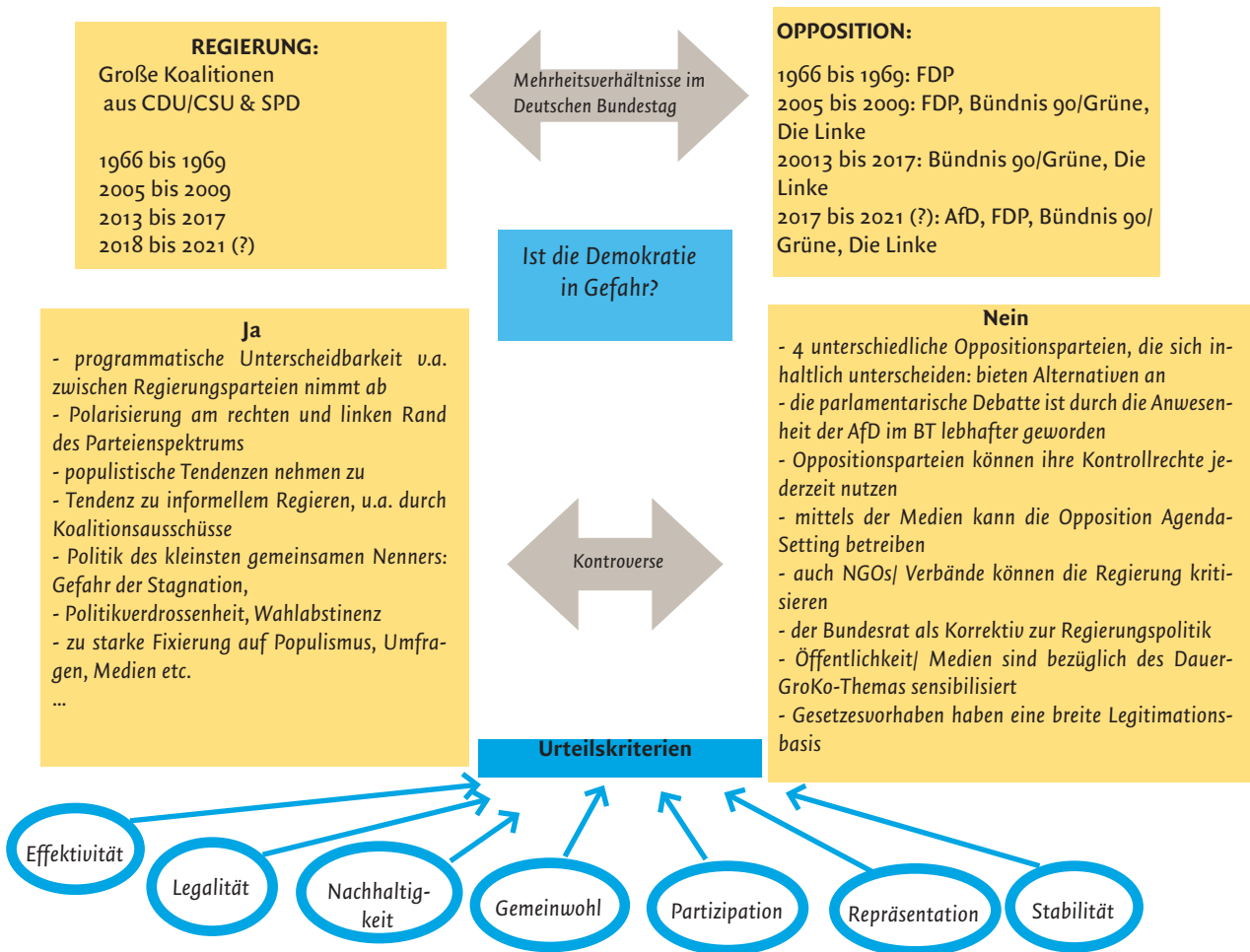
Ergänzend und analog könnte noch das Thema »Minderheitsregierung« aufgegriffen werden, z. B. auch durch eine Schülerpräsentation.



**Abb 4 GROSSE KOALITION ALS DAUERZUSTAND - EIN PROBLEM FÜR DIE DEMOKRATIE?**

Schritte	Inhalt	Didaktische Anmerkungen
1. DS: Was ist? Groko oder No-Groko? Exemplarische Analyse einer Karikatur	- die schwierige Entscheidung der SPD, in Koalitionsgespräche einzuwilligen - Wahl zum Bundeskanzler	- schriftliche Analyse einer Karikatur - Leitfragen und Sprachhilfen zur Analyse einer Karikatur (Differenzierung) - Umgang mit Gesetzestexten (GG)
2. DS: Was ist? Der schwierige Weg zur Groko 3.o.- was weiß ich? Präkonzepte	- Sondierungsgespräche: Jamaika/GroKo - Koalitionsgespräche - SPD-Mitgliederbefragung zur Groko - Streit innerhalb der SPD zur Regierungsbeteiligung - Rolle des Bundespräsidenten Steinmeier	- Karika-Tour - Präkonzepte zur Regierungsbildung - Partnerarbeit - Differenzierung / mögliche Vertiefung: Internetrecherche zur Koalitionsbildung / Zeitstrahl
3. DS: Was ist? Ursachen für Parteienentwicklung	- Ursachen für Bedeutungsverlust der Volksparteien: gesellschaftlicher und medialer Wandel, inhaltliche, formale und europäische Elemente	- intensive Textarbeit: unterstreichen, herausarbeiten mit Textbelegen, Argumente wiedergeben - dagegen argumentieren, diskutieren
4. DS: Was ist möglich? Was soll sein? Die Opposition in Zeiten der Groko-(ohn-)mächtig?	- Aufgaben und Rechte der Opposition im parlamentarischen Regierungssystem - Erörterung der Leitfrage der 4. D	- Argumentation: »good-bad-angel-Methode« - Gruppenarbeit - Kurzpräsentation - Positionslinie
5. DS: Was ist möglich? Was soll sein? Die GroKo als Dauerzustand- ein Problem für die Demokratie? Bewerten nach Bewertungskriterien	- GroKo: a) als Problem für eine vitale parlamentarische Demokratie b) als Stabilitätsanker in unruhigen Zeiten	- Bewertung / schriftliche Übung - Differenzierung: Graduierung des Operators bewerten - Bewertungskriterien anwenden - Gestaltung einer politischen Rede

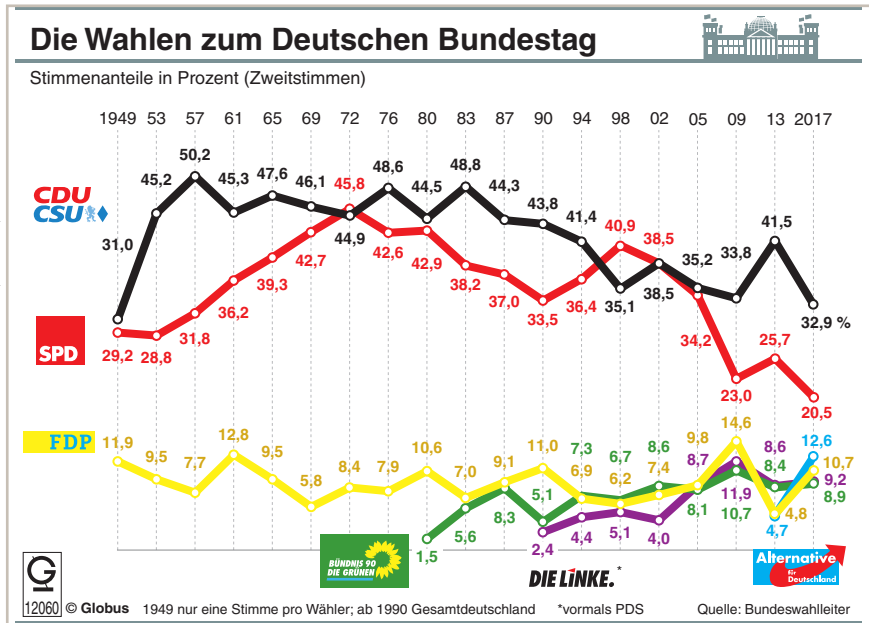
**Abb 5 GROSSE KOALITION ALS DAUERZUSTAND - EIN PROBLEM FÜR DIE DEMOKRATIE?**



# Groko oder No-Groko?

## M 1 Die Bundestagswahl 2017

Nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse der Bundestagswahlen vom 24.9.2017 erklärte der Spitzenkandidat und damalige SPD-Vorsitzende Martin Schulz umgehend, die SPD stünde für eine Neuauflage einer Großen Koalition nicht zur Verfügung. Als aber die zunächst angestrebte »Jamaika«-Koalition aus CDU/CSU - FDP und Bündnis90/Die Grünen nicht zustande kam, widerrief die SPD ihre Position. Bis zur Bildung einer erneuten Großen Koalition aus CDU/CSU-SPD dauerte es allerdings fast sechs Monate. Bereits 1966-69, 2005-2009 und 2013-2017 wurde die Bundesrepublik von einer Großen Koalition regiert.



M 3 Ergebnisse der Bundestagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland von 1949-2017 © picture alliance, dpa

## M 2 Beispielhafte Karikaturanalyse

**Einleitungssatz:** Klaus Stuttmann beschreibt in seiner Karikatur »Nur noch einmal! Versprochen!«, die am 12.1.2018 im »Tagesspiegel« erschienen ist, wie der damalige SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat der SPD Martin Schulz versucht, seine Partei davon zu überzeugen, entgegen seiner ersten Aussage doch noch Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU aufzunehmen.

### Leitfragen:

- (1) Was sagt die Karikatur aus? Welche politische Debatte wird dargestellt?
- (2) Welche Situation wird beschrieben (Bildbeschreibung)?
- (3) Welche Position nimmt der Karikaturist zu dieser politischen Frage ein?



M 4 »Nur noch einmal! Versprochen!«

© Klaus Stuttmann, 12.1.2018

### Bildbeschreibung:

- (1) Situation: Wer und was werden dargestellt?
- (2) Was erscheint groß was klein?
- (3) Wer spricht? Ironie?
- (4) Symbolik? z.B. brennender Reifen, Dompteur, Peitsche, Bär und seine Verletzungen, Angstschweiß, Zirkushocker

### Zusatzinformationen:

- (1) SPD als verletzter Bär, der durch Feuerreifen springen soll - Verletzungsgefahr für den Bären = Folgen für die SPD?
- (2) Martin Schulz als Dompteur, d.h. Person im Zirkus, die ein Tier abrichtet, damit es ein Kunststück vollführt, das hier durch einen brennenden Reifen springen soll.

- (3) Bär: normalerweise werden im Zirkus Raubtiere wie Löwen oder Tiger trainiert, durch einen brennenden Reifen zu springen, nicht aber behäbige Bären.
- (4) Situation: Dompteur scheint in einer aussichtslosen Situation. In der linken Hand hält Schulz verdeckt eine Peitsche = Macht und Autorität des Parteivorsitzenden erscheint fraglich.
- (5) Im Hintergrund: Die SPD führte zur Zustimmung des ausgehandelten Koalitionsvertrags eine Mitgliederbefragung durch.

### Aussageabsicht des Karikaturisten:

z.B.: Kritik an Schulz, dessen Aussage unglaubwürdig erscheint und dessen Absicht zur Großen Koalition große Schäden bei der SPD anrichten könnte.

**M 5 Grundgesetz: Die Bundesregierung**

**Artikel 62** [Zusammensetzung]

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern.

**Artikel 63** [Wahl des Bundeskanzlers]

(1) Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag ohne Aussprache gewählt.

(2) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Der Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen.

(3) Wird der Vorgeschlagene nicht gewählt, so kann der Bundestag binnen vierzehn Tagen nach dem Wahlgang mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder einen Bundeskanzler wählen.

(4) Kommt eine Wahl innerhalb dieser Frist nicht zustande, so findet unverzüglich ein neuer Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Vereinigt der Gewählte die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich, so muss der Bundespräsident ihn binnen sieben Tagen nach der Wahl ernennen. Erreicht der Gewählte diese Mehrheit nicht, so hat der Bundespräsident binnen sieben Tagen entweder die Wahl, ihn zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen.

**Artikel 64** [Ernennung und Entlassung der Bundesminister – Amtseid]

(1) Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.




(2) Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

**Artikel 65** [Richtlinienkompetenz, Ressort- und Kollegialprinzip]

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.

© bpb.de

**M 6 Fragen zur Analyse einer Karikatur**

				BEMERKUNGEN
Ist der Einleitungssatz formal und inhaltlich vollständig?				
Ist die dargestellte Situation ausführlich beschrieben?				
Werden Personen und Dinge und deren Symbolik analysiert?				
Sind die Größenverhältnisse und deren Symbolik beachtet?				
Ist die räumliche Systematik beachtet?				
Wird die Sprechblase analysiert?				
Ist die Kernaussage der Karikatur und die Aussageabsicht des Karikaturisten erfasst?				
Sonstiges				
Eigene Stellungnahme zur Karikatur / Begründung:				

**AUFGABEN:**

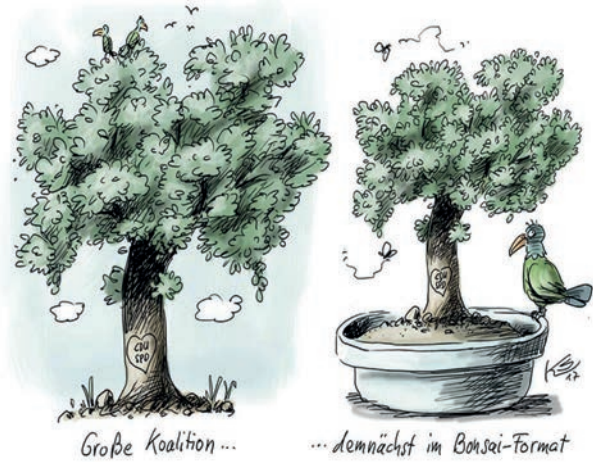
1. Analysiere schriftlich die Karikatur (M4). (Wenn du Hilfe benötigst, vergleiche M2)
2. Tausche dein Ergebnis mit einem Partner aus, korrigiere die Analyse mithilfe von M6 und überarbeite noch einmal deine eigene Analyse.

3. Nach den erfolgreich geführten Koalitionsgesprächen zwischen der CDU/CSU und der SPD und dem erfolgreichen Mitgliederentscheid in der SPD hat sich Angela Merkel (CDU) ein viertes Mal erfolgreich zur Wahl zur Bundeskanzlerin gestellt. Erstelle unter Berücksichtigung von M5 und den Informationen aus der Karikaturanalyse ein übersichtliches Schaubild.

# Große Koalition 2018: Eine Karika-Tour



M 7 Jürgen Janson © janson-karikatur.de, 7.2.2018



M 10 Klaus Stuttmann © stuttmann-karikaturen.de, 27.11.2017



M 8 Jürgen Janson © janson-karikatur, 29.11.2017



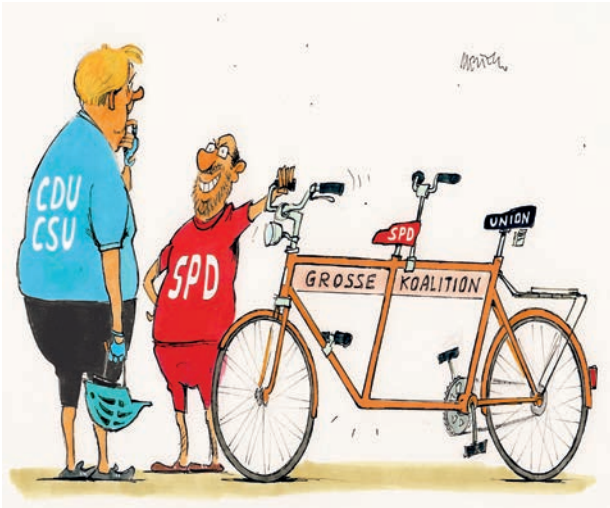
M 11 Heiko Sakurai © sakurai-cartoons.de, 19.2.2018



M 9 Klaus Stuttmann © stuttmann-karikaturen.de, 30.11.2017



M 12 Heiko Sakurai © sakurai-cartoons.de, 6.2.2018



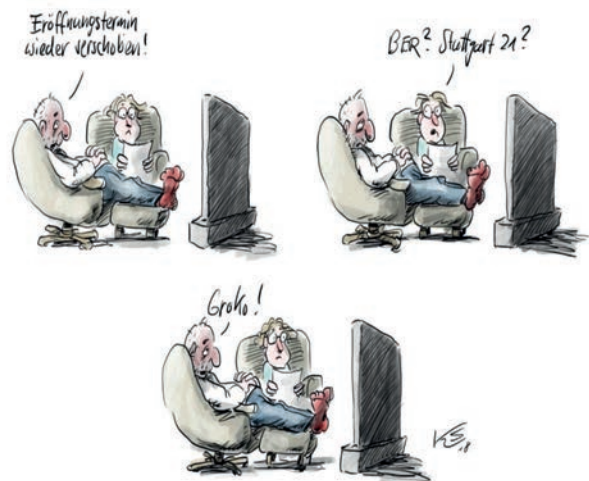
M 13 Gerhard Mester © Gerhard Mester 13.12.2017



M 16 Klaus Stuttmann © stuttmann-karikaturen.de, 22.1.2018



M 14 Klaus Stuttmann © stuttmann-karikaturen.de, 20.2.2018



M 17 Klaus Stuttmann © stuttmann-karikaturen.de, 6.2.2018

**M 15 Schlagzeilen zur Bildung der Großen Koalition**

**(1) VOR SPD-MITGLIEDERBEFRAGUNG**

Die geplante Anti-GroKo-Tour der Jusos, FAZ 6.2.2018

**(2) REGIERUNGSBILDUNG**

News-Blog: Steinmeier spricht mit GroKo-Spitzen  
Zuerst hat die SPD eine große Koalition ausgeschlossen.  
Nun gibt es doch Gespräche. Die Kanzlerin hat klare Präferenzen. Morgenpost 30.11.2017

**(3) IMMER HART AN DER SCHMERZGRENZE - mit Kevin Kühnert auf NoGroKo-Tour, bento 16.2.2018**

**(4) SCHULZ WIRBT FÜR DIE GROKO**

»Das wird super, glaubt mir!«, FAZ 16.01.2018

**(5) MINDERHEITSREGIERUNG ODER NEUWAHLEN?**

Was passiert, wenn die SPD keine GroKo will? Sagen die SPD-Delegierten Nein zur Koalition mit der Union, wird es spannend: Eine Minderheitsregierung will Angela Merkel nicht. Also Neuwahlen? Der Weg dahin ist gar nicht so einfach. Der Spiegel 20.1.2018

**(6) DISKUSSION UM DIE GROKO**

SPD-Spitze auf Werbetour, swr 17.1.2018

**(7) SPD - MITGLIEDERENTSCHEID**

Neustart auf wackligen Beinen. Für die SPD ist das Ja zur großen Koalition keine politische Überlebensgarantie. Und Kanzlerin Merkel wird viel tun müssen, um doch noch das Gefühl eines Aufbruchs zu erzeugen. Süddeutsche Zeitung, 4.3.2018

**AUFGABEN:**

1. Arbeitet zu zweit aus den Karikaturen nach einer Bildbeschreibung das Problem heraus, das der Karikaturist darstellen möchte und wie er es bewertet.

2. Ordnet die einzelnen Schlagzeilen (M15) den Karikaturen zu und begründet eure Zuordnung.

3. Gebt den Karikaturen jeweils eine passende Überschrift und hängt sie anschließend in einer sinnvollen Anordnung im Klassenzimmer auf.

# Volksparteien und Demokratiekrise

M 18 Hannah Beitzer, SZ, 25.12.2017 :  
 »Als den Volksparteien das Volk davonrannte«

33 Prozent für die Union, 20,5 Prozent für die SPD bei der Bundestagswahl: Warum stimmen immer weniger Menschen für die Volksparteien? Die Zeit der Volksparteien ist vorbei. Das war der einstimmige Tenor nach der Bundestagswahl im September 2017. Zusammen erhielten SPD und Union gerade einmal 53,5 Prozent der Stimmen. In den 70er Jahren kamen diese Parteien zusammen noch auf mehr als 90 Prozent der Stimmen. Heute aber ist die Regierungsbildung schwierig, die Vertreter der großen Parteien sind verunsichert. Warum will das Volk sie nicht mehr, die doch für sich in Anspruch nehmen, es über Schichten, Milieus und Generationen hinweg zu vertreten? (...)

## 1. Die Gesellschaft zersplittert

Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert - und die Volksparteien finden darauf keine Antwort. Das ist eine These, die den Stimmverlust erklären soll. Die alten großen Stammwähler-Milieus, von denen aus die Volksparteien sich zuweilen weit Richtung Mitte streckten, verloren gegen Ende des 20. Jahrhunderts an Bedeutung: Bei der SPD etwa die eng mit den Gewerkschaften verbundene Arbeiterschaft, bei der Union die mit der Kirche verbundenen Christen. Stattdessen differenzierte sich die Gesellschaft aus, eine breite akademisch geprägte Mittelschicht entstand, die sich eher dem Individualismus als der Massenbewegung verschrieb. Der Soziologe Andreas Reckwitz etwa spricht von einer »Gesellschaft der Singularitäten«. Während früher das Streben der Menschen auf einen möglichst ähnlichen Lebensstandard und Stil ausgerichtet gewesen sei, gehe es heute darum, möglichst einzigartig zu sein. »Der alte Mittelstand ist nicht mehr Mitte und Maß, sondern scheint häufig nur noch Mittelmaß«, sagt er im Gespräch mit der Zeit. »Mitte war einst etwas Positives, Allumfassendes, heute wird sie eher mit dem Durchschnittlichen assoziiert.« Im Parteiensystem begann die Ausdifferenzierung in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts: Erst entstanden die Grünen aus der stärker werdenden Umweltbewegung. In den Nullerjahren des neuen Jahrtausends schließlich formiert sich in Westdeutschland die WASG als Reaktion auf die Agenda-Reformen von Gerhard Schröder - die dann mit der PDS zur Linkspartei fusionierte. Deren Status als Volkspartei im Osten gefährdet nun ausgerechnet die rechtspopulistische AfD, die 2017 auch als Hauptgrund für die starken Verluste der Union galt. Aus dem Zweieinhalb-Parteiensystem der Nachkriegs-Bundesrepublik ist ein Sechs-Parteien-System geworden, in dem bunte Koalitionen nötig sind, um eine Regierung zu bilden.



M 19 »Bis demnächst ...«

© Martin Erl, picture alliance | dieKLEINERT.de, 2018

## 2. Engagement verändert sich

Diese Änderungen zeigen sich nicht nur bei Wahlen, sondern auch in den Mitgliederzahlen der Volksparteien. Engagement, so beobachten es Politik- und Sozialwissenschaftler seit Jahren, findet immer seltener dauerhaft in den großen, alten Institutionen statt. Sondern themenbezogen, spontaner - lieber die schlagkräftige lokale Bürgerinitiative als die schwerfällige Partei. (...)

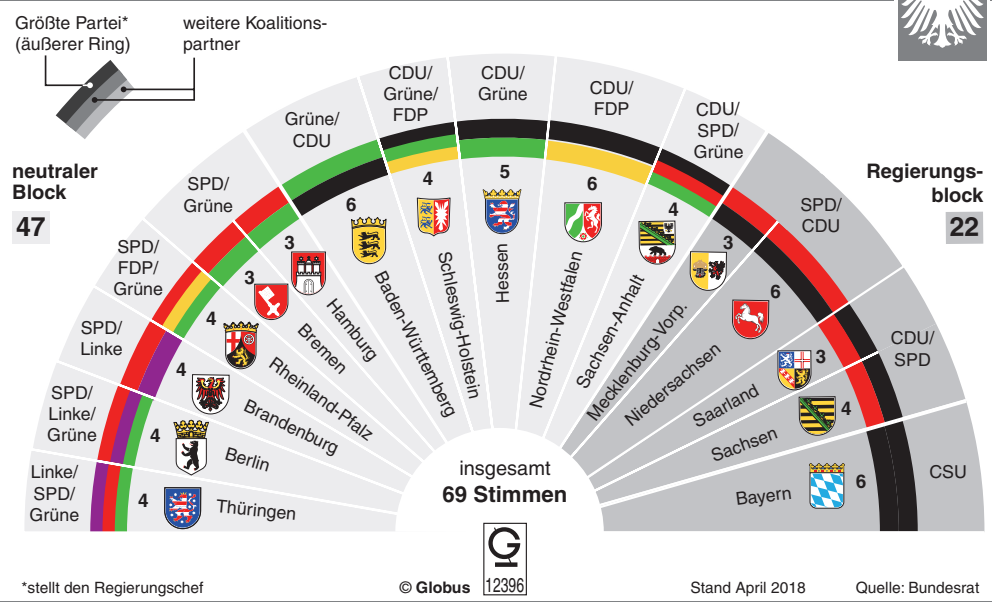
## 3. Die sind doch eh alle gleich!

Die Gesellschaft differenziert sich also immer mehr aus - und was machen die großen Parteien? Das Gegenteil, lautet ein häufiger Vorwurf. »Die sind doch alle gleich«, so beklagen es nicht nur die ganz rechten Wutbürger. Das hat gute Gründe. Die SPD hat sich nach Ansicht vieler ehemaliger Wähler mit der Agenda 2010 weg von ihrem einstigen sozialpolitischen Anspruch bewegt - und somit Platz für die Linkspartei gemacht. Und die Union, insbesondere die CDU, bewegte sich unter Angela Merkel in Richtung SPD: Das Ende der Wehrpflicht, der Atomausstieg, die Euro-Rettung und schließlich die Flüchtlingskrise waren zu viel für viele einstige Anhänger, die nun je nach politischer Einstellung und Populismus-Schmerzgrenze in Richtung AfD oder der wieder erstarkten FDP abwandern. Der Soziologe Armin Nassehi wirft den Volksparteien vor, den Kontakt zu ihren Wählern verloren zu haben. »Für jemanden wie mich, in den Siebzigerjahren politisch sozialisiert, war es eine identitätsbildende Erfahrung, dass man auf dem Schulhof genau sagen konnte, wer die Guten und wer die Bösen waren«, schreibt er. Und: »Politische Identität braucht die Differenz, das Sich-Abarbeiten an einer Alternative, das Aushalten mehrerer politischer Wahrheiten.« Da schwingt automatisch jener Begriff mit, der zur Gründung der AfD geführt hat: die von Kanzlerin Merkel propagierte Alternativlosigkeit in der Euro-Krise - die sie ihren Kritikern zufolge auch in der Flüchtlingskrise mit der kurzzeitigen Öffnung der Grenzen wieder zur Grundlage ihres Handelns erklärt hatte.

#### 4. Was sind die Lösungen?

Ausgehend vom letzten Punkt lauten die häufigsten Ratschläge an die Volksparteien so: Die SPD muss wieder linker, die Union wieder konservativer - oder rechter - werden. Aber was heißt das eigentlich? Da sind sich die Beobachter nicht einig. »Die SPD sollte sich um die Globalisierungsverlierer kümmern. In der Mitte gibt es nichts mehr zu gewinnen«, schreibt etwa Peter Dausend in der Zeit. Sein Kollege Marc Brost schreibt hingegen, die Partei müsse »cooler, moderner und weiblicher« werden - was nicht unbedingt mit Vorstellungen von Globalisierungsverlierern in Einklang steht. In der SPD selbst finden sich übrigens alle denkbaren Positionen - Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz zum Beispiel will die Mitte nicht aufgeben, die Jusos auf keinen Fall eine neue große Koalition, die eben diese Mitte symbolisiert. Ex-Chef Sigmar Gabriel will sich um die Globalisierungsverlierer, das alte Milieu kümmern, Andrea Nahles um den digitalen Kapitalismus. Und alle wollen den jeweiligen Kurs als die große Erneuerung verkaufen, die jetzt alle Beobachter anmahnen. In der Union ist der Tenor: Es müsse Schluss mit der thematischen Beliebigkeit sein. Doch was heißt das? Die CSU etwa will mit ihrem (...) Ministerpräsidenten Markus Söder rechts einen Pflock einrammen. Wobei die Frage ist: Bekommt er so die AfD-Wähler zurück? Oder denken die sich nicht: Da nehme ich gleich das Original? (...) Abseits des Inhalts muss sich einiges tun, sind sich viele einig. Der Ruf nach einer weiblicheren, jüngeren, vielfältigeren SPD gehört in diese Kategorie. Gleich nach der Wahl gründete sich außerdem die Initiative SPD++, die die alten Funktionsstrukturen durchbrechen, themenbezogenes und digitales Engagement erleichtern will. Eine Initiative, die auch zu den Vorstellungen des neuen SPD-Generalsekretärs Lars Klingbeil passt, der seine Erneuerungsvorschläge so formuliert: »Es muss die Möglichkeit geben, sich digital stärker einzubringen, also orts- und zeitunabhängig Anträge für Parteitage zu stellen und zu diskutieren.« Die jungen Wilden der Union hingegen werfen den ein oder anderen sehnsüchtigen Blick nach Österreich. Sowohl CDU-Präsidiumsmitglied und Parteirebell Jens Spahn als auch Junge-Unions-Chef Paul Ziemiak betonen gern ihre Freundschaft mit dem österreichischen Kanzler Sebastian Kurz. Der hat seine schwerfällige Volkspartei ÖVP kurzerhand zur auf seine Person zu-

### Stimmverteilung im Bundesrat



M 20 »Regierungskoalitionen in den 16 deutschen Bundesländern«

© dpa Infografik, April 2018

geschnittenen »Bewegung« mit rechtspopulistischem Einschlag umlackiert und damit die Wahl gewonnen. Dabei birgt die Verengung auf eine Person und wenige populäre Themen ihre Gefahren. Denn Menschen machen Fehler, Themen ändern sich. Das müsste gerade die Union wissen, die ja 2013 noch gut damit fuhr, Angela Merkel zu ihrem einzigen Inhalt zu machen. »Sie kennen mich« - was damals noch als Beruhigung funktionierte, klingt für so manchen heute wie eine Drohung.

© [www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahl-als-den-volksparteien-das-volk-davonrannte-1.3798822](http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahl-als-den-volksparteien-das-volk-davonrannte-1.3798822)

#### AUFGABEN:

1. Arbeitet aus M18 die zentralen Thesen heraus, die die Autorin für die Krise der Volksparteien anführt.
2. Diskutiert, ob man wie z.B. in der Türkei oder in Russland bei Parlamentswahlen eine 10% - Hürde einführen sollte.
3. Bewertet, ob ein Mehrheitswahlrecht wie in den USA, Frankreich und Großbritannien in Deutschland eingeführt werden sollte.

# Parlamentarische Opposition und GroKo

**M 21 Stephan Bröchler, taz, 8.8.2017: » Die Mini-Opposition«**

Opposition ist das Rückgrat der Demokratie. Ohne eine leistungsfähige Opposition im Parlament, die Kritik äußert, die Regierung kontrolliert und politische Alternativen aufzeigt, ist die parlamentarische Demokratie zum aufrechten Gang nicht fähig. Zu Beginn der 18. Wahlperiode 2013 startete die Opposition unter denkbar schlechten Bedingungen. Linkspartei und Grüne stellen gemeinsam lediglich 20 Prozent der Abgeordneten im Bundestag. Eine solche Mini-Opposition hätte kaum Rechte besessen. Doch durch die Änderung der Geschäftsordnung des Bundestags ist die Opposition wieder weitgehend in der Lage, ihre Aufgaben wahrzunehmen: Gemeinsam können beide Fraktionen etwa einen Untersuchungsausschuss einsetzen, eine Sondersitzung des Bundestags einberufen, eine Enquetekommission einrichten oder eine Klage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union – nicht jedoch Verfassungsklage in Karlsruhe – führen. Dennoch ist es während der gesamten Wahlperiode den Parteien Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen schwergefallen, sich als starke Alternative zur Regierung zu beweisen.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Aus Sicht der Oppositionsforschung führen vor allem zwei strukturelle Gründe dazu, die Linkspartei und Grünen die Arbeit erschweren. Erstens raubt Turboregieren der Mini-Opposition den erforderlichen Raum für sachverständige Kritik, nachprüfende Kontrolle und mobilisierende politische Alternativen. In Zeiten von schnell aufeinanderfolgenden Krisen wie Bankenkrise, Eurorettung, Migrations- und Flüchtlingskrise sowie Terroranschlägen unterliegt Regieren einem extrem hohen Problem- und Handlungsdruck. Es handelt sich um Kippunkte des Regierens, in denen besonders schnell unter mangelhafter Wissensbasis von einem kleinen Kreis politischer Entscheider gravierende Weichenstellungen mit unklaren Folgen, oft aus einem Bauchgefühl heraus getroffen werden, um Katastrophen im letzten Moment abzuwenden. Turboregieren suggeriert Alternativlosigkeit. Es reduziert die Entscheidungsmöglichkeiten vermeintlich auf Zustimmung oder Unregierbarkeit: Sicherheit der Bankeinlagen von Millionen Bürgerinnen und Bürgern oder Bank Run, Finanztransfers für Griechenland oder Ende des Euro, Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge oder humanitäre Katastrophe. Turboregieren ist aus Sicht des parlamentarischen Regierungssystems ein großes Problem. Der Opposition bleibt angesichts des Entscheidungsdrucks kaum Zeit für die notwendige Willensbildung im Parlament.

Zweitens erfährt die parlamentarische Opposition im Bundestag einen politischen Einflussverlust durch die Komplexität der Entscheidungswege im europäisierten Regierungssystem Deutschlands. Fleißige Mitarbeit der Opposition im Bundestag reicht nicht mehr aus. Denn der Bundestag ist nicht alleiniger Gesetzgeber. Regie-

ren und damit notwendigerweise auch Opponieren geschieht vielerorts in einem unübersichtlichen verflochtenen föderalen Mehrebenensystem aus Regierungen und Parlamenten in der Europäischen Union, im Bund, in den Ländern und den Kommunen. (...) (Eine) effektive parlamentarische Opposition bedeutet auch, dass die Bandbreite der Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft wird, um politische Alternativen zur Regierungspolitik zu entwickeln. Doch die Zahl der eingebrachten Gesetzesinitiativen im Bundestag sank. Große Anfragen zu umfangreicheren Themenbereichen sind deutlich rückläufig. Hinzu kommt, dass in den vergangenen vier Jahren vom wichtigen Oppositionsrecht auf Einsetzung einer Enquetekommission in keinem einzigen Fall Gebrauch gemacht wurde. Schwer verständlich, denn Enquetekommissionen erschließen Handlungsspielräume für den Umgang mit bedeutsamen Zukunftsproblemen. Warum initiierten Linkspartei und Grüne angesichts der enormen Herausforderungen der Flüchtlingskrise für die kommenden Jahrzehnte keine Enquetekommission »Gestaltung der Integration«? (...) Eine kraftvolle Opposition – gerade in der Auseinandersetzung mit der AfD – muss ein starkes Gewicht auf die Entwicklung politischer Alternativen, im Unterschied zu rechtspopulistischen Scheinlösungen, legen. Dafür muss sie dem Turboregieren den souveränen Umgang mit der Zeit entgegensetzen. Denn parlamentarische Opposition hat ihre eigene Taktung, die es ermöglicht, längerfristige Politiklösungen zu formulieren und programmatische Debatten als Kontrapunkt zum Turboregieren zu führen.

© [www.taz.de/!5432808/](http://www.taz.de/!5432808/)

**M 22 Stephan-Andreas Casdorff, Tagesspiegel, 11.9.2017: »Regieren kann auch Mist sein «**

»Opposition ist Mist«, sagte einst der SPD-Politiker Franz Müntefering. Das war immer falsch. Es kann eine Zeit geben, in der Opposition eine staatstragende Aufgabe ist. Der Satz, inzwischen legendär, klingt gut und griffig, aber das macht ihn nicht besser. Oder richtig. »Opposition ist Mist« – das war immer falsch. (...) Denn Opposition ist immer, wirklich immer wieder Regierung im Wartestand. Selbst Angela Merkel war mal Opposition. Aber, richtig, Opposition ist nicht nur wichtig, sondern muss sich wichtig nehmen. Und genommen werden. In der vergangenen Legislaturperiode hatte sie es schwer, enorm schwer sogar, weil es da diese übergroße Koalition gab: 503 Abgeordnete von Union und SPD standen 127 Parlamentarier von Grünen und Linken gegenüber. Damit musste die Opposition allein von den Zahlen her schon ziemlich um Einfluss kämpfen. Ohne das Entgegenkommen der größeren Fraktionen hätten die kleineren nicht einmal einen Untersuchungsausschuss durchsetzen können. Am Ende wurden es fünf, darunter zu so wichtigen Themen wie NSU und NSA. Sage keiner, dabei sei nichts herausgekommen. Unter anderem neue Gesetze, die die Geheimdienstkontrolle verstärken.



Opposition ist wichtig! Besonders, wenn eine Regierung viel und schnell regieren muss. Bankenkrise, Euro-Rettung, Flüchtlingskrise, Terror – da braucht es ein Korrektiv, einen Monitor, der immer wieder daran erinnert, dass diejenigen, die in der Exekutive arbeiten, den Volksvertretern Rechenschaft schuldig sind, die wiederum dem Souverän die Stimme geben: dem Bürger. Und der verleiht seine Macht nur auf Zeit. Das klingt vielleicht pathetisch, ist es aber nicht, bloß realistisch. Und praktisch anzuwenden. Oft genug ist die Regierung besser beraten, die Opposition mitzunehmen. Das nennt man gesellschaftlichen Konsens. Den zu wahren oder in schwierigen Situationen herzustellen, ist kein Mist. Und eben weil das so ist, muss das staatspolitische Instrument Opposition stark gemacht werden. Nicht nur durch einen Präsidenten wie den scheidenden Norbert Lammert, dem das Parlament demokratisch über alles ging, sondern durch die Parteien selbst. Damit ist nicht (allein) gemeint, dass ihre Fraktionen im Bundestag große Anfragen stellen sollen, um große Debatten zu erzwingen; das ist gewiss immer wieder nötig, doch nur ein Teil. Wer die Aufgabe des demokratischen Wächters ausfüllen will, darf sie nicht gering schätzen. Und wem sie vom Wähler zugeordnet wurde, der sollte sie kraftvoll annehmen. Denn Regierung um jeden Preis ist Mist. Annehmen, was ist – das kann schwierig werden. (...) Und da kann es auch eine Zeit geben, in der Opposition ihre staatstragende Aufgabe ist. Einmal, um sich nicht endgültig zu verschleißen. Zum Zweiten, weil eines nicht passieren darf: dass eine Partei mit fremdenfeindlichem, rassistischem, völkischem Potenzial stärkste Kraft neben der Regierung wird. (...)

© [www.tagesspiegel.de/politik/opposition-statt-koalition-regieren-kann-auch-mist-sein/20307452.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/opposition-statt-koalition-regieren-kann-auch-mist-sein/20307452.html)

### M 23 Mona Jaeger, FAZ, 21.7.2018: »Kleine Anfrage ganz groß«

Die Bundestagsfraktionen haben das gute Recht, die Bundesregierung nach allem zu fragen, was sie interessiert. Und die Bundesregierung hat die festgeschriebene Pflicht, zu antworten. So sieht es zumindest die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags vor, die das Ganze unter dem harmlos klingenden Namen »kleine Anfrage« fasst. Harmlos müssen die Anfragen natürlich nicht sein. Manchmal beinhalten die Antworten politisch brisante Informationen. So war es etwa, als die Fraktion der Linken vor zwei Jahren eine Antwort des Bundesinnenministeriums bekam, in der es hieß, dass das Ministerium die Türkei unter Führung von Präsident Erdogan für eine »Aktionsplattform« für Islamisten halte. Und manchmal sind es schon die Fragen, die für Aufregung, gar Empörung sorgen. So etwa, als die AfD-Fraktion im April in einer kleinen Anfrage zum Thema »Schwerbehinderte in Deutschland« wissen wollte, wie viele Behinderungen durch Heirat innerhalb der Familie verursacht sind und wie viele behinderte Personen einen Migrationshintergrund haben. Vor allem der Parlamentsneuling nutzt das Instrument der kleinen Anfrage ausgiebig. In der aktuellen Legislaturperiode, also in den vergangenen zehn Monaten, formulierte die AfD-Bundestagsfraktion 299 Anfragen. Jede kleine Anfrage kann bis zu 90 Einzelfragen beinhalten, aber das Maximum wird nur sehr selten ausgereizt. Meistens sind es zwischen zehn und 20 Fragen, die an das Bundeskanzleramt gehen und von dort auf das jeweils zuständige Ministerium verteilt werden. (...) Zwei Wochen hat das Ministerium laut Geschäftsordnung des Bundestages Zeit, die Fragen zu beantworten. (...) Es ist einer der Wege, den die AfD für ihre »Jagd« eingeschlagen hat. »Wir werden sie jagen« hatte Alexander Gauland am Abend der Bundestagswahl in Richtung der künftigen Regierung verkündet. (...)

© [www.faz.net/aktuell/politik/inland/druckmittel-der-opposition-kleine-anfrage-ganz-gross-15697538.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/druckmittel-der-opposition-kleine-anfrage-ganz-gross-15697538.html)

#### AUFGABEN:

Der Autor von M21 behauptet, die parlamentarische Opposition im Bundestag werde in Zeiten einer Großen Koalition geschwächt.

1. Beurteilt diese These mit Hilfe der »good angel - bad angel«-Methode.

- Bildet Gruppen aus drei Mitgliedern.
- Der »good angel« arbeitet aus M 21 die Pro-Argumente heraus und ergänzt sie durch eigene Argumente.
- Der »bad angel« arbeitet aus M22 und M23 die Contra-Argumente heraus und ergänzt sie durch eigene Argumente.
- Jeder Engel darf nun ein Argument dem Erzengel vortragen und hat dafür maximal 30 Sekunden Zeit.

e) Dann geht es abwechselnd weiter, bis der Erzengel nach ca. 10 Minuten die Argumentation abbricht.

f) Der Erzengel notiert sich die Argumente und entscheidet sich am Ende für eine Seite und gibt den beiden Engeln an, welche Argumente ihn am meisten überzeugt haben. Das Ergebnis könnte z.B. lauten 7:3.

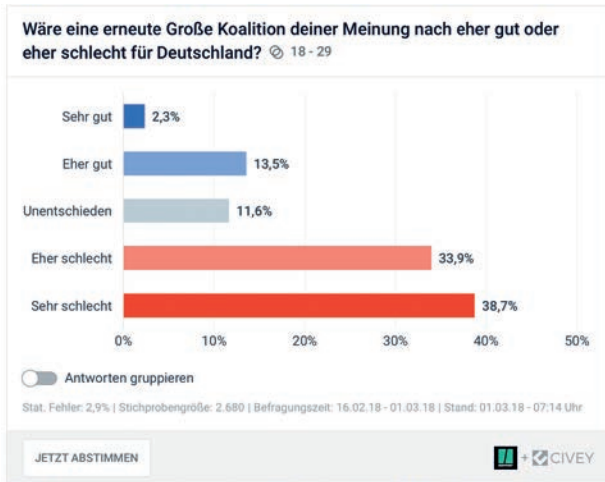
g) Alle Erzengel geben ihre Ergebnisse und die entsprechenden Argumente der Klasse bzw. dem Plenum bekannt.

2. Beurteilt nun im Plenum, ob die Opposition im Bundestag in den Zeiten einer Großen Koalition einen politischen Bedeutungsverlust erfährt. Bildet dazu eine Positionslinie.

3. Diskutiert, ob und wie im Deutschen Bundestag die Oppositionsparteien gestärkt werden sollten.

# GroKo - ein Problem für die Demokratie?

M 24 Argumentenpool zur Frage, ob eine Große Koalition die Demokratie schwächt.		
»Durch die dauerhafte Koalition aus SPD und CDU/CSU können die Wähler die Parteien inhaltlich immer weniger auseinander halten, sodass dies zu Parteienverdruss führen kann.«	»Die GroKo kann dauerhaft zu Wahlabstinentz führen, da die Wählerinnen und Wähler den Eindruck haben, dass es immer eine GroKo gibt, egal welche Partei man gewählt hat.«	»Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat stellen ein Korrektiv zu denen im Bundestag dar. Die Politik der Regierungsmehrheit wird also immer wieder in Frage gestellt.«
»Die Große Koalition stabilisiert herrschende Verhältnisse und verhindert neuartige Regierungskoalitionen wie z.B. eine Jamaika-Koalition, die inhaltlich neue Schwerpunkte setzt.«	»Das Übergewicht der Regierungskoalition kann durch eine effektive und vitale Oppositionsarbeit eingedämmt werden. Es kommt darauf an, wie die Oppositionsparteien ihre Rolle ausfüllen.«	»Die Oppositionsparteien können ihre Interessen vor allem auch über die Medien (Agenda-Setting) transportieren. Dadurch wird die Große Koalition effektiv in ihrem Handeln kontrolliert und kritisiert.«
»Die Politik einer großen Koalition ist wenig innovativ, da stets nur der inhaltlich kleinste gemeinsame Nenner in Regierungshandeln umgesetzt werden kann.«	»Die Mehrheit der Wähler hat sich für die CDU/CSU und SPD entschieden; der Wählerwille kann deshalb nicht übergangen werden.«	» Es gibt kein Gesetz, das die Große Koalition verbietet. Das Grundgesetz macht dazu keine Vorgaben. Es muss nur nach Art. 63 GG eine Mehrheit der Mitglieder des BT den/die Kanzler/in wählen.«
»Das Jamaika-Bündnis hätte die Innovationsfähigkeit des politischen Systems unter Beweis gestellt. Die Große Koalition steht für Stillstand und eine Politik für ältere Wähler.«	»Die Richtlinienkompetenz des Kanzlers / der Kanzlerin kommt in einer GroKo weniger zum Tragen, da er / sie stets auf Kompromisse mit einem recht großen Koalitionspartner einlassen muss.«	»Durch eine GroKo wird möglicherweise die innerparteiliche Demokratie gestärkt: sog. Abweichler in den Regierungsfractionen können häufiger ihren Unmut äußern, ohne dass das Regierungsbündnis sofort auf dem Spiel steht.«
»Koalitionsausschüsse - auch gerne Küchenkabinette genannt - spielen im Vorfeld von Parlamentsentscheidungen eine große Rolle, um Mehrheiten zu sichern. Der Einfluss des einzelnen Abgeordneten, u.a. auch der sog. Hinterbänkler, verliert möglicherweise dadurch an Gewicht.«	»Da eine Große Koalition auf Dauer weder von den Parteien selbst noch von den Bürgern bzw. der Öffentlichkeit als die dauerhaft effektivste Regierungsform betrachtet wird, kann davon ausgegangen werden, dass Parteien alles daran setzen werden, um zukünftig alleine Regierungsverantwortung übernehmen zu können.«	»Die Koordination der Regierungsarbeit wird anspruchsvoller: Zwei große Fraktionen müssen auf eine gemeinsame Linie gebracht werden. Zahlreiche Personen müssen überzeugt werden.«
»Die Umsetzung von Entscheidungen kann sehr lange dauern, da sich zwei große Regierungsfractionen auf einen Kompromiss einigen müssen. Es könnte bei den Bürgern der Eindruck entstehen, dass die Regierungsparteien zu unfähig zum Regieren sind.«	»Eine GroKo geht oft zu Lasten eines Koalitionspartners, da die Erfolge des Regierungsbündnisses nur einer Partei zugeschrieben werden (z.B. Mindestlohn). Diese Partei wird dauerhaft von den Bürgern auch nicht mehr als programmatische Alternative wahrgenommen.«	»Parlamentarische Entscheidungen haben durch eine GroKo eine breite Legitimationsbasis.«
»Die Politik der GroKo hat auf internationaler Ebene eine große Signalwirkung und stabilisierende Funktion: SPD und CDU verfolgen dieselben großen Linien, z.B. in der Europa- und Außenpolitik. Ein breites politisches Bündnis ist angesichts der großen Herausforderungen wichtig.«	»Große Koalitionen führen nicht zu einer Integration der politischen Meinungen, sondern zu einer Polarisierung, d.h. einer Stärkung der Ränder des politischen Systems. Dies kann man an den Ergebnissen der Landtagswahlen seit 2015 sehen.«	»Die GroKo ist im Vergleich zu vergangenen Legislaturperiode recht klein (56 % der Abgeordneten); die Opposition ist vielfältiger und der Meinungsstreit damit größer.«



Die Befragung fand zwischen dem 16. Februar und 1. März statt. In die Auswertung flossen die Aussagen von 2.680 Teilnehmern ein.



M 27 »Habemus Regierung?«

© Heiko Sakurai, 8.2.2018

M 25 »Umfrage im Auftrag der »huffingtonpost« unter jungen Menschen 2018 © [www.huffingtonpost.de/entry/groko-umfrage-jugend\\_de\\_5a97d57be4b07dffe6b6fea48](http://www.huffingtonpost.de/entry/groko-umfrage-jugend_de_5a97d57be4b07dffe6b6fea48)

M 26 Bewertungskriterien	
EFFEKTIVITÄT	Werden durch die GroKo die gesellschaftlichen Herausforderungen gelöst? Werden durch die GroKo die erwünschten Ziele erreicht?
LEGALITÄT	Ist die GroKo mit dem Grundgesetz vereinbar?
REPRÄSENTATION	Werden die gesellschaftlichen Interessen der Bevölkerung repräsentiert?
POLITISCHE STABILITÄT	Stabilisiert eine GroKo langfristig das politische System?
GEMEINWOHL	Wird durch die GroKo das Wohlergehen aller gefördert?
LEGITIMATION	Ist die GroKo gerechtfertigt? Gibt es Alternativen zur Großen Koalition?
PARTIZIPATION	Ist durch die GroKo sichergestellt, dass alle Abgeordnete gleichermaßen Einfluss auf Entscheidungen im Deutschen Bundestag nehmen können?
(...)	(...)

AUFGABEN:

1. Bewerte schriftlich die These, die Große Koalition als Dauerzustand sei ein Problem für die Demokratie, indem du die Argumente aus dem Argumentenpool M24 den Bewertungskriterien in M26 zuordnest.
2. Gestalte eine Rede für einen Parteitag einer Jugendorganisation einer Partei, die diskutiert, ob sie in eine GroKo eintreten soll. Benutze dazu ausgewählte Argumente aus M24 und deren Zuordnung zu M26. Beachte, dass auch die Gegenargumente erwähnt werden.

3. Analysiere mit Hilfe der Kriterien aus M26 das Youtube Video von MrWissen2go: »Warum die Große Koalition Gift für die Demokratie ist!« ([www.youtube.com/watch?v=MyuC5kYqRTk](http://www.youtube.com/watch?v=MyuC5kYqRTk))

4. »Es ist besser nicht zu regieren, als falsch zu regieren.« Diskutiert diese These des FDP-Parteivorsitzenden Christian Lindner, die er zur Rechtfertigung des Ausstiegs der FDP aus den Jamaika-Koalitionsverhandlungen (CDU/CSU, FDP, Bündnis90/Die Grünen) anführte.

5. Erörtert das Für und Wider einer Minderheitsregierung?

# 5. Soll der Staat in die Lohnbildung eingreifen?

## Die Bedeutung der prozessbezogenen Kompetenzen am Beispiel des Arbeitsmarktes

In dieser Unterrichtseinheit werden verschiedene Erwerbsformen sowie die Lohnfindung in den Blick genommen. Hierbei liegt ein Schwerpunkt auf der Diskussion um einen Mindestlohn und daran anschließend auf der Spezifik des Arbeitsmarktes. In Fortsetzung des Unterrichtsbeispiels zur Klasse 8 (vgl. Band 1) wird auch hier als Besonderheit dieser Unterrichtssequenz das Marktmodell einer kritischen Betrachtung unterzogen und untersucht, inwieweit dieses hilft, Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt vorherzusagen bzw. zu erklären.

Die entsprechende inhaltsbezogene Kompetenz (ibK) des Bildungsplans (*»Bestimmungsfaktoren von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt darstellen und Möglichkeiten der Lohnbildung erklären«*) impliziert, dass es sich beim Arbeitsmarkt um einen Markt wie jeder andere Gütermarkt handelt, bei dem es letztlich zu einem Gleichgewichtspreis (Marktlohn) zwischen Anbietern (Arbeitnehmern) von und Nachfragern (Arbeitgebern) nach Arbeitskraft kommt. Arbeitslosigkeit entsteht in diesem Modell als Folge zu hoher Löhne, weshalb auch der Mindestlohn, der ja per definitionem über dem Marktlohn liegen muss, zwangsläufig zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führt.

Aus diesem Grunde hat die vorliegende Unterrichtssequenz für die Klassen 9/10 eine zweifache Stoßrichtung, die sie auch von vielen Schulbüchern unterscheidet: So wird einerseits auf den angemessenen Umgang mit dem Bildungsplan verwiesen, in dessen Leitgedanken ganz explizit hervorgehoben wird, dass *»das Selbstverständnis des Faches Wirtschaft / Berufs- und Studienorientierung in den prozessbezogenen Kompetenzen zugrunde gelegt«* wird. In diesen wiederum ist u.a. zu lesen, dass den Schülerinnen und Schülern der *»Pluralismus von Modellen, aber auch das Verhältnis von Modellen und Wirklichkeit bewusst zu machen«* ist. Andererseits sollen nach einem Abgleich von Modell und Wirklichkeit die Ursachen für die Diskrepanz zwischen den Prognosen vieler Ökonomen bezüglich der Auswirkungen des Mindestlohnes und den tatsächlichen Folgen ergründet werden. Hier soll – vor dem Hintergrund eines knappen Zeitrahmens und der Klassenstufe – die Spezifik des Arbeitsmarktes den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden, bei dem z.B. die Angebots- und Nachfragefunktion nicht unabhängig voneinander sind, weil ein höherer Lohn auf dem Gütermarkt nachfragewirksam werden kann, was wiederum möglicherweise Auswirkungen auf den

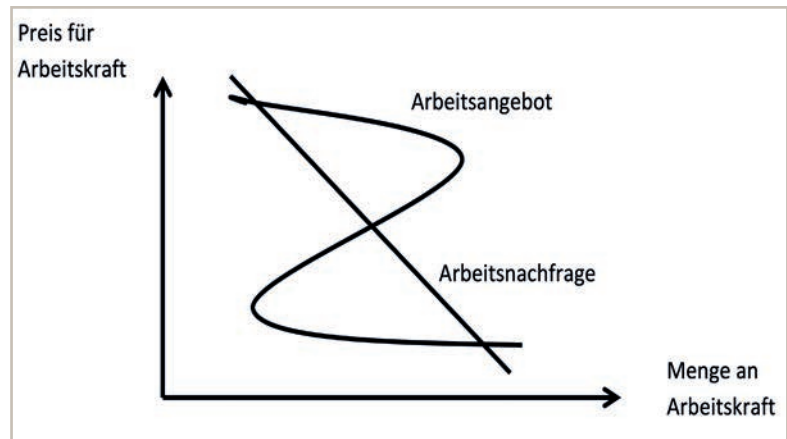


Abb 1 Realistische Darstellung der Abgebotsfunktion am Arbeitsmarkt

© vgl. Frank Niessen, *Entmachtet die Ökonomen*, Marburg 2016, S. 26ff

Arbeitsmarkt in Form einer höheren Nachfrage nach Arbeitskräften hat. Ebenso müssten bei geringeren Löhnen die Arbeitnehmer ihr Angebot an Arbeitskraft reduzieren, was in der Realität nicht zutreffend ist, da die Arbeitnehmer eher mehr arbeiten werden, um ihre Existenz und die ihrer Familie zu sichern – alles Faktoren, die auf dem Gütermarkt ohne Bedeutung sind und deshalb die Spezifik des Arbeitsmarktes bedingen.

Hier wird also exemplarisch deutlich, dass eine Reduzierung des Bildungsplans auf die ibKs diesem in keiner Weise gerecht wird. Denn erst mit Blick auf die Leitgedanken sowie die prozessbezogenen Kompetenzen, die den Inhalten übergeordnet sind, kann die im Sinne des Beutelsbacher Konsens gebotene Kontroversität ermöglicht und *»das Verhältnis von Modell und Wirklichkeit reflektier[t]«* werden. Nur indem die Unterrichtseinheit letztlich von den prozessbezogenen Kompetenzen (pbKs) her geplant wird (vgl. Abb 2), kann die Spezifik des Arbeitsmarktes und der Lohnbildung thematisiert und dem Beutelsbacher Konsens Genüge getan werden. Eine Auseinandersetzung mit dem zugrundeliegenden Modell ist auch deshalb so wichtig, da mithilfe der formalisierten Darstellung im Preis-Mengen-Diagramm der Eindruck erweckt wird, dass quasi naturgesetzlich eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit nur mit sinkenden Löhnen erfolgen kann, der Mindestlohn wiederum zwangsläufig zu höherer Arbeitslosigkeit führt. Diese scheinbar naturwissenschaftlich exakten, genau berechenbaren, von keinen Interessen geleiteten »Marktgesetze« finden dann Eingang in eine entsprechende Wirtschaftspolitik, wie sie die letzten Jahrzehnte dominierte. Die Wirkmächtigkeit dieser quasi »naturwissenschaftlichen Wahrheit« wurde auch in vielen Prognosen zu den Folgen

des Mindestlohns deutlich, wenn es z.B. heißt, »die ökonomische Theorie [zeige]: Durch die Einführung eines Mindestlohns, egal in welcher Höhe, gehen all jene Jobs verloren, die sich nicht mehr lohnen.« (vgl. [www.insm.de](http://www.insm.de) / Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

Diese Prognosen werden gestützt von Ausführungen renommierter Volkswirte wie Mankiw, der in seinem Lehrwerk »Grundlagen der Volkswirtschaftslehre«, das als Standardwerk für Studienanfänger in der Volkswirtschaftslehre gilt, wie selbstverständlich eine »zwangsläufige« Arbeitslosigkeit konstatiert, »die durch gesetzlich festgelegte oder tarifvertraglich vorgeschriebene Mindestlöhne entsteht, [wodurch] einige Arbeitskräfte zwangsläufig arbeitslos« werden. Das Preis-Mengen-Diagramm vermittelt »die volkswirtschaftlichen Grundlagen zu den vorgeschriebenen Mindestlöhnen«, was eine kontroverse Herangehensweise von vornherein ausschließt, weshalb die Aufgabe für die Studierenden dann auch darin besteht, die Arbeitslosigkeit im Preis-Mengen-Diagramm zu zeigen. Diese scheinbare Exaktheit des Modells steht im krassen Gegensatz zu der Unfähigkeit dieser Theorie, bedeutende Entwicklungen wie die Finanzkrise vorherzusagen.

Während in diesem Kontext den Schülerinnen und Schülern immer wieder ins Bewusstsein gerufen werden muss, dass die Grundlage der Wirtschaftswissenschaften menschliche Handlungen darstellen, die gerade nicht klar berechenbar und prognostizierbar sind, müssen im Unterricht die abstrahierenden Voraussetzungen des

neoklassischen Modells vermittelt werden. Ziel muss es letztlich sein, dass die Schülerinnen und Schüler den Modellcharakter erkennen und die im Preis-Mengen-Diagramm veranschaulichten Maßnahmen eben nicht als Wahrheit ansehen. Dem Vorwurf, das könne man auch in die Kursstufe verschieben, steht die Tatsache entgegen, dass viele Schülerinnen und Schüler das Fach Wirtschaft dann nicht mehr haben werden, einseitige Konzepte somit möglicherweise nicht mehr relativiert werden können, aber auch die Einsicht, dass es »viel effizienter [ist], eine Disziplin von Anfang an richtig zu lernen, als sie später korrigieren zu müssen. Es ist extrem schwierig, etwas umzulernen, wenn man erst einmal die (falschen) Grundannahmen der Disziplin verinnerlicht hat.« (vgl. John Komlos (2015): Ökonomisches Denken nach dem Crash, S. 30)

Allerdings muss den Schülerinnen und Schülern einschränkend auch vermittelt werden, dass es sich bei den bisherigen Folgen des Mindestlohnes lediglich um eine Momentaufnahme handelt, die auch durch die gute konjunkturelle Lage begünstigt sein kann. Es ist somit nicht ausgeschlossen, dass der Mindestlohn in einem anderen konjunkturellen Umfeld anders wirken kann, wobei die apodiktischen Aussagen vieler Ökonomen dadurch nicht zutreffender werden.

Abb 2 »Bedeutung prozessbezogener Kompetenzen am Beispiel des Arbeitsmarktes«

**Leitgedanken:** - das Verhältnis von Modellen und Wirklichkeit bewusst machen  
 - Überprüfung ökonomischer Modelle und Annahmen  
 - mögliche Wirkungen sowohl unter ökonomischen Aspekten als auch mithilfe gesellschaftlicher Wertmaßstäbe beurteilen.

**Prozessbezogene Kompetenzen**

**Analysekompetenz**

die SuS können  
 - modellhaftes Denken nachvollziehen und in Modellen denken (zum Beispiel Marktmodell / ökonomisches Verhaltensmodell) und das Verhältnis von Modell und Wirklichkeit reflektieren

**Urteilskompetenz**

- politische Entscheidungen unter ökonomischen Aspekten sowie gesellschaftlichen Wertmaßstäben bewerten

**Inhaltsbezogene Kompetenzen**

die SuS können

- die Folgen prekärer Arbeitsverhältnisse für den Einzelnen erläutern
- Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses erläutern
- Bestimmungsfaktoren von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt darstellen und Möglichkeiten der Lohnbildung erklären (Preis- Mengen-Diagramm)
- die Bedeutung von Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen erklären und für einen Tarifkonflikt einen möglichen Lösungsweg gestalten (Tarifvertragsrecht)

# Didaktisch-methodische Hinweise

Ausgehend von den eigenen Vorstellungen über ihr künftiges Berufsleben, die dann mit einer repräsentativen Umfrage konfrontiert werden (M1, M2), beschäftigen sich die SuS mit drei unterschiedlichen Erwerbsbiographien, die dann als »Normalarbeitsverhältnis« bzw. »atypische Beschäftigung« kategorisiert werden (M3-M8). Dabei sollen Vor- und Nachteile der einzelnen Erwerbsformen aus unterschiedlichen Perspektiven erläutert und mit den eigenen Erwartungen verglichen werden. Nach dieser allgemeinen Hinführung wird auf die Lohnbildung als dem eigentlichen Thema dieser Unterrichtssequenz mit einem Vergleich zwischen der Automobilbranche und dem Einzelhandel fokussiert und dabei unterschiedliche Einflussfaktoren auf die Lohnbildung erkannt (M9-M12). Die Frage, wie der Lohn in einem Unternehmen, das tarifvertraglich gebunden ist, zustande kommt, soll in der zweiten Doppelstunde mithilfe des Tarifkonfliktes in der Metallindustrie 2017/18 dargestellt werden. Das zugrundeliegende Rollenspiel beleuchtet dabei auch das Umfeld der Tarifvertragsparteien, das diese berücksichtigen müssen, um ihre Legitimation zu bewahren oder zu stärken. Dabei wird deutlich, dass ökonomische Forderungen immer auch politisch-gesellschaftlich eingebunden sind. Den Schülerinnen und Schülern wird dabei auch eine Art »Werkzeugkasten« an die Hand gegeben, der es ihnen ermöglicht, einen adäquaten Kompromiss zu finden. Sie vergleichen diesen mit dem tatsächlichen Ergebnis, das einer abschließenden Bewertung aus unterschiedlicher Akteursperspektive unterzogen wird (M13-M28).

Die weitere hier dargestellt Doppelstunde, die nun verstärkt die Systemebene in den Blick nimmt, geht der Frage nach, ob es sich beim Arbeitsmarkt überhaupt um einen Markt wie jeder andere handelt. In Abgrenzung zur Lohnbildung durch Tarifverträge wird hier stärker die freie Gestaltung der Löhne auf dem Arbeitsmarkt sowie die Frage thematisiert, ob und inwiefern der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren Verwerfungen ausgesetzt war, die ein staatliches Eingreifen für manche Akteure notwendig erscheinen ließen. Auf der Basis der Frage, wie die Schülerinnen und Schüler zu einem Mindestlohn stehen, analysieren diese somit, weshalb der Staat überhaupt in den Arbeitsmarkt eingriff (M29-M33).

Da jeder Eingriff in das neoklassische Marktmodell und somit die Abweichung vom Gleichgewichtspreis nach der dominierenden ökonomischen Lehre zwingend mit einem »Wohlfahrtsverlust« einhergeht, sollen diese grundlegenden Annahmen am Beispiel des Arbeitsmarkts wiederholt und auf den Mindestlohn übertragen werden, der nach dem Modell unweigerlich zu Arbeitslosigkeit führt (M34-M36). Diese Folgen sollen dann empirisch überprüft werden (M37-M39).

Das Ergebnis, dass die nach dem neoklassischen Modell erwarteten Ergebnisse zumindest bis jetzt noch nicht eingetroffen sind, soll dazu genutzt werden, die Spezifik des Arbeitsmarktes zu beleuchten und Abweichungen vom neoklassischen Modell zu erkennen und zu bewerten (M40-M41). Es wird den Schülerinnen und Schülern deutlich, dass es sich beim Arbeitsmarkt um keinen Markt

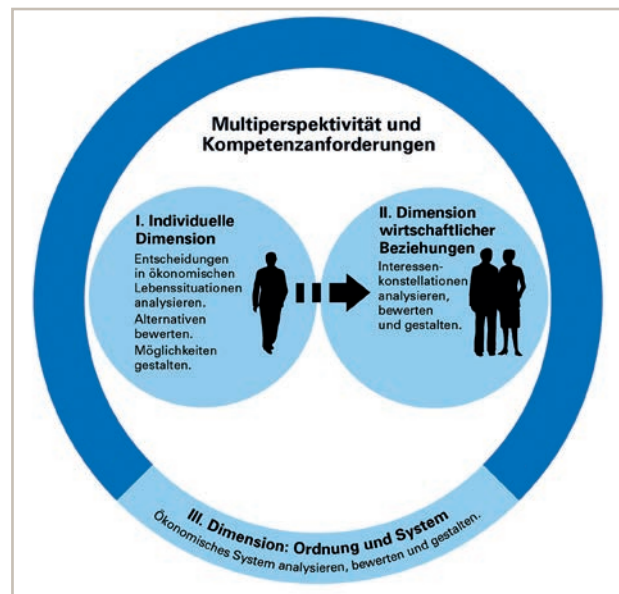


Abb 3 Das Drei-Dimensionen-Modell der ökonomischen Bildung © Landesinstitut für Schulentwicklung Baden-Württemberg

wie jeder andere handelt und deshalb die Lohnbildung auch nicht auf den Schematismus eines Preis-Mengen-Diagramms allein reduziert werden kann.

**Abb 4 Erwerbsformen am deutschen Arbeitsmarkt**

<b>Arbeitnehmer / -innen</b>	<b>Normalarbeitnehmer / -innen</b>	
	<b>atypisch Beschäftigte</b>	befristet Beschäftigte
		geringfügig Beschäftigte
		Teilzeitbeschäftigte (weniger als 21 Wochenstunden)
		Zeitarbeitnehmer / -innen
<b>Selbstständige</b>	Selbstständige mit Beschäftigten	
	Selbstständige ohne Beschäftigte	
<b>Mithelfende Familienangehörige</b>		

vgl. [www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Arbeitsmarkt/WandelErwerbsformen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Arbeitsmarkt/WandelErwerbsformen.pdf?__blob=publicationFile)

Abb 5 SOLL DER STAAT IN DIE LOHNBILDUNG EINGREIFEN? DIE BEDEUTUNG DER PROZESSBEZOGENEN KOMPETENZEN AM BEISPIEL DES ARBEITSMARKTES		
Schritte	Inhalte	Methode / Material
1. Doppelstunde (Was ist?): Wie will ich arbeiten? – verschiedene Erwerbsformen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bedeutung von Arbeit und Arbeitslosigkeit für den Einzelnen</li> <li>- drei verschiedene Erwerbsbiographien</li> <li>- Normalarbeitsverhältnis vs. atypische Beschäftigung</li> <li>- prekäre Beschäftigung</li> <li>- Vor- und Nachteile dieser Erwerbsformen aus unterschiedlicher Perspektive bewerten</li> <li>- Vergleich der Erwerbsformen mit eigenen Erwartungen</li> <li>- Einflussfaktoren auf die Lohnbildung</li> <li>- HA/Vertiefung: Recherche im eigenen Landkreis zu atypischer Beschäftigung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- M1-M12</li> <li>- Präkonzepte</li> <li>- Plakate erstellen</li> <li>- Konfrontation mit Präkonzepten</li> <li>- Auswertung von Statistiken</li> <li>- Recherche in Böckler Datenbank</li> </ul>
2. Doppelstunde (Was ist?): Wie kommt der Lohn zustande?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Tarifvertrag: Inhalte, Akteure und deren Machtmittel</li> <li>- Ablauf eines Tarifkonfliktes am Beispiel der Metallindustrie 2017/18</li> <li>- Lösungsvorschlag für den Tarifkonflikt gestalten, mit der Realität vergleichen und aus unterschiedlichen Perspektiven bewerten.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- M13-M28</li> <li>- Fallbeispiel</li> <li>- Rollenspiel</li> </ul>
3. Doppelstunde (Was ist möglich? Was soll sein?) Soll der Staat in die Lohnpolitik eingreifen?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Positionierung zum Mindestlohn</li> <li>- Gründe für das staatliche Eingreifen</li> <li>- Der Mindestlohn im Marktmodell</li> <li>- Überprüfung des Marktmodells anhand der Realität: Hypothesenbildung und deren Überprüfung</li> <li>- Vergleich Modell – Realität</li> <li>- Bewertung des Mindestlohns</li> <li>- Vgl. mit Präkonzepten: Wer legt den Lohn fest?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- M29-M41</li> <li>- 4-Ecken-Spiel</li> <li>- Arbeiten mit dem Modell (Lückentext)</li> <li>- »empirische Forschung«</li> <li>- Gedankenexperiment</li> <li>- Bewertung mittels Tabelle</li> </ul>

**Abb 6 Soll der Staat in die Lohnbildung eingreifen?**

Problem: Geringe Tarifbindung, Zunahme des Niedriglohnssektors



Eingreifen des Staates: **Mindestlohn eingeführt**

**PRO**

- Lohnarmut verhindert: Menschen können von ihrer Arbeit leben (gerecht)
- Entlastung des Staates: kein Aufstocken von Niedrigstlöhnen mehr nötig
- Erhöhung der Produktivität: bei besserer Bezahlung sind Arbeitnehmer ggf. motivierter
- Lohndumping begrenzt: Wettbewerb der Unternehmen erfolgt nicht mehr über immer niedrigere Löhne
- höhere Löhne führen zu höherer Nachfrage und kurbeln so die Binnennachfrage an



**CONTRA**

- Verlust von Arbeitsplätzen: Die Jobs gehen verloren, die sich nicht mehr lohnen
- Erschwerter Einstieg in die Arbeitswelt (z.B. für Langzeitarbeitslose)
- Preise für Verbraucher steigen: Unternehmen geben höhere Kosten an Kunden weiter
- Fachkräftemangel verstärkt: gerade jüngere Leute ziehen nun einen besser bezahlten Job der Lehre vor

Führt der Mindestlohn zu erhöhter Arbeitslosigkeit? (Modell vs. Realität)

**»Lehrbuchmodell«**

- Staatlich festgesetzter Mindestlohn liegt über dem Marktpreis und führt zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit (Vgl. Preis-Mengen-Diagramm)

**Empirie**

- gerade die Branchen (in Ostdeutschland), die vom Mindestlohn durch Lohnanstieg besonders stark betroffen sind (z.B. Gastgewerbe), verzeichnen einen hohen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen (+6,6%)



**Berechtigte Kritik am »Lehrbuchmodell«?**

- Bei geringem Lohn bieten die Leute noch mehr Arbeitskraft (z.B. Überstunden) an, um das Überleben zu sichern --> Arbeitslosigkeit steigt
- Abhängigkeit der Nachfrage- und Angebotsfunktionen: höhere Löhne --> höhere Nachfrage --> u.U. mehr Beschäftigte
- Produktivität nicht starr, sondern vom Lohn abhängig (als zusätzlich Motivation) --> höhere Produktivität

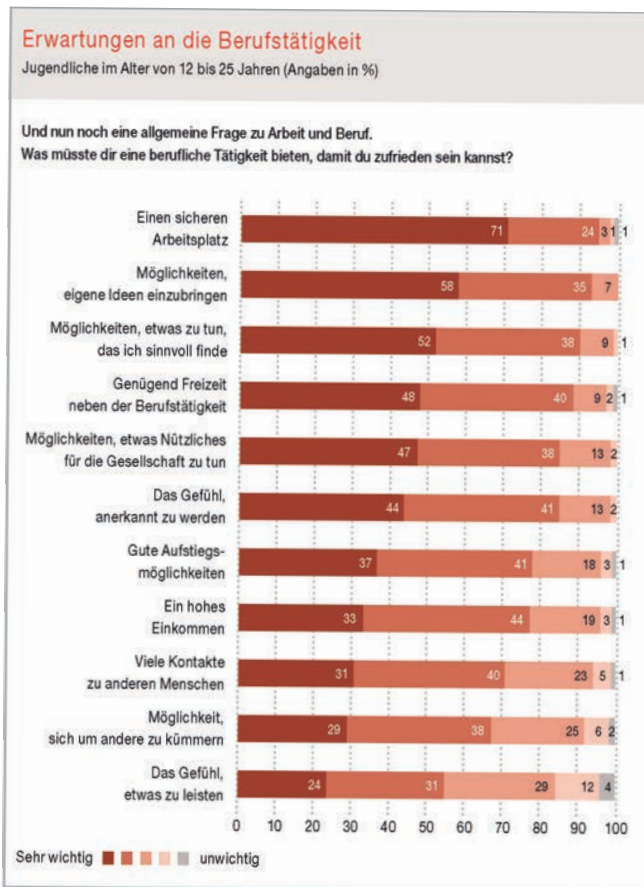


# Wie will ich arbeiten?

## M 1 »Was ist mir wichtig?« (Umfrage in der Klasse)

1. Ein sicherer Arbeitsplatz	wichtig	0	0	0	0	0	unwichtig
2. Möglichkeiten, eigene Ideen einzubringen	wichtig	0	0	0	0	0	unwichtig
3. Möglichkeiten, etwas Sinnvolles zu tun	wichtig	0	0	0	0	0	unwichtig
4. Genügend Freizeit zu haben	wichtig	0	0	0	0	0	unwichtig
5. Etwas Nützliches für die Gesellschaft tun	wichtig	0	0	0	0	0	unwichtig
6. Anerkannt zu werden	wichtig	0	0	0	0	0	unwichtig
7. Gute Aufstiegsmöglichkeiten zu haben	wichtig	0	0	0	0	0	unwichtig
8. Hohes Einkommen	wichtig	0	0	0	0	0	unwichtig
9. Viele Kontakte zu anderen Menschen	wichtig	0	0	0	0	0	unwichtig
10. Das Gefühl, etwas zu leisten	wichtig	0	0	0	0	0	unwichtig

## M 2 Erwartungen an die Berufswelt



© [www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie/multimediale-inhalte.html](http://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie/multimediale-inhalte.html)

## M 3 »Bei Anruf Arbeit«

Nika\* (\*Name von der Redaktion geändert), Mitte 20, langes dunkles Haar, weiß noch, was sie dachte, als die Modekette H&M ihr ein Jobangebot machte: Volltreffer! »Ich mochte H&M gerne«, erinnert sich Nika und fährt mit den Händen über Bluse, Strickjacke und Hose. »Alles H&M«, sagt sie. »Ich dachte: Es ist meine große Chance, da richtig reinzukommen.« Heute, fünf Jahre später, würde sie ihrem jüngeren Ich wohl zurufen: »Lass die Finger davon! Sei nicht so naiv! Unterschreib nicht!« Denn der Vertrag, den H&M der jungen Frau vorlegte, war kein normaler Arbeitsvertrag. Die Firma nennt Mitarbeiter wie sie »Flexkräfte«. Zehn Stunden pro Woche sind ihr fest zugesichert. Der Rest läuft flexibel unter Mehrarbeit. In manchen Monaten arbeitet Nika nur zehn Stunden pro Woche, also 40 im Monat, in anderen sind es 100, manchmal auch 150. Nika holt eine Mappe mit den Lohnberechnungen. Sie zeigt auf den Nettoverdienst. »Nur zwei Beispiele aus dem vergangenen Jahr: Hier im Juni habe ich 440 Euro verdient, und im August waren es dann über 1.000. Da merkt man die Schwankungen sehr.« In guten Monaten kommt sie, die sparsam lebt, mit dem Geld über die Runden, in schlechten rutscht sie in den Dispo und ist auf die Hilfe ihres Freundes angewiesen. (...) Nika hatte den Traum, auf ihrer Arbeit als Verkäuferin ein Leben aufbauen zu können. Unabhängig, abgesichert, erwachsen eben. Bis sie endgültig begriffen habe, dass das mit ihrem Vertrag nicht möglich sein würde, seien Jahre vergangen. Sie sagt, »Solche Verträge sind nicht menschlich, nicht gerecht, und ich frage mich, warum das in Deutschland erlaubt ist.« (...) Nika sagt, dass in ihrer H&M-Filiale die Mehrzahl der Mitarbeiter als Flexkraft arbeitet. (...) Viele beschreiben, dass sie einen Arbeitsalltag in Dauerbereitschaft erleben. Laut Gesetz müssen Unternehmen vier Tage im Voraus ankündigen, wenn sie den Mitarbeiter einsetzen wollen. Eine Schutzklausel, die aber häufig ignoriert wird.

© Julia Friedrichs Arbeitszeitmodell: »Bei Anruf Arbeit«, DIE ZEIT, 23. März 2017, [www.zeit.de/2017/13/arbeitszeitmodell-arbeit-auf-abruf-lohn-post-h-und-m](http://www.zeit.de/2017/13/arbeitszeitmodell-arbeit-auf-abruf-lohn-post-h-und-m)



#### M 4 »Sieben Stunden am PC«

Ich habe Freunde, die müssen jeden Tag Menschen reanimieren, verletzte Kinder retten und Angehörige vom Tod ihrer Liebsten berichten. Sie wissen, dass ihre Arbeit notwendig ist. Ihre Ängste und Erschöpfung stellen sie zurück, weil es um Menschenleben geht. Dabei nehmen sie in Kauf, dass sie im Krankenhaus zahlreiche Überstunden schieben müssen, um irgendwie ihre Miete und ihr Auto bezahlen zu können. Ich dagegen sitze sieben Stunden am Tag am PC, gönne mir zwischendurch einen Kaffee und gehe gerne mal früher nach Hause. Oder arbeite gleich von zu Hause aus. Schon mit 19 Jahren verdiente ich mit meinem Bürojob mehr Geld als mein Vater, dessen Knie nach 30 Jahren Baustelle nicht mehr zu gebrauchen sind. Das Gehaltgefälle zwischen mir und meinen Freunden empfinde ich als ungerecht. Ich schwimme im Geld. Ich weiß nicht mal, wie viel ich diesen Monat verdienen werde. Es wird der erste Monat nach meiner Gehaltserhöhung sein. Das ist schon die zweite in den anderthalb Jahren, die ich bislang als Personalassistentin bei einem großen Unternehmen der Automobilbranche arbeite. Bei dem Unternehmen hatte ich nach meinem Realschulabschluss eine Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation absolviert. Ohne Probleme wurde ich danach übernommen. Mein erstes Gehalt nach der Ausbildung betrug insgesamt 3.300 Euro brutto. Davon blieben nach Abzug von Lohnsteuer und Versicherungen knapp 2.100 Euro netto. Warum das so viel war? Die Löhne sind mit einem Tarifvertrag geregelt. Dazu kommt eine übertarifliche Zulage von meiner Firma. Und weil ich mich neben meiner Ausbildung noch Zusatzqualifizierte, konnte ich meinen Job mit einem höheren Gehalt als üblich beginnen. Meine Aufgabe als Personalassistentin ist es, für eine gute Betreuung der Mitarbeiter zu sorgen. Ich assistiere bei der Vorbereitung zu Bewerbungsgesprächen, dokumentiere Personalakten und kümmere mich um Dinge wie Urlaubsansprüche oder Kündigungen. Zudem helfe ich beispielsweise dabei, Fortbildungen für Führungskräfte zu organisieren. (...) In meiner Familie hat keiner einen akademischen Abschluss. Vielleicht werde ich die Erste. Viel von dem Geld, das ich verdiene, spare ich für ein mögliches Studium. Ich möchte mein Abitur nachholen und könnte mir vorstellen, in ein paar Jahren etwas ganz Neues zu beginnen. Politikwissenschaften finde ich interessant. Mein Vorgesetzter in meiner Firma unterstützt mich übrigens bei dem Vorhaben.

© [www.zeit.de/campus/2016-08/personalassistentin-geld-tarifvertrag-gehalt-automobilbranche](http://www.zeit.de/campus/2016-08/personalassistentin-geld-tarifvertrag-gehalt-automobilbranche)

#### M 5 »Selbstständig? Abhängig!«

**ZEIT ONLINE:** Frau Gerber, Sie erforschen die [Arbeitsbedingungen in der Plattformökonomie].

**Christine Gerber:** Unsere Forschung knüpft an die populäre Annahme an, dass gerade junge Arbeitnehmer flexibel, selbstbestimmt und unabhängig von einem festen Arbeitsplatz arbeiten wollen – ohne sich starren Hierarchien zu fügen. Vor allem die Internet- und Start-up-Branche (...) verspricht so arbeiten zu können, wie es einem passt. Die digitalen Technologien ermöglichen diese Form der Arbeit und befördern sie. So kann man sich auf Crowdwork-Plattformen einfach anmelden und dann Jobs bearbeiten, die Auftraggeber auf der Plattform anbieten. Manchmal kann man die Jobs in wenigen Minuten abarbeiten und hat ein bisschen was dabei verdient.

**ZEIT ONLINE:** Sie beschäftigen sich aber auch mit den Gefahren dieser Arbeit. Wie sehen die aus?

**Gerber:** Die Jobs sind prekär. Die digitalen Arbeiter haben nicht den arbeitsrechtlichen Schutz wie abhängige Beschäftigte. Sie haben keinen Kündigungsschutz, keinen bezahlten Urlaub, keinen Mutterschutz und keinen Lohn, wenn sie krank werden. Die Crowdworker sind als Selbstständige registriert. Gleichzeitig bestimmen aber die Plattformen darüber, wie die Arbeit organisiert und strukturiert ist: Sie definieren die Aufgaben und Vergütung, sie legen fest, über welche Kanäle man kommunizieren kann und nach welchen Kriterien die Arbeiter oder ihre Arbeit bewertet und bezahlt werden. Vieles bleibt für die Crowdworker selbst intransparent.

**ZEIT ONLINE:** Sie nennen das deshalb auch abhängige Selbstständigkeit.

**Gerber:** Genau, das ist das Neue an diesen Plattformen: Es ermöglicht den Auftraggebern, auf Arbeitskraft für ganz kurze Zeiten und überall auf der Welt zuzugreifen, ohne jemanden dafür einstellen zu müssen. (...) Auf Mikroplattformen werden Jobs erledigt, die schnell gemacht sind und für die man kaum professionelles Vorwissen braucht. Man schreibt etwa kurze Texte über Produkte, kategorisiert Bilder oder sucht Fehler in Apps. Pro Job gibt es immer nur ein paar Euro oder Centbeträge. Die Arbeit wird danach mit Sternen oder in Prozent bewertet. Nur wer eine hohe Bewertung hat, bekommt besser bezahlte Jobs.

**ZEIT ONLINE:** Es gibt aber auch Plattformen, auf denen größere Jobs vermittelt werden.

**Gerber:** Auf den sogenannten Makroplattformen gibt es vor allem Arbeit im Bereich Design oder Softwareentwicklung. Da kann man mehrere Hundert Euro verdienen oder sogar Zehntausende, wenn man einen Wettbewerb gewinnt. (...)

**ZEIT ONLINE:** Auf einer Plattform begegnen sich Auftraggeber und Auftragnehmer meist anonym. Niemand weiß bei der Vergabe eines Jobs, ob man zum Beispiel Mann oder Frau ist oder welche Hautfarbe man hat. Ist das nicht ein Vorteil?

**Gerber:** Tatsächlich geben viele Crowdworker an, dass sie auf den Plattformen arbeiten, weil der Zugang zu diesem Arbeitsmarkt so einfach ist. Anders als sonst interessiert beispielsweise niemanden, wie lange man vorher arbeitslos war. (...)

**ZEIT ONLINE:** Warum arbeiten Menschen auf den Plattformen?

**Gerber:** Manche verdienen sich neben einem Hauptberuf, der Kindererziehung oder dem Studium ein Taschengeld hinzu (...). In Deutschland verdienen sich die meisten wohl nicht ihr Haupteinkommen darüber. Dennoch zeigt sich ein zentrales gesellschaftliches Problem: Der erste Job reicht heute oft gar nicht mehr als Einkommensquelle. (...)

**ZEIT ONLINE:** Und was kann man verdienen?

**Gerber:** Wir schätzen, dass die meisten auf den Mikroplattformen etwa zehn Stunden pro Woche arbeiten und zwischen 100 und 500 Euro im Monat verdienen. Nicht miteingerechnet ist allerdings, dass man auch mal umsonst arbeitet. (...)

© [www.zeit.de/arbeit/2018-01/crowdwork-selbststaendigkeit-digitale-arbeit-arbeitsbedingungen-interview/komplettansicht?print](http://www.zeit.de/arbeit/2018-01/crowdwork-selbststaendigkeit-digitale-arbeit-arbeitsbedingungen-interview/komplettansicht?print)

M 6 Beschäftigte mit Niedriglohn 2010 - in Prozent						
Insgesamt	Normalarbeits- verhältnisse	A t y p i s c h Beschäftigte	Darunter			
			befristet Beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeitnehmer/ innen
20,6	10,8	49,8	33,5	20,9	84,3	67,7

Die Niedriglohngrenze lag 2010 in Deutschland bei 10,36 Euro brutto je Stunde ,  
vgl. [www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2016Kap5.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2016Kap5.pdf?__blob=publicationFile)

### M 7 Niedriglohn - prekäre Beschäftigung

**Niedriglohn** ist die Entlohnung eines Arbeitnehmers in der Regel unterhalb des jeweiligen Tariflohns, ohne dass er damit trotz Vollzeitbeschäftigung sein Existenzminimum sichern kann. Dem soll durch Mindestlöhne entgegengewirkt werden. Als **prekär** kann ein Arbeitsverhältnis bezeichnet werden, wenn die Beschäftigten aufgrund ihrer Tätigkeit deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken, das gesellschaftlich als Standard definiert ist. Prekär ist eine Erwerbsarbeit auch, wenn sie subjektiv mit Sinnverlusten, Anerkennungsdefiziten und Planungsunsicherheit in einem Ausmaß verbunden ist, das gesellschaftliche Standards deutlich unterläuft.

© vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Bonn. S. 17

### M 8 Merkmale des Normalarbeitsverhältnisses (NAV)

- Vollzeittätigkeit mit entsprechendem Einkommen,
- unbefristetes Beschäftigungsverhältnis,
- Integration in die sozialen Pflichtversicherungssysteme (vor allem Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung) (...)

Atypische Beschäftigungsverhältnisse weichen in mindestens einem der genannten Kriterien vom NAV ab.

© vgl. [www.bpb.de/apuz/31902/atypische-beschaeftigungsverhaeltnisse-formen-verbretung-soziale-folgen?p=all](http://www.bpb.de/apuz/31902/atypische-beschaeftigungsverhaeltnisse-formen-verbretung-soziale-folgen?p=all)

### M 9 Statistisches Bundesamt (Destatis), Verdienste und Arbeitskosten, 3. Vierteljahr 2017, Bonn 2018

VOLLZEITBESCHÄFTIGTE ARBEITNEHMER IN DEUTSCHLAND

Personen in %	Bruttostundenverdienst in €	
	insgesamt	ohne Sonderzahlungen
<b>Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen</b>		
insgesamt: 3,4 %	33,45 €	30,04 €
Männer: 87,6 %	33,95 €	30,48 €
Frauen: 12,4 %	29,85 €	26,89 €
<b>Einzelhandel</b>		
insgesamt: 1,0 %	17,79 €	17,59 €
Männer: 47,7 %	19,57 €	19,35 €
Frauen: 52,3 %	16,15 €	15,97 €

© vgl. [www.destatis.de](http://www.destatis.de), Publikationen, Verdienste 2018

### M 10 Tarifbindung nach Arbeitnehmern und Branchen (Deutschland), Destatis: Tarifbindung in Deutschland 2014

Wirtschafts- zweig	Tarifbindung		keine Tarifbindung	
	Anteil tarifgebundener Arbeitnehmer	Anteil der nicht tarifgebundenen Arbeitnehmer	davon betriebliche Vereinbarung	davon kein Tarifvertrag
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	64 %	36 %	1 %	34
Einzelhandel	28 %	72 %	0 %	72 %

vgl. [www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Tarifverdienste/Tarifbindung5622103149004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Tarifverdienste/Tarifbindung5622103149004.pdf?__blob=publicationFile)

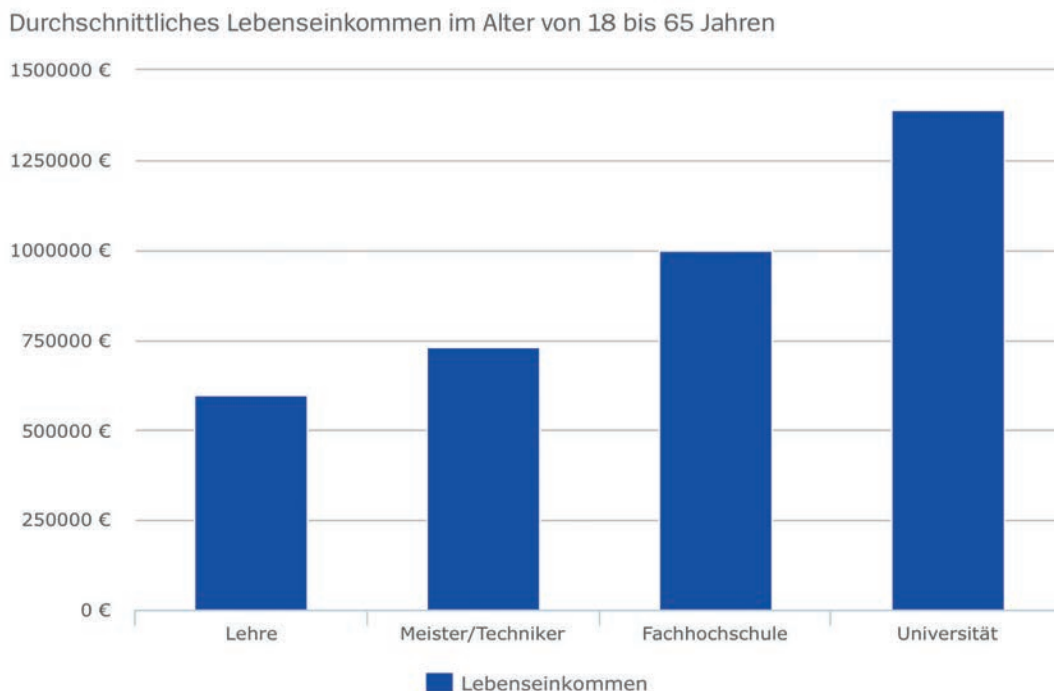
### M 11 Produktivität je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen - Index: 2010=100

Die **Arbeitsproduktivität** zeigt den Wert der Güter und Dienstleistungen an, die eine Person in einer Stunde produziert. Diese unterscheidet sich je nach Branche.

Jahr	insgesamt	Verarbeitendes Gewerbe (Z.B. Au- tomobilindustrie)	Handel, Ver- kehr, Gastge- werbe
2006	100,94	101,82	107,09
2007	102,44	104,71	108,41
2008	102,21	100,05	108,03
2009	96,38	82,83	101,61
2010	100	100	100
2011	102,27	106,33	102,37
2012	101,59	102,1	104,36
2013	101,46	101,77	102,85
2014	102,57	107,04	104,19
2015	103,39	108,65	104,43
2016	104,03	110,66	105,48

vgl. Statistisches Bundesamt, [www.deutschlandin zahlen.de/tab/deutschland/finanzen/kosten/produktivitaet-je-erwerbs-taetigen-nach-wirtschaftsbereichen](http://www.deutschlandin zahlen.de/tab/deutschland/finanzen/kosten/produktivitaet-je-erwerbs-taetigen-nach-wirtschaftsbereichen)

**M 12 Unterschiede beim Lebenseinkommen nach Abzug der Ausbildungskosten**



© vgl. [www.spiegel.de/lebenundlernen/job/studium-und-ausbildung-im-einkommensvergleich-a-1140980.html](http://www.spiegel.de/lebenundlernen/job/studium-und-ausbildung-im-einkommensvergleich-a-1140980.html)

**AUFGABEN:**

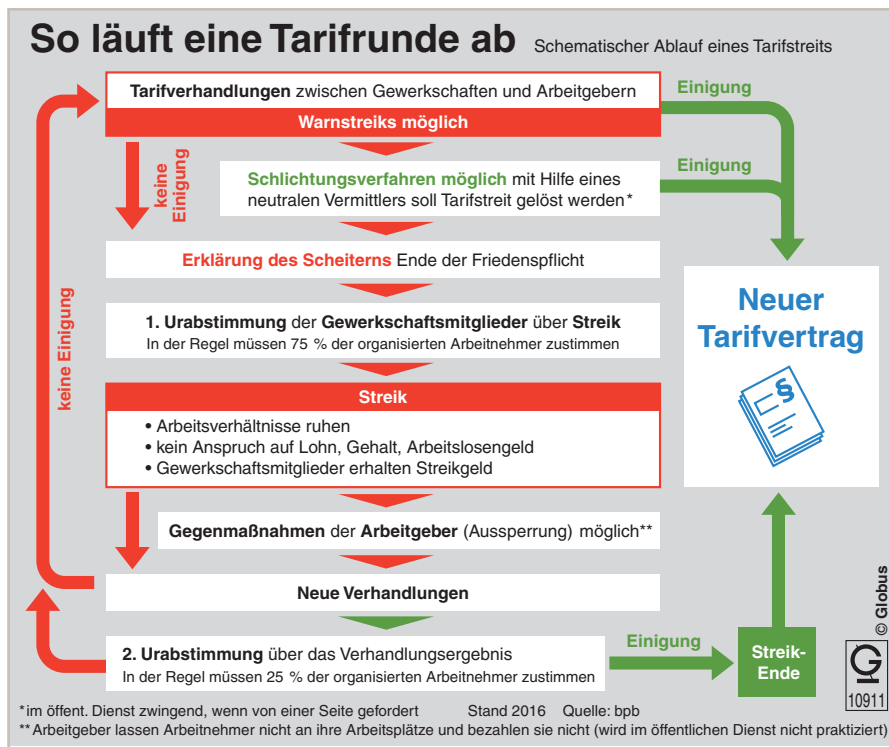
- In M<sub>1</sub> werden Erwartungen an die Berufstätigkeit aufgelistet. Vergleiche deine Ergebnisse und die deiner Klasse mit M<sub>2</sub>.
- Gestaltet in Gruppenarbeit arbeitsteilig ein Plakat zu den in M<sub>3</sub> - M<sub>5</sub> geschilderten Arbeitsverhältnissen.
  - Stellt dabei das jeweilige Arbeitsverhältnis sowie die Vor- und Nachteile aus Sicht des Arbeitnehmers, des Arbeitgebers und des Staates dar.
  - Ordnet es begründet dem Normalarbeitsverhältnis oder dem atypischen Beschäftigungsverhältnis zu (M<sub>7</sub> und M<sub>8</sub>).
- »Atypisch Beschäftigte sind prekär beschäftigt«. Überprüft diese Aussage.
- Überprüfe die Beschäftigungsformen (M<sub>6</sub>-M<sub>8</sub>) vor dem Hintergrund deiner Erwartungen (M<sub>1</sub>).
- Gestalte mögliche Regeln, die die Beschäftigungsformen für dich attraktiver machen würden.
- Die Arbeitnehmerin in M<sub>4</sub>, die bei einem großen Automobilhersteller tätig ist, verdient deutlich mehr als Nika (M<sub>3</sub>), die im Einzelhandel arbeitet. Erkläre die Unterschiede mithilfe der Materialien M<sub>9</sub> – M<sub>12</sub>.

8. Begründe, ob folgende Faktoren Einfluss auf die Lohnhöhe haben. (Impuls zur Binnendifferenzierung)

Faktoren	Begründung
(1) »Wenn sehr viele Arbeitnehmer dieselbe Arbeit ausüben können, dann ...«	
(2) »Wenn in einer Branche die Produktivität sehr hoch ist, dann ...«	
(3) »Wenn es in einem Unternehmen einen Tarifvertrag gibt, dann...«	
(4) »Wenn die Qualifikation eines Arbeitnehmers gering ist, dann ...«	
(5) »Wenn in einer Branche sehr viele Frauen tätig sind, dann ...«	
(6) »Wenn in einem Gebiet die Wirtschaftskraft hoch ist, dann ... «	
(7) »Wenn es in einem Land einen Mindestlohn gibt, dann ...«	

9. Recherchiere als Hausaufgabe in der »WSI Datenbank atypische Beschäftigung« den Anteil der atypisch Beschäftigten in deinem Landkreis und vergleiche diesen mit der Entwicklung in Baden-Württemberg: [www.boeckler.de/tools/atypischebeschaeftigung/index.php](http://www.boeckler.de/tools/atypischebeschaeftigung/index.php)

# Wie kommt der Lohn zustande?



M 13 Tarifrunde zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften  
© Globus Infografik, dpa, 2018

## M 14 Die Tarifpartner: So sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber organisiert

»Da mischen wir uns nicht ein, das ist Sache der Tarifpartner« – so lautet die Standardantwort besonnener Politiker, wenn sie während einer laufenden Tarifrunde nach ihrer Meinung gefragt werden. Dahinter stecken weder höfliche Zurückhaltung noch Desinteresse, sondern Recht und Gesetz: Zum einen verlangt das Tarifvertragsgesetz von der Politik Neutralität. Zum anderen gewährt Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes das »Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden«, also auch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, und erklärt »Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen« für nichtig, verbietet also die politische Einmischung.

Es besteht Tarifautonomie. Das heißt, das Feilschen um Löhne, Gehälter, Arbeitszeit, Urlaub und andere Arbeitsbedingungen ist allein Sache der Tarifpartner. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände müssen sich einig werden – und dann auch die Verantwortung für das tragen, was sie gemeinsam in einem Tarifvertrag vereinbart haben. Beide Tarifvertragsparteien sind rechtlich gesehen Vereine und funktionieren auf freiwilliger Basis. Arbeitnehmer können genauso wenig zum Beitritt in eine Gewerkschaft gezwungen werden wie Unternehmen zur Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband.

© vgl. [www.wirtschaftundschule.de/aktuelle-themen/unternehmenmarkt/tarifverhandlungen/die-tarifpartner-so-sind-arbeitnehmer-und-arbeitgeber-organisiert/](http://www.wirtschaftundschule.de/aktuelle-themen/unternehmenmarkt/tarifverhandlungen/die-tarifpartner-so-sind-arbeitnehmer-und-arbeitgeber-organisiert/)

## M 15 Glossar zum Rollenspiel »Tarifverhandlungen«

**Aussperrung** Die Arbeitgeber können auf einen gewerkschaftlichen Streik mit einer Aussperrung reagieren. Dabei werden vorübergehend alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder ein Teil von ihnen ohne Fortzahlung des Gehalts von der Arbeit freigestellt. Allerdings muss das Prinzip der Verhältnismäßigkeit berücksichtigt werden. Die Aussperrung ist keine Kündigung.

**Friedenspflicht** Sie ist die mit einem Tarifvertrag verbundene Pflicht, während seiner Laufzeit keinen Streik oder sonstige Arbeitskampfmaßnahmen durchzuführen, die gegen den Bestand oder einzelne Bestimmungen des Tarifvertrags gerichtet sind.

**Schlichtung** In der Tarifpolitik bezeichnet die Schlichtung ein Instrument zur Lösung von Tarifkonflikten und zum Abschluss von Tarifverhandlungen. Die

Gewerkschaften oder die Arbeitgeberseite – also die Tarifparteien – können die Schlichtung anrufen, wenn die regulären Tarifverhandlungen zu keinem Tarifabschluss führen. (...) Dem Ergebnis einer Schlichtung müssen beide Tarifparteien zustimmen. Ist dies nicht der Fall, können weitere Arbeitskampfmaßnahmen wie Streiks folgen.

**Sozialpartner/ Tarifpartner/ Tarifvertragsparteien** Der Begriff Sozialpartner oder auch Tarifpartner steht für die Zusammenarbeit von Gewerkschaften (Arbeitnehmer und Auszubildende) und Arbeitgeberverbänden. Im Rahmen der Tarifpartnerschaft suchen Gewerkschaften und Arbeitgeber nach gemeinsamen Konzepten für die Gestaltung von Lohn und Arbeitsbedingungen (Tarifen) (...).

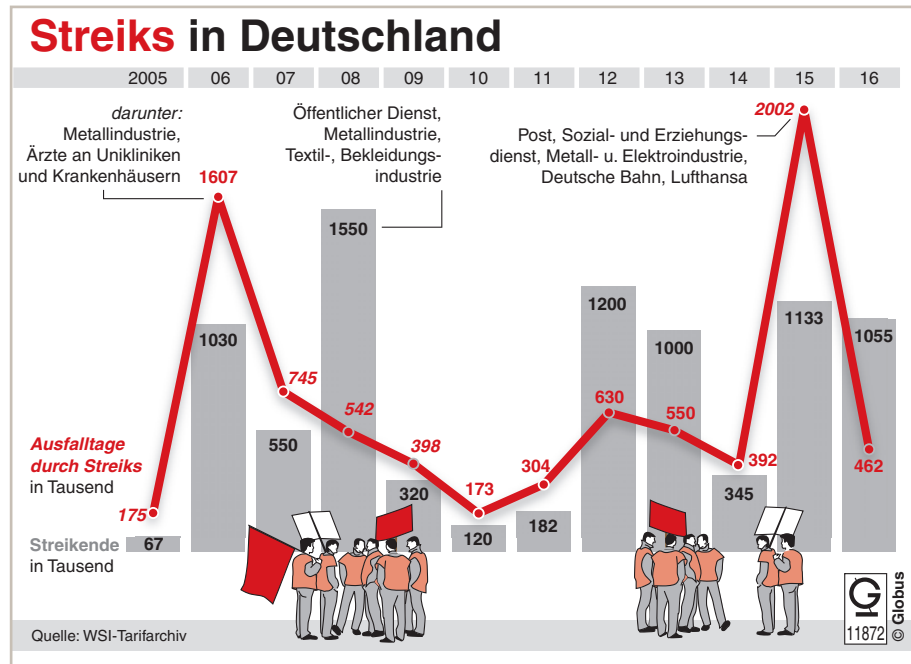
**Streik/Streikrecht** Ein Streik ist die kollektive Arbeitsniederlegung, um tarifliche Forderungen unter Führung der zuständigen Gewerkschaft durchzusetzen. Einem Streik geht in der Regel eine Urabstimmung voraus. Während des Arbeitskamps haben die Streikenden keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung. Gewerkschaftsmitglieder erhalten Streikgeld von ihrer Gewerkschaft, im Durchschnitt zwei Drittel des Bruttoeinkommens. Das nach einem Streik gefundene Ergebnis wird den Mitgliedern in einer zweiten Urabstimmung vorgelegt. Das Recht zu streiken ist durch Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich geschützt.

**Tarifautonomie** Als Tarifautonomie bezeichnet man das im Grundgesetz geschützte Recht der Tarifvertragsparteien, eigenständig und ohne staatliche Einflussnahme Tarifverhandlungen zu führen. (...)

**Tarif / Tarifpolitik/ Tarifverhandlung** Tarifverhandlungen finden zwischen Tarifvertragsparteien, also einer Gewerkschaft und einem Arbeitgeber oder Arbeitgeberverband statt. Ziel der Tarifverhandlungen ist es, gemeinsame Regelungen unter anderem für Tarife (Lohn und Gehalt), Urlaub, betriebliche Altersvorsorge, Ausbildung und Weiterbildung sowie die Übernahme nach der Ausbildung zu finden und in einem Tarifvertrag festzuschreiben. Bleiben die Tarifverhandlungen erfolglos, kann es zum Streik kommen.

**Tarifvertrag** Der Tarifvertrag ist ein schriftlicher Vertrag zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Er regelt die Rechte und Pflichten der Tarifvertragsparteien und enthält Regelungen über Inhalt, Abschluss und Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie über betriebliche und betriebsverfassungsrechtliche Fragen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer dürfen von diesen Regelungen nicht zum Nachteil des Beschäftigten abweichen.

**Urabstimmung** Sie dient der Befragung der Gewerkschaftsmitglieder vor einem Streik. Eine Zustimmung von 75 Prozent der Mitglieder ist Voraussetzung für einen Streik. Das nach dem Arbeitskämpferzielte Tarifergebnis wird den Mitgliedern in einer zweiten Urabstimmung vorgelegt. Das Ergebnis gilt in den meisten Fällen als angenommen, wenn 25 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder



M 16 Streiks in Deutschland 2005 - 2016

© Globus Infografik, dpa, 2017

zustimmen.

**Warnstreik** Ein Warnstreik ist eine Arbeitsniederlegung von kurzer Dauer, um Druck auf Arbeitgeber in Tarifverhandlungen auszuüben. Eine Urabstimmung ist für Warnstreiks nicht erforderlich.

© ugl. [www.sozialpolitik.com/public-files/Schaubild-Streik.pdf](http://www.sozialpolitik.com/public-files/Schaubild-Streik.pdf)

**AUFGABEN:**

1. Führt ein Rollenspiel »Tarifverhandlungen« durch. Berücksichtigt dabei folgende Schritte. Die Materialien auf den folgenden Seiten sollten die nötigen Informationen liefern.

- (a) Austausch der Positionen von Gewerkschaft und Arbeitgeberverband (Plenum)
- (b) Verhandlungsrunde I - Warnstreiks möglich
- (c) Pressekonferenz: Ergebnis der Einigung oder Scheitern der Verhandlungen ausgerufen (Ende der Friedenspflicht, da Ablauf des Tarifvertrages)
- (d) Urabstimmung der Gewerkschaftsmitglieder: Wollen wir streiken? (75% müssen dafür sein)
- (e) Streik (als letztmögliches Mittel nach vorherigen Verhandlungen): Niederlegung der Arbeit / kein Anspruch auf Lohn, Gehalt oder Arbeitslosengeld / Gewerkschaft zahlt Streikgeld an Mitglieder/ Beteiligung am Streik ist kein Kündigungsgrund.
- (f) Aussperrung als mögliche Gegenmaßnahme der Arbeitgeber (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit): Zutritt zum Betrieb durch Arbeitgeber verweigert / kein Lohn / kein Streikgeld

(g) Verhandlungsrunde II mit einem Schlichter: Gewerkschaften überdenken ihre Forderungen/ Arbeitgeber ihr Angebot / Schlichter legt Vertragsentwurf vor (mögliche Kompromissansätze für den Schlichter: Die Lohnerhöhung kann zeitlich gestreckt erfolgen: + 3% ab Monat X, weitere 3% ab Monat Y; die Lohnerhöhungen können für einzelne Gruppen (Gering- vs. Gutverdiener) unterschiedlich erfolgen; Einmalzahlungen statt Lohnerhöhung: Eine Einmalzahlung wird nicht Basis für die folgenden Tarif erhöhungen.; längere Laufzeit des Tarifvertrages: (X% für 12 Monate oder 36 Monate); Arbeitszeit kann nach oben und unten flexibilisiert werden: Was ist die Maximal- bzw. Mindeststundenzahl?)

(h) Pressekonferenz: Gewerkschaft und Arbeitgeberverband präsentieren jeweils das Ergebnis, indem sie es als vollen Erfolg für ihre Position darstellen.

(i) Urabstimmung der Gewerkschaften: Nehmen wir den Vertrag an? Mindestens 25% der Gewerkschaftsmitglieder müssen zustimmen.

2. Vergleicht das tatsächliche Abschlussergebnis (M21 bzw. M28) mit eurem Ergebnis sowie der Position der Tarifpartner.

3. Erklärt die unterschiedliche Darstellung

# Die Position der Gewerkschaft IG Metall

## M 19 Argumentationshilfen

### M 17 Rollenkarte IG Metall

- Ihr wollt möglichst viel von euren Forderungen nach mehr Lohn und mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit durchsetzen. Beachtet dabei auch das Interessensgeflecht und die Machtverhältnisse. (vgl. M 22)

- Wichtig ist auch das Bild in der Öffentlichkeit, die ihr für eure Position gewinnen wollt. Für das Scheitern von Verhandlungen seid deshalb auch nicht ihr verantwortlich, sondern daran ist die Gegenseite schuld, denn eure Forderungen sind gerecht, was auch jeder wissen soll.

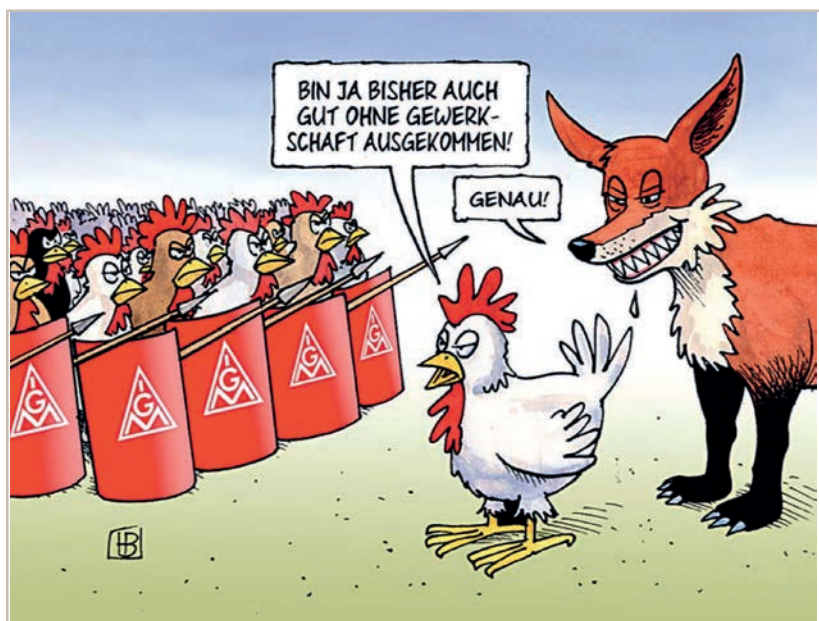
### M 18 Forderungen

Arbeitnehmer sollen ihren Anteil am Aufschwung haben, den sie ja auch erarbeitet haben. Denn von der guten wirtschaftlichen Lage dürfen nicht nur die Arbeitgeber profitieren, d.h. »die IG Metall fordert für die rund 3,9 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen von 6 Prozent für eine Laufzeit von 12 Monaten. Zudem will die IG Metall einen individuellen Anspruch auf Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten durchsetzen. Das beschloss der Vorstand der Gewerkschaft am Donnerstag in Frankfurt.« »Diese Forderung trägt der hervorragenden wirtschaftlichen Situation der Branche Rechnung, sie stärkt die Binnennachfrage und leistet einen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur«, sagte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall. Zugleich gehe es bei dem individuellen Anspruch auf Absenkung der Arbeitszeit um eine echte Wahloption und damit um ein Stück Freiheit und Gestaltung des eigenen Lebens. (...) Gerade zur Fachkräftesicherung braucht es moderne und attraktive Angebote zur Gestaltung der eigenen Arbeitszeit. »Wer sich heute als Arbeitgeber modernen Arbeitszeitinstrumenten verweigert, der wird morgen ohne Fachkräfte dastehen (...)«, betonte Hofmann. Die Forderung der IG Metall zur Arbeitszeit sieht vor, dass die Beschäftigten ihre regelmäßige Arbeitszeit künftig für bis zu zwei Jahren auf bis zu 28 Stunden in der Woche reduzieren können. Danach besteht der Anspruch, auf die ursprüngliche Arbeitszeit zurückzukehren. Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit reduzieren, um Kinder unter 14 Jahren im Haushalt zu betreuen oder Familienangehörige zu pflegen, sollen einen fixen Zuschuss von 200 Euro pro Monat von ihrem Arbeitgeber erhalten.«

© vgl. [www.igmetall.de/metall-tarifrunde-ig-metall-vorstand-beschliesst-forderung-26090.htm](http://www.igmetall.de/metall-tarifrunde-ig-metall-vorstand-beschliesst-forderung-26090.htm)

Die Forderung [von 6%] orientiert sich an der Zielinflationsrate der EZB (Europäischen Zentralbank) von 2 Prozent. Dies soll Reallohnverlust verhindern und die Kaufkraft stützen. Hinzu kommt ein Ausgleich für den mittelfristigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktivität von 1 bis 1,5 Prozent. So werden Beschäftigte an der steigenden Wertschöpfung beteiligt. Beides zusammen ergibt den *verteilungsneutralen Spielraum*. Eine Umverteilungskomponente soll den Beschäftigten ihren wohlverdienten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg und dem gewachsenen Wohlstand sichern. Die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie können sich höhere Löhne leisten: Sie sind auf Rekordniveau ausgelastet und erwirtschaften hohe Renditen. Dazu kommt das *Kaufkraft-Argument*: Mit höheren Löhnen können die Menschen mehr konsumieren. Wenn sie mehr kaufen, wächst die Wirtschaft schneller, die Unternehmen können mehr investieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Dafür war die Lage nie besser, denn aufgrund der kaum vorhandenen Sparzinsen werden die Menschen fast jeden Cent mehr auch wieder ausgeben. Der *Spielraum* ist da. Die deutsche Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem Rekordtief, alles spricht dafür, dass die Unternehmen robust genug sind, auch stärkere Lohnzuwächse zu verkraften.

*Fachkräftemangel*: Manchen Branchen und Regionen gerade in Süddeutschland[geht] bereits das Personal aus. Wer trotzdem Fachkräfte locken will, muss mehr bieten als andere, was automatisch zu steigenden Löhnen in diesen Branchen führt. Die Wahloption auf verkürzte Arbeitszeit macht Unternehmen für Fachkräfte attraktiver. Eine zeitweise Verkürzung der Arbeitszeit trägt maßgeblich dazu bei, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bekommen. Die häufigsten Gründe für Beschäftigte, ihre individuelle Arbeitszeit zu reduzieren, sind familiäre Betreuung und Pflege. Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf [macht ein Unternehmen attraktiver], fördert die Erwerbsbeteiligung von Frauen und bringt dadurch mehr Fachkräfte. Ein Problem ist, dass Beschäftigte nach einer Reduzierung häufig nicht auf ihre ursprüngliche Arbeitszeit zurück dürfen. Dies soll sich ändern. In der Metall- und Elektroindustrie waren die Lohn-



M 20 »Bin ja bisher auch gut ohne Gewerkschaft ausgekommen«

©Harm Bengen

stückkosten seit Mitte der 90er Jahre rückläufig und stiegen ab 2011 wieder an. Von 2007 bis 2016 sind die Lohnstückkosten moderat um 10,4 Prozent angestiegen und liegen 2016 immer noch unter dem Wert von 2000. Wachsende Exporte, gute Auslastung und hohe Renditen der Unternehmen zeigen, der Anstieg hat die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nicht beeinträchtigt.

© vgl. [www.igmetall.de/docs\\_20171026\\_IGM\\_Tarifrunde\\_2017\\_Argument\\_09\\_A4\\_a3e850220eb6f5116dd234086b-3caf43f40e4d.pdf](http://www.igmetall.de/docs_20171026_IGM_Tarifrunde_2017_Argument_09_A4_a3e850220eb6f5116dd234086b-3caf43f40e4d.pdf), [www.derwesten.de/wirtschaft/fuenf-argu](http://www.derwesten.de/wirtschaft/fuenf-argu)

M 24 Frank Specht, Über-



M 21 Tarifiergebnis in der Tarifrunde 2018 (Darstellung IG-Metall) © [www.igmetall-kaiserslautern.de/aktuelles/meldung/ig-metall-kaiserslautern-zufrieden-mit-tarifabschluss-in-der-metall-und-elektroindustrie/](http://www.igmetall-kaiserslautern.de/aktuelles/meldung/ig-metall-kaiserslautern-zufrieden-mit-tarifabschluss-in-der-metall-und-elektroindustrie/)

M 22 Strategie der IG Metall

Erwartungen der Öffentlichkeit

- Der deutschen Volkswirtschaft soll weiterhin wachsen, die Arbeitslosigkeit gering bleiben.
- Die Arbeitnehmer sollen zwar einen fairen Anteil am Erwirtschafteten bekommen, doch überzogene Forderungen sind abzulehnen, da dies die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen kann.

Legitimation

IG Metall (Gewerkschaft)

- **Machtmittel:** hohe Anzahl an streikbereiten Mitgliedern sowie volle Streikkasse
- **Interessen:** Mitglieder gewinnen/halten, Wiederwahl der Gewerkschaftsspitze (Legitimation notwendig)
- **Wirtschaftspolitische Überzeugung:** höhere Löhne/Motivation und Qualifikation / gute Arbeitsbedingungen sind gut für die Volkswirtschaft insgesamt

Legitimation

Legitimation

Gewerkschaftsmitglieder

- **höhere Löhne** und mehr Selbstbestimmung bei der **Arbeitszeit** (Arbeitszeitverkürzung)
- **zweifeln**, ob (Warn-)Streiks zum Ziel führen, befürchten finanzielle Einbußen (Streikgeld ca. 2/3 des Lohns)

Arbeitnehmer (gewerkschaftlich nicht organisiert)

- wollen höhere Löhne und mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit, aber sind gegenüber Gewerkschaften und Streiks skeptisch
- sind nicht bereit, Einbußen bei (Warn-)Streiks in Kauf zu nehmen (bekommen auch kein Streikgeld)
- gegen Konflikte im Rahmen der Tarifautonomie, suchen zum Teil eher individuelle Lösungen

# Die Position von Südwestmetall (Arbeitgeberverband)

## M 23 Rollenkarte Arbeitgeberverband

- Ihr wollt möglichst viel von euren Forderungen nach mehr Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Konkurrenzkampf durch moderate Lohnabschlüsse durchsetzen. Die deutschen Löhne und Lohnnebenkosten seien ohnehin schon sehr hoch.
- Hohe Lohnforderungen bedrohten die Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland.
- Auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit sei wichtig: Wenn viel Arbeit anfallt, sollten Arbeitnehmer auch mehr arbeiten können.
- Wichtig ist auch das Bild in der Öffentlichkeit, die ihr für eure Position gewinnen wollt. Für das Scheitern von Verhandlungen seid deshalb auch nicht ihr verantwortlich, sondern dafür ist die Gegenseite schuld, denn eure Forderungen sind gerecht, was auch jeder wissen soll.

**raschendes Angebot der Metall-Arbeitgeber**, Handelsblatt vom 07.12.2017

In der Tarifrunde für 3,9 Millionen Beschäftigte haben die Arbeitgeber in Bayern ein frühes Angebot vorgelegt. Bei der Arbeitszeit wird es aber keine Bewegung geben, warnt Verhandlungsführerin Angelique Renkhoff-Mücke. Lange sah es nach verhärteten Fronten aus, noch bevor die Tarifverhandlungen für die 3,9 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie überhaupt richtig begonnen hatten. Provoziert fühlten sich die Arbeitgeber dabei gar nicht so sehr durch die Lohnforderung der IG Metall von sechs Prozent. Als viel größere Kröte erwies sich die 28-Stunden-Woche, die die Gewerkschaft den Beschäftigten ermöglichen will – mit teilweisem Lohnausgleich. Doch nun haben die bayerischen Metall-Arbeitgeber überraschend schon in der zweiten Runde der Verhandlungen, die traditionell regional geführt werden, ein Angebot vorgelegt. Sie bieten den Beschäftigten für die Monate Januar bis März 2018 eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro an. Ab April soll es dann eine Tarifierhöhung um zwei Prozent bei einer Gesamtlaufzeit von 15 Monaten geben. „Wir wollen schon vor Ende der Friedenspflicht [am 01.01.2018] ein klares Signal an unsere Mitarbeiter und die IG Metall senden, dass wir die gute wirtschaftliche Lage der Branche anerkennen und die Beschäftigten auch angemessen daran teilhaben lassen wollen“, sagte die Verhandlungsführerin des Verbands der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (VBM), Angelique Renkhoff-Mücke, dem Handelsblatt.

© [www.handelsblatt.com/politik/deutschland/tarifrunde-ueberraschendes-angebot-der-metall-arbeitgeber/20678724.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/tarifrunde-ueberraschendes-angebot-der-metall-arbeitgeber/20678724.html)

**M 25 Dr. Stefan Wolf, Südwestmetall: »Tarifpolitik,**

**die den letzten Cent für Beschäftigte herauszupressen versucht, ist nicht zukunftsfähig**«, 14.9.2017

Aus Sicht der Arbeitgeber gibt es in der Metall- und Elektroindustrie (M+E) keine sachliche Begründung für eine noch höhere Forderungsempfehlung als in der vergangenen Tarifrunde 2016. Bereits diese lag mit 4,5 bis 5 Prozent zu hoch. Wolf hielt der IG Metall vor, sich nicht mehr an die eigenen, auch schon überzogenen Maßstäbe für Forderungen – Zielinflation plus Produktivitätswachstum – zu halten: »Das würde allenfalls die Hälfte der Forderung begründen.« Für eine Umverteilung gebe es ebenfalls keinen Anlass. So hätten die baden-württembergischen M+E-Tarifbeschäftigten seit dem Jahr 2000 bei einer Tarifierhöhung von insgesamt gut 60 Prozent bereits ein Reallohnplus von mehr als 26 Prozent eingestrichen, der Durchschnittsverdienst liege mittlerweile bei mehr als 63.000 Euro. Derzeit laufe das Geschäft in der Metall- und Elektroindustrie zwar gut. Doch trotz optimaler Rahmenbedingungen sei die Durchschnittsrendite seit Jahren bei mageren drei Prozent festgetackert, sagte der Südwestmetall-Vorsitzende: »Knapp die Hälfte unserer Betriebe liegt sogar unter zwei Prozent. Wenn die IG Metall solche absurd hohen Forderungen durchsetzen will, riskiert sie, dass notwendige Zukunftsinvestitionen am Standort unterbleiben.« Wolf kritisierte auch die Arbeitszeitvorstellungen der Gewerkschaft: »Das Thema würde viele Ansatzpunkte bieten, wie wir mit modernen Regelungen beiden Seiten den Wunsch nach mehr Flexibilität erfüllen könnten. Stattdessen will die IG Metall aber einseitige Ansprüche auf höchstem Niveau manifestieren.«

© [www.suedwestmetall.de/presse/pressemitteilungen/2017/09/dr-wolf-tarifpolitik-die-letzten-cent-fuer-beschaeftigte-herauszupressen-versucht-ist-nicht-zukunftsaehig](http://www.suedwestmetall.de/presse/pressemitteilungen/2017/09/dr-wolf-tarifpolitik-die-letzten-cent-fuer-beschaeftigte-herauszupressen-versucht-ist-nicht-zukunftsaehig)

## M 26 Argumentationshilfen

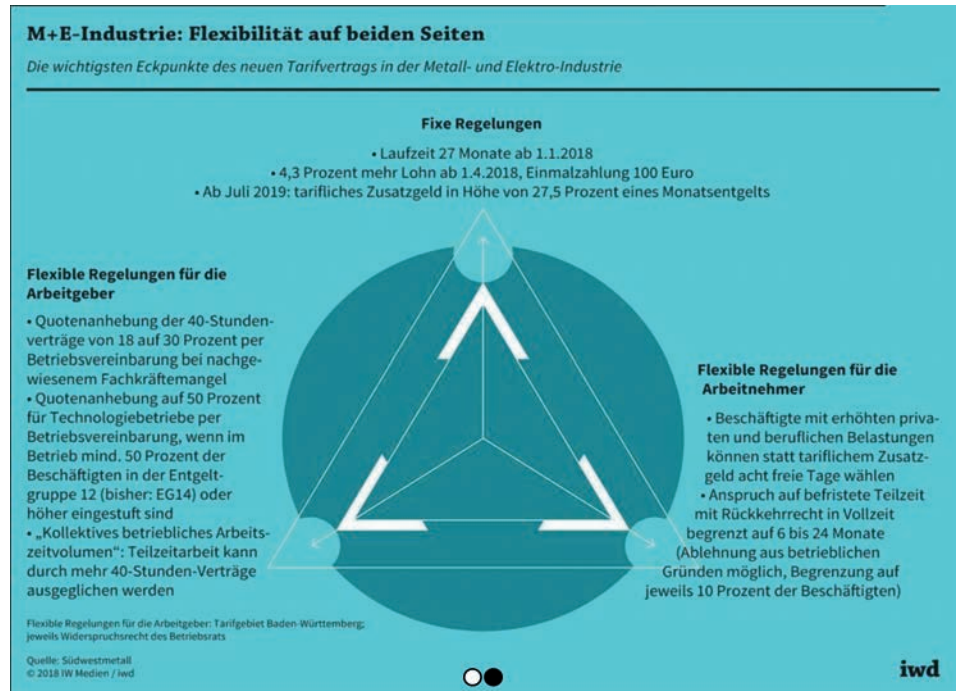
**Die Kaufkraft:** Das Argument, möglichst hohe Lohnabschlüsse seien gut für die gesamte Wirtschaft, ist unter Ökonomen mehr als umstritten. Einfach, weil nie das gesamte Lohnplus wieder ausgegeben wird, auch nicht bei noch so niedrigen Zinsen. Somit kosten die Unternehmen höhere Löhne mehr als sie an Umsatz zurückbringen. Der Spielraum ist da, aber kleiner: Entscheidend sind die Inflationsrate und der Produktivitätsgewinn, also mehr produzierte Waren von der gleichen Menge an Beschäftigten. Er liegt im Schnitt bei rund einem Prozent, die Inflation [bei ca. 1,5 %], der Spielraum beträgt somit [ca. 2,5] Prozent.

**Fachkräftemangel:** Natürlich wird der zunehmende Konkurrenzkampf um gutes Personal die Löhne nach oben treiben, dies aber von ganz allein. Der wachsende Fachkräftemangel ist inzwischen das größte Problem vieler Unternehmen. Die von der IG Metall geforderten weiteren Arbeitszeitverkürzungen würden diese Fachkräftelü-



cke noch vergrößern und den Standort massiv gefährden. Die IG Metall fordert einen tariflichen Anspruch auf eine 28-Stunden-Woche mit Rückkehrrecht in Vollzeit für alle und einen Lohnausgleich für bestimmte Beschäftigtengruppen. Der Kunde entscheidet, wann was produziert werden muss – und daher, wann Arbeit geleistet werden muss. Wie immer auch neue Modelle aussehen können: Die anfallende Arbeit muss geleistet werden können. Höhere Löhne führen zu höheren Preisen, was auch die Wettbewerbsfähigkeit vermindert und somit Arbeitskräfte kosten kann. Die Produktion kann bei zu hohen Kosten ins Ausland verlagert werden.

© vgl. [www.derwesten.de/wirtschaft/fuenf-argumente-fuer-eine-lohnerhoehung-und-fuenf-dagegen-id9651124.html](http://www.derwesten.de/wirtschaft/fuenf-argumente-fuer-eine-lohnerhoehung-und-fuenf-dagegen-id9651124.html), <https://zukunft-statt-zu-teuer.de/argumente-fakten/me-konjunktur/>



M 28 Darstellung der Verhandlungsergebnisse aus Arbeitgebersicht

© [www.iwd.de/artikel/der-neue-tarifvertrag-in-der-m-e-industrie-steht-379003/](http://www.iwd.de/artikel/der-neue-tarifvertrag-in-der-m-e-industrie-steht-379003/)

**M 27 Strategie von Südwestmetall (Arbeitgeberverband)**

**Erwartungen der Öffentlichkeit**

- Die deutsche Volkswirtschaft soll weiterhin wachsen, die Arbeitslosigkeit gering bleiben.
- Die Arbeitnehmer sollen zwar einen fairen Anteil am Erwirtschafteten bekommen, um den Konsum anzukurbeln, doch überzogene Forderungen sind abzulehnen, da dies die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen



**Südwestmetall (Arbeitgeberverband)**

- **Machtmittel:** hohe Zahl an Mitgliedsunternehmen, die in den letzten Jahren gut verdient haben und deshalb auch ein paar Streiktage überstehen können, Druckmittel: Aussperrung
- **Interessen:** Mitglieder gewinnen/halten und Wiederwahl der Verbandsspitze (Legitimation notwendig)
- **wirtschaftspolitische Überzeugung:** moderate Löhne stärken die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung / je nach Auftragslage müssten die Arbeitnehmer flexibel sein, auch mehr zu arbeiten



**Verbandsmitglieder**

- wollen deutlich höhere Löhne vermeiden und die Arbeitszeit so flexibilisieren, dass auch mehr gearbeitet werden kann
- (Warn-)Streiks führen zumindest kurzfristig zu Umsatz- und Gewinneinbußen

**Unternehmen, die nicht im Verband organisiert sind:**

- wollen deutlich höhere Löhne vermeiden und die Arbeitszeit so flexibilisieren, dass auch mehr gearbeitet werden kann
- können auch von Streiks betroffen sein
- wollen zum Teil Löhne unter Tarifvereinbarungen zahlen

# Soll der Staat einen Mindestlohn garantieren?

## M 29 Was heißt Mindestlohn?

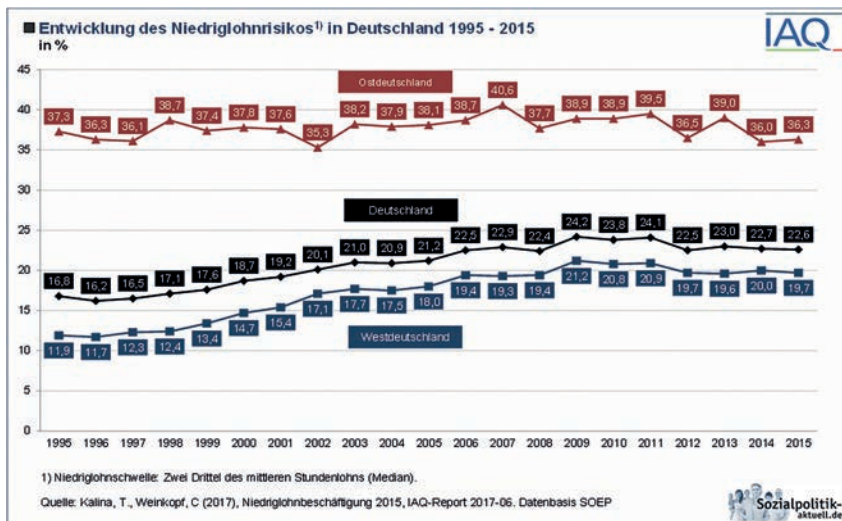
Der Mindestlohn ist die Untergrenze eines Lohns, der nicht unterschritten werden darf. In Deutschland gilt seit 2015 der gesetzliche Mindestlohn. Damit ist festgelegt, dass Arbeitnehmer/innen mindestens 8,84 Euro pro Zeitstunde (Stand 2017) erhalten müssen. In einigen Berufen gibt es auch Mindestlöhne, die höher sind als der gesetzliche Mindestlohn. Der Staat kontrolliert, ob der gesetzliche Mindestlohn eingehalten wird. Anspruch auf den Mindestlohn haben alle Arbeitnehmer/innen. Allerdings gilt das nicht für Schülerinnen und Schüler während eines Schülerpraktikums. Auch jugendliche Arbeitnehmer/innen und Auszubildende haben keinen Anspruch auf Mindestlohn.

© ugl. bpb, Das junge Politik-Lexikon, [www.hanisauland.de](http://www.hanisauland.de)



M 32 »Ohne Job - Mit Job!«

© Thomas Pläßmann, 2018



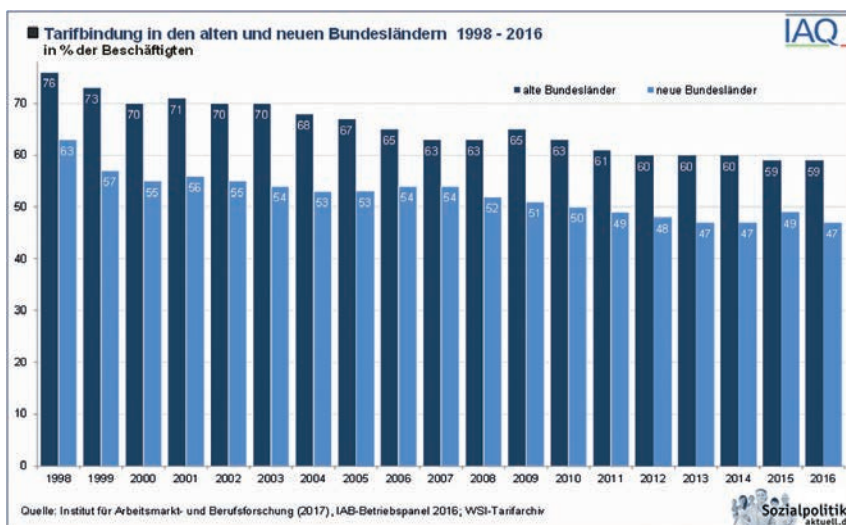
## M 33 Was heißt Niedriglohn?

Löhne werden in Deutschland durch Tarifverträge oder frei durch einzelvertragliche Lösungen geregelt. Bei diesen werden die Arbeitsbedingungen mit jedem Mitarbeiter eines Unternehmens einzeln festgelegt. Damit das nicht in einem Regelungswirrwarr ausartet, verwenden die Personalabteilungen oft standardisierte Arbeitsverträge.

Der Niedriglohn ist die Entlohnung eines Arbeitnehmers in der Regel unterhalb des jeweiligen Tariflohns, ohne dass er damit trotz Vollzeitbeschäftigung sein Existenzminimum sichern kann. Dem soll durch Mindestlöhne entgegengewirkt werden. Wer trotz Erwerbstätigkeit mit seinen Einkommen unterhalb des Existenzminimums bleibt, hat Anspruch auf Aufstockung bis zur Grundsicherung für Arbeitssuchende. 2014 gab es 1,3 Mio. sogenannte Aufstocker. Aufstocken bedeutet, dass auf Antrag das eigene Arbeitseinkommen durch Leistungen des Arbeitslosengelds II (»Hartz IV«) ergänzt werden kann.

© ugl. bpb, Politik-Lexikon

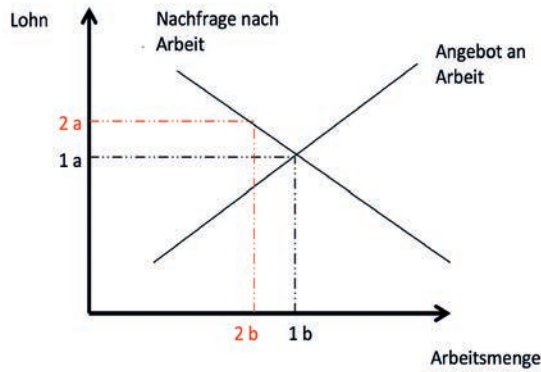
## M 30 »Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland« © [www.sozialpolitik-aktuell.de/einkommen-datensammlung.html#tarifbindung\\_tarifverdienste](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/einkommen-datensammlung.html#tarifbindung_tarifverdienste)



## M 31 »Tarifbindungen in den alten und neuen Bundesländern« © [www.sozialpolitik-aktuell.de/einkommen-datensammlung.html#tarifbindung\\_tarifverdienste](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/einkommen-datensammlung.html#tarifbindung_tarifverdienste)

**M 34 Lückentext: Der Arbeitsmarkt im neoklassischen Modell (vgl. dazu M36)**

Auf dem Arbeitsmarkt bieten die Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft an, die von den Unternehmen nachgefragt wird. Der Preis ist dabei der Lohn, der für die Arbeitskraft bezahlt wird. Der Markt ist durch das Zusammentreffen von \_\_\_\_\_ und \_\_\_\_\_ gekennzeichnet. Das Preis-Mengen-Diagramm stellt den \_\_\_\_\_ in den Mittelpunkt: Man geht davon aus, dass der Preis die angebotene bzw. nachgefragte Menge bestimmt und nicht umgekehrt. Das »Gesetz« der Nachfrage, auf den Arbeitsmarkt übertragen, besagt: Mit steigendem Preis (Lohn) \_\_\_\_\_ die Nachfrage nach Arbeit, mit sinkendem Preis \_\_\_\_\_. Unter dem Angebot versteht man auf dem Arbeitsmarkt die Menge an Arbeitskraft, die Arbeitnehmer verkaufen wollen. Das »Gesetz« des Angebots besagt, dass mit steigendem Preis (Lohn) die angebotene Menge \_\_\_\_\_. Beim Gleichgewichtslohn \_\_\_\_\_ die angebotene Menge der nachgefragten Menge. Bei einem Lohn, der über dem Gleichgewichtslohn liegt, würden mehr Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft anbieten als \_\_\_\_\_ nachfragen, sodass \_\_\_\_\_ entsteht. Nach dem neoklassischen Modell entsteht Arbeitslosigkeit, wenn der Lohn \_\_\_\_\_ dem Gleichgewichtslohn liegt, sie geht zurück, wenn die Löhne \_\_\_\_\_. Ein Mindestlohn, der ja über dem Gleichgewichtslohn liegt, führt folglich \_\_\_\_\_.

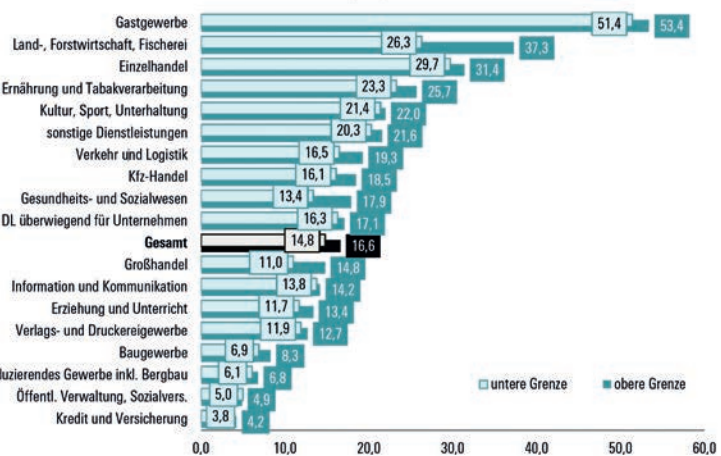


1 a Gleichgewichtslohn  
1 b Jobs bei Gleichgewichtslohn  
2 a Mindestlohn  
2 b Jobs bei Mindestlohn

M 36 »Der Arbeitsmarkt nach dem neoklassischen Modell«

© Ralf Engel

Arbeitnehmer mit Bruttostundenlöhnen unter 8,50 € nach Branchen (2014) – Anteil in %



Berechnungsgrundlage: Bruttostundenverdienste ohne Sonderzahlungen. Abhängig Beschäftigte ab 18 Jahren ohne Auszubildende, Personen in ABM-Maßnahmen oder in Werkstätten für Behinderte. Keine Praktikanten oder Personen in Altersteilzeit. Obere Grenze: Berechnung des Bruttostundenlohns auf Basis der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Untere Grenze: auf Basis der vereinbarten Wochenarbeitszeit, wenn Überstunden durch Freizeit abgegolten werden.

Quelle: SOEP v31; Berechnungen des WSI.

WSI

M 37 »Bruttostundenlöhne unter 8,50 € (2014)«

© www.boeckler.de/pdf/p\_wsi\_report\_28\_2016.pdf

Veränderung der Bruttostundenverdienste 3. Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahresquartal (in %) – in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

	Gesamt	West	Ost
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	<b>3,1</b>	<b>2,6</b>	<b>5,1</b>
Schlachten und Fleischverarbeitung; Fischverarbeitung	5,6	4,2	11,1
Baugewerbe	3,0	2,1	5,6
<b>Dienstleistungsbereich</b>	<b>1,5</b>	<b>1,2</b>	<b>2,9</b>
Einzelhandel	3,3	2,2	11,0
Verkehr und Lagerei	2,1	1,7	4,2
Gastgewerbe	2,9	2,1	8,6
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	4,2	2,8	10,4
Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	3,8	2,5	7,2
Sonstige überwiegend persönliche Dienstleistungen	1,7	1,0	7,0
<b>Gesamt</b>	<b>2,0</b>	<b>1,7</b>	<b>3,6</b>

Berechnungsgrundlage: Bruttostundenverdienste ohne Sonderzahlungen. Voll- und Teilzeitbeschäftigte ArbeitnehmerInnen ohne geringfügig Beschäftigte.

Quelle: Statistisches Bundesamt. Vierteljährliche Verdiensterhebung; Berechnungen des WSI.

WSI

**M 35 IAB: »Bisherige Erkenntnisse zu den Auswirkungen des Mindestlohns«**

Die positive Entwicklung kann strenggenommen allerdings noch nicht als Beleg dafür genommen werden, dass der Mindestlohn unschädlich für die Beschäftigung war – schließlich hätte die Beschäftigung ohne Mindestlohn noch stärker steigen können. (...) Eine solide Evaluation erfordert einen Vergleich der Beschäftigung nach Inkrafttreten des Mindestlohns mit der hypothetischen Situation, dass der Mindestlohn nicht eingeführt worden wäre. Eine solche Evaluation ist nur schwer möglich. Der Mindestlohn könnte etwa eine Zurückhaltung bei den Neueinstellungen bewirkt haben

M 38 »Veränderungen der Bruttoverdienste nach Einführung des Mindestlohns (2015)« © www.boeckler.de/pdf/p\_wsi\_report\_28\_2016.pdf

und sich weniger in Entlassungen widerspiegeln. (...) Auch die Konjunktursituation könnte eine Rolle spielen.

© http://doku.iab.de/aktuell/2016/aktueller\_bericht\_1601.pdf

**Sozialversicherungspflichtige und geringfügig Beschäftigte**  
 Veränderung zum Vorjahr, Oktober 2015

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte	Deutschland		West		Ost	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Gastgewerbe	62.200	6,6	47.700	6,6	14.500	6,7
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	75.300	5,7	62.500	6,3	12.700	3,9
Leiharbeit	39.400	4,9	33.100	5,1	6.200	3,8
Heime und Sozialwesen	93.100	4,5	78.100	4,9	15.000	3,3
Verkehr und Lagerei	63.500	4,0	52.800	4,1	10.900	3,5
Immobilien, wissenschaftl. und techn. Dienstleistungen	68.700	3,1	54.000	3,0	14.700	3,9
Information und Kommunikation	27.300	2,9	19.900	2,5	7.300	4,8
Gesundheitswesen	54.300	2,4	44.900	2,4	9.200	2,1
Sonst. Dienstleistungen, private Haushalte	22.900	2,1	22.100	2,5	800	0,3
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	4.800	2,0	5.800	3,9	-1.000	-1,1
Handel, Rep. von Kfz	82.600	1,9	66.800	1,9	15.800	2,2
Erziehung und Unterricht	21.400	1,8	18.400	2,1	2.900	1,0
Baugewerbe	27.100	1,6	27.300	2,0	-200	-0,1
Verarbeitendes Gewerbe	70.800	1,1	65.300	1,1	5.600	0,6
Öffentl. Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	6.600	0,4	12.200	0,9	-5.600	-1,4
Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	-100	0,0	700	0,1	-900	-0,8
Bergbau, Ver- und Entsorgung	-4.100	-0,8	-3.100	-0,7	-1.000	-0,8
<b>Insgesamt</b>	<b>713.000</b>	<b>2,3</b>	<b>608.500</b>	<b>2,4</b>	<b>107.000</b>	<b>1,9</b>
<b>Geringfügig Beschäftigte</b>						
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	-200.800	-4,0	-149.800	-3,4	-48.400	-7,3
Im Nebenjob	68.300	2,7	63.300	2,8	6.400	2,8
<b>Insgesamt</b>	<b>-132.600</b>	<b>-1,8</b>	<b>-86.500</b>	<b>-1,3</b>	<b>-42.000</b>	<b>-4,7</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2016)

WSI

**M 39 »Sozialversicherungspflichtige und geringfügig Beschäftigte nach Einführung des Mindestlohns«**

© www.boeckler.de/pdf/p\_wsi\_report\_28\_2016.pdf

**M 40 Arbeitsrechte.de: »Mindestlohn: Pro- und Contra-Argumente zur gesetzlichen Lohnuntergrenze«**
**Pro-Argumente für den Mindestlohn:**

Die Meinungen zum Mindestlohn gehen in Deutschland auseinander. Einige wünschen sich Gerechtigkeit beim Einkommen und bringen ausschließlich Argumente für den Mindestlohn vor. Wer Vollzeit arbeiten geht, soll schließlich auch davon leben können. Keine Lohnarmut mehr: Viele Menschen, die sich vor 2015 in einem Vollzeit-Arbeitsverhältnis befanden, konnten trotzdem nicht für ihre Lebenskosten aufkommen und waren auf die Unterstützung vom Staat angewiesen. Dies sollte durch die Einführung des Mindestlohns verhindert werden und soziale Gerechtigkeit sicherstellen. (...) Entlastung des Staates: Weniger Menschen sind auf Leistungen des Staates angewiesen, da sie durch den Mindestlohn besser bezahlt werden und ihren Lebensunterhalt allein bestreiten können. Förderung der Produktivität:(...) Wird eine Arbeit gut bezahlt, sind Arbeitnehmer auch motivierter und geben sich möglicherweise mehr Mühe. Wirkt Lohndumping entgegen: Um billiger produzieren zu können als die Konkurrenz, greifen Unternehmen oft auf Arbeitskräfte aus Ländern zurück, in denen weitaus weniger gezahlt wird. In Deutschland müssen diese jedoch ebenfalls Mindestlöhne erhalten. So entstehen außerdem keine Nachteile für deutsche Arbeitnehmer. »Generation Praktikum« gibt es kaum noch: Trotz Studium oder abgeschlossener Ausbildung erhielten Berufseinsteiger einen sehr geringen Lohn, obwohl sie zum

Erfolg des Unternehmens beitragen. Dieses Unterfangen gehört nun ebenfalls der Vergangenheit an, da auch diese Gruppe einen Lohn in Höhe von 8,84 Euro brutto erhalten muss. Binnennachfrage wird angekurbelt: Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich beim Mindestlohn um eine gesetzlich festgelegte Untergrenze handelt. Große Sprünge können damit entsprechend nicht gemacht werden, was dafür spricht, dass ein Großteil des Mindestlohns dem Kreislauf der Wirtschaft wieder zugeführt wird. **Contra-Argumente gegen den Mindestlohn**

**Verlust von Arbeitsplätzen:** Contra den Mindestlohn spricht beispielsweise, dass einige Unternehmen die Anzahl ihrer Mitarbeiter reduzieren müssen, da sie es sich schlichtweg nicht leisten können, allen den Mindestlohn zu zahlen. Auch sogenannte »Minijobs« fallen teilweise weg. Preissteigerungen: Da nun – abgesehen von einigen Ausnahmen vom Mindestlohn – alle Arbeitnehmer

mit 8,84 Euro brutto in der Stunde entlohnt werden müssen, sind die Kosten für Verbraucher ebenfalls gestiegen. Dies macht sich vor allem bei Dienstleistungen (z. B. in Friseursalons) bemerkbar. Erschwerter Einstieg in die Arbeitswelt: Nummer drei der Contra-Argumente beim Mindestlohn ist, dass in den ersten sechs Monaten eines neuen Arbeitsverhältnisses Langzeitarbeitslose keinen Mindestlohn erhalten. Dies macht es in der Regel schwieriger, wieder Fuß auf dem Arbeitsmarkt zu fassen. (...) **Fachkräftemangel:** (...) Da seit 2015 in Deutschland auch ohne abgeschlossene Ausbildung der Mindestlohn gezahlt werden muss, entscheiden sich viele junge Menschen gegen eine meist schlechter bezahlte Lehre. Dies führt zu einem ohnehin schon hohen Mangel an Fachkräften.

© www.arbeitsrechte.de/mindestlohn-pro-contra/

**M 41 Christian Siedenbiedel, FAZ, 3.11.2013: »Mindestlohn im Faktencheck«**

Zumindest in volkswirtschaftlichen Lehrbüchern ist die Wirkung von Mindestlöhnen ganz einfach: Sie wird anhand des sogenannten neoklassischen Modells erklärt. Darin gibt es zwei Linien: Die eine steht für das Angebot von Arbeit durch die Arbeitnehmer, die andere für die Nachfrage nach Arbeitern durch die Arbeitgeber. An einer Stelle schneiden sich die Linien: dort sind Angebot und Nachfrage gleich groß und dieser Lohn (er wird »Gleichgewichtslohn« genannt) kommt heraus, wenn der Markt funktioniert und der Staat sich raushält. Ein

Mindestlohn, der über dem Gleichgewichtslohn liegt, führt in diesem Modell zu Arbeitslosigkeit. (...) Passt das Modell der neoklassischen Ökonomen zu unserer Wirklichkeit? (...)

Eine (...) Voraussetzung für das Lehrbuchmodell ist, dass das Angebot von Arbeit sich verhält wie das Angebot einer Ware. Ob das stimmt, darüber gibt es in der Ökonomie seit langem Streit. Schon Walter Eucken (1891–1950) hielt eine »Anomalie auf dem Arbeitsmarkt« für möglich. Was ist damit gemeint? Anders als bei Waren muss das Angebot von Arbeit nicht kontinuierlich mit dem Preis steigen und fallen. Wenn Leute sehr wenig verdienen und der Lohn sinkt, arbeiten sie unter Umständen sogar mehr, um über die Runden zu kommen: Sie sind nämlich auf das Einkommen angewiesen. (...) Eine Kernthese der neoklassischen Theorie ist, dass der Lohn nicht ohne Schaden durch einen staatlichen Eingriff von der Produktivität der Arbeit abgekoppelt werden kann: Das heißt, die Kosten für einen Arbeitsplatz dürfen durch einen Mindestlohn nicht auf Dauer über dem Ertrag des Unternehmens durch die Arbeit liegen. Sonst streicht der Unternehmer Arbeitsplätze – oder geht selbst pleite. Allerdings gibt es ökonomische Studien, die zeigen, dass die Produktivität keineswegs starr und völlig unabhängig vom Lohn ist. Am Beispiel von Dachdeckern und Mitarbeitern in Altenheimen haben Wissenschaftler gezeigt, dass diese unter Umständen produktiver arbeiten, wenn sie einen höheren Lohn bekommen und das Gefühl



M 42 »Moderner Arbeitsmarkt«

© Gerhard Mester, 2016

haben, dass ihre Arbeit angemessene Wertschätzung erfährt. (...) Höhere Löhne bedeuten nicht nur höhere Kosten fürs Unternehmen, sondern auch mehr Geld in der Tasche der Arbeitnehmer. In Deutschland konnte man diesen »Kaufkrafteffekt« in den vergangenen Jahren gut beobachten: Die Lohnabschlüsse waren ordentlich und der Konsum hat entsprechend zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Dieser Effekt wird im Arbeitsmarktmodell der neoklassischen Theorie vernachlässigt – dafür betonen ihn keynesianische Ökonomen. Für den Mindestlohn heißt das: Wenn in einer strukturschwachen Region viele Leute von niedrigen Löhnen gelebt haben, kann die Einführung des Mindestlohns die Kaufkraft stärken. (...)

© [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/die-wichtigsten-argumente-mindestlohn-im-faktencheck-12645638.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/die-wichtigsten-argumente-mindestlohn-im-faktencheck-12645638.html)

**AUFGABEN:**

1. Analysiere auf der Basis von M29 bis M31, weshalb der Staat die Notwendigkeit sah, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen.
2. Erkläre, mit Hilfe des Preis-Mengen-Diagramms (M36) sowie des Lückentextes (M34), wie im neoklassischen Marktmodell Arbeitslosigkeit entsteht und folglich der Mindestlohn wirken muss.
3. Wenn der Arbeitsmarkt wie ein »normaler Markt« funktioniert, führt ein Mindestlohn zu erhöhter Arbeitslosigkeit. Überprüfe diese Wirkung, indem du geeignete Hypothesen bildest und diese mittels M35- M39 überprüfst:

Zur Hypothesenbildung: »Wenn der Arbeitsmarkt wie ein normaler Markt funktioniert, dann müssen durch den Mindestlohn vor allem die Arbeitsplätze verloren gehen, in denen vorher \_\_\_\_\_ bezahlt wurde. Dies trifft v.a. auf folgende Branchen zu: \_\_\_\_\_«

4. Analysiere, wie sich die Arbeitsplätze in den thematisierten Branchen entwickeln. (Überprüfung der Hypothese)

5. Der Mindestlohn hatte – zumindest mittelfristig – andere Folgen als das neoklassische Marktmodell vorausagt. Vergleiche das Modell mit der Realität anhand von M41 sowie folgender Situationen.

- (a) Einem Arbeitnehmer, Alleinverdiener einer vierköpfigen Familie, der sich gerade ein Haus gebaut hat, wird das Weihnachtsgeld sowie das 13. Monatsgehalt gekürzt. Begründe, wie er sich nach dem Modell ggf. in der Realität verhalten wird.
- (b) Ein Topverdiener, der sich auch gesellschaftlich stark engagiert und großes Interesse an Kunstgeschichte hat, bekommt eine 10-prozentige Lohnerhöhung. Begründe, wie er sich nach dem Modell bzw. ggf. in der Realität verhalten wird?
- (c) Durch den Mindestlohn konnten einige Arbeitnehmer ihren Lohn erhöhen. Die Haushalte werden also mehr Geld für den Konsum zur Verfügung haben. Begründe, welche Auswirkungen dies auf die Nachfrage nach Arbeitskräften nach dem Modell bzw. in der Realität haben wird.

6. Bewerte anhand der Kriterien Effizienz (Wird das angestrebte Ziel mit möglichst wenig Aufwand erreicht?) und Gerechtigkeit, inwiefern das staatliche Eingreifen in Form des Mindestlohns sinnvoll ist. Berücksichtige dabei auch die Perspektive (1) eines Arbeitslosen, (2) eines Niedriglöhners, (3) eines Unternehmers der Exportindustrie, (4) eines selbstständigen Friseurmeisters aus Ostdeutschland sowie (5) des Staates.

# 6. Handel im Wandel - Hat der stationäre Handel eine Überlebenschance?

Ein aufmerksamer Gang durch die Fußgängerzone oder eines Shopping Centers in deutschen Städten zeugt von einem tiefgreifenden Wandel in der stationären Textilhandelsbranche. Kleinere Läden und Boutiquen kommen und gehen, viele Geschäftsräume in bester Lage stehen monatelang leer und vertikale Einzelhandelsketten, wie zum Beispiel H&M, Primark, Esprit oder Zara, sorgen dafür, dass sich das äußere Erscheinungsbild deutscher Fußgängerzonen immer mehr angleicht. Laut der Studie der Unternehmensberatungsgesellschaft KPMG »Fashion 2025 - Studie zur Zukunft des Fashion-Markts in Deutschland« ist »der Fashion-Markt seit Jahren starken strukturellen Veränderungen unterworfen. Ausgelöst durch eine ausgeprägte Preisorientierung der Verbraucher, Produktionsverlagerungen nach Asien und entsprechend sinkenden Preisen, hatte die Branche [...] mit deutlichen Einbußen zu kämpfen.« (KPMG (Hrsg): Fashion 2025. Studie zur Zukunft des Fashion-Markts in Deutschland, 2015, S. 11). Dem Verdrängungsprozess sehen sich insbesondere kleinere und mittlere inhabergeführte Unternehmen ausgesetzt. Neben der starken Konkurrenz durch den vertikalen Einzelhandel macht dem klassischen Einzelhandel vor allem der rasant ansteigende Online-Handel (z.B. Zalando, Best Secret, Amazon) zu schaffen. Experten schätzen den Marktanteil des Online-Handels mittlerweile auf 20-25 Prozent. So kann seit einigen Jahren festgestellt werden, dass sich der textile Einzelhandel in Deutschland in einem tiefgreifenden Strukturwandel befindet. Auch vertikale Einzelhändler, die das »from sheep to store«-Vertriebskonzept verfolgen, bleiben hiervon nicht verschont. So führten beispielsweise zu Beginn des Jah-

Abb 2 Wertschöpfungskette im klassischen Einzelhandel

Stoffherstellung	Entwurf und Produktion	Verkauf
kleine Spinnereien, in der Regel unbekannt	z.B. Esprit, BOSS, S.Oliver, Marc O`Polo u.a.	z.B. Breuninger, Karstadt, Kaufhof, Peek&Cloppenburg
Herstellung unterschiedlicher Produkte, z.B. aus Baumwolle, Schafwolle, synthetische Produkte	Herstellung verschiedener Produkte, verschiedene Preisklassen, unterschiedliche Qualität	Unterschiedliche Sortimentzusammenstellung, unterschiedliche Zielgruppen, unterschiedliche Konzepte

res 2018 schlechte Zahlen, Konkurrenzdruck und Imageprobleme (z.B. durch Rassismus-Vorwürfe) den Aktienkurs der schwedische Kette Hennes & Mauritz in einen enormen Abwärtstrend, unter dessen Folgen das Unternehmen immer noch zu kämpfen hat.

Die Modebranche ist einem rasanten digitalen Wandel ausgesetzt. Dabei wird die durch die Digitalisierung hervorgerufene Herausforderung zunehmend aber nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance zur Weiterentwicklung sowohl des klassischen als auch des vertikalen stationären Einzelhandels gesehen. Dabei lassen sich unterschiedliche »Erfolgs-«Rezepte, die die Akteure anwenden, untersuchen und bewerten.

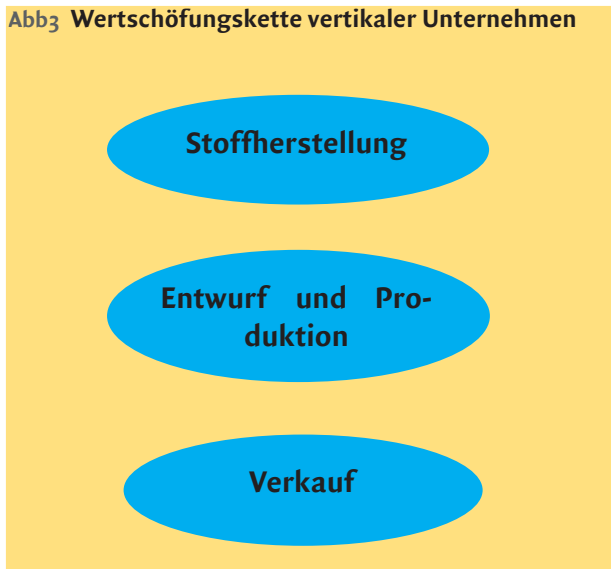
Bei der Beantwortung der Frage nach der Überlebenschance des stationären Handels gilt es, diverse Einflussfaktoren auf die künftige Entwicklung des Marktes zu berücksichtigen: Vertikalisierung, Onlinehandel, Preise, Konjunktur, Konsumverhalten. Je nach Akzentuierung lassen sich verschiedene Szenarien zur zukünftigen Entwicklung des stationären Textilhandels gestalten. Das vorliegende Unterrichtskonzept greift das Thema »Fashion/Mode« wieder auf, welches bereits im Zentrum

des Unterrichtsmodells »Fast oder Slow Fashion - Eine Entscheidung jugendlicher Konsumenten?« (vgl. Der Beutelsbacher Konsens und die neuen Bildungspläne. Unterrichtsmodelle für Gmk und WBS in BW in der Sek. I) stand. Während es dort um die Analyse und Bewertung ökonomischer Lebenssituationen von Verbrauchern (Konsumenten) ging, knüpft dieser Teil nun im Bereich »Erwerbstätige« an Lebenssituationen an, die die wirtschaftliche Rolle des Unternehmers thematisieren. Am Beispiel des textilen Einzelhandels sollen Ziele unternehmerischer Tätigkeiten

Abb 1 Stationäre Handelsformen

	Klassischer Einzelhandel	Vertikaler Einzelhandel
<b>Merkmal</b>	Vertrieb zugekaufter Ware	Vertrieb selbst hergestellter Ware
<b>Beispiele</b>	Breuninger, Karstadt, Kaufhof, Peek&Cloppenburg, Inhaber geführte Boutiquen	ZARA, Hennes&Mauritz, Mango, Primark, Esprit, Marc O`Polo, S.Oliver, Tom Tailor

Abb3 Wertschöpfungskette vertikaler Unternehmen



(wirtschaftliche, soziale, ökologische) untersucht und mögliche Zielkonflikte beurteilt werden. Bei der Bewertung der Umsetzung unternehmerischer Ziele müssen selbstverständlich diverse Stakeholder berücksichtigt werden (z.B. Beschäftigte, Kunden, Lieferanten), so dass eine Bewertung stets die Multiperspektivität zugrunde liegt.

Das Kompetenzmodell des Bildungsplans WBS 2016 (BP 2016, Leitgedanken zum Kompetenzerwerb) fordert genau diese bei der Analyse innerhalb der drei Dimensionen »Individuelle Dimension«, »Dimension wirtschaftlicher Beziehungen« und Dimension Ordnung und System«. Ganz im Sinne des Beutelsbacher Konsenses können



Abb4 »Neues Textil-Ökosiegel«

© Denis Metz, [www.schnabulak24.de/neues-textil-oekosiegel/](http://www.schnabulak24.de/neues-textil-oekosiegel/)

durch unterschiedliche Perspektiven beispielsweise die Modelle der »Konsumenten-« und »Produzenten-souveränität« beurteilt werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen aus dem beiden Perspektiven heraus untersuchen, ob bzw. wie diese Modelle neuen Marketingkonzepten von Modehändlern zugrunde liegen.

**Bildungsplanbezüge:**

**Prozessbezogene Kompetenzen**

- Die Schülerinnen und Schüler können
- »ökonomische Phänomene und Probleme erkennen und selbstständig Fragen zu Ursachen, Verlauf und Ergebnissen ökonomischer Prozesse entwickeln« (Analysekompetenz)
  - »modellhaftes Denken nachvollziehen und in Modellen denken (zum Beispiel ... ökonomisches Verhaltensmodell) und das Verhältnis von Modell und Wirklichkeit reflektieren« (Analysekompetenz)
  - »Möglichkeiten und Grenzen ökonomischen Verhaltens unter ökonomischen, politisch-rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Nachhaltigkeitsaspekten analysieren« (Analysekompetenz)
  - »ökonomisches Handeln unter Sach- und Wertaspekten kriterienorientiert (zum Beispiel ..., Effizienz, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität) beurteilen bzw. bewerten« (Urteilskompetenz)
  - »die Interessenkonstellationen zwischen ökonomisch Handelnden beurteilen« (Urteilskompetenz)
  - »die - auch langfristigen - Folgen ökonomischen Verhaltens auf andere Akteure unter Nachhaltigkeitsaspekten beurteilen und Handlungsoptionen überprüfen« (Handlungskompetenz)

**Inhaltsbezogene Kompetenzen  
(mit prozessbezogenen Kompetenzen geschult)**

- 3.1 Klassen 8/9/10
  - 3.1.2 Erwerbstätiger
  - 3.1.2.3 Unternehmer
- Die Schülerinnen und Schüler können Chancen und Risiken unternehmerischer Selbstständigkeit erörtern und Ziele von Unternehmen sowie Zielkonflikte zwischen Unternehmen und Stakeholdern bewerten. Sie können gesellschaftliche, staatliche sowie globale Rahmenbedingungen für den Erfolg eines Unternehmens beurteilen.
- Die Schülerinnen und Schüler können
- »Zusammenhänge betrieblicher Abläufe in einem Unternehmen (Beschaffung, Produktion, Absatz) erklären.«
  - »Zielbeziehungen (-harmonie, -neutralität, -konflikt) zwischen Unternehmenszielen (ökonomisch, ökologisch, sozial) beschreiben und an Beispielen erläutern.«
  - »Interessenkonflikte zwischen den Stakeholdern (Kunden, Arbeitnehmer, Zulieferer, Eigentümer, Gesellschaft) (...) im Unternehmen erläutern.«
  - »Ursachen für unternehmerischen Erfolg und unternehmerisches Scheitern charakterisieren.«

# Didaktisch-methodische Hinweise

In der Unterrichtssequenz sollen die Schülerinnen und Schüler sich schwerpunktmäßig einerseits mit unternehmerischen Entscheidungen und deren Auswirkungen befassen (I. Individuelle Dimension BP 2016) zum anderen aber auch mit der derzeitigen und zukünftigen Entwicklung einer ganzen Branche und deren Auswirkungen (II. Dimension wirtschaftlicher Beziehungen).

Zum Erfassen von Präkonzepten sollen in der 1. DS Geschäftsideen zur Gründung eines eigenen Mode-Shops entwickelt und in einem ersten Entwurf eines Business Modells (M 3) festgehalten werden. Die Materialien (M 1 - M 5) enthalten bereits wichtige Faktoren für unternehmerische Entscheidungen (z.B. Beschaffung, Distribution/Absatz, Alleinstellungsmerkmale, Kundenorientierung, Standortfaktoren).

Die Entwicklung der Branche des stationären Mode-Einzelhandels zu analysieren und zu beurteilen ist Ziel des nächsten Schrittes (2. DS). Nach einer Differenzierung des Begriffs »stationärer Handel« erarbeiten die Schülerinnen und Schüler einen Problemaufriss zum Umbruch im Textileinzelhandel (M 8 - 12) und differenzieren hierbei zwischen klassischem Einzelhandel und vertikalem Handel, sowie zwischen stationärem und Online-Handel. Die Erörterung der Bedrohungslage des stationären Handels durch Vertikalisation und Digitalisierung erfolgt in einer abschließenden Diskussion. Ebenso kontrovers lässt sich die Frage diskutieren, ob die Abläufe im Modehandel eher dem Modell der Konsumenten- oder der Produzentenouveränität folgen (M 11/M 23). Die gewonnenen Erkenntnisse aus den Diskussionen lassen sich dann anwenden auf das zuvor erstellte Business Modell (M 3), das im Zuge der fortschreitenden Unterrichtssequenz stets einer Überprüfung unterzogen werden soll. Somit

ist auch eine stete Verknüpfung der individuellen Dimension und der Dimension der wirtschaftlichen Beziehungen gewährleistet.

Eine Fallanalyse (3. DS) zu einem Unternehmen aus der bisher äußerst erfolgreichen Sparte des vertikalen Handels, Hennes & Mauritz, zeigt, dass auch dieser Weg keine Erfolgsgarantie beinhaltet. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten sich exemplarisch sowohl Erfolgsstrategien (M 14) vertikaler Unternehmen (Zusammenfassen von Betrieben vor- und nachgelagerter Produktionsstufen eines Produkts, geringe Kosten, kurze Transportwege, Vermeidung von Zwischenhändlern führen zu Agglomerationsvorteilen) als auch Faktoren, die insbesondere 2017 zu einem Absturz der Geschäftszahlen von H&M geführt haben (Standortprobleme, Digitalisierung, Konkurrenzdruck, Ausgestaltung der Ladengeschäfte, Marketingpannen). Bei der Bewertung der Entwicklung, von möglichen Folgen und natürlich auch von Lösungsansätzen für das Unternehmen sollte im Unterricht stets das Kontroversitätsgebot zugrunde gelegt sein. Dies bedeutet hier insbesondere, dass aus verschiedenen Perspektiven (z.B. Handel, Produzenten, Konsumenten) analysiert und bewertet wird.

»Gewinnstreben und Nachhaltigkeit - Passt das zusammen?« - Diese Leitfrage liegt dem nächsten Schritt (4. DS) zugrunde. Neben ökonomischen Zielen verfolgen Unternehmen ökologische und soziale Ziele. Es sollen exemplarisch Unternehmensziele, die sich am »Magischen Nachhaltigkeitsdreieck« (M 27) orientieren und Zielkonflikte erarbeitet werden. Dabei gilt es auch hier wieder, die unterschiedlichen Perspektiven interner und externer Stakeholder (z.B. Eigentümer, Beschäftigte, Kunden, Lieferanten) zu berücksichtigen. Die Stunde

bietet erneut Gelegenheit, den Entwicklungsprozess des eigenen Business Modells (M 3) fortzusetzen.

Zum Abschluss der Unterrichtssequenz soll die Frage nach der Überlebenschance des Einzelhandels mit Hilfe der Methode der »Szenario-Technik« differenziert verfolgt werden. Unter Anwendung sämtlicher Zwischenergebnisse der Sequenz erarbeiten die Schülerinnen und Schüler negative, positive Extremszenarien sowie Trendszenarien. Auch hier unterliegt die Bewertung der individuellen Perspektive.

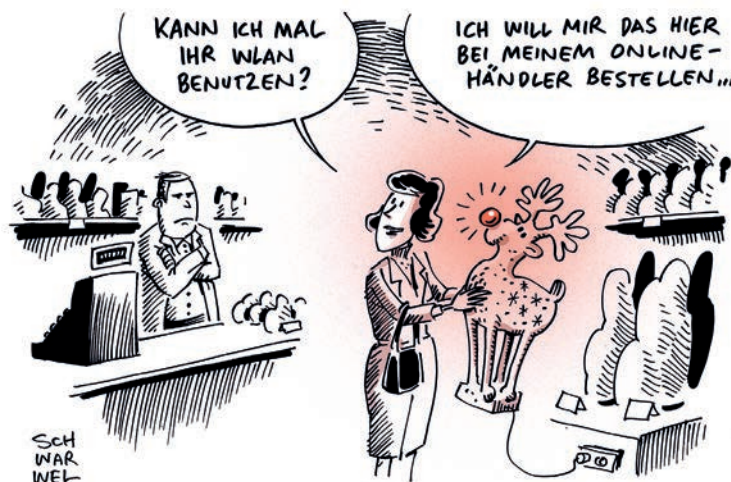


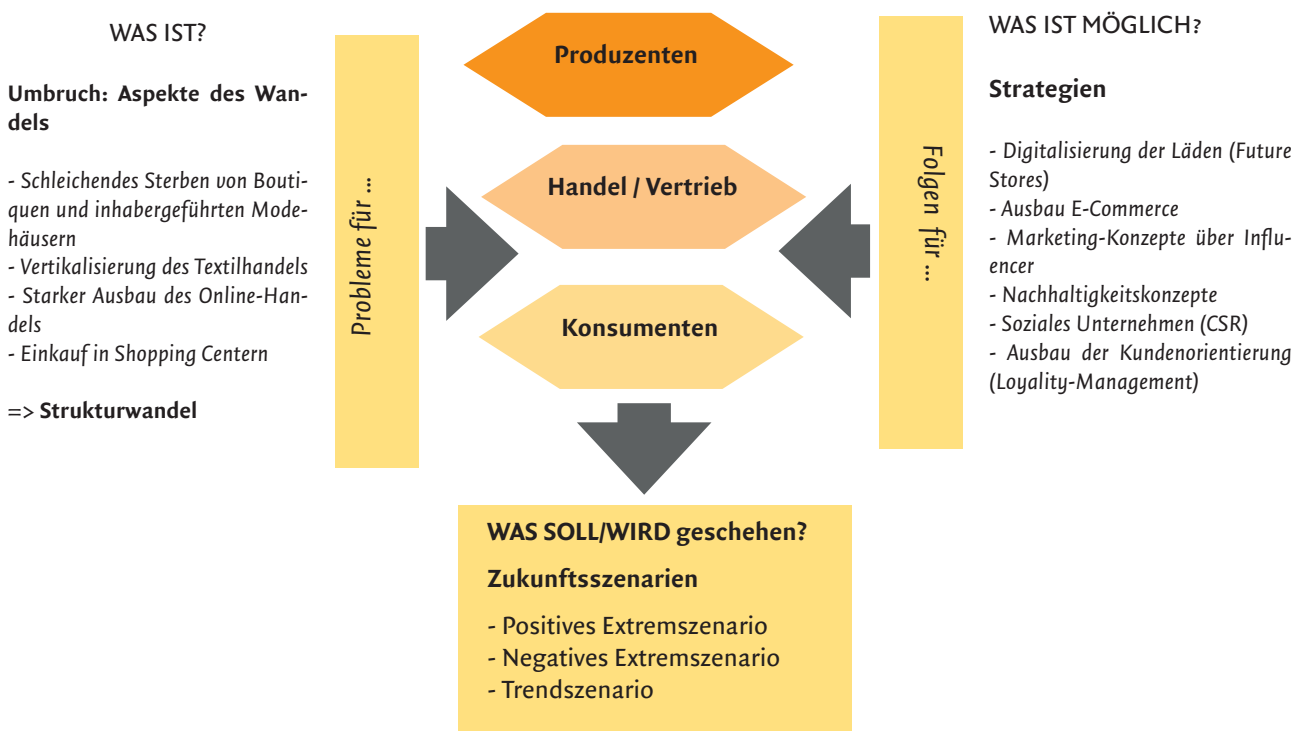
Abb 5 »Shoppern im Internet«

© Schwarwel, picture alliance / dieKLEINERT.de



Abb. 6 »HANDEL IM WANDEL« - HAT DER STATIONÄRE EINZELHANDEL EINE ÜBERLEBENSCHANCE?«		
Schritte	Inhalte	Didaktische Anmerkungen
1. Doppelstunde Von der Geschäftsidee zum eigenen Shop?	Entwicklung einer Geschäftsidee (Mode-Laden) Konzeption eines Business-Modells	GA: Erfassen von Präkonzepten (M 1 - 7)
2. Doppelstunde Handel im Wandel - Ist der stationäre Handel in Gefahr?	Problemaufriss: - Textileinzelhandel in Deutschland - Verdrängungsprozesse - Konsumenten-/ Produzentensouveränität	PA: Aspekte des Wandels im stationären Handel (M 5, 9, 10, 12) Analysekompetenz Beurteilung der Aspekte des Wandels Anwendung der Ergebnisse (M 3)
3. Doppelstunde Vertikaler Handel im Fokus - Der Fall H & M	Fallanalyse vertikales Unternehmen: - Erfolgsstrategien, Probleme, Folgen - Lösungsansätze im Vergleich	Fallanalyse: 1. Was ist? (M 13 - 17) Analysekompetenz 2. Was ist möglich?/Was soll geschehen? Analyse und Bewertung von Lösungsstrategien aus unterschiedlichen Perspektiven (M 18 - 24) Urteilskompetenz
4. Doppelstunde Gewinnstreben und Nachhaltigkeit - Passt das zusammen?	Unternehmensziele und Zielkonflikte Unterschiedliche Interessen der Stakeholder Magisches Dreieck der Nachhaltigkeit Corporate Social Responsibility	GA: Analyse M 25 - 36 Unternehmensberatung: Anwendung der Analyseergebnisse auf M 3) Urteilskompetenz Diskussion: »Gewinnstreben und Nachhaltigkeit - passt das zusammen?«
5. Doppelstunde Hat der stationäre Handel eine Überlebenschance? - Szenarien	Entwicklung verschiedener Szenarien zur Zukunft des stationären Bekleidungshandels	Szenariotechnik (M 43) Plakatgestaltung GA arbeitsteilig: - positives Extremszenario - negatives Extremszenario - Trendszenario Analysekompetenz (M 37-42) Urteilskompetenz unter Einbezug der Perspektiven von Konsumenten und Händlern

Abb. 7 Handel im Wandel: Hat der stationäre Handel eine Überlebenschance?



# Von der Geschäftsidee zum eigenen Shop ?



**M 1** Mitinhaberin Bianca Mirkovic in ihrer Boutique »Phasenreich« in München, die ausschließlich ökologisch korrekte Waren verkauft. © picture alliance, SZ Photo

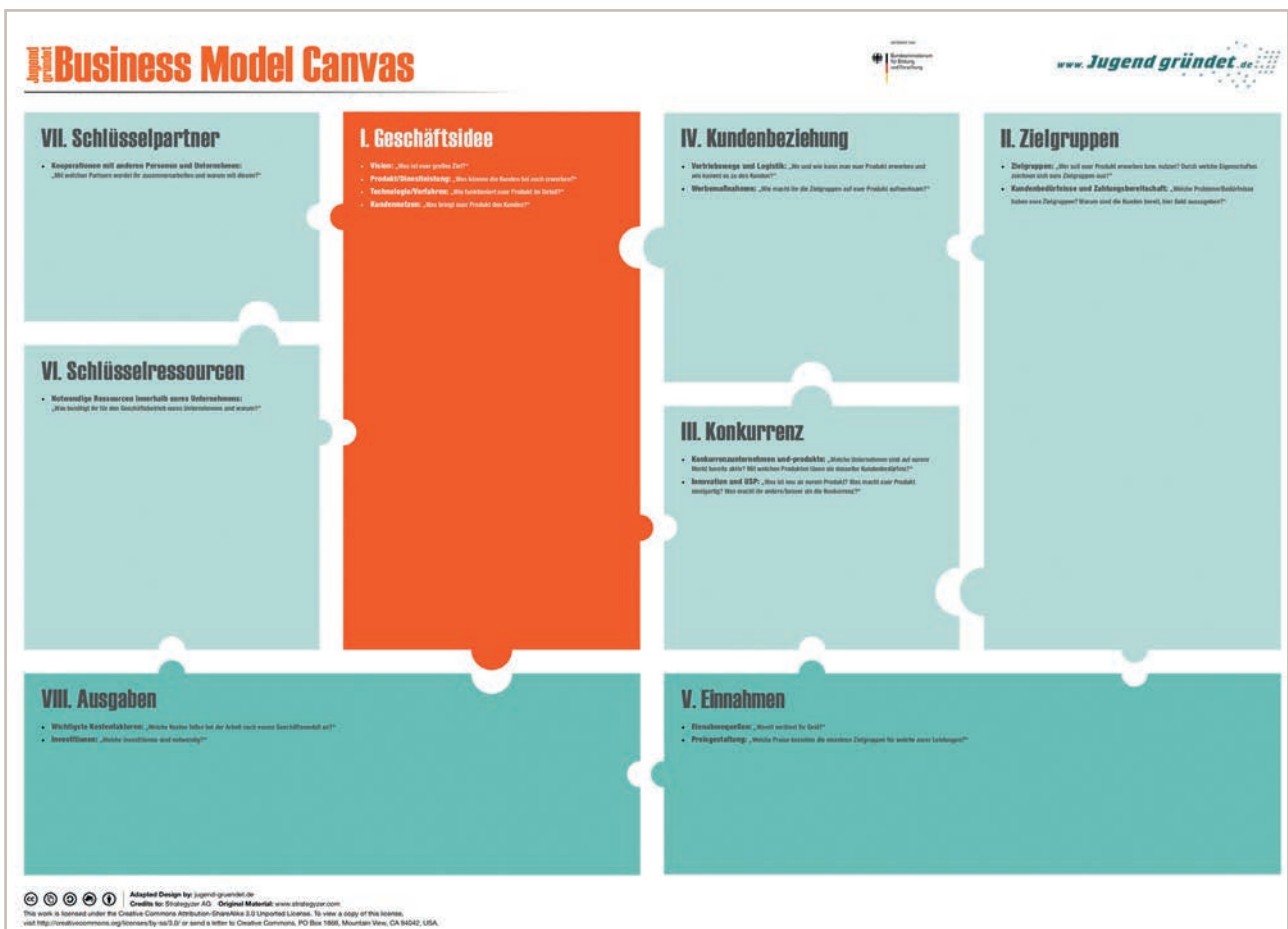
**M 2** Heinz Pottast, Blogger: »Die wichtigsten Standortfaktoren für den Einzelhandel«

Um sich der Frage nach dem optimalen Standort anzunähern, kann [...] eine Betrachtung des Kaufverhaltens und der Art der Kaufentscheidung sinnvoll sein. Welche Art der Kaufentscheidung führt zu einem Kauf Ihrer Produkte? [...] 1. Die impulsive Kaufentscheidung wird oft



**M 4** Store Manager Daniel Werner vor dem 14 oz. Store in Berlin am Kurfürstendamm. Der 600 Quadratmeter große Fashion-Store wurde vom Handelsverband Deutschland (HDE) als »Store of the Year 2013« ausgezeichnet. © dpa

direkt im Ladenlokal gefällt und ist eher weniger rational und mehr emotional geprägt: Der Kauf eines Produktes wird spontan entschieden, es erfolgt meist kein aufwendiger Vergleich von Preisen und Anbietern. [...] 2. Extensive Kaufentscheidungen sind gleichermaßen rational und emotional geprägt und treten meistens bei hochwertigen und hochpreisigen Gütern auf. Der Entschluss zum

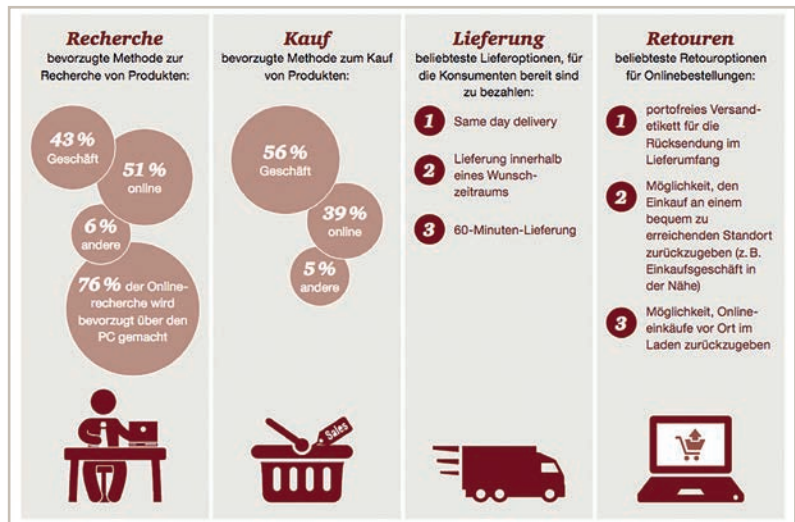


**M 3** Business Modell Canvas - Initiative: »Jugend gründet«

© [www.jugend-gruendet.de/fileadmin/downloads/Teilnehmer/Download/Business-Model-Canvas\\_beschreibbar2018.pdf](http://www.jugend-gruendet.de/fileadmin/downloads/Teilnehmer/Download/Business-Model-Canvas_beschreibbar2018.pdf)

Kauf erfolgt dabei nicht spontan, sondern nach einer längeren Zeit des Überlegens und Vergleichens mit anderen Anbietern [...]. 3. Habituelle Kaufentscheidungen sind weder sonderlich emotional noch sonderlich rational geprägt. Häufig treten sie bei Produkten des täglichen Bedarfs auf [...]. Ein ausführlicher Vergleich verschiedener Anbieter findet meistens nicht statt, die Konsumenten kaufen Produkte bestimmter Marken eher aus Gewohnheit. [...] Eine Orientierung an Kundenwohnsitzen ist vor allem bei Produkten mit habituellen Kaufentscheidungen empfehlenswert: Diese Ladenlokale werden von den umliegenden Einwohnern meist gezielt aufgesucht. [...] Um darüber den Umsatz zu erzielen, den Sie für den Erhalt Ihres Geschäftes benötigen, muss die Konzentration der umliegenden Haushalten aber auch entsprechend hoch sein. [...] Wenn die Kaufentscheidung überwiegend impulsiv gefällt wird, bietet sich eine Orientierung an Passantenströmen an. Eine entsprechende Schaufensterausstattung und ansprechende Angebote und Aktionen können die impulsive Kaufentscheidung dann positiv beeinflussen. [...] Bei Produkten mit einer extensiven Kaufentscheidung ist eine hohe Frequenz der Passanten eher nebensächlich, wenn sie auch zur Bekanntmachung des Geschäftes nicht schadet. Stattdessen sind Ladenlokale auf der "grünen Wiese" denkbar, die gut mit dem Auto zu erreichen sind und ausreichend Parkmöglichkeiten bieten.

© <https://blog.pothast-wpg.de/die-wichtigsten-standortfaktoren-für-den-einzelhandel>

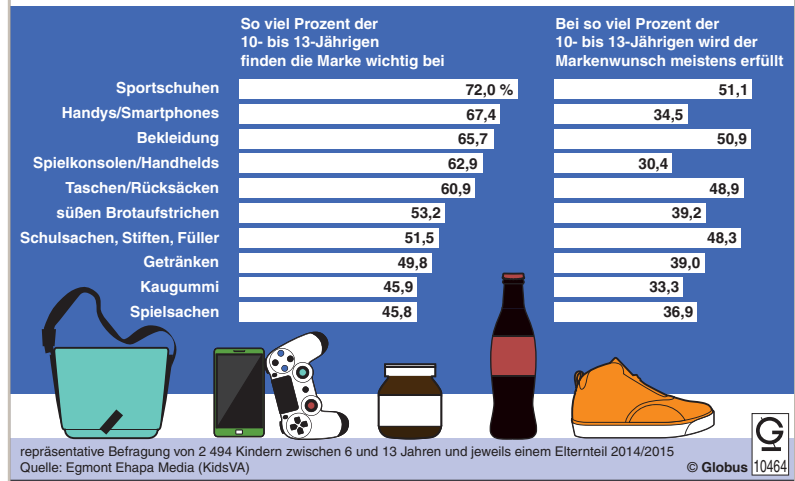


M 6 »Bevorzugte Shoppingkanäle in Deutschland, 2016

© PWC-Studie Total Retail 2016, [www.pwc.de](http://www.pwc.de)

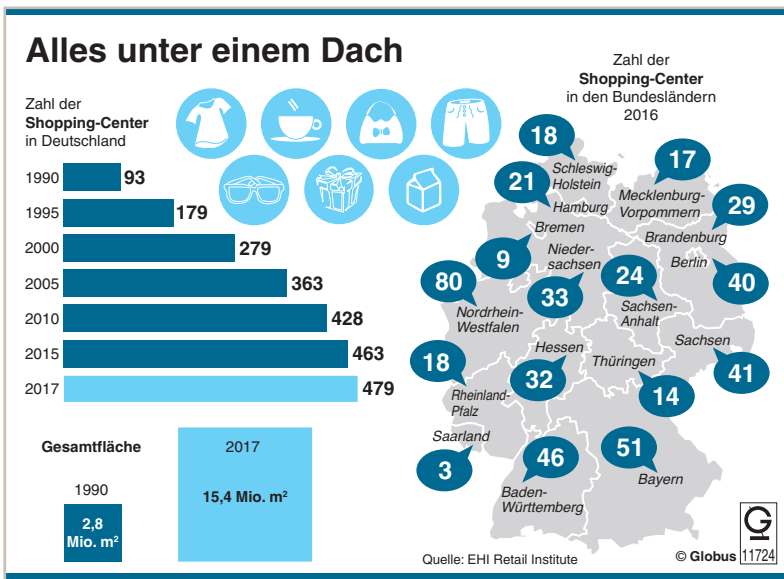
### Markenartikel

Von Kindern gewünscht, von Eltern gekauft



M 7 »Von Kindern gewünscht, von Eltern gekauft«

© dpa-Infografik, 2016



M 5 »Alles unter einem Dach«

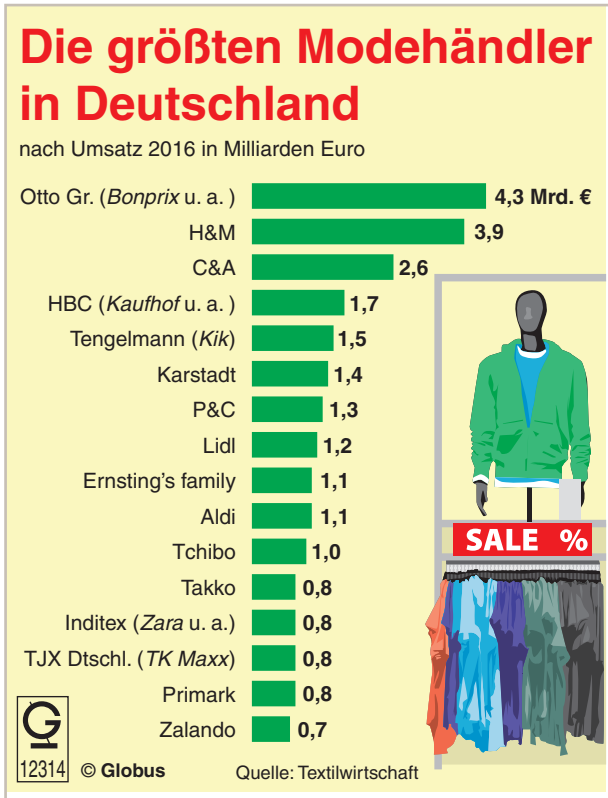
© dpa-infografik, 2017

#### AUFGABEN

1. Ihr wollt euch den Traum eines eigenen Mode-Unternehmens/Shops verwirklichen. Entwickelt hierzu eine Geschäftsidee und baut diese zu einem Business Modell aus (M3). Tragt eure Ideen in die freien Felder des Planes ein. Die Materialien M1- M2, M4- M7 können euch als Impulse dafür dienen.

2. Vergleicht eure Business Modelle und bewertet sie.

# Handel im Wandel?

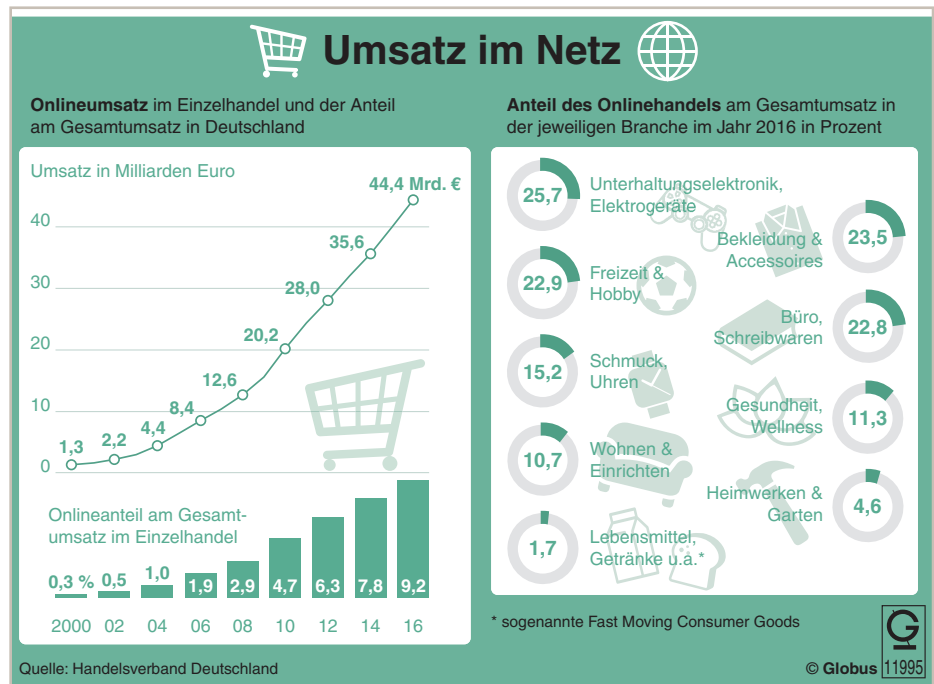


M 8 »Die größten Modehändler in Deutschland«  
© dpa-infografik, 2017

M 9 dpa, »Wandel im Textilhandel: Primark und Co verdrängen Boutiquen«, 22.5.2014

Der deutsche Textileinzelhandel befindet sich im Umbruch. In den Fußgängerzonen und Shopping-Centern verdrängen internationale Textilhandelsketten wie H&M oder Primark und Markenstores von s.Oliver, Tom Tailor oder Tommy Hilfiger immer mehr Boutiquen und traditionelle Fachgeschäfte. Experten sagen ein „schleichendes Sterben“ der kleinen Modehäuser voraus. Als der irische Textil-Discounter Primark eine neue Filiale in Köln eröffnete, drängelten sich die Kauflustigen vor den Türen wie einst im Sommerschlussverkauf. Der „Aldi unter den Textilhändlern“ verkauft T-Shirts ab 2,50 Euro und Jeans für 13 Euro. Und offensichtlich trifft er damit einen Nerv der Verbraucher. Doch Primark ist nicht allein. Zahlreiche ausländische Ketten bestimmen immer stärker das Bild der deutschen

Innenstädte. [...] Nicht viel weniger erfolgreich ist die spanische Inditex-Gruppe mit Marken wie Zara, Massimo Dutti oder Pull&Bear. [...] Und selbst die japanische Unternehmensgruppe Fast Retailing ist mit ihren Ketten Comptoir des Cottonniers und Uniqlo inzwischen auf dem deutschen Markt präsent, der mit Umsätzen von 60 Milliarden Euro im Jahr lockt. Den Preis für die Erfolge der internationalen Konzerne zahlen vor allem die kleinen, inhabergeführten Fachgeschäfte und Boutiquen. „Im Textilhandel gibt es schon lange kein Wachstum mehr. Es herrscht ein harter Verdrängungswettbewerb. Jedes Stück, das bei neuen Anbietern wie Primark gekauft wird, geht dem anderen Handel verloren“, betont Joachim Stumpf, Geschäftsführer der Handelsberatung BBE. [...] Mit einem dramatischen Konzentrationsprozess rechnet auch der Handelsexperte Andreas Kreutzer von der Unternehmensberatung Kreutzer Fischer & Partner. [...] Tatsächlich ist die Zahl der kleinen Modehäuser und Boutiquen seit dem Jahr 2000 nach Angaben des Bundesverbandes des Deutschen Textilhandels schon von mehr als 35.000 auf nur noch 20.000 gesunken. „Das Geschäftsmodell des Modefachhandels - verkaufen, was jemand anders produziert hat - funktioniert nicht mehr. Ein Unternehmen wie H&M, das die Wertschöpfungskette komplett kontrolliert, ist nicht nur flexibler, sondern auch noch preiswerter als klassische Boutiquen und Modegeschäfte“, erklärt Handelsexperte Thomas Roeb von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg die Entwicklung. Doch sind es nicht nur die internationalen Ketten, die den kleinen Modehäusern Probleme bereiten. Konkurrenz machen den Fachhändlern inzwischen auch die Markenhersteller,



M 10 »Umsatz im Netz«

© dpa-infografik, 2017

deren Kleider und Mäntel sie selber in den Schaufenstern stehen haben. Egal ob Boss oder Esprit, Gerry Weber oder Marc Cain - fast jede bekannte Marke bietet inzwischen ihre Produkte auch in eigenen Geschäften an - oft nur wenige Schritte vom Fachhändler entfernt. Und auch Online-Händler wie Otto und Zalando bauen ihre Marktanteile stetig aus. Der Strukturwandel ist für viele kleine Anbieter bitter. Doch für die Konsumenten hat er auch Vorteile. „Die Verbraucher haben von den Veränderungen profitiert. Über viele Jahre sind die Durchschnittspreise für Bekleidung gesunken“, sagt der Handels-Experte Andreas Bauer von der Unternehmensberatung Roland Berger. Allerdings seien die Einkaufsstraßen auch weniger abwechslungsreich geworden.

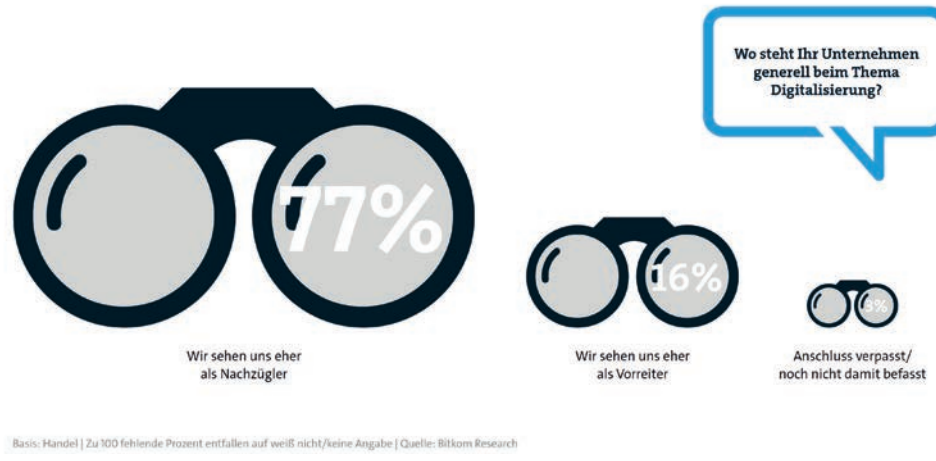
© vgl. auch [www.wiwo.de/unternehmen/handel/billig-textilhaendler-primark-und-co-verdraengen-boutiquen/9932328.html](http://www.wiwo.de/unternehmen/handel/billig-textilhaendler-primark-und-co-verdraengen-boutiquen/9932328.html)

**M 11 Nils Zeino-Mahmalat: »Leitbilder und Konzeptionen der Verbraucherpolitik«**

**Konsumentensouveränität** Das Leitbild der »Konsumentensouveränität« geht auf den klassischen Liberalismus Adam Smiths zurück. Im Kern besagt es, dass der Verbraucher durch sein Nachfrageverhalten die Güter-Produktion steuert. Dadurch werden seine Bedürfnisse optimal befriedigt. Dieses Leitbild lässt sich aufspalten in ein Menschenleitbild und ein Ordnungsleitbild. Beim Menschenleitbild handelt es sich um das des »homo oeconomicus«: Der Mensch ist umfassend informiert, er kennt alle Güter und ist sich seiner Bedürfnisse bewusst. Er handelt autonom und rational mit dem Ziel, maxima-

**Der Handel digitalisiert sich nur langsam**

Lieferung bis an die Haustür, Öffnungszeiten rund um die Uhr und ein Service mit dem gewissen Extra: Die Erwartungen der Kunden an die Händler haben sich mit der Digitalisierung deutlich gewandelt, doch der Handel reagiert nur zaghaf. So sehen sich nicht wenige Händler heute als Nachzügler in Sachen Digitalisierung.



M 12 »Der Handel digitalisiert sich nur langsam«, Bitkom-Studie 2017

© [www.bitkom.org/noindex/Publikationen/2017/Studien/2017/171124-Studienbericht-Handel-Web.pdf](http://www.bitkom.org/noindex/Publikationen/2017/Studien/2017/171124-Studienbericht-Handel-Web.pdf)

len Nutzen zu erreichen. Das Ordnungsleitbild setzt »vollkommene Konkurrenz« voraus: Es gibt also eine atomistische Angebots- und Nachfragestruktur, die Güter sind beweglich, substituierbar und beliebig teilbar, der Markt ist vollkommen, der Marktzutritt ist frei, und die Volkswirtschaft ist statisch.

**Produzentensouveränität:** Dieses Leitbild kann kurz und knapp in der These »Herrschaft der Anbieter« (Galbraith) zusammengefasst werden. Demnach werden die Bedürfnisse der Verbraucher von der Anbietern durch Marketing-Aktivitäten geformt. Die Verbraucher können zudem nur auf ein Angebot reagieren, das von den Herstellern auf der Grundlage derer Interessen geprägt wurde (Gegenteil zur Nachfrageherrschaft). Es herrscht also eine völlig ungleiche Machtverteilung zu Gunsten der Anbieter. Deren Macht resultiert letztlich aus einer geballten ökonomischen Potenz (Lobbyisten, Verbände, Großunternehmen, Sachverstand, Marketing-Kompetenz). Dagegen steht eine Vielzahl ökonomisch unbedeutender und isoliert voneinander agierender Haushalte.

© [www.politik-netzwerk.de/verbraucherpolitik/verbraucherpolitik.html](http://www.politik-netzwerk.de/verbraucherpolitik/verbraucherpolitik.html)

**AUFGABEN**

1. Charakterisiere mit Hilfe von M9 den Fachbegriff »stationärer Handel«.
2. Erstelle gemeinsam mit deiner/m Partner/in ein Plakat zu den wesentlichen Aspekten des Wandels im stationären Handel (M5 und M9, M10 und M12). Unterscheide hierbei zwischen positiven und negativen Aspekten.
3. Recherchiere im Internet auf den entsprechenden Unternehmensseiten, ob die hauptsächlich genutzten Ge-

- schäfte für den Einkauf von Bekleidung (M8) über einen Online-Handel verfügen.
4. Erörtert die These: »Der stationäre Handel ist in Gefahr«.
5. Diskutiert in der Klasse, ob man beim Modemarkt eher von der Konsumenten- oder eher von der Produzentensouveränität (M11) sprechen sollte.
6. Entwickelt als Unternehmensberater eine Strategie für eure zuvor erstellten Business-Modelle (M3).

# Vertikaler Handel im Fokus - Der Fall H&M



**M 13 Entwicklung der H&M-Aktie**  
 aktien/SE0000106270.htm?idxMode=1&idxRange=3

© www.deraktionaeer.de/

**M 14 Thomas Steinfeld: »H&M in der Krise - Abgehängt«, Süddeutsche Zeitung 30.3.2018**

Der Firma H&M geht es nicht gut. Binnen dreier Jahre verlor das schwedische Unternehmen, in fast jeder deutschen Kleinstadt gegenwärtig und noch immer der zweitgrößte Einzelhändler für Bekleidung auf der Welt, mehr als zwei Drittel seines Börsenwerts. Unklar scheint zu sein, welche Gründe überhaupt zum Verfall des Unternehmenswerts führten: Man habe zu viel Geld für zu viele Ladengeschäfte in weniger attraktiven Lagen ausgegeben, heißt es. Einige der Konkurrenten hätten früher begriffen, dass sich Mode über das Netz leichter und besser verkaufen lasse, weshalb H&M mit seinen fast 5.000 Ladengeschäften alt wirke. Oder auch: Das Management sei zu träge und nicht erfindungsreich genug. Bei Zara, der Kette des Hauptkonkurrenten Inditex, eines spanischen Unternehmens, sehe gegenwärtig alles viel besser

aus: die Waren, die Läden, der Internetauftritt und womöglich auch der Vorstandsvorsitzende. Die Firma H&M stellt nichts her. Sie lässt Fast Fashion oder »pronta moda« produzieren und vertreibt diese Ware. Das Gewerbe ist ein Derivat von Digitalisierung und Globalisierung: H&M beobachtet die Fashion Weeks, die großen Modenschauen, die zweimal im Jahr in Mailand, Paris, London und New York stattfinden. Die dort vorgestellten Entwürfe mehr oder minder berühmter Modeschöpfer werden in eigene Designs umgesetzt, aus denen dann in irgendeinem Niedriglohnland aus billigen Stoffen die Mode von H&M hergestellt wird. [...] Die Firma H&M war nicht das erste Unternehmen der Fast Fashion. Aber die rasante Entwicklung dieser Branche fiel mit dem Aufstieg des Unternehmens zu einem Weltkonzern zusammen, so dass ihm der Markt für Fast Fashion in vielen Ländern zunächst so gut wie allein zu gehören schien.

Einst wurden in der Modeindustrie die Modelle vier Mal im Jahr gewechselt, im Rhythmus der Jahreszeiten. Inzwischen wird etwa doppelt so häufig das Neue durch das Neueste ersetzt. Dieser Wechsel vollzieht sich um so gründlicher, als die Waren wenig kosten: Ein Satinkleid für 29,99 Euro ist geschwind gekauft und eilig weggeworfen, noch schneller, als es, der minderen Qualität von Stoff und Verarbeitung wegen, verschlissen ist. [...] Um so merkwürdiger ist es, dass die Kunden gegenwärtig der Konkurrenz von Zara den Vorzug geben, obwohl es dort nahezu dasselbe zu kaufen gibt. Drei Thesen: (1) Das Problem: Der Markt für billige Mode hat seine Grenze erreicht. (2) Die Herausforderung: Konkurrenten arbeiten effizienter mit denselben Mitteln. (3) Die größte Belastung: Die Ladengeschäfte von H&M sind ein teures Relikt aus vergangenen Zeiten ohne Zukunft. Die weitgehende Abwesenheit von Stil zeitigt Konsequenzen auch für den Charakter der Ladengeschäfte, über die H&M nach wie vor den weitaus größten Teil seiner Produkte absetzt. Denn sie dienen zuallererst als Umschlagplätze für die Ware und dürfen, deren wechselhaftem Charakter gemäß, ebenfalls nicht allzu viel Eigenart ausbilden. Ladengeschäfte besitzen einen doppelten Charakter. Sie sind der Ort, an dem die Ware dem letzten Kunden, dem »Verbraucher« übergeben wird, aber sie sind auch viel mehr als das: Bühnen, auf denen die Ware nach Aufmerksamkeit heischt und zu einem begehrenswerten Ding wird. [...] Die Firma H&M stieg von einer gewöhnlichen Einzelhandelskette zu einem Weltkonzern auf, indem sie früh und konsequent auf Digitalisierung und Globalisierung setzte - in Entwurf und Herstellung, in Marketing und Logistik, nicht aber im Verkauf, in dem die Firma weiterhin als mehr oder minder gewöhnlicher Einzelhändler agiert. In diesem Sinn ist dieses Geschäftsmodell ein Produkt des Übergangs: Auf der einen Seite gelangt ein Entwurf

**M 15 Geschäftszahlen H&M 2013 - 2017 in Mio SEK (Schwedische Kronen) 1 SEK = 0,096 Euro (8/2018)**

	2013	2014	2015	2016	2017
Umsatz	128.562	151.419	180.861	192.267	200.004
Ergebnis (Gewinn) nach Steuern	17.152	19.976	20.898	18.636	16.184
den Aktionären zustehender Konzernjahresüberschuss	17.152	19.976	20.898	18.636	16.184

© vgl- [www.wallstreet-online.de/aktien/h-m-hennes-mauritz-b-aktie/bilanz](http://www.wallstreet-online.de/aktien/h-m-hennes-mauritz-b-aktie/bilanz)

im Handumdrehen von Mailand nach Vietnam und verwandelt sich dort binnen Stunden in eine Ware, die mit den Mitteln des globalisierten Transportwesens kurz darauf überall auf der Welt sein kann. Auf der anderen Seite befinden sich aber immer noch der Kleiderständer, der Verkäufer und die Registrierkasse. Längst aber hat das Internet die theatralischen Momente des Ladengeschäfts als eigene Möglichkeit übernommen, sorgt also für die Inszenierung der Ware mit den Mitteln der Fotografie und des Films.

Dabei übernimmt der Onlinehandel die Funktionen des Verkäufers, der Registrierkasse und des Reklamationswesens gleich mit. In Gestalt der Berliner Firma Zalando etwa ist H&M ein Konkurrent herangewachsen, der fast nur über Internet und Versand operiert (auch wenn jüngst ein paar Ladengeschäfte hinzukamen). So kommt es, dass zumindest in den unteren Segmenten des Marktes das Ladengeschäft zu einer prekären Angelegenheit wurde, mit der Folge, dass die Einzelhandelsketten, die vor zehn oder zwanzig Jahren für die Verödung der deutschen Innenstädte sorgten, nun selber veröden und Brachen hinterlassen - während die Geschäfte des sogenannten gehobenen Bedarfs den Übergang zur Bühne vollenden und als Showrooms gestaltet werden, in denen Tresen und Kasse zumindest scheinbar eine nur noch untergeordnete Rolle spielen. Ein Produkt von Digitalisierung und Globalisierung ist H&M in vielerlei Hinsicht: Geht es doch darum, einen fremden Entwurf in ein weltweit marktfähiges Produkt zu verwandeln, die Produktion durch das Kaufverhalten der Kunden zu lenken und zu flexibilisieren sowie Transport und Lagerhaltung zu steuern. Oder anders ausgedrückt: Es geht um die Verschmelzung von Herstellung, Logistik und Vertrieb zu einem einzigen Prozess. Damit diese Aufgaben wahrgenommen werden können, bedarf eine Firma wie H&M einer weltumspannend funktionierenden digitalen Infrastruktur. [...] Dass der Umsatz des Unternehmens fünfmal so groß ist wie der Umsatz eines Konkurrenten wie Zalando, kann H&M nur wenig nutzen, wenn der Wettbewerber die Produktion enger an das Kaufverhalten zu binden vermag. In



M 17 »Typische Filiale der Ladenkette von H&M, hier in München« © picture alliance/imageBROKER

diesem Fall kann Globalisierung, entgegen allen Erwartungen, auch den kleineren Konkurrenten begünstigen - und den Einstieg neuer Konkurrenten wie des irischen Discounters Primark, der seine Produkte noch billiger anbietet. In der Folge schlägt sich H&M gegenwärtig mit einem Problem herum, das auf beinahe rührende Weise an die Zeiten vor der Digitalisierung erinnert: Die Lagerbestände sind einfach zu groß.

Als der große Aufstieg von H&M begann, in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends, hieß es in vielen Kommentaren, der Auftritt der Firma und insbesondere die Gestaltung der Läden »erinnere« in vielerlei Hinsicht an die Erscheinungsweise einer Design-Marke. Das Verb »erinnern« war gut gewählt, insofern das Design stets entlehnt war und die Leistung des Unternehmens darin bestand, die Erinnerung an eine anderswo geschaffene Mode zu einem Zehntel des ursprünglichen Preises unter die Leute zu bringen. Die Firma H&M wird nun versuchen, durch ein größeres Engagement im Internet wie durch eine Konzentration bei den Ladengeschäften der Krise zu entkommen. An den Grenzen des Geschäftsmodells angelangt scheint H&M dennoch zu sein, wofür auch spricht, dass in Gestalt des im Jahr 2007 gegründeten Labels COS (Collection of Style) ein Imprint geschaffen wurde, dessen Konzept - mit eigenen Schnitten, sogar mit einem erkennbaren »Stil« - der Arbeitsweise einer klassischen Modefirma nahekommt, zu einem Drittel oder Viertel des Preises. Eine Rettungsidee aber kann der Übergang ins klassische Modegeschäft nicht sein. Auch dazu ist H & M schon viel zu groß.

© www.sueddeutsche.de/wirtschaft/samstagsessay-vergaengliche-mode-1.3926583



M 16 Kommunikationsspanne? -Karikatur: »Wo sich die AfD zuhause fühlt«, Anspielung auf umstrittenes T-Shirt der Modekette H&M, das nach öffentlichen Protesten aus dem Sortiment genommen wurde. © picture alliance | dieKLEINERT.de | Schwarwel

M 18 **Jörg Nowicki: »H&M startet mit Nyden«**,  
[www.textilwirtschaft.de](http://www.textilwirtschaft.de)

Mit einem ernüchternden Pre-Launch ist der Online-Shop der neuen H&M-Marke Nyden gestartet. Nachdem über mehrere Tage unter nyden.com ein Countdown rückwärts lief, wurde der Shop jetzt freigeschaltet. Das Angebot ist sehr übersichtlich. Es gibt für Frauen und Männer jeweils lediglich vier T-Shirts aus Baumwolle, auf denen in unterschiedlicher Art und Weise der Nyden-Schriftzug zu sehen ist. Alle T-Shirts kosten 60 Euro und wurden in der Türkei produziert. Ein T-Shirt für Männer ist angeblich bereits ausverkauft. Nyden verschickt gratis innerhalb der EU. Die Sachen können bis zu 30 Tagen nach der Auslieferung zurückgeschickt werden. [...] Laut früheren Mitteilungen soll es sich bei Nyden um einen reinen Online-Shop handeln, der nur gelegentlich auch stationär präsent sein soll. Das Konzept richtet sich mit höheren Preisen als bei H&M an Millennials, die Rede ist von »affordable luxur«. Das Label schreibt sich »/Nyden« und ist eine Mischung aus »ny« (deutsch: neu) und »den« (es). Der Schrägstrich im Namen soll den Collab-Ansatz unterstreichen. Denn die Mode soll vor allem von Influencern, sogenannten »Stammesführern«, entwickelt werden. Zu den ersten Influencern, mit denen das Unternehmen zusammenarbeitet, gehören der Instagram-Star Doctor Woo und die schwedische Schauspielerin Noomi Rapace. Der Nyden-Chef Oscar Olsson hat bislang nur dem US-Online-Magazin »The Cut« vor einigen Monaten ein Interview gegeben. Darin spricht er davon, dass die Macht traditionell arbeitender Designermarken schwinden wird, und damit auch das klassische Top-Down-Geschäftsmodell, das Kunden vorgebe, was sie kaufen sollen. Die Zukunft gehöre den »Stammesführern«, wie er Influencer bezeichnet. Die neuen, jungen Konsumenten nennt er Netokraten, die »mehr denn je auf Glaubwürdigkeit, Authentizität und Persönlichkeit achten«.

© [www.textilwirtschaft.de/business/unternehmen/pre-launch-hm-startet-mit-nyden-209558?refresh=1](http://www.textilwirtschaft.de/business/unternehmen/pre-launch-hm-startet-mit-nyden-209558?refresh=1), 4.4.2018



M 19 **»Future stores in Hongkong: Virtuelle Anprobe im Guess-Shop in Hongkong / Kooperation mit Alibaba«**, China, 4.7.2018  
 © picture alliance/Stringer/Imaginechina/dpa

**Alles H&M** Die Marken des Modekonzerns



M 20 **»Die Marken des Modekonzerns H&M«** © [www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/h-m-warum-der-modekonzern-seine-kunden-nicht-mehr-versteht-a-1188106.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/h-m-warum-der-modekonzern-seine-kunden-nicht-mehr-versteht-a-1188106.html)

M 21 **Aziza Freutel: »Future stores«**, TW-digital, S. 19, August 2018

Die Frage, wie die Digitalisierung in die Läden gebracht werden kann, treibt Händler und Markenhersteller um. [...] Das Interesse ist groß, trotzdem wagen sich viele Unternehmen nur zögerlich an den tatsächlichen Einsatz der neuen Möglichkeiten. Umso interessanter ist, welche Erfahrungen diejenigen, die schon damit arbeiten, bisher gemacht haben. Die TW hat bei einigen Future Stores nachgefragt. Wer sich auf der (Retail-Techology-Messe) EuroCis in Düsseldorf informierte, steuerte höchstwahrscheinlich auch Karstadt [...] an. Dort hat das Unternehmen [...] einen »Experience Store« eröffnet. Auf der 200 qm großen Fläche [...] werden intelligente Umkleiden, elektronische Preisschilder, bargeldloses Bezahlen direkt beim Verkäufer und Inhouse-Navigation per Smartphone getestet. [...] In den großzügigen Umkleidekabinen [...] wurden Spiegel installiert, über die die Kunden weitere Informationen zum ausgewählten Produkt abrufen kann. Vier Monate später lautet das Fazit [...] des Unternehmens: „Das war ein guter Testlauf, unsere Kunden spielerisch an digitale Tools zu führen und ihre Reaktionen sowie die Akzeptanz zu testen.“

© [www.textilwirtschaft.de/digital-magazine/sonder/TW-DIGITAL-Special/59/epaper/html5/index.html?&locale=DEU&pn=19](http://www.textilwirtschaft.de/digital-magazine/sonder/TW-DIGITAL-Special/59/epaper/html5/index.html?&locale=DEU&pn=19)



**M 22 »H&M in der Krise: Wir haben Primark-Kunden gefragt, was sie empfehlen.«**

**Anne, 21**  
 »Ich war gerade bei H&M und irgendwie haben die ziemlich viele Kleider, die super kurz, eng und bauchfrei geschnitten sind. Sowas kann ich im Alltag oder auf der Arbeit nicht anziehen. Die Basics sind bei Primark und H&M eigentlich alle relativ gleich, aber wenn bei H&M mal etwas ein bisschen ausgefallener ist, dann ist es gleich unverhältnismäßig teuer. Da fragt man sich dann schon: Warum?«

**Marcel, 18**  
 »Ich kaufe eigentlich vor allem in Markengeschäften ein. Klar, Primark ist vom Preis unschlagbar, aber das ist für mich nicht das Entscheidende. Für mich spielt Qualität auch eine wichtige Rolle. Andere Geschäfte machen das auch, dass sie die Basics, die man immer braucht, wie schlichte Shirts und so von ihrer eigenen Marke anbieten – und dann aber auch andere Kleidungsstücke mit Markenwert. Also in einem höheren Preissegment aber auch mit dementsprechender Qualität. Davon könnte sich H&M meiner Meinung nach etwas abgucken.«



**M 24 »Erfolgreiche Neuorientierung? Auffälligen Fassade der neuen Filiale des schwedischen Modekonzerns H&M, die 2018 am Boulevard Haussmann in Paris öffnete. In dem Megastore werden auf sechs Etagen und 5.000 qm Waren verkauft.«** © picture alliance

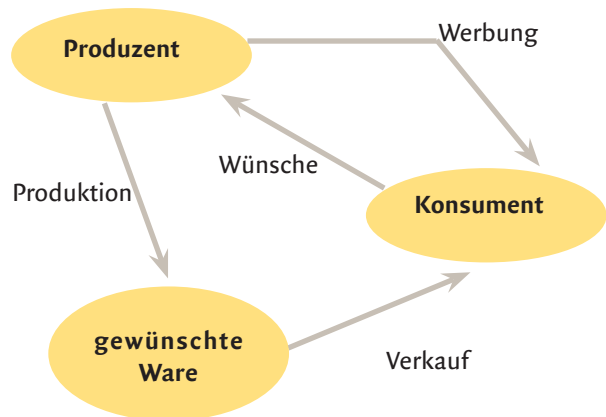
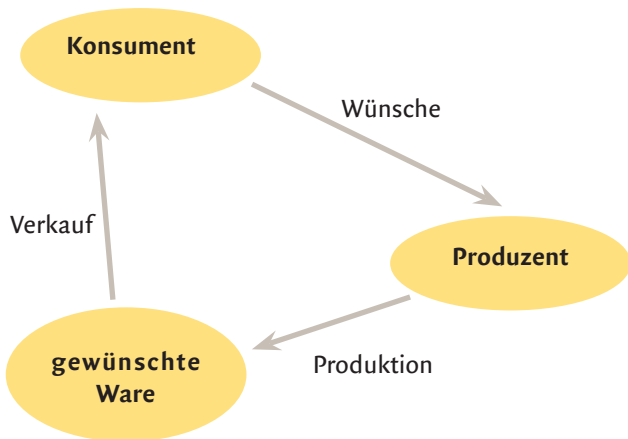
**Yeter, 38**  
 »Ich kaufe sowohl bei Primark als auch bei H&M ein, je nachdem, was mir besser gefällt und was mir besser passt. Der Hauptunterschied ist aber natürlich der Preis, die Qualität ist in beiden Geschäften dabei so ziemlich die gleiche. Heute bin ich aber mit der ganzen Familie unterwegs. Mit meinem Mann und meinen zwei Kinder, den Großeltern bringen wir auch noch was mit. Deswegen haben wir so viele große Tüten. Gezahlt habe ich dafür nur 67,89 Euro. Bei H&M wäre das sicher mehr als das doppelte. Aber wir sind eben eine große Familie und brauchen viele Kleider. Die Kinder wachsen aus ihren Sachen schnell wieder raus. Da kann ich nicht jedes Mal ein neues T-Shirt für 20 Euro kaufen. Ich denke, wenn H&M in Zukunft mit Primark mithalten will, sollten sie dieses Segment weiter ausbauen.«

**M 22 Kundenbefragung des »Handelsblatts Orange«**  
 © <https://orange.handelsblatt.com/artikel/42114>

**M 23 Konsumenten-**

**oder**

**Produzentenfreiheit?**



**AUFGABEN:**

1. Erstelle auf der Basis einer Analyse der Entwicklung der Geschäftszahlen von H&M von 2013 - 2017 (M13 und M15) einen Bericht für das Konzernmanagement.
2. Arbeite aus den Materialien M14 und M16 mögliche Ursachen der schlechten Geschäftsentwicklung von H&M heraus und ordne sie in der Tabelle den verschiedenen betrieblichen Grundfunktionen zu.

	Beschaffung/Produktion	Absatz
Ursachen		

3. Beschreibe mögliche Folgen, die sich aus der Entwicklung für H&M, für die Konkurrenz (z.B. Primark, Zara), für die Kunden und für die Beschäftigten bei H&M ergeben.
4. Vergleiche Möglichkeiten, wie H&M den Negativtrend stoppen könnte (M18 - M21, M24).
5. Formuliert eine Handlungsempfehlung für H&M aus unterschiedlichen Perspektiven (M22): Kunden, Eigentümer, Aktionäre, City-Manager einer Stadt.
6. Sammelt Marketing-Konzepte von Textil-Unternehmen und beurteilt, ob sie eher dem Konzept der Konsumenten- oder der Produzenten-souveränität (M23) folgen.

# Gewinnstreben und Nachhaltigkeit - passt das zusammen?

M 25 **Frederik Richthofen: »Textilbranche entdeckt Recycling«, tageszeitung / taz vom 25.6.2018**

Nicht dreimal anziehen und dann wegschmeißen – sondern sogar Gebrauchtes weiterverkaufen: Mit The North Face setzt nun eine weitere große Outdoor-Marke auf Kreislaufwirtschaft: ein Konzept, das geschlossene Rohstoffkreisläufe und damit maximale Wiederverwertung von Textilien anstrebt. »Das ist jetzt ein echter Hype«, sagt Kirsten Brodde, Textilexpertin bei Greenpeace. [...] Hat sich das Konzept der Nachhaltigkeit in der Textilindustrie also durchgesetzt? »Nein«, sagt Brodde, »die Branche ist immer noch ein ökologischer und sozialer Notfall.« Aber richtig sei auch, dass die Konzerne seit einigen Jahren ihre Kollektionen T-Shirt für T-Shirt, Hose für Hose auf mehr Nachhaltigkeit trimmen. Es gebe verschiedene Modelle, die unter dem Label Kreislaufwirtschaft verkauft werden. Der Textilriese H&M verspricht beispielsweise »100 % zirkulär« zu werden. Sein Programm zur Rücknahme von Altkleidern dient jedoch laut Brodde vor allem dazu, neue Kaufanreize zu setzen und damit die Produktion von Textilien noch weiter anzukurbeln: Für eine Tüte voller Altkleider bekommt man in den Filialen einen Einkaufsgutschein. Ressourcenschonend sei das in der Summe nicht. Der aktuelle Trend hin zur Wegwerfkleidung – auch »Fast Fashion« genannt – hat zur Folge, dass sich der Absatz von Kleidung weltweit zwischen 2002 und 2015 fast verdoppelt hat: von 1 Billion auf 1,8 Billionen US-Dollar. Die Weltbevölkerung wuchs im selben Zeitraum nur um rund ein Sechstel. Auch das Konsumverhalten hat sich gewandelt. US-amerikanische 18- bis 24-Jährige entledigen sich



M 27 **»Das magische Dreieck der Nachhaltigkeit«.** Ein ökologisches Gleichgewicht kann nur erreicht werden, wenn parallel ökonomische Sicherheit und soziale Gerechtigkeit gleichrangig angestrebt werden. Als sogenanntes Drei-Säulen-Konzept bezieht sich nachhaltige Entwicklung seit dem Rio-Gipfel im Jahr 1992 nicht mehr nur vorrangig auf den langfristigen Schutz von Umwelt und Ressourcen, sondern gleichermaßen auf die Verwirklichung sozialer und ökonomischer Ziele.  
© Stiftung Jugend und Bildung, [http://csr.jugend-und-bildung.de/files/656/LH\\_MitVerantwortung\\_Folie\\_8\\_.pdf](http://csr.jugend-und-bildung.de/files/656/LH_MitVerantwortung_Folie_8_.pdf)

neu gekaufter Klamotten durchschnittlich, nachdem sie sie ein- bis fünfmal getragen haben. [...] Während Mittelständler wie Vaude aus dem baden-württembergischen Tettang-Obereisenbach seit Jahren mit Recyclingstoffen experimentieren, hat mit The North Face nun auch ein Schwergewicht der Branche das Kreislaufpotenzial erkannt. Anfang Juni startete das Unternehmen aus den USA mit einem Jahresumsatz von 2,3 Milliarden Dollar die Probeversion einer Homepage, auf der es wiederaufgearbeitete Klamotten der eigenen Marke verkauft. »The North Face Renewed« heißt die neue Kollektion. Retouren oder Artikel zweiter Wahl werden gereinigt und repariert, bevor sie wieder in den Verkauf kommen. Berndt Hinzmann, Textilexperte beim entwicklungspolitischen Netzwerk Inkota, ist dennoch nicht überzeugt. Bei Arbeitssicherheitsstandards, Löhnen und Transparenz schneide North Face nicht gut ab. Wenn man ein erweitertes, über ökologische Gesichtspunkte hinausgehendes Verständnis von »Nachhaltigkeit« zugrunde lege, habe die Secondhand-Vermarktung eher eine Alibifunktion. Greenpeace-Expertin Brodde hingegen ist zufrieden. Das Reparieren und Anbieten von Secondhandware sei der richtige erste Schritt, meint sie. »Die Lebensdauer von Kleidung zu verlängern ist ökologisch gesehen eine Superlösung.« Technische Verbesserungen beim Re-



M 26 **»Textile Kette«** © Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Hrsg.): Mode und Textil. Stuttgart 2014, S. 2

cycling seien zwar ebenso wichtig, aber zweit-rangig. Perspektivisch müssten aus den Textilverkäufern »Textildienstleister« werden. Und tatsächlich böten Unternehmen wie Vaude da schon einiges an: Reparaturservices, Zelt- und Rucksackverleih und den Wiederverkauf alter Klamotten. Es helfe, Secondhand das Stigma der Muffigkeit zu nehmen, so Bodde. »Hierzu-lande ist es zunehmend gesellschaftlich akzeptiert, dass man nicht alles immer neu braucht.«

© www.taz.de/!5512473/

**M 28 Anja Probe: »H&M setzt sich ambi-tionierte Öko-Ziele«,** Textilwirtschaft.de, 12.4.2018

Der Modefilialist H&M steht als milliarden-schwerer Fast-Fashion-Konzern ständig in der Kritik, was die Befeuerung der Wegwerf-Mentalität im Kleiderkonsum, Arbeitsbedin-gungen und Umweltverschmutzung während der Produktion angeht. Am Geschäftsmodell der schnellen, billigen Mode ändern wollen die Schweden nichts, aber sie haben das Ziel, spä-testens im Jahr 2030 nur noch Kleidungsstücke zu verkaufen, die aus recycelten oder nachhal-tig hergestellten Materialien gefertigt sind, wie aus dem jetzt veröffentlichten Nachhaltigkeits-bericht des Modefilialisten hervorgeht. 2040 will der Konzern zudem klimapositiv sein. Ein Hauptaugenmerk des Stockholmer Unter-nehmens liegt auf dem Thema Rohstoff. Aktuell sind 35% der verwendeten Materialien recycelt bzw. nachhaltig produziert. Wobei der Anteil an recycelten Fasern mit 0,2% verschwindend gering ist. [...] Im Jahr 2020 solle ausschließlich nach-haltige Baumwolle genutzt werden. [...] Viel Mühe gibt sich H&M nach eigenen Angaben mit Altkleidern: 2017 wurden in den Stores der Gruppe rund 17.800 Tonnen gesammelt, 2020 sollen es 25.000 Tonnen pro Jahr sein. Dagegen ist immer wieder zu hören, dass zig Tonnen an überschüssiger Neuware direkt in Verbrennungsöfen und auf Müllkippen landet. Dies streitet H&M ab. [...] Um den Berg an Kleidermüll zu reduzieren, gibt H&M zu-dem seit kurzem mit dem Projekt »Take Care« Pflege- und Reparatur-Tipps für Kleidung und Accessoires. Passend dazu werden online auch Waschmittel, Flicker und Wä-schesäcke verkauft. Außerdem bietet H&M den Wasch-beutel »Guppyfriend« an, der [...] vom Fair Fashion-Label Langbrett entwickelt wurde. Er soll beim Waschen ver-hindern, dass Microplastic-Fasern aus Bekleidung ins Abwasser und schließlich in die Meere gelangt. Der Beutel kostet 29,99 Euro. [...] Die Liste der Bekleidungsprodu-zenten hat H&M bereits 2013 offengelegt. 2016 folgten Stoffproduzenten, die für 60% des Volumens standen. Hier sowie bei den Spinnereien wolle der Konzern die Transparenz weiter erhöhen. Die sei jedoch eine große Herausforderung, weil zu diesen Betrieben kein direk-ter Geschäftskontakt bestehe. [...] Kunden können sich



**M 29 »Arbeiter/-innen protestierten in Dhaka, Bangladesh am 4.4.2013 für neue Jobs und Unterstützung der Regierung.** Vor 16 Monaten, am 24.11.2012 war die Fabrik der »Tazreen garment factory« niedergebrannt, was mindestens 117 Menschen das Leben kostete. Noch größeres internationales Aufsehen erregte der Einsturz des »Rana Plaza« am 24.4.2013, bei dem mindestens 1.135 Menschen getötet wurden. Im Gebäude waren mehrere Textilfirmen, Geschäfte sowie eine Bank untergebracht. Als Hauptursache für die Katastrophe wurde von einer Regierungskommission grobe Fahrlässigkeit festgestellt. Unter anderem seien für den Bau des Hauses minderwertige Baumaterialien verwendet worden, das Bauland habe sich für ein mehrgeschossiges Gebäude nicht geeignet. Als Reaktion auf den Unfall wurden staatliche Überprüfungen der Sicherheit der Textilfabriken in Bangladesch beschlossen. Anfang Mai 2013 wurden 18 Textilfabriken staatlich geschlossen. Der Gebäudeeinsturz in Sab-har hat die Rolle der Lieferkette (supply chain) statt lediglich eines einzelnen Unternehmens als Gestaltungsobjekt von Corporate Social Responsibility (CSR) stärker in den Vordergrund gestellt.

© picture alliance / Mohammad Asad/Pacific Press

bei der H&M Conscious-Kollektion genau anschauen, woraus und wo die Teile gefertigt wurden. Das im vori-gen Jahr eingeführte Store-Konzept Arket ermöglicht den Konsumenten auf der Website, Produkte basierend auf Herstellungsland und Materialart zu filtern. In Sachen Chemikalien strebt die Gruppe an, bis 2030 deren Ver-wendung nachverfolgbar zu machen. [...] Heikel ist das Thema faire Löhne. H&M könne nicht direkt entscheiden, wie viel einem Arbeiter bezahlt wird, zumal die Betriebe zumeist nicht ausschließlich für die Schweden produzie-ren, erklärt das Unternehmen im Nachhaltigkeitsbericht. Aber der Konzern wolle die Zahlung fairer Löhne aktiv unterstützen, u.a. durch die Fair Wage-Methode, einem Leit-faden, erstellt von Experten, NGOs und Handelsverei-nigungen. 227 Zulieferfabriken, die für 40% der Produk-tion stehen, [...] agieren laut H&M bereits danach und haben verbesserte Lohnverwaltungssysteme eingeführt. Sie sollen auch helfen, einen Dialog zwischen Manage-ment und Arbeitnehmern über lohnrelevante Themen zu ermöglichen und zu gewährleisten, dass Löhne unter Berücksichtigung von Informationen über Fähigkeiten, Erfahrung und Verantwortung verhandelt werden.

©www.textilwirtschaft.de/business/unternehmen/nachhaltig-keit-hms-oeko-ziele-209684?utm\_campaign=EchoBox&utm-medium=Social&utm\_source=Facebook

**M 30 Annika Zeitler: »Soziales Textilunternehmen«, planet wissen, 10.10.2017**

Sina Trinkwalder führt in der Textilbranche das erste Sozialunternehmen Deutschlands. Sie beschäftigt in ihrer Augsburgener Näherei Menschen, die sonst kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben: Langzeitarbeitslose, Migranten, Menschen über 50. In der Kleidermanufaktur Manomama produzieren sie Textilien unter transparenten und fairen Bedingungen. Die Unternehmerin Sina Trinkwalder zahlt ihren Mitarbeitern mindestens zehn Euro pro Stunde und gibt ihnen unbefristete Verträge bis zur Rente. Sie setzt nicht auf Profit, sondern will Menschen eine Chance geben. »Wer sagt denn, dass man möglichst viel Gewinn machen muss? Der wahre Gewinn eines Unternehmens muss Menschlichkeit sein und nichts anderes.« (...) Die Marge ihrer Textilfirma ist gering, sie arbeitet kostendeckend. (...) Bei Manomama gibt Trinkwalder arbeitslosen Näherinnen und Nähern eine Chance und macht auch bei dem, was sie herstellt, keine Kompromisse. Mit ihren Mitarbeitern produziert sie Bekleidung in Bio-Qualität: Vom Stoff über den Faden bis hin zur Färbung ist alles zertifiziert biologisch und möglichst aus der Region rund um und aus Augsburg. (...) Im Jahr 2010 gründete sie ihre sozial-ökologische Textilfirma Manomama mit drei arbeitslosen Näherinnen. (...) Die Entscheidung, ihr Berufsleben zu verändern, traf Trinkwalder am Wuppertaler Hauptbahnhof: Dort unterhielt sie sich mit einem Obdachlosen, der mit seiner Frau aus ihren weggeworfenen Frauenzeitschriften Weihnachtsschmuck basteln wollte. »Es muss doch möglich sein, solche Menschen in Lohn und Brot

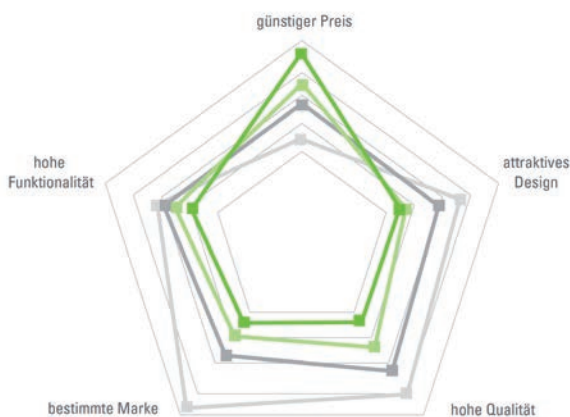


**M 32 »Textilunternehmerin Sina Trinkwalder in ihrer Firma „Manomama“ in Augsburg am 24.1.2014.** Trinkwalder setzt sich für eine sozial und ökologisch nachhaltige Textilproduktion ein. © dpa

zu bringen«, dachte sich Sina Trinkwalder. An diesem Tag hatte sie die Idee, ein Unternehmen zu gründen und Jobs für Menschen zu schaffen, die von der Gesellschaft abgeschrieben sind, um ihnen Sicherheit und Wertschätzung zurückzugeben.

Für ihr ökologisches und soziales Engagement wurde Trinkwalder 2011 von der Bundesregierung als »Social Entrepreneur der Nachhaltigkeit« ausgezeichnet. Ihre Geschäftsidee für Manomama schien vielen zu gefallen, trotzdem war es für die Jungunternehmerin schwierig, finanzielle Unterstützung zu finden - ihr Geschäft barg zu viel Risiko. Die Banken stellten sich quer und gaben Manomama keinen Kredit. Und für das Wirtschaftsministerium erwirtschaftete Trinkwalders Unternehmen zu wenig, um staatlich gefördert zu werden. Schließlich investierte sie ihr komplettes Privatvermögen in die Firma und fand über das Internet, durch sogenanntes Crowdfunding, Paten für Nähmaschinen. (...) 140 Näherinnen und Näher arbeiten heute in ihrem Textilunternehmen. Die meisten sind Frauen, alleinerziehend und über 50 Jahre, ihre Geschichten oft ähnlich: Ausbildung, Heirat, Kinder und dann irgendwann arbeitslos oder sie arbeiteten, bis der Chef entschied, dass sie zu alt oder zu teuer waren. (...) Ihre Bekleidung will Trinkwalder 100 Prozent ökologisch und regional produzieren. Um das zu schaffen, arbeitet sie eng mit Wissenschaftlern zusammen und sucht nach einer Möglichkeit, Jeans mit aus der Region angebautem Biohanf herzustellen. Noch kommt die Biobaumwolle für die Hosen aus der Türkei, soll aber bald durch Hanf oder Brennnessel aus der Region ersetzt werden. Diese Faserpflanzen bauen in Deutschland nur wenige Landwirte an, weil das Geschäft nicht lukrativ ist. Der Markt ist zu klein und es gibt nur wenige Abnehmer.

*Design, Marke, Preis – Bedeutung der Kaufkriterien für Mode nach Haushaltseinkommen  
Angaben basierend auf einem Indexwert; niedrigster Wert 62, höchster Wert 142*



Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Euro  
 ■ unter 1.000 ■ 1.000 bis 2.000 ■ 2.000 bis 3.000 ■ 3.000 und mehr

Quelle: 2015, IFH Köln und KPMG, eigene Berechnung auf Basis von Axel Springer, Bauer Media, Burda, Gruner + Jahr: Markt-Media-Studie „best for planning“, 2014

**M 31 »Kaufkriterien nach Haushaltseinkommen«, in: KPMG (Hrsg.): Fashion 2025. Studie zur Zukunft des Fashion-Markts in Deutschland, 2015, S.38**

© <https://home.kpmg.com/de/de/home/themen/2017/10/fashion-2025.html>

© [www.planet-wissen.de/gesellschaft/wirtschaft/sozialunternehmen\\_die\\_weltverbesserer/pwiesozialtextilunternehmen100.html](http://www.planet-wissen.de/gesellschaft/wirtschaft/sozialunternehmen_die_weltverbesserer/pwiesozialtextilunternehmen100.html)

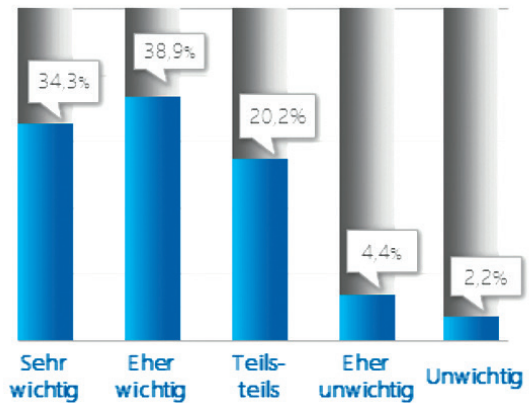
M 33 Corporate Social Responsibility (CSR) Self-Check	trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu
<b>1 Anerkennung gesellschaftlicher Verantwortung im Unternehmen</b>			
Uns ist klar, dass neben wirtschaftlichen auch Umwelt-, soziale und kulturelle Faktoren direkten Einfluss auf unseren Erfolg haben.			
<b>2 Kommunikation mit Stakeholdern (Stakeholder sind Personen, die von Ihrer Geschäftstätigkeit direkt oder indirekt beeinflusst werden)</b>			
Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter binde ich aktiv in Unternehmensentscheidungen ein			
Die Ideen und Themen unserer Stakeholder bestimmen mit, an welchen wichtigen Punkten ich mein Unternehmen ausrichte.			
<b>3 Aktionsfeld Unternehmensführung</b>			
Unsere Unternehmensziele orientieren sich neben wirtschaftlichen auch an Umwelt- und Sozialfaktoren.			
<b>4 Aktionsfeld Markt</b>			
Wir informieren unsere Kunden darüber, wie nachhaltig unsere Produkte und Leistungen sind, um sie dabei zu unterstützen, selbst nachhaltiger zu leben.			
Wir arbeiten mit unseren Zulieferern und Abnehmern zusammen, damit sie Sozial- und Umweltstandards einhalten.			
<b>5 Aktionsfeld Arbeitsplatz</b>			
Faire Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung und das Recht zur gemeinsamen Vertretung der Mitarbeiterinteressen sind für uns selbstverständlich.			
<b>6 Aktionsfeld Umwelt</b>			
Wir handeln ressourceneffizient, indem wir Müll vermeiden bzw. reduzieren und Restmaterialien soweit möglich wiederverwerten.			
Wir gestalten Mobilität und Logistik umweltfreundlich, u.a. ÖPNV-Tickets für Mitarbeiter, Telefon- und Videokonferenzen statt Dienstreisen oder optimierte Tourenplanung.			
<b>7 Aktionsfeld Gemeinwesen</b>			
Wir bevorzugen regionale Lieferanten und möchten unser lokales Umfeld stärken.			
Wir nehmen gemeinsam mit einer eigenen oder externen Unternehmensstiftung kulturelle oder soziale Aufgaben für die Gesellschaft wahr.			

© vgl. [www.csr-in-deutschland.de/DE/Unternehmen/CSR-Self-Check/form\\_node.html](http://www.csr-in-deutschland.de/DE/Unternehmen/CSR-Self-Check/form_node.html)

#### AUFGABEN:

1. Ordne mögliche Ziele eines Einzelhändlers in der Modebranche dem »Magischen Dreieck der Nachhaltigkeit« (M27) zu.
2. Vergleiche die unternehmerischen Ziele und deren Umsetzung (M25 - M29).

## Wie wichtig ist Ihnen Nachhaltigkeit beim Kauf von Bekleidung?



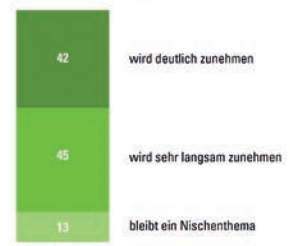
M 34 »Wie wichtig ist Ihnen Nachhaltigkeit beim Kauf von Bekleidung?«, Slow Fashion Monitor 2016 © [www.splendid-research.com/de/statistiken/item/slow-fashion-monitor-2016-erwartung-an-haltbarkeit-von-kleidung.htm](http://www.splendid-research.com/de/statistiken/item/slow-fashion-monitor-2016-erwartung-an-haltbarkeit-von-kleidung.htm), 2017

Erwartungen zu Fast Fashion und Nachhaltigkeit  
Angaben in Prozent

Wird Fashion bei den Jüngeren mehr zum Verbrauchsartikel (Stichwort Primark)?



Wie stehen Sie zur Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit bei Fashion bis 2025?



Quelle: IFH Köln und KPMG, Befragung von Händlern und Herstellern, August 2015, n=100

M 35 »Erwartungen zu Fast Fashion und Nachhaltigkeit«, in: KPMG (Hrsg.): Fashion 2025. Studie zur Zukunft des Fashion-Markts in Deutschland, 2015, S.40 © <https://home.kpmg.com/de/de/home/themen/2017/10/fashion-2025.html>

M 36 »Verkaufspreis eines T-Shirts«

Lohnkosten	1 %
Transport und Steuern	11 %
Fabrikkosten	13 %
Werbung	26 %
Handel	50 %

© Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Hrsg.): Mode und Textil. Stuttgart 2014, S. 8

3. Ihr wollt euch den Traum eines eigenen Mode-Unternehmens/Shops mit besonders nachhaltiger Ausrichtung verwirklichen. Entwickelt hierzu eine Geschäftsidee und baut diese zu einem Business Modell aus (M3). Tragt eure Ideen in die freien Felder des Planes ein. Die Materialien M30-M36 können euch als Impulse dafür dienen.

4. »Nachhaltigkeit und Gewinnstreben - passt das zusammen?« Erörtert die Problemstellung.

# Hat der stationäre Handel eine Überlebenschance? - Szenarien

M 37 **PWC-Studie Total-Retail, 2017:** »Wie Amazon das Kaufverhalten nachhaltig verändert«

Seit seiner Gründung im Jahr 1994 verfolgt Amazon die drei Grundprinzipien Kundenzentrierung, Innovation und Langfristigkeit und erzielt damit Jahr für Jahr ein zweistelliges Wachstum. [...] Durch hohe und langfristige Investitionen in kundenorientierte Angebote und Lösungen entlang der kompletten Wertschöpfungskette baut Amazon seine Marktposition kontinuierlich weiter aus. Die zahlreichen Innovationen von Amazon setzen neue Maßstäbe im Handel, sei es in der Lieferkette [...], in der Produktentwicklung (z.B. Amazon Kindle), im Loyalty-Management (z.B. Amazon-Prime-Services) oder aber in der Interaktion mit Kunden (z.B. Amazon-Echo-Produkte oder Amazon Dash Button).

Damit richtet Amazon seine gesamte Wertschöpfungskette konsequent auf den Kunden aus und schafft durch die Verknüpfung seiner Stärken entlang der Wertschöpfungskette ein Ökosystem aus Produkten und Dienstleistungen, die bei den Konsumenten weltweit gut ankommen. Dieses Ökosystem wird durch neue Dienstleistungen und Technologien kontinuierlich erweitert. Das neueste Beispiel sind die auf dem Cloud-basierten Service Alexa aufbauenden Echo-Produkte. Sie bieten dem Konsumenten einen intelligenten Sprachassistenten, der ihnen das Leben vereinfacht. Und für Amazon sind die Echo-Produkte



Anteil Multilabel-Fachhandel



Anteil Vertikaler Fachhandel



Quelle: 2015, IFH Köln und KPMG

M 39 » **Vertriebsformen des Fachhandels am Fashion-Markt (Angaben in Prozent)**« © In: KPMG (Hrsg.): Fashion 2025. Studie zur Zukunft des Fashion-Markts in Deutschland, 2015, S. 19

ein weiteres Instrument innerhalb seines Ökosystems zur Umsatzerhöhung und zur Kundenbindung. Die Folgen dieser Strategie sind für die Wettbewerber alarmierend.

© [www.pwc.de/de/handel-und-konsumguter/studie-total-retail-2017.pdf](http://www.pwc.de/de/handel-und-konsumguter/studie-total-retail-2017.pdf), S. 6

## M 38 Bekleidungskauf früher, heute und zukünftig?

Bekleidungskauf früher	... heute	... zukünftig?
Menschen kamen mit wenig Wissen in Geschäfte und waren überzeugt davon, dass ein Verkäufer ihnen die passende Ware empfehlen wird.	Die Käufer von heute sind es gewohnt, eigene Recherchen durchzuführen, um das beste Angebot für ihr Geld zu bekommen.	
Ladenbesitzer und Kunden aus der näheren Umgebung kannten sich häufig persönlich.	Die Händler können in einer digitalisierten Welt ihre Kunden auf elektronischem Wege kennenlernen. Elektronische Geräte und Kundenkarten helfen ihnen. Sie ersetzen quasi die persönlichen Kundengespräche.	
Das Finden des richtigen Geschäftes und des gesuchten Produkts – erforderte Vorwissen und Vertrauen.	Der Einzelhändler ist mithilfe elektronischer Mittel in der Lage, gewünschte Waren oder Sonderangebote zu ordern und dem Kunden schnell zur Verfügung zu stellen.	
Familien und Freunde machten als Ausflüge Einkaufsbummel. Die Information über neue Angebote, Produkte und Shops lief über Empfehlungen.	Mittlerweile erfolgen diese individuellen Einkaufsbummel über Instagram, YouTube und andere soziale Netzwerke. Insbesondere über so genannte Influencer erreicht die Werbung Millionen von Menschen.	
Die Kunden haben im Geschäft das gesuchte Produkt/die Ware angeschaut, angefasst und anprobiert.	Die stationären Händler verfügen über weitere Möglichkeiten, z.B. über Rundum-Ansichten und Interaktive Videos, die es ermöglichen die Waren auf verschiedenen Bildschirmen für die Kunden lebendig werden lassen.	

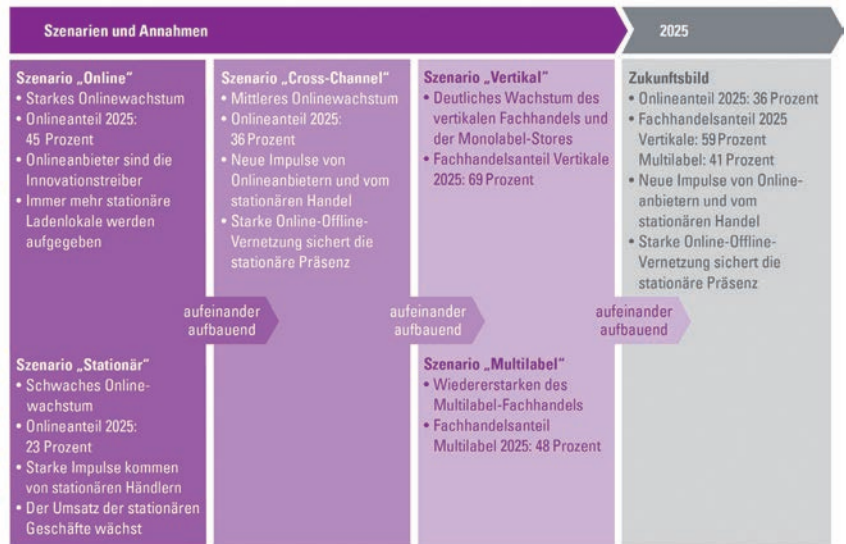
**M 40 Verbraucherzentrale: Im Visier von Unternehmen: Die Jagd nach Kundendaten, 16.12.2016**

Wer im Internet [...] kauft [...] oder rege Kundenkarten nutzt, der hinterlässt stets eine Spur persönlicher Daten, die bei allen Transaktionen mehr oder weniger umfangreich abgefragt werden. Name, Anschrift, Geburtsdatum, E-Mail-Adresse oder Handynummer: Je mehr persönliche Daten bei einer Bestellung [...] in Umlauf geraten, desto genauer lässt sich daraus ein personenbezogenes Kunden- und Nutzungsprofil erstellen. Die darin erfassten Daten sind ein begehrtes Gut, mit dem Firmen einen lukrativen Handel, aber auch Schindluder betreiben: Adresshändler sammeln und verkaufen solche Daten in erster Linie für Werbezwecke. [...] Umzielgenau zu werben, möchten Unternehmen so viel wie nur irgend möglich von potentiellen Kunden wissen. Persönliche Vorlieben, Markenaffinität, Tagesrhythmus, Kauf- oder Zahlungsverhalten: Solche Daten lassen sich auch durch Kundenkarten beschaffen. [...] Aus den freiwilligen Angaben können zusammen mit den Umsatzdaten umfassende Kundenprofile erstellt werden. Je öfter die Rabattkarte zum Einsatz kommt, desto genauer kann das Konsumverhalten des Kunden beobachtet und das zukünftige Kaufverhalten prognostiziert werden. Die exakt passende Werbung zum richtigen Zeitpunkt soll die Kaufbereitschaft fördern.

© <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/digitale-welt/datenschutz/im-visier-von-unternehmen-die-jagd-nach-kundendaten-10688>

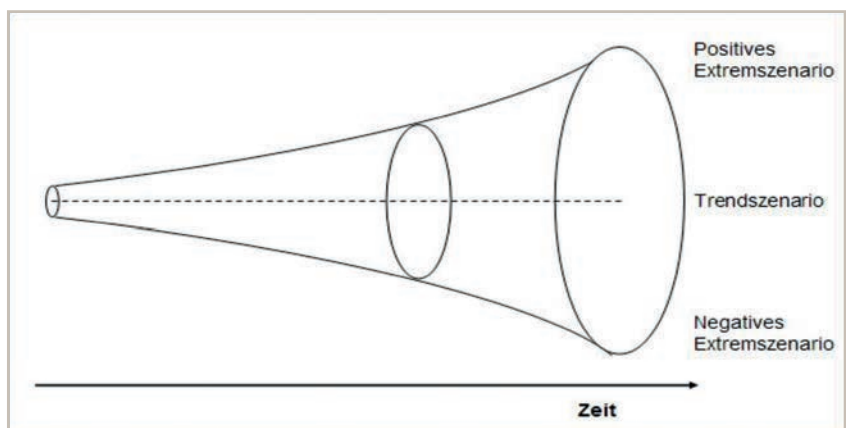


**M 41** Kampagne des Bundes der Selbständigen in Leinfelden-Echterdingen © <https://myle.de/mylede-erfreut-sich-steigender-bleibtheit-und-wachsender-bekanntheit>



Quelle: 2015, IFH Köln und KPMG

**M 41 »Szenarien und Annahmen im Überblick«,** in: KPMG (Hrsg): Fashion 2025. Studie zur Zukunft des Fashion-Markts in Deutschland, 2015, S.65 © <https://home.kpmg.com/de/de/home/themen/2017/10/fashion-2025.html>



**M 43 Szenariotechnik** © <https://de.wikipedia.org/wiki/Szenariotechnik#/media/File:Szenario-trichter.jpg>

**AUFGABEN:**

1. Entwickelt arbeitsteilig ein positives und ein negatives Extremszenario sowie ein Trendszenario (M43) zur Entwicklung des stationären Handels.

Neben den bisherigen Untersuchungsergebnissen und -materialien können hier insbesondere auch M37-M43 hilfreich sein:

- positives Extremszenario: Wie schaut die Zukunft bestmöglich aus?
- negatives Extremszenario: Wie schaut die Zukunft schlimmstenfalls aus?
- Trendszenario: Wie schaut die Zukunft aus, wenn sich die derzeitige Entwicklung fortsetzt?

# 7. Kann Staatsverschuldung sinnvoll sein?

Schulden zu machen, gilt in Deutschland als anstößig. Bundeskanzlerin Angela Merkel lobte schon im Sommer 2008 auf einer Parteitagsrede in Stuttgart die Einstellung der schwäbischen Hausfrau: »Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.« Diese Einstellung ist aber weit über den deutschen Südwesten hinaus verbreitet. Die Sparquote der Deutschen ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Eine große Mehrheit der Deutschen unterstützt die seit Jahren von der deutschen Bundesregierung verfolgte Politik der »schwarzen Null« und des staatlichen Schuldenabbaus. Zudem stagniert die Furcht vor den Kosten der Euro-Schuldenkrise in den Umfragen auf hohem Niveau (vgl. Die Ängste der Deutschen 2017, R+V-Studie). Weltweit wachsen die Schuldenberge und die globale Schuldenlast wuchs im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung von 2000 bis 2014 von 246 auf 286 Prozent des weltweiten BIP (vgl. Kaufmann/Stützle, 2015, S. 9). Als moralisch nicht ehrenrührig gilt allenfalls, wer mit Schulden etwas Solides wie ein Eigenheim finanziert.

Zwei Dinge scheinen in der öffentlichen Diskussion klar: Schulden sind erstens schlecht und zweitens zu viel. Im Zentrum der Diskussion steht meist die Frage, welche Probleme die Staatsverschuldung mit sich bringt und wie diese begrenzt werden kann. Wenn ein Schüler hört, dass der deutsche Staat momentan rund 2,1 Billionen Euro Schulden hat, läuft ihm nicht zu Unrecht zunächst ein kalter Schauer über den Rücken. Diese Dimension übersteigt die Vorstellungskraft eines Jugendlichen. Umso wichtiger ist es, Staatsverschuldung sachlich zu betrachten und diese in volkswirtschaftliche Zusammenhänge einzuordnen. Denn »wer wirtschaftliche Zusammenhänge nicht durchschaut, verbindet mit der Staatsverschuldung unbestimmte Ängste. Er fürchtet sich vor einem Staatsbankrott, vor einem Zusammenbruch, vor totaler Geldentwertung, ohne allerdings erklären zu können, wieso Staatsverschuldung dazu führen soll.« (Adam, 2009, S. 134)

Der Bildungsplan fordert, dass die Schülerinnen und Schüler die Gestaltungsmöglichkeiten einer zukünftigen Wirtschaftsordnung erörtern können, indem sie in der Lage sind, an Beispielen aus dem Staatshaushalt Kosten und Nutzen für die betroffenen Akteure zu erläutern. Hierfür ist es wichtig, die Rolle des Staatshaushaltes im Geldkreislauf einer Volkswirtschaft zu verstehen. Zunächst einmal hat der Staat Einnahmen in Form von Steuern, die er von privaten Haushalten und Unternehmen erhebt. Was macht er damit? Er gibt sie aus für Transferzahlungen an private Haushalte und Unternehmen sowie für Käufe von öffentlichen Konsum- und Investitionsgütern. Übersteigen die Ausgaben des Staates seine Einnahmen, so nimmt er Kredite beim finanziellen



Abb 1 »Sei nicht so! Erster ausgeglichener Haushalt seit 1969!«

© Thomas Pläßmann

Sektor, d.h. bei Banken, auf. Wie private Haushalte und Unternehmen muss auch der Staat für aufgenommene Kredite Zinsen zahlen, die als Zahlung vom Staat an den finanziellen Sektor zurückfließen. Doch in welcher Höhe darf der Staat Kredite aufnehmen, wie weit darf die Staatsverschuldung gehen?

Alle deutschen Regierungen der letzten Jahre haben sich eines vorgenommen, nämlich härter zu sparen. Mittels der 2009 beschlossenen sogenannten »Schuldenbremse«, GG Art 109 (3), wurde diese Sparvorgabe auch in die deutsche Verfassung, das Grundgesetz, aufgenommen. In der Hauptsache wurde und wird damit argumentiert, dass der Staat durch zu hohe Zinslasten handlungsunfähig werde, Politiker dazu neigten, Geld als Wahlgeschenke zu verteilen, und die Staatsschulden zukünftige Generationen belasteten. Häufig wird deshalb in den Medien die Entwicklung der Staatsverschuldung grafisch bedrohlich in Szene gesetzt, ohne sie mit dem Anstieg der deutschen Wirtschaftsleistung in Bezug zu setzen. Aber nur, wenn die Staatsschuld stärker steigt als die Wirtschaftsleistung wird diese zum Problem (vgl. Häring, 2012, S. 209). Insbesondere die Darstellung, dass die Kinder für die Schulden ihrer Eltern gerade stehen müssten, schürt unbestimmte Ängste. Ein Hinweis darauf, dass auch künftige Generationen aus heutigen staatlichen Investitionen Nutzen ziehen, ist meist nicht zu finden. Dabei könnte man ja rückfragen, »warum allein die jetzt lebende Generation über Steuern diese Zukunftsinvestitionen finanzieren soll.« (Adam, 2009, S. 141) Zudem fehlen oftmals Hinweise auf die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge der Saldenmechanik. Diese beruht auf der Erkenntnis, dass das Guthaben des einen die Schulden des anderen sind. Das wiederum bedeutet, dass Staatsschulden eben



nicht einseitig künftige Generationen belasten: »Denn wenn es in der Zukunft noch ausstehende Staatsschulden gibt und darauf Zinsen zu zahlen sind, dann wird irgendjemand in der zukünftigen Generation diese Schulden als Guthaben halten und die Zinsen kassieren. Es werden eben nicht nur die Schulden, sondern auch die entsprechenden Guthaben vererbt.« (Lindner, 2013) Daraus resultiert die Schlussfolgerung, dass niemand Guthaben bilden kann, ohne dass sich jemand anderes in gleicher Höhe verschuldet. Wenn sich aber vor lauter Schuldenangst niemand verschulden will, kann auch niemand Guthaben bilden. Aber wer soll nun die höheren Schulden aufnehmen? Der »Staat« (d.h. neben dem Bund auch die Bundesländer) darf seit 2009 per Verfassung nicht mehr ohne Weiteres einspringen, denn er muss die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten.

Was bedeutet das nun für die Ausgaben des Staates? Der damit verbundene »schlanke Staat« muss seine Ausgaben, also z.B. Transfers an private Haushalte sowie Investitionen, drosseln, wenn nicht kürzen, will er nicht die Mehrausgaben anderen Teilnehmern des Wirtschaftskreislaufs aufbürden. Gefragt werden muss folglich, wen trifft die Schuldenbremse vor allem und welche Auswirkungen hat das Sparen des Staates auf welche sozialen Gruppen? Aktuell sind der Haushaltsentwurf 2018 und die Finanzplanung bis 2022 des Bundes in der Öffentlichkeit auf breite Kritik gestoßen. Auch die neue Große Koalition (seit 2018) bekennt sich zur »schwarzen Null« ebenso wie nahezu alle Landesregierungen. Die unterlassenen Investitionen in den Bereichen Bildung, Forschung, Hochschulen und Digitalisierung würden allerdings »mittelfristig fatale Folgen« haben, kritisiert beispielsweise auch das wirtschaftsliberale »Handelsblatt« (2.5.2018). Während die Bundesregierung ihre »solide Finanzpolitik« betont, werden die Stimmen zunehmend lauter, die einen Investitionsrückstand in der Bundesrepublik beklagen. Die jahrelange Politik des »schlanken Staates« habe desolate Verkehrswege, marode Schwimmbäder sowie heruntergekommene Schulen hinterlassen. Kommunen, Ökonomen und Politiker kritisieren, dass deutlich mehr Haushaltsmittel für staatliche Zukunftsinvestitionen zur Verfügung gestellt werden müssten. Ökonomen wie Peter Bofinger fordern deshalb schon seit Jahren eine Abkehr von der Politik der »schwarzen Null« und eine mögliche Lockerung der Schuldenbremse: »Wir brauchen großflächige Investitionen auf kommunaler Ebene, um den Bürgern zu verdeutlichen, dass sie von der Politik richtig wahrgenommen werden.« (vgl. Badische Zeitung, 30.9.2017). Es ist davon auszugehen, dass die Diskussionen darüber, ob der Staat weiter eisern am Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes festhalten sollte und ob eine grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse ein sinnvolles Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik ist, in den nächsten Jahren wieder an Fahrt aufnehmen wird.

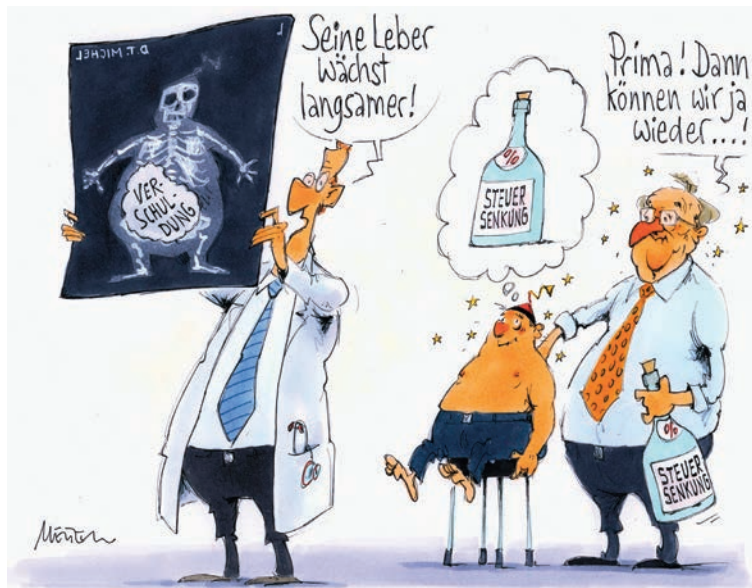


Abb 2 »Schuldenbremse«

© Gerhard Mester, 2011

### Bildungsplanverortung

#### Prozessbezogene Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler können

- ökonomische Phänomene und Probleme erkennen und selbstständig Fragen zu Ursachen, Verlauf und Ergebnissen ökonomischer Prozesse entwickeln. (Analysekompetenz)
- Möglichkeiten und Grenzen ökonomischen Verhaltens unter ökonomischen, politisch-rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Nachhaltigkeitsaspekten analysieren. (Analysekompetenz)
- ökonomisches Handeln unter Sach- und Wertaspekten kriterienorientiert (zum Beispiel Effektivität, Effizienz, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität) beurteilen beziehungsweise bewerten. (Urteilskompetenz)
- politische Entscheidungen unter ökonomischen Aspekten sowie gesellschaftlichen Wertmaßstäben bewerten. (Urteilskompetenz)
- die Interessen der Quellenherausgeber von Informationen ökonomischer Denkweisen identifizieren und die Validität sowie Objektivität von Informationen erkennen. (Methodenkompetenz)
- ökonomische Sachverhalte grafisch darstellen und auswerten. (Methodenkompetenz) (...)

#### Inhaltsbezogene Kompetenzen

##### 3.1.3 Wirtschaftsbürger

Die Schülerinnen und Schüler können

ihre Stellung als Bürger in einer Wirtschaftsordnung (I) und mögliche Konflikte zwischen Bürgern aufgrund unterschiedlicher Wertmaßstäbe beurteilen (II). Sie können globale Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft sowie den europäischen Binnenmarkt beurteilen und Gestaltungsmöglichkeiten einer zukünftigen Wirtschaftsordnung erörtern (III). (...)

Die Schülerinnen und Schüler können (...)

- (7) an Beispielen aus dem Staatshaushalt Kosten und Nutzen für die betroffenen Akteure erläutern.

# Didaktisch-methodische Hinweise

Zentrales Anliegen der Unterrichtseinheit ist es, die oft recht eindimensionale Darstellung staatlicher Verschuldung um weitere Aspekte zu bereichern. Entgegen alltäglicher Gemeinplätze sind Staatsausgaben und Staatsschulden nicht nur als Probleme zu betrachten. Sie müssen auch auf Grundlage ihrer volkswirtschaftlichen Zusammenhänge analysiert und beurteilt werden. Nur dann können die Schüler auch die Auswirkungen und Folgen staatlicher Haushaltspolitik verstehen und deren Kosten und Nutzen für die betroffenen Akteure erläutern. Ausdrücklich sei herausgestellt, dass damit die negativen Seiten der Staatsverschuldung nicht in Abrede gestellt werden sollen. Schulden, die nachhaltig stärker steigen als die Wirtschaftsleistung, sind natürlich ein enormes Problem. Aber darauf können sie eben nicht reduziert werden. Mit dem Einstieg in die Unterrichtssequenz soll ein typisches Präkonzept hinterfragt werden. Die Schüler und Schülerinnen sollen reflektieren, welche Auswirkungen staatliches Sparen auch auf ihren Alltag und ihre Zukunft haben könnten. Fehlende Investitionen in Bildung können auch den zukünftigen Wohlstand eines Landes bedrohen. Wofür der Staat das ihm zur Verfügung stehende Geld ausgibt, lässt sich im Anschluss anhand des Bundeshaushaltes sowie eines exemplarischen Landeshaushalts analysieren. Auf dieser Basis analysieren die Schüler nun anhand von Statistiken, wie es um die öffentlichen Investitionen in Deutschland bestellt ist. Mithilfe des Analyseinstrumentes »Wirtschaftskreislauf« soll das Verständnis der Schüler für volkswirtschaftliche Zusammenhänge gefördert werden und es lassen sich auf einfache und strukturierte Art und Weise mögliche Auswirkungen erläutern und diskutieren (vgl. zweite Doppelstunde). Am Ende der ersten Doppelstunde wird quasi als Metaplanung der Bezug zu den nächsten Stunden hergestellt. Viele der gewünschten und für sinnvoll erachteten Investitionen stehen nämlich in Kontrast zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Finanzplan 2022, der eben keine beträchtliche Erhöhung der öffentlichen Investitionen vorsieht.

Auch die zweite Doppelstunde knüpft an der Lebenswelt von Schülern und Schülerinnen an. Die Satzanfänge zum Thema Kredit sollen zur Leitfrage hinführen, ob Staatsschulden denn immer verwerflich sein müssen? Sodann wird die Entwicklung und das Ausmaß der Staatsverschuldung dargestellt. Dann wird die enorm ansteigende Schuldenkurve in Bezug gesetzt zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes. Zudem werden die Schüler und Schülerinnen auch mit den spezifischen und allgemeinen Ursachen der deutschen Staatsverschuldung vertraut gemacht. Hier können ihnen auch besonders gut Differenzierungsangebote unterbreitet werden, indem Begriffe und Grafiken für leistungsschwächere Schüler und Gruppen vorgegeben werden. Mithilfe des Analyseinstrumentes »Wirtschaftskreislauf« soll das Verständnis

der Schüler für volkswirtschaftliche Zusammenhänge gefördert werden und es lassen sich auf einfache und strukturierte Art und Weise mögliche konkrete Auswirkungen auf unterschiedliche Akteure erläutern und diskutieren. Was würde denn passieren, wenn alle sparen würden?

Die in letzter Zeit zunehmend auch in den Medien rezipierten Erkenntnisse der Saldenmechanik kollidieren hier wahrscheinlich mit den gängigen Präkonzepten der Schüler zum Thema Schulden. Vor allem erfüllt diese Sichtweise die Erfordernisse des Bildungsplanes, denn nun können Kosten und Nutzen für die betroffenen Akteure benannt werden. Neben den privaten Haushalten, den Unternehmen und dem Staat werden auch Gläubiger, Anleger und Schuldner Teil der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge.

Die Kritik an der Finanzplanung des Bundes für die nächsten Jahre und an der mangelnden staatlichen Investitionsbereitschaft zeigt, dass die Debatte um die richtige Finanzpolitik weitergehen wird. In der abschließenden Doppelstunde soll deshalb in Form einer Makromethode die Sinnhaftigkeit der Schuldenbremse diskutiert und bewertet werden. Als Rahmen für die Simulation politischen Handelns durch die Schüler bietet sich eine Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundestages an. Zunächst wird versucht, mittels mehrerer Karikaturen, die Schüler zur Formulierung einer kontroversen Leitfrage für die Doppelstunde zu animieren. Anschließend wird die Methode der Anhörung, in deren Mittelpunkt Experten-vorträge und Fragerunden stehen, vorgestellt. Die Methode eignet sich, um die perspektivische Betrachtung und die sachliche Urteilsbildung zu schulen. Ebenfalls bietet sich hier eine binnendifferenzierte Gruppeneinteilung an. Eine ausführliche Reflexion der Unterrichtsmethode ist mithilfe des Beobachtungsbogens für nicht aktiv an der Anhörung beteiligte Schüler möglich. Inhaltlich sollen die vorgebrachten Argumente im Anschluss nach den einschlägigen politischen und ökonomischen Urteilkriterien (z.B. Effizienz, Umsetzbarkeit, Legalität, Akzeptanz, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit etc.) geordnet werden. Mittels eines Schreibgespräches können die gewonnenen Erkenntnisse und Argumente gefestigt und vertieft werden. Auf dieser Grundlage können die Schülerinnen und Schüler zu einer begründeten Bewertung der staatlichen Finanzpolitik kommen, die am Beispiel notwendiger staatlicher Aufgaben, der Staatsverschuldung und finanzpolitischer Vorgaben wie der Schuldenbremse Kosten und Nutzen für alle betroffenen Akteure reflektieren kann.

Abb 3 KÖNNEN STAATSSCHULDEN SINNVOLL SEIN?		
Schritte	Inhalte	Methode / Material / Kompetenzen
1. Doppelstunde: Investitionsrückstand in Deutschland – kommt der Staat seinen Aufgaben noch nach?	- Problemaufriss: Aufgaben des Staates – Was passiert, wenn der Staat seinen Aufgaben nicht mehr nachkommt? - Bundeshaushalt 2018 / Landeshaushalt Baden-Württemberg - Finanzplan des Bundes bis 2022 - öffentlicher Investitionsbedarf	- Präkonzepte (Staatsaufgaben, Sparpolitik, Staatsausgaben) - Analyse des Bundeshaushaltes - Statistikanalyse
2. Doppelstunde: Sind Staatsschulden immer verwerflich?	- Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland - Ursachen und Folgen der Staatsverschuldung - Umgang mit Staatsverschuldung - Analyse der Staatsschulden: Bezug zur Entwicklung des BIP, Saldenmechanik, Kosten und Nutzen für Wirtschaftssubjekte	- Präkonzept (Verschuldung, Kredit) - Analyse von Wirkungszusammenhängen - Wirtschaftskreislauf - Textarbeit mit Differenzierungsangebot - Arbeit mit Grafiken
3. Doppelstunde: Finanzplan 2022 – Schuldenbremse lockern?	- Anhörung/Diskussion: Sparen oder investieren? - Ist die Schuldenbremse ein sinnvolles Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik?	- Interpretation Karikaturen - Aufriss der Problemfrage »Schuldenbremse lockern?« - Szenario: Methode Anhörung (»Hearing«) im Haushaltsausschuss des Bundestages (Perspektivübernahme/Gruppenarbeit/Differenzierungsmöglichkeit) - Schreibgespräch/schriftliche Bewertung
Kompetenzen: Analyse-, Methoden-, Handlungs- und Beurteilungskompetenzen		

Abb 4 »Staatsverschuldung in der Diskussion«

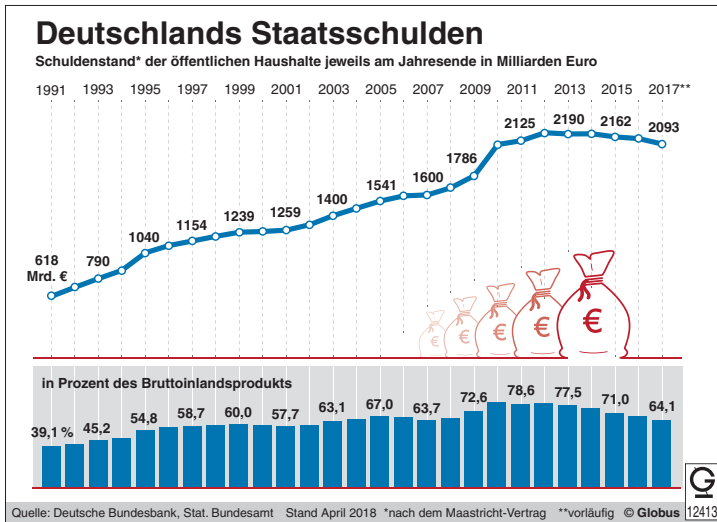
<p style="text-align: center;"><b>Einnahmen des Staates</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuern von privaten Haushalten</li> <li>- Steuern von Unternehmen</li> <li>- Gebühren</li> <li>- sonstige Einnahmen wie Gewinne aus staatlichen Unternehmen</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>Ausgaben staatlicher Organe (Bund/Länder/Gemeinden)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- soziale Sicherung, Verteidigung, öffentliche Sicherheit, Bildung, Verkehr, öffentliche Infrastruktur, Umweltschutz, Zukunftstechnologien, Förderung des Wirtschaftswachstums, ...</li> </ul>
--	---

Staatsverschuldung zwischen Defiziten und Investitionen

<p style="text-align: center;"><b>Argumente gegen Staatsverschuldung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- horrende Zunahme der Staatsverschuldung auf Dauer nicht finanzierbar</li> <li>- schränken Investitionsspielraum wegen Tilgung der Alt-schulden enorm ein</li> <li>- ausgeglichener Haushalt schafft national und international Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland</li> <li>- Lastenverschiebung der Schulden auf spätere Generationen (»Generationengerechtigkeit«)</li> <li>- Inflation</li> <li>- »crowding out«, Verdrängung privater Nachfrage durch staatliche Nachfrage</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>Argumente für höhere Staatsverschuldung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zukunftsinvestitionen</li> <li>- Stärkung der gesellschaftlichen Nachfrage / des Wirtschaftswachstums</li> <li>- Schulden als Mittel, um Wirtschaftswachstum anzukurbeln</li> <li>- neue staatliche Schulden = mehr Geldvermögen bei Privaten</li> <li>- Staat als einziger Akteur, der Abwärtsspirale der Wirtschaft aufhalten könne (soziale, ökonomische und ökologische Verantwortung)</li> <li>- GG-Schuldenbremse verhindere notwendige staatliche Zukunftsinvestitionen</li> </ul>
--	--

<p>»Schuldenbremse« (keine Neuverschuldung)</p>	vs.	<p>»Goldene Regel der Staatsverschuldung« (Neuverschuldung, wenn dadurch dauerhaft Einnahmen erhöht werden)</p>
---	-----	---

# Kommt der Staat seinen Aufgaben nach?



## M 3 Öffentliche Investitionen

Investitionen sind in einer modernen Volkswirtschaft ein zentrales Instrument, wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen, zu stärken und damit auch gesellschaftlichen Wohlstand zu steigern. So sind technologischer Fortschritt, unternehmerischer Erfolg sowie der Aufbau qualifizierter Beschäftigung ohne einen modernen Kapitalstock undenkbar. Damit der Standort Deutschland auch für kommende Generationen Wohlstand und Beschäftigung bieten kann, sind heute die erforderlichen Investitionen für morgen zu tätigen. Dabei kommt der öffentlichen Hand eine besondere Rolle zu.

© vgl. Krebs und Scheffel 2016

## M 1 »Entwicklung der deutschen Staatsschulden« © dpa Globus Grafik, 2018

## M 2 André Kühnlenz (2017): »Yeah, wir haben uns den Einheitsboom komplett weggespart«

Die deutsche Infrastruktur wird seit 2003 wertmäßig nicht mehr vollständig erhalten – inzwischen sind die im Zuge der Wiedervereinigung getätigten Investitionen sogar komplett aufgefressen worden. Höchste Zeit für einen Kurswechsel.(...) Von 1991 bis 2002 haben die öffentlichen Haushalte eine Summe von 65,7 Milliarden Euro in die Infrastruktur (d.h. Nichtwohnbauten) investiert. Seitdem sind die Nettoanlageinvestitionen in die Infrastruktur aber jedes Jahr negativ ausgefallen. Das heißt: Seit 2003 geben die öffentlichen Haushalte – vor allem die Kommunen – unterm Strich weniger für den Werterhalt von Straßen, Brücken, Schulgebäuden usw. aus als notwendig wäre. Die Infrastruktur in Deutschland wird seit 2003 wertmäßig nicht mehr vollständig erhalten. Es tritt also buchhalterisch (und natürlich längst auch in der Realität) ein Verschleiß auf, der sich mittlerweile auf 68,8 Milliarden Euro summiert. (...) Allerdings summiert sich dieser Erhaltungsbedarf, den sich die öffentlichen Haushalte über all die Jahre eingespart haben. Er muss schließlich irgendwann von heutigen und künftigen Generationen aufgebracht werden – spätestens dann, wenn die Schlaglöcher oder der Verfall von Schwimmbädern und Schulgebäuden einen Weiterbetrieb unmöglich machen. Und wie jeder Häuslebauer weiß, werden verschleppte Reparaturen mit der Zeit auch nicht gerade billiger. Wollen wir es darauf ankommen lassen? Wie gesagt: In Deutschland gibt es derzeit einen Erhaltungsbedarf von rund 69 Milliarden Euro.

© <https://makronom.de/investitionen-schwarze-null-wir-haben-uns-den-einheitsboom-komplett-weggespart-16880>

## Der Bundeshaushalt 2018

Die Einzelpläne der Ministerien		Veränderungen zu 2017 in %
<b>Arbeit und Soziales</b>	<b>139,18 Mrd. €</b>	<b>+2,5%</b>
Verteidigung	38,52	+4,3
Verkehr und digitale Infrastruktur	27,85	+0,4
Bildung und Forschung	17,62	+2,1
Gesundheit	15,21	+0,3
Inneres, Bau* und Heimat	14,13	+54,4
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10,23	+7,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9,44	+11,6
Wirtschaft und Energie	8,12	+8,7
Finanzen	6,56	+7,2
Ernährung und Landwirtschaft	6,02	+5,8
Auswärtiges Amt	5,45	-5,9
Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3,04	+11,8
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	1,98	-61,3
Justiz und Verbraucherschutz	0,79	-6,0

\*Bauen wurde vom Umwelt- ins Innenministerium verlegt Quelle: Bundesfinanzministerium  
dpa-28670 Stand: nach Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses

## M 4 »Bundeshaushalt 2018« © dpa Info Grafik, 2018

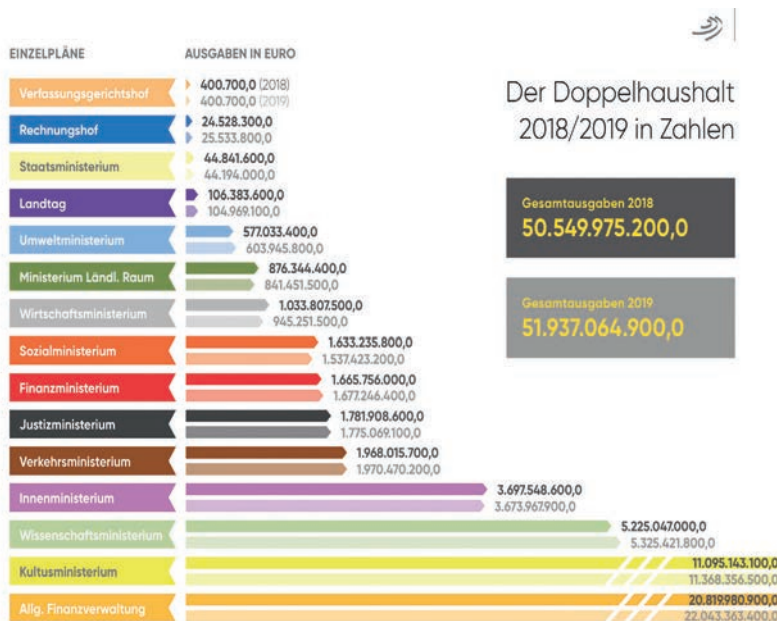


## M 5 »Investitionsrückstand in Deutschland für Städte, Gemeinden und Landkreise«. Kommt der Staat seinen Aufgaben nach?

© Deutscher Städte- und Gemeindebund, 2018

**M 6 »Die Schuldenbremse im GG: Art 109, Absatz (3)«**

(3) Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwing symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen. Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. Die nähere Ausgestaltung regelt für den Haushalt des Bundes Artikel 115 mit der Maßgabe, dass Satz 1 entsprochen ist, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. (...)



M 8 Landeshaushalt Baden-Württemberg 2018 und 2019 © Landtag von Baden-Württemberg

**M 7 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): »Inklusives Wachstum für Deutschland. Schulden- und Investitionsregel: Zwei Seiten einer Medaille?«, 2017**

Während einige europäische Nachbarländer die Auswirkungen der Schulden- und Strukturkrisen noch immer spüren, scheint Deutschland vergleichsweise gut aus der Krise gekommen zu sein. Die Wirtschaftsleistung ist seit 2010 um mehr als zwölf Prozent gewachsen, die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung und der Staatshaushalt wurde nicht nur konsolidiert, er erwirtschaftet sogar Überschüsse. Werden allerdings weitere makroökonomische Größen herangezogen, so weicht die dargestellte positive Entwicklung einem Bild, das für die Zukunft durchaus besorgniserregend ist: Gerade mit Blick auf zukünftiges Wachstum und den Wohlstand kommender Generationen zehrt die Bundesrepublik mehr und mehr von ihrer Substanz. So berechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für den Zeitraum von 1999 bis 2012 eine durchschnittliche Investitionslücke für die Bundesrepublik von jährlich drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und damit 75 Milliarden Euro pro Jahr (Bach et al. 2013). Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) wies in einer Analyse auf eine Investitionslücke von 2003 bis 2012 von kumuliert über 600 Milliarden Euro hin (DIHK 2014). Zahlen des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ordnen den wahrgenommenen kommunalen Investitionsrückstand im Jahr 2015 in einer Größenordnung von 136 Milliarden Euro ein (KfW-Kommunalpanel 2016).

Auch die vom ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im August 2014 ins Leben gerufene

unabhängige Expertenkommission zur »Stärkung von Investitionen in Deutschland«, die mit dem Auftrag berufen wurde, konkrete Handlungsempfehlungen zur Stärkung privater und öffentlicher Investitionen in Deutschland auszuarbeiten, kommt in ihrer aktuellen Stellungnahme zu folgender Einschätzung: »Trotz der zusätzlichen Ausgaben für öffentliche Investitionen bleibt die private und öffentliche Investitionsschwäche weiterhin bestehen« (Expertenkommission 2016). Mit Blick auf die öffentliche Investitionstätigkeit schlägt die Expertenkommission in ihrer Stellungnahme daher die Einführung einer Verpflichtung zu öffentlichen Investitionen vor. Diese soll über einen bestimmten Zeitraum die Abschreibungen auf das öffentliche Vermögen kompensieren. In diesem Zusammenhang weist die Kommission auf die vorhandenen Haushaltsüberschüsse hin und empfiehlt diese in erster Linie für investive Ausgaben, insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung zu nutzen (Expertenkommission 2016). Die makroökonomischen Effekte der geforderten verpflichtenden Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand stehen im Mittelpunkt dieser Studie. Gleichsam geht mit dieser Analyse die Frage nach der fiskalischen Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte einher: Wenn künftige Generationen nicht durch übermäßige Verschuldung belastet werden dürfen, ist es nicht nachhaltig, diese Belastung auf anderem Wege, durch das Unterlassen öffentlicher Investitionen zu erhöhen. Fiskalische Nachhaltigkeit darf vor diesem Hintergrund nicht nur über die gesetzlich verankerte Schuldenregel und damit die Ausgabenseite kontrolliert werden. Vielmehr muss auch das öffentliche Vermögen für die gegenwärtige Generation und vor allem für zukünftige Generationen gesichert werden.

© [www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schulden-und-investitionsregel-zwei-seiten-einer-medaille/](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schulden-und-investitionsregel-zwei-seiten-einer-medaille/)

**Wesentliche Kennziffern des 2. Regierungsentwurfs, des Eckwertebeschlusses und des Finanzplans, in Mrd.****Euro:**

	Ist	2. RegE	Eckwerte			
	2017	2018	2019	2020	2021	2022
<b>Ausgaben</b>	<b>330,7*</b>	<b>341,0</b>	<b>356,1</b>	<b>361,3</b>	<b>362,8</b>	<b>367,7</b>
Veränderung ggü. Vorjahr in %	4,3	3,1	4,4	1,5	0,4	1,4
<b>Einnahmen</b>	<b>330,7*</b>	<b>341,0</b>	<b>356,1</b>	<b>361,3</b>	<b>362,8</b>	<b>367,7</b>
davon <i>Steuereinnahmen</i>	309,4	319,0	332,4	335,9	349,6	362,2
<b>Nettokreditaufnahme (NKA)</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<i>Strukturelles Defizit in % BIP</i>	0,10	0,20	0,30	0,24	0,10	0,04
<i>Investitionen**</i>	34,0	37,0	37,9	37,1	34,8	33,5

**M 9 Bundesministerium für Finanzen (2018): »Eckwerte eines zukunftsorientierten Haushalts bis 2022: Keine neuen Schulden / Mehr Investitionen in Zukunft und sozialen Zusammenhalt«**© [www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2018/05/2018-05-02-pm-eckwertebeschluss.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2018/05/2018-05-02-pm-eckwertebeschluss.html)**M 10 Bundesministerium für Finanzen (2018): »Kabinett beschließt Entwurf für soliden, sozial gerechten und zukunftsorientierten Haushalt 2018 und Eckwerte bis 2022«**

Die Bundesregierung nutzt vorhandene Spielräume für zusätzliche Investitionen und steuerliche Entlastungen. Die Ausgaben für Investitionen bis 2021 betragen insgesamt über 146 Mrd. Euro. Bereits im Haushalt 2018 werden investive Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 3 Mrd. Euro auf 37 Mrd. Euro anwachsen. Die Investitionen liegen in 2018 bis 2021 deutlich über den Investitionen der Vorjahre. (...)

- Die neue Bundesregierung investiert in sozialen Zusammenhalt: Familien und Kinder werden besonders profitieren. Das Kindergeld und der Kinderfreibetrag werden in zwei Stufen erhöht, dafür sind bis 2022 zusätzlich 5,2 Mrd. Euro vorgesehen. Für weitreichende Leistungsverbesserungen in der frühkindlichen Bildung, wie z.B. Gebührenentlastung bei Kitas, Verbesserung des Betreuungsschlüssels und Ganztagsbetreuung für Grundschüler stehen ab 2019 insgesamt rund 7,5 Mrd. Euro zusätzlich bereit.

- Der Bau von bezahlbarem Wohnraum wird durch zusätzliche Mittel vorangetrieben: Mit 2 Mrd. Euro unterstützt der Bund die Länder beim sozialen Wohnungsbau. Bereits ab 2018 stehen für die Förderung des Wohnungsbaus von Familien 400 Mio. Euro bereit. Um den Erwerb von Wohneigentum zu unterstützen, sind bis 2021 insgesamt 2 Mrd. Euro vorgesehen.

- Teilhabe am Arbeitsmarkt ist ein wichtiges Ziel der Bundesregierung. Für 150 000 Langzeitarbeitslose soll eine Beschäftigungsperspektive geschaffen werden. Bis 2021 sind hierfür 4 Mrd. Euro eingeplant. Bereits 2018 werden die Mittel zur Eingliederung in Arbeit um 300 Mio. Euro erhöht.

Die neue Bundesregierung investiert in die Zukunft unseres Landes:

- Bildung, Wissenschaft und Forschung haben hohe Priorität. Allein im Haushaltsjahr 2018 werden dem zuständigen Ressort rund 17,6 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Insgesamt betragen die Ausgaben für Bildung und Forschung im Haushaltsjahr 22,9 Mrd. Euro. Sie liegen damit um 2,2 Mrd. Euro über den Ausgaben in 2016. Gegenüber 2009 steigen die Mittel um 60 %.

- Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) steht für mehr Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen. Für weitere Verbesserungen beim BAföG und in der Fortbildungsförderung sind bis 2021 rund 1,35 Mrd. Euro vorgesehen. Damit wird die Förderung auch bei der beruflichen Bildung von Technikern, Meistern und Fachwirten gestärkt.

- Eine gut ausgebaute, funktionierende Infrastruktur ist Voraussetzung für unseren Wohlstand. Die Verkehrsinvestitionen werden deshalb auf hohem Niveau fortgeführt und steigen von 14 Mrd. Euro im Jahr 2018 auf 15 Mrd. Euro im Jahr 2022 an.

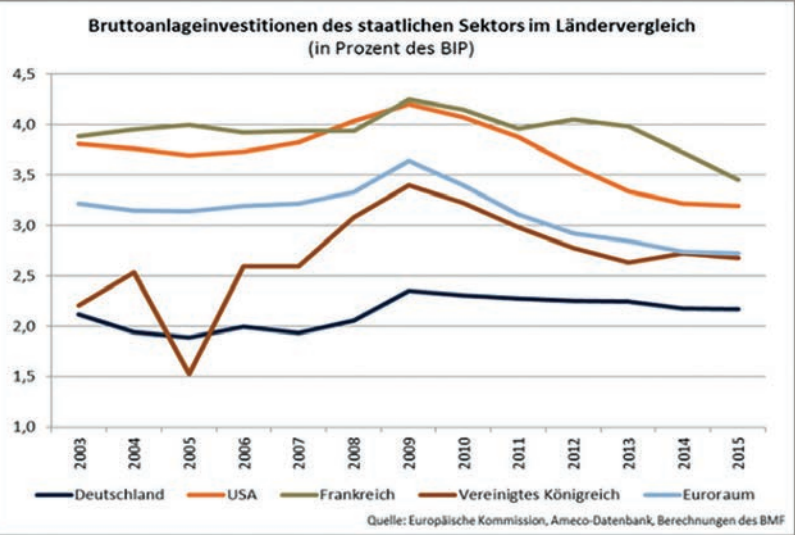
- Leistungsfähige Breitbandnetze sind Voraussetzung dafür, dass die Chancen der Digitalisierung genutzt werden können. Um den flächendeckenden Breitbandausbau dynamisch voranzutreiben, werden bereits im Jahr 2018 zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,15 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

- Die innere Sicherheit wird gestärkt durch zusätzliche Mittel und mehr Personal. Schon in diesem Jahr werden die Ausgaben weiter erhöht. Im Vergleich zu 2017 steigen die Ausgaben um mehr als 0,6 Mrd. Euro (+14 %) und überschreiten damit erstmals die Summe von 5 Mrd. Euro. (...)

© [www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2018/05/2018-05-02-pm-eckwertebeschluss.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2018/05/2018-05-02-pm-eckwertebeschluss.html)

**M 11 Auswirkungen staatlicher Spar- und Investitionsprogramme**

Staatsaufgaben	Zuständigkeit (Bund / Länder / Gemeinden)	Sparen (S) oder investieren (I)?	Begründung
Bildung			
Soziale Sicherung			
Verteidigung			
Polizei / Sicherheit			
Familien			
schnelles Internet			
Erforschung Zukunftstechnologien			
Umweltschutz			
Verkehrswegeausbau			
Verhinderung von Wirtschaftskrisen			
Gerechte Einkommensverteilung			



**M 12 »Bruttoanlageinvestitionen des staatlichen Sektors im Ländervergleich«**  
 © Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen, 2016

Beseitigung der Arbeitslosigkeit			
(...)			
(...)			

**AUFGABEN:**

1. Analysiert die Entwicklung der Staatsschulden nach M1 und die sogenannte Schuldenbremse im GG (M6).
2. Benennt und erörtert die eurer Meinung nach wichtigsten Zukunftsaufgaben staatlicher Organe.
3. Arbeitet aus M3 - M8 die derzeit wichtigsten staatlichen Aufgaben auf Bundes- und Landesebene heraus und bewertet deren Entwicklung.
4. Erörtert in Kleingruppen, ob die in M11 aufgelisteten Politikbereiche in ihrer finanziellen Ausstattung eher erhöht oder gekürzt werden sollen.

5. Vergleicht eure Ergebnisse mit der Situation in anderen Ländern (M12).
6. Gestaltet mithilfe von M1, M2, M5 und M6 einen Leserbrief bzw. Internetkommentar zu den Haushaltsplänen für die nächsten Jahre (»mittelfristige Finanzplanung«) in Bund, Ländern und Gemeinden.
7. Bewertet, ob die in M10 formulierten Schwerpunkte für staatliche Investitionen sich im mittelfristigen Finanzplan der Bundesregierung (M9) widerspiegeln.

# Sind Staatsschulden verwerflich?

**M 13 Bundeskanzlerin Angela Merkel,**  
CDU, Stuttgart 2008

»Man hätte hier in Stuttgart (...) einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt, die da lautet: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben (...) Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt.«

© Angela Merkel, CDU Parteitag 2008 in Stuttgart.

**M 14 »Wenn ich investieren möchte, muss ich ...«** Satzanfänge vervollständigen

(1) »Du bist fertig mit dem Studium und möchtest dich zusammen mit deiner Familie in Baden-Württemberg niederlassen. Um euch ein Eigenheim zu finanzieren, ....  
.....  
.....

(2) Du hast zusammen mit Freunden nach der Schule ein kleines Unternehmen gegründet. Ihr habt eine Idee für ein neues spannendes Produkt entwickelt. Um die Umsetzung zu finanzieren, .....

(3) Du bist Bürgermeister einer Kommune im Südwesten Deutschlands. Um die ortsansässigen Unternehmen mit schnellem Internet versorgen zu können, bemühtst du dich um den Breitbandausbau. Um diesen finanzieren zu können, .....

**M 15 Kaufmann /Stützle (2015): »Ist die ganze Welt bald pleite?«**

»Der Vergleich von Staats- und Privathaushalt ist bei Politikern beliebt, wenn es ihnen darum geht, der Bevölkerung die Nöte des Staates zu erklären. Doch der Vergleich mit der schwäbischen Hausfrau hinkt. Ein Staatshaushalt funktioniert nach anderen Regeln als ein Privathaushalt. Wenn ein privater Haushalt einen Konsumentenkredit nimmt, um sich beispielsweise eine Schrankwand zu kaufen, so handelt es sich um einen Akt des vorgezogenen Sparens: Der Haushalt spart nicht erst das Geld für das Möbel an und kauft es dann, sondern er nimmt einen Kredit auf, kauft die Schrankwand und zahlt dann den Kredit an die Bank zurück – inklusive Zinsen. Der Kredit macht den Haushalt also ärmer (denn er zahlt den Kaufpreis der Schrankwand und Zins an die Bank). Ganz anders liegt der Fall bei Unternehmen. Sie nehmen Kredit, um ihren Betriebszweck zu erfüllen. Und der heißt Gewinn. Der Kredit hilft ihnen dabei in mehrfacher Hinsicht: Ein Unternehmen investiert, produziert



**M 16 »Der Haushälter«,** Ex-Finanzminister Wolfgang Schäuble, CDU

© Klaus Stüttmann, 9.9.2014

und verkauft die Ware mit Gewinn. Zwischen der Ausgabe [Investition] und dem Rückfluss des Geldes beim Verkauf liegt eine Zeitspanne, in der das Geld noch nicht da ist. (...) Um diese Lücke zu schließen und sein Geschäft kontinuierlich fortzuführen, nimmt das Unternehmen Kredite auf. Das heißt, es leiht sich Fremdkapital, macht Schulden. (...) Geht die Rechnung auf, so wird das Unternehmen durch den Kredit reicher.

Und der Staat? In Sachen Schulden ähnelt er eher dem Unternehmen als dem schwäbischen Privathaushalt. Mit den geliehenen Summen baut er Straßen, Schulen, Telekommunikationswege. Er verbessert so die Standortbedingungen für Unternehmen und versucht, Investitionen anzuziehen und rentabel zu machen. Die Aufnahme von Schulden ist für den Staat ein Mittel, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. (...) Über Schulden finanzierte Ausgaben können zudem die gesellschaftliche Nachfrage stärken, sodass eine Krise schneller überwunden wird. Sprich: Auch für den Staat sind Schulden ein Instrument, um die nationale Wirtschaft zu unterstützen - was nicht heißt, dass das immer funktioniert. Zentrale Maßzahl ist für den Staat daher nicht die absolute Höhe der Schulden in Euro, sondern die sogenannte Schuldenstands- oder Schuldenquote. Sie teilt die gesamten Staatsschulden durch die Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt oder BIP). Diese Quote misst, ob den wachsenden Schulden ein wachsendes BIP gegenübersteht – ob die Schulden also als Hebel für mehr Wirtschaftswachstum fungieren. Mit der Wirtschaftsleistung wachsen auch die Steuereinnahmen. Solange das funktioniert, sind Staatsschulden kein großes Problem und der Staat erreicht sein Ziel: Wachstum des nationalen Reichtums.

© Kaufmann, Stephan /Stützle, Ingo, Ist die ganze Welt bald pleite? Populäre Irrtümer über Schulden, Berlin 2015



**M 17 Staatsverschuldung und Bruttoinlandsprodukt im Vergleich**

Jahr	Staatsverschuldung in Millionen Euro	Bruttoinlandsprodukt in Millionen Euro	Staatsverschuldung in Prozent des BIP (Schuldenstandsquote)
1950	9.574	49.690	
1960	28.998	146.040	
1970	64.210	345.480	
1980	238.897	788.520	
1990	538.334	1.306.680	
1995	1.018.767	1.898.880	
2000	1.210.918	2.116.480	
2005	1.489.853	2.300.860	
2010	2.011.677	2.580.060	
2015	2.020.704	3.043.650	
2016	2.005.641	3.144.050	
2017	1.965.483	3.263.350	

© vgl. www.destatis.de - Volkseinkommen



**M 19 »Ich lebe von Staatsknete - kaum noch Unterschiede zwischen Arm und Reich«** © Klaus Stuttmann, 2009

**M 18 Kaufmann /Stützle (2015): »Ist die ganze Welt bald pleite?«**

Sieht man es gesamtgesellschaftlich, so kann man nicht sagen, dass »Deutschland über seine Verhältnisse lebt« - also mehr ausgibt als einnimmt. Zumindest wenn man die gesamte Gesellschaft betrachtet. Zwar hat der Staat steigende Schulden. Doch jedem Kredit, den jemand nimmt, steht eine Forderung gegenüber. Jeder Schuldner hat einen Gläubiger. Wenn Frau A 100 Euro an Herrn B leiht, dann haben nicht beide über ihre Verhältnisse gelebt, sondern Herr B hat Schulden und Frau A eine Forderung, also ein Guthaben, auf das sie Zinsen kassiert. Beides gleicht sich aus.

Wenn sich die deutsche Regierung von der Deutschen Bank eine Million Euro leiht, dann haben nicht »wir« über »unsere« Verhältnisse gelebt, sondern die Regierung hat sich verschuldet und die Bank hat eine Forderung, auf die sie Zinsen kassiert. Nimmt man das »wir« ernst und rechnet alle Schulden und Vermögen aller Deutschen gegeneinander auf, so muss man feststellen: »Wir« haben nicht über »unsere Verhältnisse« gelebt. »Wir« sind nicht hoch verschuldet, sondern reich. Zwar betragen die Staatsschulden rund 2.155 Milliarden Euro. Die privaten Nettogeldvermögen der privaten Haushalte lagen 2014 aber bei 5.000 Milliarden Euro, abzüglich Schulden waren es also immer noch netto 3.430 Milliarden Euro. Das kann man auch pro Kopf der Bevölkerung ausrechnen: Auf Staatsschulden pro Kopf von 26.400 Euro kommt rein rechnerisch ein privates Nettovermögen von über 42.000 Euro. »Wir« sind also vermögend. Zumindest im Durchschnitt. In der Realität jedoch sind die Staatsschulden allen aufgebürdet, sie sind öffentlich. Die Vermögen hingegen (zu denen auch die Forderungen an den

Staat gehören, zum Beispiel Staatsanleihen) liegen in den Händen weniger Privatpersonen. 2007 gehörten den reichsten zehn Prozent der deutschen Bevölkerung 60 bis 70 Prozent des Gesamtvermögens. Den reichsten 30 Prozent gehört fast alles.

© Kaufmann, Stephan /Stützle, Ingo, Ist die ganze Welt bald pleite? Populäre Irrtümer über Schulden, Berlin 2015

**M 20 »Staatsverschuldung und Nettoprivatvermögen«, vgl. www.vermoegensteuerjetzt.de/**

Aspekt	Höhe
Staatsschulden absolut	2.121.305.151.793 Euro Zuwachs -440 € pro Sekunde
Pro-Kopf-Staatsschulden	25.589,37 Euro
Staatsschulden in % des BIP	64,94 %
BIP	3.262.391.730.473 Euro
Pro-Kopf BIP	39.400,87 Euro
Nettoprivatvermögen in D	11.956.160.313.476 Euro
Anteil davon beim reichstes Zehntel	74 %

**M 21 »Entwicklung der Staatsverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland«**

Auf die Herausforderung der deutschen Vereinigung als Ausnahmefall par excellence hat die Finanzpolitik im ersten Schritt mit einem starken Anheben der Staatsverschuldung reagiert (...). Dies ist insbesondere dann zu rechtfertigen, wenn es um die Finanzierung von staatlichen Infrastrukturinvestitionen in Ostdeutschland als Voraussetzung für dringend erforderliche Privatinvestitionen geht. (...) Die Staatsverschuldung ist von 929 Mrd. DM 1989 auf 1.579 Mrd. € 2007 um etwa zwei Drittel gestiegen, wobei der Bund überproportional betroffen war.

Die in Maastrichter Vertrag der EU im Hinblick auf die Einführung der Gemeinschaftswährung Euro vereinbarten finanzpolitischen Kriterien (1. jährliche Neuverschuldung bis 3 % des BIP, 2. Gesamtverschuldung bis 60 % des BIP) hat auch Deutschland deshalb zeitweise nicht eingehalten, noch weniger den im Stabilitäts- und Wachstumspakt (StWP) außerhalb von Rezessionszeiten anvisierten ausgeglichenen Staatshaushalt. (...)

Im Gefolge der 2008 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise und ihrer erfolgreichen Bekämpfung wuchs die Neuverschuldung 2008-2010 auch in Deutschland extrem an. Konsequenz war ein Niveausprung der Gesamtverschuldung auf 2.080 Mrd. € 2010 und von 65 % des BIP 2007 auf 84 % 2010 (...)

Wie schon bei früheren »Sprüngen« der Kreditfinanzierungsquote (1967, 1975, 1981) hat sich vor diesem Hintergrund die Diskussion über Grenzen der SV verschärft.

© vgl. bpb, Handwörterbuch politisches System



**Warten auf die Schuldenbremse**

**M 23 »Warten auf die Schuldenbremse«**

© Heiko Sakurai, 17.12.2009

Staatliche Finanzpolitik	<ul style="list-style-type: none"> <li>- hohe Kosten für Konjunkturprogramme wie z.B. Investitionen in staatliche Investitionen (Schulen, Verkehr, Digitalisierung), Abwrackprämie für ältere Autos, etc.</li> <li>- fehlende Refinanzierung in Wachstumsphasen, fehlende antizyklische Refinanzierung, wie von Keynes vorgesehen</li> <li>- »Wahlgeschenke« in Wahlkampfzeiten</li> <li>- fehlender Schuldenabbau (Bundesverschuldung) / horrenden Zahlungen in den Staatshaushalten zur Schuldentilgung</li> </ul>
--------------------------	--

**M 22 »Ursachen für den Anstieg der Staatsverschuldung«**

Ursachen	Aspekte / Beispiele
Strukturelle Ursachen (Rahmenbedingungen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wiedervereinigung: Infrastrukturkosten, Konkurrenzsituation Ost und West, Firmenpleiten, etc.</li> <li>- demografischer Wandel: Kosten z.B. für medizinische Versorgung, Renten, etc.</li> <li>- Strukturwandel des internationalen Systems: Globalisierung, Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen, Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten, Wachsen des Niedriglohnssektors</li> </ul>
Konjunkturelle Ursachen (Wirtschaftsentwicklung)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- geringes Wirtschaftswachstum, Stagnation, Rezession</li> <li>- konjunkturelle Arbeitslosigkeit</li> <li>- steigende Sozialausgaben / Pflichtversicherungen</li> <li>- Finanzkrise des Staates</li> <li>- Konjunkturprogramme des Staates (antizyklische Konjunkturpolitik nach J. M. Keynes)</li> </ul>

**M 24 »Ursachen für den Anstieg der Staatsverschuldung« - vgl. dazu auch M 17**

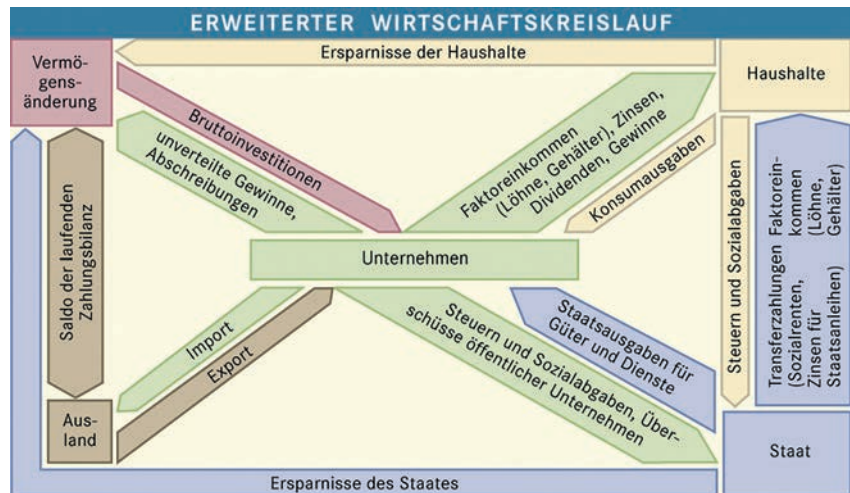
Jahr	Ursachen nach M 22 - strukturell, konjunkturell, staatlich verursacht
1950	
1960	
1970	
1980	
1990	
1995	
2000	
2005	
2010	
2015	
2016	
2017	

**M 25 »Auswirkungen einer Erhöhung oder Senkung des Staatsdefizits«**

**Erhöhung des Staatsdefizits:** Ein größeres Staatsdefizit bedeutet nicht nur höhere Ausgaben, sondern auch höhere Einnahmen für die privaten Haushalte und mehr Gewinn für deren Unternehmen. Es steigen also mit dem höheren Staatsdefizit in genau dem gleichen Umfang die privaten Überschüsse der Einnahmen über die privaten Ausgaben (einschließlich der privaten Firmen). Und es steigt ganz allgemein der Umfang der Ausgaben und Einnahmen der Privaten und ihrer Firmen, es wird mehr konsumiert und es wird mehr investiert. Die Erhöhung des Defizits führt zu einer wachsenden Wirtschaft: Die Wirtschaft boomt!

**Senkung des Staatsdefizits:** Der Staat reduziert also die Ausgaben und damit gleichzeitig die Einnahmen der Privaten. Das Staatsdefizit sinkt aber nicht in der Höhe der reduzierten Ausgaben, weil gleichzeitig die Staatseinnahmen mit dem Sparen der Privaten weniger werden. Die Privaten haben auf die Reduzierung ihrer Einnahmeüberschüsse reagiert und ihre Ausgaben gesenkt. Dabei sinken die privaten Einnahmen entsprechend stark und erst als zweiter Effekt sinken die Steuern und Abgaben an den Staat. Die Senkung der privaten Ausgaben und damit der privaten Einnahmen muss zu einem sehr starken Konjunkturreinbruch führen, um die gewohnten privaten Einnahmeüberschüsse teilweise zu erhalten.

© nach: Blocher, Klaus, *Schuldenbremse – Wird die Schuldenbremse eine Konjunkturbremse?*, <http://slideplayer.org/slide/1273675/>



M 26 Erweiterter Wirtschaftskreislauf

© bpb, Lexikon der Wirtschaft

**Saldenmechanik des Sparens**



In einer Ökonomie gilt immer:

$\text{Ausgaben} = \text{Einnahmen}$

Die Einnahmen steigen oder sinken mit den Ausgaben.

Die Neuverschuldung eines Teils der Haushalte (Überschüsse der Ausgaben über die Einnahmen) muss genau gleich den Überschüssen der Einnahmen über die Ausgaben anderer Haushalte sein (ihrer Geldvermögensbildung):

$\text{neue Schulden} = \text{mehr Geldvermögen}$

**M 27 Saldenmechanik des Sparens**

© Blocher, Klaus, *Schuldenbremse – Wird die Schuldenbremse eine Konjunkturbremse?* <http://slideplayer.org/slide/1273675/>

**AUFGABEN:**

- Vergleiche M13 und die Aussageabsicht der Karikatur M16 miteinander.
- Führe die Satzanfänge in M14 fort und diskutiere in Kleingruppen, in welchen Situationen (vgl. M15) euch die Aufnahme von Krediten privater Haushalte, von Unternehmen sowie staatlichen Organen sinnvoll erscheint.
- Trage in M17 die Prozentzahlen in die dritte Spalte, die sogenannte »Schuldenstandsquote«, ein und erörtere mithilfe von M18 - M20 die Frage, ob »Deutschland über seine Verhältnisse lebt«?
- Ordne die jeweils hauptsächlichen Ursachen (M21, M22) für die Staatsverschuldung in Deutschland den in M24 genannten Zeiträumen zu.
- Bewerte, ob die jeweiligen staatlichen Maßnahmen (M23, M24) unter den Kriterien »Effektivität«, »Gerechtigkeit« und »Nachhaltigkeit« richtig getroffen wurden.
- Analysiere mithilfe von M25 und M27 die Auswirkungen einer Erhöhung sowie Senkung des Staatsdefizits.
- Beurteile in Kleingruppen mithilfe von M26 die Folgen einer erhöhten Staatsverschuldung für die Akteure Privathaushalte (Konsumenten / Arbeitnehmer / Transferempfänger), Unternehmen, Staat sowie Gläubiger und Anleger.

# Finanzplan(2022)–Schuldenbremse lockern?

## M 28 Szenario - Anhörung (»Hearing«) im ständigen Bundestagsausschuss für Finanzen

Nachdem der Bundesfinanzminister seinen Haushaltsentwurf und die Finanzplanung bis 2022 im Bundestag vorgestellt hat, gibt es Lob und Kritik gleichermaßen. Auf der einen Seite wird sein Festhalten an der »schwarzen Null« begrüßt. Dass der Bund hierfür allerdings die öffentlichen Investitionen nicht weiter erhöhen oder sogar zurückfahren möchte, stößt auf harsche Ablehnung. Viele fordern, dass der Bund in den nächsten Jahren mehr Zukunftsinvestitionen tätigen solle. Verbunden mit dieser Forderung nach großflächigen Investitionen fordern einige eine Lockerung der »Schuldenbremse«. In den anschließenden Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages sollen deshalb 4 Experten Stellung zu den kontroversen Fragen nehmen.

Die Anhörung ist eine spezifische Form der Sachverständigenbefragung, die vor allem im parlamentarisch-politischen Raum genutzt wird, um zu einem bestimmten Thema die notwendigen Informationen, die unterschiedlichen Meinungen, das Für und Wider zu erfahren. Dabei kann der Bundestagsausschuss Experten befragen. Die Experten stellen zu Beginn der Anhörung durch eine kurze Information den eigenen Standpunkt dar. Danach sollen diese Äußerungen im Ausschuss hinterfragt, vertieft und in Frage gestellt werden.

## M 29 Verlauf der Anhörung im Bundestagsausschuss (Zusammensetzung wie Mehrheitsverhältnisse im Bundestag)

Phase	Aufgaben der Schüler/-innen in der Simulation	Aufgaben der beobachtenden Schüler/-innen
1	Ausschussvorsitzender stellt Thema und Experten vor	Beobachtung der Simulation gemäß den vorher festgelegten Beobachtungsaufträgen: Rollenverhalten / Diskussionsverhalten / Kompetenz / Kommunikation etc.
2	Vorträge der vier Experten mit anschließender Befragung	
3	Abschlussdiskussion im Ausschuss - ohne Experten - mit Abstimmung	
4	Besprechung und Auswertung der Ausschusssitzung in der Klasse - Metareflexion	



M 30 »Schuldenbremse wirkt!«

© Thomas Pläßmann

## M 31 Protokoll - Ergebnisbogen

Finanzplan (Bund - 2022) - Schuldenbremse lockern?		
Perspektive	Sparen, weil ...	Investieren, weil ...
<b>Tobias Hentze</b> , Institut der deutschen Wirtschaft		
<b>Mehrdad Payandeh</b> , DGB		
<b>Gustav Horn</b> , Hans Böckler Stiftung		
<b>Ludger Schuknecht</b> , Bundesministerium der Finanzen		

**M 32 »Schreibgespräch«**

**Methode:** Jeder Schüler/-in erstellt auf einem DIN A 4 Blatt eine Tabelle mit zwei Spalten.

(1) In die linke Spalte schreibt jeder/jede zunächst seine/ihre persönliche Stellungnahme

(2) Nach einigen Minuten wird das Blatt an einen Partner weiter gereicht. In der rechten Spalte erfolgt dann die Kommentierung durch den Partner.

(3) In einem dritten Schritt erfolgt die Auswertung durch den ursprünglichen Kommentator. Es sollen dann die Übereinstimmungen und Unterschiede ausgewertet werden.

(4) Vortrag und Diskussion der Ergebnisse in der Gesamtgruppe nach vorher festgehaltenen Kriterien wie z.B. Effektivität, Umsetzbarkeit, Gerechtigkeit, Legalität, Nachhaltigkeit, etc.

**Vorlage:**

Schuldenbremse lockern?	
(1) Schüler/-in 1: Meiner Meinung nach sollte man die Schuldenbremse lockern/ nicht lockern, weil ....	(2) Schüler/-in 2: Ich stimme der Position von Schüler/-in 1 zu / nicht zu, weil ....



**M 33 »Wie ist das mit der Schuldenbremse?«**

© www.harmbengen.de

(3) Auswertung: Die Unterschiede bzw. Übereinstimmungen sind ....., weil
(4) Kriterien - soweit berücksichtigt - Effektivität - Umsetzbarkeit - Gerechtigkeit - Legalität - Nachhaltigkeit - .....

**AUFGABEN:**

1. Vergleicht die Karikaturen M30, M33, M36 und M39 miteinander und analysiert die jeweilige Aussageabsicht des Karikaturisten.

2. Bereitet eine Ausschusssitzung des Deutschen Bundestages (Ausschuss der Finanzen) zum Thema »Schuldenbremse« mit Hilfe von M 28 und M31 vor, indem ihr folgende Kleingruppen einteilt:

- (a) Ausschussmitglieder: CDU/CSU (Vorsitz), SPD, AfD, Grüne, Linke, FDP.
- (b) Experten/-innen: Hentze, Payandeh, Horn, Schuknecht
- (c) Beobachter/-innen/Presse

3. Führt anhand von M34, M35, M37 und M 38 eine Ausschusssitzung nach M29 durch und fertigt dazu kurze Presseartikel an.

4. Bewertet in einem »Schreibgespräch« (M32), ob die Schuldenbremse gelockert werden sollte. Vergleicht eure Ergebnisse mit den Ergebnissen eures Nachbars/-in.

5. Ordnet die Argumente nach den in M32 vorgegebenen Kriterien.

6. Diskutiert eure Ergebnisse in der Klasse.

### M 34 Tobias Hentze (2015): »Eine Frage der Gerechtigkeit«, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

»Das Schuldenmachen ist in der deutschen Politik in den vergangenen Jahrzehnten zu einer schlechten Angewohnheit geworden. Umso stolzer verkündete daher Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (...), dass für das abgelaufene Jahr 2014 erstmals seit 1969 die Ausgaben des Bundes nicht höher waren als die Einnahmen. In den vergangenen 45 Jahren zwischen 1969 und 2014 musste dagegen jeder Bundesfinanzminister Jahr für Jahr neue Schulden aufnehmen. Der Schuldenberg türmte sich dadurch immer höher auf – doch kaum jemand schien sich daran zu stören. Schwierige Herausforderungen wurden dank neuer Kredite einfach auf morgen vertagt: eine verlockende Art der Problemlösung – gerade für Wahlkämpfer. Schulden sind nicht per se Teufelszeug: Wer eine Wohnung, ein Auto oder eine Küche kauft, verschuldet sich oft aus gutem Grund, um die große Anschaffung finanzieren zu können. Der Unterschied ist jedoch, dass private Käufer verpflichtet sind, einen Kredit innerhalb einer bestimmten Zeit und in festgelegten Raten wieder zurückzuzahlen. Dieses Prinzip scheint in der Politik verloren gegangen: Schulden, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sinnvollerweise aufgenommen werden, werden in der nächsten Boom-Phase nicht beglichen. Ganz im Gegenteil: Selbst im Boom geht das Schuldenmachen weiter. Für Politiker sind neue Schulden wie ein großer Schokoladenkuchen, an dem sie eigentlich täglich vorbeigehen müssten – doch oft werden sie schwach. Da Politiker sich selbst aber am besten kennen und wissen, dass sie der süßen Versuchung kaum widerstehen können, haben sie sich mit der Schuldenbremse zur Selbstdisziplinierung verpflichtet: Mit dieser selbstverordneten Diät dürfen sie nämlich kein oder nur noch ein sehr kleines Stück vom Kuchen kosten. Wie bei jeder Diät führt es nur zum Erfolg, wenn strikte Regeln befolgt werden. Für die Politik stehen diese Regeln seit 2009 im Grundgesetz. Der Bund darf ab 2016 durch die Schuldenbremse in wirtschaftlich normalen Zeiten maximal neue Schulden in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aufnehmen, das wären derzeit rund 10 Milliarden Euro. Während eines wirtschaftlichen Abschwungs ist der Spielraum – je nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums über die Schwere der Krise – größer, um den Wirtschaftsmotor wieder ankurbeln zu können. Für die Bundesländer fallen die Vorgaben indes noch strenger aus: Ab dem Jahr 2020 herrscht für sie das vollständige Verbot der Neuverschuldung.

Die Diät in Form der Schuldenbremse ist für Deutschland sehr sinnvoll. Denn die Jahre des maßlosen Schlemmens führten u.a. dazu, dass Deutschland bis heute gegen die selbstunterzeichneten Verträge der Europäischen Union, die sogenannten Maastricht-Kriterien, verstößt. Der Schuldenstand beträgt nämlich mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts: Seit einigen Jahren übertreffen Deutschlands Schulden die Schwelle von 2.000.000.000.000 Euro, also 2 Billionen Euro – und jede Sekunde kommen 173 Euro hinzu, wie die Schuldenuhr des Steuerzahlerbundes anzeigt. Konsequenzen hat Deutschland indes kaum zu befürchten, da sich das Land in bester Gesellschaft mit den meisten anderen Euro-Ländern befindet. Obwohl der Bundeshaushalt derzeit ohne neuen Schulden auskommt, wird es dauern, bis der Zeiger der Schuldenuhr rück-

wärts läuft. Anders als der Bund schreiben einige Bundesländer nämlich weiterhin rote Zahlen. (...) Damit alle Bundesländer das bis 2020 erfolgreich schaffen, ist es wichtig, dass Bund und Länder grundlegend klären, wer für welche Aufgaben zuständig ist und wie diese finanziert werden sollen. Sonst laufen einige Bundesländer Gefahr, nicht mehr Herr über die eigenen Finanzen zu sein. Derzeit gehen sich alle Seiten unnachgiebig: Die Länder beharren auf mehr Geld aus dem Steuertopf, um die vom Bund übertragenen Aufgaben vor allem im sozialen Bereich erfüllen zu können. Der Bund stellt sich bislang quer.

Ein Manko der Schuldenbremse müsste allerdings noch behoben werden: Es mangelt an Sanktionen, die beim verbotenen Naschen greifen, also dann, wenn doch wieder neue Schulden gemacht werden. Deshalb sollte der sogenannte Stabilitätsrat, der kontrolliert, ob die Schuldenbremse eingehalten wird, so gestärkt werden, dass er Vergehen ahnden kann – indem er zum Beispiel direkt in die Haushaltspolitik eingreifen darf. Trotz dieses Makels zeigt die Schuldenbremse bereits erste Wirkungen: Eine solide Haushaltspolitik schafft Vertrauen und fördert Wachstum und Beschäftigung in einer Volkswirtschaft. Entsprechend trägt die Diät ihren Teil dazu bei, dass die Beschäftigungslage derzeit sehr gut ist und die Wirtschaft schneller wächst als viele erwartet hatten. Kaum ein Land in Europa hat die Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2008 so gut überstanden wie Deutschland. Eine solide Haushaltspolitik ist dabei ein Schlüssel zum Erfolg. Was passiert, wenn Regierungen die Dimension der Staatsschulden aus dem Blickfeld verlieren, lässt sich in einigen Ländern Südeuropas beobachten. Letztendlich gilt für den Staat das Gleiche wie auf privater Ebene auch: Zu hohe Schulden führen zur Zahlungsunfähigkeit und damit zu Umstürzen – wie derzeit in Griechenland zu beobachten. Dass der vermeintliche Musterknabe Deutschland dabei eher der Einäugige unter den Blinden denn ein Vorbild ist, wird in der Diskussion teilweise vergessen. Die Schuldenbremse ist aber vor allem eine Frage der Gerechtigkeit: Sie wird dabei helfen, dass unsere Generation den kommenden Generationen nicht nur Schulden hinterlässt. Anstatt lediglich den Notstand zu verwalten, sichert die Schuldenbremse den kommenden Generationen den Spielraum, selbst darüber zu entscheiden, wie eine moderne Volkswirtschaft aussehen soll. Für die heutigen Politiker bedeutet dies, zukunftsorientierte Investitionen vor allem in Bildung und Infrastruktur von unnötigen Ausgaben zu trennen. Wer jetzt in Zeiten der »schwarzen Null« – so das geflügelte Wort für einen Haushalt ohne neue Schulden – überlegt, ob der Staat nicht einfach wieder mehr ausgeben könnte oder sollte, dem hilft vielleicht der Gedanke an das eigene Leben: Wer es nach Monaten oder Jahren endlich schafft, sein Wunschgewicht zu erreichen, wird vieles dafür tun, dass er das Gewicht hält und die ganze Anstrengung nicht vergebens war. Und das bedeutet, sich dauerhaft bewusst und gesund zu ernähren. Daher ist es so wichtig, dass die Politik diese Chance ergreift. Auf Dauer kann der Einzelne nur in einem gesunden System gut leben. Auf diesem Weg ist die Festschreibung der Schuldenbremse im Grundgesetz ein Meilenstein in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

© bpb, Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-nd/3.0/

**M 35 Mehrdad Payandeh (2015): »Schuldenbremse ist gleich Investitionsbremse«, Deutscher Gewerkschaftsbund**

»Wer ein Eigenheim baut, nimmt einen Kredit auf. Wer eine gute Geschäftsidee hat, leiht sich Geld, um zu investieren. Der Kredit macht Firmengründungen sowie spätere Gewinne und Wachstum erst möglich. Niemand käme auf die Idee, Privatpersonen oder Unternehmern den Kreditvertrag mit der Bank zu verbieten und so zukunftsfähige Investitionen zu verhindern. Nur die Politik legt sich in Deutschland selbst immer engere Fesseln an: Zuerst wurde in der EU die Schuldenregel der Maastrichter Verträge durchgesetzt. Dann kam die deutsche Schuldenbremse ins Grundgesetz. Wenig später folgte der europäische Fiskalpakt. Doch damit nicht genug: Das neue, zum Ideal erhobene, haushaltspolitische Ziel der deutschen Bundesregierung heißt »Schwarze Null«. Es soll nicht mehr nur die Neuverschuldung in Grenzen gehalten, sondern ein Haushaltsüberschuss generiert werden.

So wurde eine aktive Fiskalpolitik, die konjunkturelle Schwankungen ausgleicht und für stabiles Wirtschaftswachstum sorgt, faktisch außer Kraft gesetzt. Schuldenabbau wird über Konjunkturzyklen hinweg zur Priorität der Fiskalpolitik. Vor allem öffentliche Investitionen wurden zurückgefahren. Ergebnis: marode Infrastruktur, unpassierbare Brücken, zu wenig bezahlbarer Wohnraum und vieles mehr.

Um das Sparziel zu erreichen, wurden öffentliche Ausgaben gekürzt, viele öffentliche Dienstleistungen fielen dem Rotstift zum Opfer oder wurden privatisiert. Gebühren wurden angehoben und Nutzerentgelte wie LKW- und PKW-Maut eingeführt. Kurzum: Deutschland hat mit der Schuldenbremse vom Investitions- in den Sparmodus umgeschaltet. Die Schuldenbremse wurde zur Investitionsbremse.

Deutschland weist sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich einen Investitionsstau auf. Um auf den OECD-Durchschnitt zu kommen, muss Deutschland jährlich rund 90 Mrd. Euro investieren. Das entspricht drei Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2013. Vor allem öffentliche Investitionen sind Opfer der Sparpolitik geworden, darunter kommunale Investitionen. Nach Schätzungen des KfW-Kommunalpanels beläuft sich der gesamte kommunale Investitionsrückstand mittlerweile auf 118 Mrd. Euro. Union und SPD haben zwar in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, den OECD-Durchschnitt erreichen zu wollen. Dieses Ziel bleibt jedoch in weiter Ferne, wenn man weiter an Sparkurs, Schuldenbremse und »Schwarzer Null« festhält und Investitionen vernachlässigt. Das Problem wird sogar noch größer, denn Infrastruktur, die nicht in Stand gehalten wird, kostet am Ende mehr. Deutschland hat heute eine wohl einmalige Gelegenheit, seine Investitionsschwäche zu beheben, denn der Staat erwirtschaftet hohe Überschüsse und muss kaum Kreditzinsen zahlen. Die Politik sollte diese Chance ergreifen und



**M 36 »Schuldenbremse!«**

© Thomas Plaßmann

entschieden handeln. Sanierungsbedürftige Straßen und Schienenwege, aber auch Schulen, Kitas und Stadtteilzentren könnten modernisiert werden. So würde die Grundlage für Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und ein intaktes Gemeinwesen von morgen geschaffen. Das ist vernünftig, günstig und gerecht gegenüber den heutigen und zukünftigen Generationen.

Die deutsche Bundesregierung will die gute Haushaltslage lediglich dafür einsetzen, Schulden zu tilgen, um künftige Generationen nicht mit hohen Schulden zu belasten. Doch nicht nur Schulden belasten zukünftige Generationen. Auch heutige zu geringe private und öffentliche Investitionen gefährden Wohlstand und Beschäftigung von morgen.

Wenn wir den Marsch in den Gebührentaat vermeiden wollen, wenn wir den zukünftigen Generationen nicht nur weniger Schuldenlast, sondern auch ein intaktes Gemeinwesen hinterlassen wollen, müssen wir heute eine breit angelegte Debatte über die Sinnhaftigkeit von Investitionen und Sparanstrengungen führen. Beides ist kein Selbstzweck. Beide Ziele müssen im Interesse heutiger und zukünftiger Generationen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Bisher sind wichtige Investitionen unter die Räder geraten. Jetzt müssen wir den konjunkturellen Rückenwind nutzen und vom Sparmodus wieder in den Investitionsmodus umschalten – der Schuldenbremse und der »Schwarzen Null« zum Trotz.

© bpb, Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-nd/3.0/

### M 37 Gustav Horn (2015): »Die Schuldenbremse schadet Europa«, Hans Böckler

Stiftung, DGB nah

»Die Bundesregierung wird nicht müde, die in Deutschland 2009 beschlossene Schuldenbremse als ein Modell für Europa zu empfehlen. Tatsächlich entspringt der Fiskalpakt der von den Mitgliedsländern des Euroraums einzuhalten ist, der gleichen Denkweise. Demnach seien Staatsschulden zum einen eine gefährliche Quelle wirtschaftlicher Instabilität, was sich exemplarisch in der Krise des Euroraums gezeigt habe. Zum zweiten sei die Politik unfähig, auf der Basis periodischer Haushaltentscheidungen Schulden nachhaltig abzubauen, da es immer den Anreiz gebe, mittels erhöhter Ausgaben nach Popularität zu streben. Im Ergebnis stiege die Staatsverschuldung fortwährend an.«

Die Sichtweise enthält gleich mehrere Fehler. Der erste ist, Staatsschulden als eine Quelle wirtschaftlicher Instabilität und als die entscheidende Ursache der Krise des Euroraums anzusehen. Tatsächlich waren außer in Griechenland die Staatsschulden in den späteren Krisenländern vor Beginn der Krise sogar relativ niedrig. In Spanien und Irland waren sie sogar deutlich niedriger als in Deutschland. Erst im Verlauf der Krise stiegen die Schuldenstände stark an. Zwei Faktoren waren hierfür ausschlaggebend: Zum einen übernahmen die Staaten in hohem Umfang die privaten Schulden des Bankensektors. Zum anderen führte die scharfe Rezession zu spürbaren Steuerausfällen, die die Haushaltsdefizite emporschnellen ließen. Das zeigt, die hohen Staatsschulden waren in diesen Ländern nicht der Auslöser der Krise des Euroraums, sondern deren Folge. Entscheidend war etwas ganz anderes, nämlich die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit dieser Volkswirtschaften, auf Grund zu hoher Inflationsraten, die sich über Jahre hinweg herausgebildet hatten. Das führte zu einer ständig zunehmenden Auslandsverschuldung aufgrund von Handelsdefiziten. Es war aber völlig unklar, wie innerhalb der Währungsunion mit diesen Schulden umgegangen werden sollte. Hierfür gab es keine Regelungen. Das vermeintliche Gegenbeispiel Griechenland zu diesen Überlegungen ist wenig überzeugend. Tatsächlich waren hier bereits lange vor der Krise die Staatsschulden hoch, aber gerade für Griechenland war der Mangel an Wettbewerbsfähigkeit eklatant. Die Außenhandelsdefizite, also die Tatsache, dass das Land mehr importieren musste, als es Waren und Dienste exportieren konnte, sowie die Auslandsverschuldung, waren entsprechend hoch. Es war daher nicht die Höhe der Staatsschulden, die die Krise auslöste, sondern die im Herbst 2009 im Nachklang der Finanzmarktkrise plötzlich aufkeimende Ungewissheit, wie der Euroraum mit den Auslandsschulden Griechenlands und anderer Länder umgehen würde. Diese institutionelle Ungewissheit vor dem Hintergrund ohnehin durch die Finanzkrise verunsicherter Märkte, löste eine Verkaufswelle für griechische Staatsanleihen mit verheerenden Folgen nicht nur für Griechenland aus.

Wie bedeutsam einerseits Wettbewerbsfähigkeit ist und wie überschätzt andererseits die Bedrohung durch Staatsschulden ist, zeigen jene Volkswirtschaften, in denen zwar die Staatsverschuldung hoch, aber keine Außenhandelsdefizite aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit bestanden. Hier sind innerhalb des Euroraums Italien und Belgien sowie außerhalb Japan zu nennen. In all diesen Volkswirtschaften war die

Staatsverschuldung teilweise über Jahrzehnte hoch, aber sie waren wettbewerbsfähig und wiesen keine Außenhandelsdefizite auf, ohne dass es in diesem Zeitraum zu krisenhaften Entwicklungen gekommen wäre. Diese entstanden erst im Zuge der Krise des Euroraums insgesamt. Das zeigt: Die Schuldenbremse ist eine Therapie an der falschen Stelle. Mehr noch, die Schuldenbremse ist im Hinblick auf Stabilität nicht nur unwirksam, sondern – und dies ist der zweite Fehler – schädlich. Mit dem Verlust an fiskalischer Flexibilität, also der Fähigkeit, schnell auf mögliche wirtschaftliche Ausfälle und Abschwünge zu reagieren, leidet die Fähigkeit der Staaten, Krisen rechtzeitig zu bekämpfen. Erst bei einem massiven Wachstumseinbruch sind Gegenmaßnahmen erlaubt. Das dadurch bedingte späte Eingreifen erschwert die Stabilisierung gegen einen sich ausbreitenden Pessimismus, verteuert sie in jedem Fall. Wäre die Schuldenbremse bereits vor der Finanzmarktkrise 2017ff in Kraft gewesen, hätten frühestens Mitte 2009 Konjunkturprogramme in Deutschland beschlossen werden dürfen und nicht schon 2008. Wertvolle Zeit wäre verloren gegangen. Da die Schuldenbremse nun mehr oder minder für alle Länder des Euroraums gilt, werden alle in gleicher Weise zu spät agieren, so dass die Möglichkeit einer Stabilisierung aus dem Ausland schwindet. Der dritte Fehler ist, dass die Schuldenbremse alle Ausgaben des Staates gleich behandelt. So haben beispielsweise Ausgaben für Bildung und Sozialwesen den gleichen Status wie laufende Fixkosten. Damit besteht angesichts relativ inflexibler Personalausgaben immer der Anreiz, Investitionen zu kürzen. Gerade die schaffen aber künftiges Wachstum. Der Verzicht auf hinreichende Investitionen wird daher auch die Steuereinnahmen der Zukunft geringer ausfallen lassen und somit sogar den Boden für noch höhere Defizite bereiten. Die Investitionsschwäche im Euroraum ist somit auch der erzwungenen fiskalischen Flexibilität geschuldet.

Insgesamt ist die Schuldenbremse ökonomisch schädlich und zugleich ein politisches Misstrauensvotum gegenüber demokratischen Prozessen. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung wirklich eine Rückführung der Schulden will, kann die Politik dies auch ohne Schuldenbremse durch entsprechende Haushaltsbeschlüsse zur rechten Zeit leisten. Zur rechten Zeit heißt, im Aufschwung und nicht im Abschwung. Und dass wirtschaftlich vernünftig handelnde Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen sich wider alle Vernunft verhalten, ist keine überzeugende Annahme.

© bpb, Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-nd/3.0/



**M 38 Ludger Schuknecht (2015): »Deutschland setzt ein wichtiges Zeichen für Europa«, Bundesministerium der Finanzen.**

»Schulden dürfen nicht überhandnehmen, denn sie sind eine Belastung für den Staat. Sind die Schulden zu hoch, können sie irgendwann nicht mehr abbezahlt werden. Das wissen auch diejenigen, die dem Staat Geld geliehen haben: Die Sparer, also die Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen. Mit einem Teil ihres Geldes kaufen Banken, Versicherungen und Pensionsfonds Staatsanleihen - sie leihen also dem Staat Geld. Steigt die Verschuldung eines Staates stark an, besteht die Gefahr, dass diese Staatsanleihen äußerst unattraktiv werden. Niemand möchte dem Staat mehr Geld leihen, aus Angst, sein Geld nicht wieder zurück zu bekommen. Die Folge kann sein, dass die Verbraucher vor lauter Sorgen über die ungewisse Zukunft weniger Geld ausgeben. Die Unternehmen könnten Steuererhöhungen befürchten und ihr Geld zurücklegen, statt es zu investieren. Weniger Konsum kann auch bedeuten, dass Unternehmen ihre Produktion herunterfahren und im schlimmsten Fall Arbeitnehmer entlassen müssten. Genau diese Erfahrungen sind in den letzten Jahren in einer Reihe von europäischen Ländern gemacht worden.

Die Schulden des Staates dürfen deshalb nicht so hoch sein, dass der Staat in einer Krise nicht mehr handeln und gegensteuern kann. Seit Beginn der Wirtschaftskrise in Europa musste der deutsche Staat viel Geld ausgeben, um die negativen Folgen der Krise für Wirtschaft und Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Arbeiter erhielten z.B. Zuschüsse, wenn ihre Firmen mit ihnen vorübergehend kurze Arbeitszeiten vereinbart haben. In der Krise zu handeln war richtig, die Schulden Deutschlands sind aber in Folge dessen stark gestiegen. Erst eine niedrige Verschuldung lässt Platz für zusätzliche Kredite, wenn man sie wirklich braucht - z.B. während einer Krise. In vielen Ländern gibt es jetzt deshalb Grenzen für die Kreditaufnahme des Staates, wie z.B. in der Schweiz, in Spanien, in Österreich und in Polen. In Deutschland galt lange Zeit die einfache Regel, dass der Staat nicht mehr neue Schulden aufnehmen soll, als er für Investitionen, z. B. für Straßen, Schulen, Kitas usw. ausgibt (»Goldene Regel«). Diese Regel war jedoch viel zu großzügig, denn sie erlaubte den Politikern, für alle möglichen Investitionen Schulden zu machen - auch für solche, die weder Bürgern noch Unternehmen zugute kamen. Auch in Deutschland wurde deshalb 2009 die so genannte Schuldenbremse eingeführt.

Seit ihrer Einführung hat Deutschland einerseits Schulden abgebaut und gleichzeitig mehr investiert. Die Schuldenbremse setzt ein Zeichen, wie es in Europa insgesamt weitergehen kann: Glaubwürdige Regeln für einen umsichtigen Umgang mit Steuergeldern statt ausufernder Schulden bringen den Bürgern Wohlstand und Stabilität. Dabei geht es nicht - wie von einigen behauptet - darum, die Länder »kaputtzusparen«. Die deutsche Schuldenbremse richtet sich nämlich nach der



**M 39 »Staatsschulden«**

© Gerhard Mester 2012

Lage der Wirtschaft: In schlechten Zeiten dürfen minimal mehr Schulden aufgenommen werden. In guten Zeiten müssen dafür Schulden zurückgeführt werden. Dies sollte für alle Länder gelten. Denn: Die Schuldenkrise hat gezeigt, dass kein Land dauerhaft über seine Verhältnisse leben kann und die Verschuldung deshalb begrenzt werden muss. Sparen ist dabei nur eine Seite der Medaille. Gleichzeitig müssen Reformen umgesetzt werden, die die Wirtschaft wieder in Schwung bringen. Länder wie Spanien und Irland, die gespart und gleichzeitig sinnvolle Reformen umgesetzt haben, verzeichnen heute wieder solides Wirtschaftswachstum. Diese Länder beweisen also, dass man mit Sparen und Reformen viel erreicht.

An der deutschen Schuldenbremse wird auch kritisiert, dass der deutsche Staat durch sie nicht mehr genügend Geld ausgeben, d.h. nicht genügend investieren und nicht dafür sorgen, dass nicht nur die Nachfrage in Deutschland angekurbelt wird, sondern auch bei den europäischen Nachbarn. Dies stimmt so nicht. Deutschland hat in den letzten Jahren kräftig gespart, die Investitionen sind gleichzeitig aber stark gestiegen. Auch würde es anderen Ländern in Europa nichts nützen, wenn Deutschland sich stark verschuldet, um mehr auszugeben. Ganz im Gegenteil: Die Unsicherheit in Deutschland und Europa würde zunehmen. Die Schuldenbremse ist also ein gutes Instrument. Sie stärkt das Vertrauen der Bürger und Unternehmen in den deutschen Staat und sichert die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung - nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.«

© bpb, Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-nd/3.0/

## 8. Autorinnen und Autoren



**Abb. 1 Georg Arnold,**  
Studierrat für Gemeinschaftskunde,  
Wirtschaft und Geschichte, BOGY-  
Beauftragter am Carl-Laemmle-  
Gymnasium Laupheim



**Abb. 2 Simone Bub-Kalb,**  
Studiendirektorin, Fachleiterin für  
Gemeinschaftskunde / Wirtschaft am  
Staatlichen Seminar für Didaktik und  
Lehrerbildung Stuttgart, Lehrauftrag  
für Politikdidaktik an der Universität  
Stuttgart, Georgii-Gymnasium Ess-  
lingen



**Abb. 3 Ralf Engel,**  
Studiendirektor, Fachreferent am  
Regierungspräsidium Stuttgart für  
Gemeinschaftskunde / Wirtschaft  
(Gymnasien), Beauftragter für  
Berufs- und Studienorientierung,  
Mörke-Gymnasium Göppingen



**Abb. 4 Eva Leistner,**  
Studiendirektorin, Fachberaterin am  
Regierungspräsidium Stuttgart für  
Gemeinschaftskunde / Wirtschaft  
(Gymnasien), Geschwister Scholl -  
Gymnasium Stuttgart - Sillenbuch

## 9. Literaturverzeichnis

### Literaturhinweise

Adam, Hermann (2015): Bausteine der Wirtschaft. Eine Einführung, Wiesbaden.

Füchter, Andreas (2010): Diagnostik und Förderung im gesellschaftlichen Unterricht. Prolog: Immenhausen bei Kassel

Jacobs, Heinz (Hrsg.)(2010): Ökonomie spielerisch lernen, Schwalbach/ Ts.

Jacobs, Heinz (Hrsg.)(2013): Ökonomie im Schulalltag, Schwalbach/ Ts.

Komlos, John (2015): Ökonomisches Denken nach dem Crash. Einführung in eine realitätsbasierte Volkswirtschaftslehre, Marburg.

Kultusministerkonferenz und Demokratieerziehung: [www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/weitere-unterrichtsinhalte/demokratieerziehung.html](http://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/weitere-unterrichtsinhalte/demokratieerziehung.html)

Niessen, Frank (2016): Entmachtet die Ökonomen, Marburg

Möller, Joachim/ Walwei, Uklrich (Hrsg.), 2017, Arbeitsmarkt kompakt, aus: IAB-Bibliothek, Nürnberg

Petrik, Andreas: Ein politikdidaktisches Kompetenz-Strukturmodell, in: Juchler, Ingo (Hrsg.), (2010): Kompetenzen in der politischen Bildung. Wochenschau-Verlag: Schwalbach/Ts., S. 143-158.

Praxis Politik 3/2017: Wirtschaft: Entscheiden und Handeln. Westermann

Praxis Politik 5/2014: Ökonomie in Einzelstunden: Westermann

Praxis Politik 5/2009: Ökonomie im Alltag, Westermann

Praxis Politik 6/2012: Die Welt als Shop - Konsum und Konsumenten

Wochenschau Sek I (2/3-2017): Wirtschaft. Basishert. Schwalbach.

Wochenschau 2016: Ökonomische Grundbegriffe, Schwalbach/ Ts.

Zurstrassen, Bettina (Hrsg.)(2014): Ökonomie und Gesellschaft, Bonn



**Abb. 5 Jürgen Kalb,**  
Studiendirektor, Fachreferent LpB,  
Chefredakteur von D&E, Fachberater  
am RP Stuttgart für Gemeinschafts-  
kunde / Wirtschaft und Geschichte,  
Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium  
Stuttgart Bad Cannstatt

### Internethinweise

[www.bpb.de](http://www.bpb.de) (dort z.B. : Arbeitsmarkttheorien)

[www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahl-2017/](http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahl-2017/)

[www.buergerimstaat.de](http://www.buergerimstaat.de) (wissenschaftliche Aufsätze)

[www.deutschlandundeuropa.de](http://www.deutschlandundeuropa.de) (wissenschaftliche Beiträge und didaktische Materialien für die S II)

[www.europaimunterricht.de](http://www.europaimunterricht.de) (Europaportal der LpB)

[www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de) (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)

<https://makronom.de> (kritische Ökonomie)

[www.politikundunterricht.de](http://www.politikundunterricht.de) (Zeitschrift der LpB für die S I)

[www.politische-bildung.de](http://www.politische-bildung.de) (ausführliche Linksammlung der LpBen)



### Für alle, die mehr wissen wollen - die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung BW

- BÜRGER & STAAT – Zeitschrift für Multiplikatoren politischer Bildung, Abonnement: 4 Hefte/Jahr 12.80 Euro, [www.buergerimstaat.de](http://www.buergerimstaat.de)
- POLITIK & UNTERRICHT – Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, Abonnement: 4 Hefte/Jahr 14.00 Euro, [www.politikundunterricht.de](http://www.politikundunterricht.de)
- DEUTSCHLAND & EUROPA – Zeitschrift für Politik, Geschichte, Deutsch, Geografie und Kunst, Abonnement: 2 Hefte/Jahr 6.- Euro, [www.deutschlandundeuropa.de](http://www.deutschlandundeuropa.de)

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand). Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale: [www.lpb-bw.de/zeitschriften.html](http://www.lpb-bw.de/zeitschriften.html)

**lpb**  
BW

# Politische Bildung auf Social Media

News aus Politik, Landeskunde und der LpB



/lpb.bw.de



lpb.bw



@lpbbw



/user/lpbbw

**lpb**  
BW

## BAUSTEINE

**Der Beutelsbacher Konsens und die neuen  
Bildungspläne in Baden-Württemberg**  
Unterrichtsmodelle für Gemeinschaftskunde und WBS  
Handlungsorientierte Module für den Unterricht.

Druckausgaben neuerer Bausteine können Sie im  
Webshop der Landeszentrale für politische Bildung  
[www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop) bestellen. Diese Ausgabe ist kostenlos.  
Ab einem Sendungsgewicht von 500g wird eine Versandkostenpauschale  
berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.



Bisherige Ausgaben in der Reihe  
Bausteine finden Sie zum Bestellen  
oder als Download unter  
[www.lpb-bw.de/bausteine.html](http://www.lpb-bw.de/bausteine.html)